

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 30. Oktober 1968

Tagesordnung

1. Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969
2. Amnestie 1968
3. Bericht des Bundesministers für Justiz über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen für das Jahr 1967
4. Bericht der Bundesregierung betreffend Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungsfreien Dienstzeiten
5. Bericht der Bundesregierung betreffend Ratifizierung der Übereinkommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation
6. Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung betreffend kassenärztliche Betreuung der nicht unter Nr. 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum österreichisch-deutschen Abkommen über Soziale Sicherheit fallenden Personen
7. Bericht über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966

Inhalt

Tagesordnung

Ergänzung (S. 9027)

Personalien

Entschuldigungen (S. 9014)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Mayr (1886/M), Haas (1860/M), Peter (1862/M), Guggenberger (1859/M), Dipl.-Ing. Wiesinger (1883/M), DDr. Pittermann (1890/M), Zeillinger (1865/M), Glaser (1887/M, 1830/M), Konir (1874/M, 1855/M), Doktor Hauser (1839/M), Luptowits (1856/M), Horejs (1881/M), Moser (1833/M), Dr. Scrinzi (1834/M), Kosteletzky (1869/M), Ofenböck (1894/M), Robert Weisz (1871/M) und Dr. Hertha Firnberg (1877/M) (S. 9014)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 9027)

Ausschüsse

Zuweisung zweier Berichte (S. 9027)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage (990 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969
 Redner: Peter (S. 9028), Dr. Kreisky (S. 9033 und S. 9092), Bundesminister Doktor Koren (S. 9044, S. 9079 und S. 9097), Machunze (S. 9044), Zeillinger (S. 9062), Robert Graf (S. 9069), Benya (S. 9071), Czettel (S. 9081), Dr. Withalm (S. 9087 und S. 9095), Dr. Staribacher (S. 9097) und Melter (S. 9105)
 Zuweisung (S. 9107)

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (988 d. B.): Amnestie 1968 (1019 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Geischläger (S. 9107)
 Redner: Zeillinger (S. 9103), Dr. Kleiner (S. 9114) und Guggenberger (S. 9117)
 Annahme des Gesetzentwurfes (S. 9119)

Bericht des Justizausschusses betreffend Bericht des Bundesministers für Justiz über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen für das Jahr 1967 (917 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Hauser (S. 9119)
 Kenntnisnahme (S. 9120)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung betreffend Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungsfreien Dienstzeiten (893 d. B.)

Berichterstatter: Linsbauer (S. 9120)
 Kenntnisnahme (S. 9120)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung betreffend Ratifizierung der Übereinkommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation (894 d. B.)

Berichterstatter: Vollmann (S. 9121)
 Kenntnisnahme (S. 9121)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung betreffend kassenärztliche Betreuung der nicht unter Nr. 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum österreichisch-deutschen Abkommen über Soziale Sicherheit fallenden Personen (895 d. B.)

Berichterstatter: Kern (S. 9121)
 Kenntnisnahme (S. 9122)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung betreffend Bericht über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966 (896 d. B.)

Berichterstatter: Titze (S. 9122)
 Redner: Franz Pichler (S. 9123)
 Kenntnisnahme (S. 9124)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 959: Internationales Kaffee-Übereinkommen 1968 (S. 9027)
 999: Vertrag mit dem Heiligen Stuhl betreffend die Errichtung einer Diözese Feldkirch (S. 9027)

Berichte

- Jahresbericht und Jahresabschluß 1967/68 des ERP-Fonds (S. 9027)
 des Bundesministers für Finanzen gemäß Katastrophenfondsgesetz (8. Bericht) (S. 9027)

Antrag der Abgeordneten

Probst, Zingler und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Elektrizitätsförderungsgesetz 1953 neuerlich verlängert wird (75/A)

Anfragen der Abgeordneten

Libal, Steininger und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend ein im Zusammenhang mit der sogenannten Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. Kotzina eingeleitetes Strafverfahren (935/J)

Müller, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend die Nichtaufnahme der burgenländischen Orte Deutsch Kaltenbrunn, Rudersdorf, Dobersdorf und Rohrbrunn im Amtlichen Telefonbuch für Niederösterreich und Burgenland (936/J)

Kostroun, Adam Pichler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Gewährung von Subventionen an landwirtschaftliche Genossenschaften (937/J)

Ströer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Beflaggung am 12. November 1968 (938/J)

Ströer, Lanc und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Handhabung des Bundesgesetzes vom 31. März 1950, BGBl. Nr. 97 (939/J)

Mondl, Lanc und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Ergänzungen der Planungen während des Baues des Bürohauses in Wien V, Straußengasse 11 (940/J)

Peter, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Zementierung des parteipolitischen Proporz in der verstaatlichten Industrie (941/J)

Moser, Dr. Tull und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die völlig unzureichende Beantwortung einer Anfrage über die Herausgabe der Propagandaschrift „für alle“ (942/J)

Haberl, Josef Schlager, Troll und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Stipendien aus dem Ausgleichstaxfonds (943/J)

Anfragebeantwortungen**Eingelangt sind die Antworten**

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Heinz und Genossen (882/A. B. zu 874/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (883/A. B. zu 900/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Brauneis und Genossen (884/A. B. zu 881/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 112. und 113. Sitzung des Nationalrates vom 23. Oktober 1968 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Kranzlmayr und Meißl.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 10 Uhr 3 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Mayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Fernschreibgebühren.

1886/M

Werden die Fernschreibgebühren erhöht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß: Herr Abgeordneter! Es besteht nicht die Absicht, die Fernschreibgebühren der Post- und Telegraphenverwaltung zu erhöhen.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Haas (SPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Neubau des Grenzbahnhofes Gmünd.

1860/M

Wann wird nun endlich der Neubau des wichtigen Grenzbahnhofes Gmünd in Angriff genommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Die Arbeiten für den Neubau des Aufnahmsgebäudes befinden sich derzeit in Ausschreibung. Durch Freistellung von 8 Millionen Schilling für das kommende Jahr kann mit dem Bau des neuen Aufnahmsgebäudes zum Eintritt der Bausaison 1969 begonnen werden. Dieser Bau kann zu zwei Drittel (Betriebsräume) bis Ende 1969 bezugsfertig

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß

erstellt werden, wenn die heikle Fundierung im hohen Grundwasserstand keine zusätzlichen Schwierigkeiten verursacht.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Gesamtverkehrskonzept.

1862/M

Bis wann wird ein Gesamtverkehrskonzept ausgearbeitet werden, das — im Gegensatz zu dem mit Bericht der Bundesregierung vom 9. Oktober 1968 (III-164 der Beilagen) vorgelegten — diese Bezeichnung tatsächlich verdient?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Das vorliegende Verkehrskonzept, das auch Ihnen zugekommen ist, wurde von Fachleuten ausgearbeitet und von der Bundesregierung genehmigt. Ich kann aber bei bestem Willen Ihre Frage nicht beantworten, wann die Bundesregierung ein Gesamtverkehrskonzept vorlegen will, „das diese Bezeichnung tatsächlich verdient“, weil ich Ihre Ansichten darüber, wie ein Gesamtverkehrskonzept aussehen soll, zu meinem Bedauern nicht kenne.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Die von der Bundesregierung ausgegebene Broschüre trägt den Titel „Gesamtverkehrskonzept“. Im Rahmen dieses Gesamtverkehrskonzeptes finde ich den Satz: Nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse ... ist ein alle Verkehrsträger umfassender Generalverkehrsplan auszuarbeiten.

Herr Bundesminister! Hätten Sie die Freundlichkeit, mich über den Unterschied zwischen Gesamtverkehrskonzept und Generalverkehrsplan aufzuklären?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Das Gesamtverkehrskonzept, Herr Abgeordneter, hat die Aufgabe, die Konkurrenzfragen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern zu klären. Ich glaube, daß das mit den Grundsätzen, die im Verkehrskonzept festgelegt sind, auch geschehen ist. Der Generalverkehrsplan ist eine wesentlich größere und weitergehende Aufgabe, weil er sich mit den Details und auch mit den einzelnen Regionen zu beschäftigen hat. Das läßt sich keinesfalls in zehn Monaten erledigen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Bis zu welchem Zeitpunkt glauben Sie in der Lage zu sein, der Öffentlichkeit den Generalverkehrsplan vorlegen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Das, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen, weil das auch mit dem Regionalkonzept zusammenhängt, das sich ebenfalls in Ausarbeitung befindet. (Abg. *Zeillinger: X minus 1!*)

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Guggenberger (ÖVP) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Koordinierung und Kooperation in der Elektrizitätswirtschaft.

1859/M

Konnten Sie, Herr Minister, der Entschließung des Nationalrates, betreffend die Fortsetzung der Bemühungen um Koordinierung und Kooperation in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, bereits Rechnung tragen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Nach dem derzeitigen Stand haben von den neun Landesgesellschaften sieben mit der Verbundgruppe Koordinierungsverträge abgeschlossen, und zwar die STEWEAG, die BEWAG, die Wiener Elektrizitätswerke, die SAFE, die OKA, die NEWAG und die KELAG. Auf Grund der geographischen und Elektrizitätswirtschaftlichen Lage der Bundesländer Tirol und Vorarlberg sind Koordinierungsverträge mit diesen beiden Ländern von nicht so großer gesamtösterreichischer Bedeutung.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Abstimmung der Ausbauprogramme. Die gestrige Sitzung des Koordinierungsausschusses läßt mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß über das Ausbauprogramm ebenfalls bald eine Einigung zustandekommt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Guggenberger:** Herr Bundesminister! Was ist der wesentliche Inhalt der von Ihnen jetzt erwähnten Koordinierungsverträge?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Bei den Koordinierungsverträgen ist es darum gegangen, zwischen der Verbundgesellschaft und den Landesgesellschaften ein prozentuelles Ausmaß festzulegen, wieviel Energie die Landesgesellschaften von der Verbundgesellschaft abnehmen. Diese Verträge beinhalten Prozentsätze, die sich zwischen 35 und 100 Prozent bewegen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Guggenberger:** Für welche Zeiträume sind diese Verträge abgeschlossen worden?

9016

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Das ist ebenfalls verschieden: mindestens 10 Jahre bis zu 25 Jahren. (*Abg. Libal: Steht alles im „Volksblatt“! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Witthalm: Das ist aber sehr erfreulich, daß Sie das „Volksblatt“ so genau lesen! — Abg. Weikhart: Aber der Guggenberger nicht! — Abg. Probst: Aber unerfreulich für den Guggenberger!*)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Dipl.-Ing. Wiesinger (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Einsatz von Wehrpflichtigen auf ihren Fachgebieten.

1883/M

Besteht für Wehrpflichtige des Präsenzdienstes mit einer fach einschlägigen technischen Vorbildung die Möglichkeit, sie im Rahmen des Bundesheeres auf ihrem Fachgebiet einzusetzen beziehungsweise weiterzubilden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Es ist erlaßmäßig angeordnet, daß Präsenzdienst leistende Wehrpflichtige mit absolviertem technischem Hochschul- beziehungsweise Universitätsstudium, soweit sie nach ihrer Grundausbildung nicht an die Heeresfachschule für Technik zur Weiterbildung als Reserveoffiziere des höheren militärtechnischen Dienstes versetzt werden, ihren Truppendienst in technischen Verwendungen abzuleisten haben.

Hinsichtlich der Absolventen der höheren technischen Lehranstalt, die sich als Einjährig-Freiwillige zum verlängerten ordentlichen Präsenzdienst auf die Dauer von zwölf Monaten verpflichten, ist festgelegt, daß diese, soweit sie ebenfalls nicht an der Heeresfachschule für Technik zum Reserveoffiziersanwärter des technischen Dienststandes ausgebildet und weitergebildet werden, im Anschluß an ihre einjährige Ausbildung eine bis zu drei Monaten dauernde Zusatzausbildung, die sie schließlich als Truppführer im Truppeninstandsetzungsdienst qualifiziert, erhalten.

Für handwerklich Vorgebildete besteht die Möglichkeit einer Verwendung als technischer Gehilfe auf dem Kraftfahrzeug-, Panzer-, Pioniermaschinen-, Waffen-, Munitions-, Fernmelde- und fliegertechnischen wie auch elektronischen Gebiet.

Herr Abgeordneter! Ich darf hier noch darauf verweisen, daß der Verwendung Wehrpflichtiger besonders im technischen Bereich

eine sehr große Bedeutung zukommt, weil das Bundesheer und auch die Heeresverwaltung bei weitem nicht über jenes technische Kaderpersonal verfügen, das notwendig wäre.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Wiesinger: Wie hoch, Herr Bundesminister, ist die Anzahl der fach einschlägig technisch vorgebildeten Präsenzdienster?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Die Zahl der Präsenzdienster, die in technischen Sparten eingesetzt werden, schwankt zwischen 1700 und 2000.

Präsident: 6. Anfrage: Abg. DDr. Pittermann (*SPÖ*) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Ausnutzung der Zeit nach der Grundausbildung.

1890/M

Ist bei der derzeitigen Organisation des Bundesheeres die Gewähr gegeben, daß die Zeit nach der Grundausbildung optimal genützt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Die Ausbildung ist erstrangig eine Frage des Ausbildungspersonals, des Geldes, der Ausbildungsmittel und der Ausbildungsstätten und erst zweitrangig auch eine Frage der Organisation.

In bezug auf letztere bin ich der Meinung, daß die derzeitige Organisation des Bundesheeres, wie sie auf Vorschlag des Landesverteidigungsrates von der Bundesregierung festgelegt wurde, die Voraussetzung gibt, daß die Zeit nach der Grundausbildung optimal ausgenützt wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter DDr. Pittermann: Aus welchen Erwägungen haben Sie dann, Herr Minister, zuletzt eine neue Funktion im Bereich Ihres Ressorts geschaffen, der die steirische „Südost-Tagespost“ die Bezeichnung „Leerlaufinspektor für das Heer“ gibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Jeder Dienstbetrieb muß überprüft werden. Mir sind in der letzten Zeit Beschwerden über eine nicht ausreichende Ausübung des Dienstes zugekommen, und es wird daher diesem Bereich eine besondere Inspektionstätigkeit gewidmet.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter DDr. Pittermann: Halten Sie, Herr Bundesminister, daher die Kritik an der Vollziehung des Wehrgesetzes für berechtigt, die der steirische Landeshauptmann Krainer bei einer Tagung des Bauernbundes in die Worte gekleidet hat: „Es muß den Militärs halt mehr einfallen, als daß man die Soldaten drei Monate ausbildet und dann sechs Monate herumlungern läßt“?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Diese Kritik halte ich pauschaliter nicht für berechtigt. Es wird sicherlich auch hier menschliches Versagen geben wie in jeder Institution auf dieser Welt. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Moser: Aber nicht soviel Versager wie bei Ihnen!)*

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (FPÖ) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Abgabe von Waffen und Uniformen.

1865/M

Warum wurde verfügt, daß die mit 21. Oktober 1968 in die Reserve rückversetzten Soldaten ihre Waffen und Uniformen schon am 3. Oktober 1968, also vier Tage vor Urlaubsantritt, abzugeben hatten, obwohl weiterhin Alarmbereitschaft bestand?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Eine solche Anordnung ist vom Bundesministerium für Landesverteidigung nicht erfolgt.

In dem bezüglichen Erlaß Zl. 314.363-Org/68 vom 2. Oktober 1968 heißt es unter Punkt 2: „Der Abrüstungsvorgang ist so zu beenden, daß die abrüstenden Wehrpflichtigen die Dienstfreistellung am 7. 10. 1968 möglichst frühzeitig antreten können.“

Im Gruppenbereich I wurde erst am Sonntag mit den Abrüstungsmaßnahmen begonnen.

Im Gruppenbereich II wurden schon am Samstag Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt.

Das gleiche gilt auch für den Gruppenbereich III, allerdings mit der Ausnahme, daß das Versorgungsregiment III bereits am 4. 10. 1968 Waffen und Bekleidung abgegeben hat. Dieses Vorgehen stellt eine Eigenmächtigkeit dar.

Im Bereich der Luftstreitkräfte erfolgte beim Flugmelde-Regiment die Abgabe von Waffen und Gerät ebenfalls bereits am Freitag, den 4. 10. 1968. Dieses Vorgehen beruht ebenfalls auf keiner Weisung.

Die Bewältigung der Fülle administrativer Aufgaben, die die Abrüstung unumgänglich mit sich bringt, wie die ärztliche Untersuchung der Abrüstenden, die Abgabe von Bekleidung,

Waffen und Gerät, die Auszahlung und Feststellung der Gebühren und so weiter, beansprucht erfahrungsgemäß je nach den jeweiligen dienstlichen Gegebenheiten und Erfordernissen einen Zeitraum von ungefähr zwei Tagen.

Im übrigen ist festzustellen, daß die Alarmbereitschaft der abrüstenden Wehrpflichtigen jedenfalls im vollen Umfange bis zum 7. Oktober 1968 durch ihre Anwesenheit in den Kasernen gegeben war.

Darüber hinaus möchte ich nochmals feststellend bemerken, daß der Zweck der Verlängerung des Präsenzdienstes ja nicht eine Verstärkung der Zahl der aktiven Truppen war. *(Abg. Zeillinger: Ich habe diesen letzten Satz nicht verstanden!)* Der Zweck des verlängerten Präsenzdienstes war ja nicht eine Verstärkung der Zahl der aktiven Truppen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Nachdem mir die letzte Bemerkung nicht klar ist, Herr Bundesminister, und ich hier, ohne Geheimnisse des Landesverteidigungsrates ausplaudern zu wollen, doch den Eindruck in der Öffentlichkeit wiedergeben will, daß die Verlängerung des Präsenzdienstes, diese besondere Härte notwendig war, weil die aktive ausgebildete Truppe nicht ausreichte, um in der damaligen Situation eine entsprechende Sicherheit zu gewährleisten, frage ich Sie: Was war denn der Zweck der Verlängerung, wenn nicht eine Verstärkung der Zahl der aktiven Soldaten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Der Zweck war, wie ich festgestellt habe — und das steht in keinem Widerspruch zu dem vorher Gesagten —, daß der Übergang beim Einbau der aus den Ausbildungsverbänden in den Einsatzverband überstellten Truppen und damit die Neuformierung der Truppe mit neuem Personal reibungslos und ohne Schwachemomente vor sich gehen kann. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Nachdem wir beide offenbar nicht der gleichen Auffassung und Meinung sind, ob die Stärke eines Heeres neben der Ausrüstung auch von der Truppenzahl, also seiner zahlenmäßigen Stärke, abhängt, frage ich Sie, Herr Minister, ob Sie tatsächlich der Ansicht sind, daß die Zahl der Soldaten in bezug auf die Stärke der Truppe keine Rolle spielt, und zwar deswegen, weil dann die Frage offenbleibt: Warum wurden die Soldaten unter Waffen gehalten, wenn es nicht auf die zahlenmäßige Stärke ankommt?

9018

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Das habe ich bereits bei Beantwortung der ersten Zusatzfrage gesagt, Herr Abgeordneter. Der Zweck war der reibungslose Übergang, und zwar ohne Schwächemomente eintreten zu lassen, beim Einbau der Überstellten in den neuen Einsatzverband, weil sich da ja bekanntlich die neuen Teams erst zusammenspielen müssen. Das war der Sinn, und das sollte unter zeitweiliger Beibehaltung der älteren Soldaten erfolgen. Aber die Verstärkung der Truppenzahl — ich betone das noch einmal — war nicht der Zweck dieser Maßnahme.

Präsident: 8. Anfrage: Abgeordneter Glaser (ÖVP) an den Herrn Verteidigungsminister betreffend Störung von Radargeräten.

1887/M

Sind Ihnen, Herr Minister, Berichte zugegangen, wonach während der Besetzung der ČSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten unsere Radargeräte gestört worden sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Vor einiger Zeit brachten Presse und Rundfunk Meldungen, wonach während der Besetzung der ČSSR durch die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten auch militärische Radargeräte gestört worden seien. Hiezu ist zu bemerken, daß während des genannten Zeitraumes seitens der Radarüberwachung des Bundesheeres passive Radarstörungen, sogenannte Düppelstörungen, vereinzelt festgestellt wurden. Derartige Störungen entstehen durch den Abwurf von Reflexionsmaterial und sind vor allem darauf gerichtet, die Verfolgung von Luftzielen zu erschweren. Der Abwurf des erwähnten Materials erfolgte vornehmlich über tschechoslowakischen Flugplätzen. Der örtlichen Lage nach hatten diese Störungen offenbar nicht eine Beeinträchtigung österreichischer Radaranlagen als Zielsetzung. Direkt gegen die österreichische Luftraumüberwachung gerichtete elektronische Störungen wurden während dieser Zeit nicht festgestellt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Herr Bundesminister! Ist Ihnen bekannt, ob von diesen, wie Sie jetzt sagten, vereinzelt feststellbaren Störungen auch die Radargeräte der zivilen Luftfahrt betroffen waren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Diese Radargeräte waren von diesen Störmaßnahmen in noch viel stärkerem Maße betroffen, und zwar deswegen, weil militärische Radaranlagen Stör- und Schutzmaßnahmen haben, über die die zivilen

Radaranlagen nicht verfügen — übrigens auch nicht unsere Wetterradaranlage in Langenlebarn.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Herr Bundesminister! Hat es derartige Störungen früher schon gegeben, oder war es das erstemal, als in der Nacht vom 20. zum 21. August Truppen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik eingerückt sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: An sich ist sie ja bekanntlich nicht neu, sie wurde schon früher verwendet. Aber Störungen dieser Art sind uns vordem nicht bekanntgeworden.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Konir (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz, betreffend Strafverfahren gegen Viktor Müllner.

1874/M

In welchem Stadium befindet sich das Strafverfahren gegen den ehemaligen ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Viktor Müllner?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Das mit Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien als Schöffengericht vom 12. Juli 1968 in erster Instanz beendete Strafverfahren gegen Viktor Müllner senior befindet sich derzeit im Stadium des Rechtsmittelverfahrens.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Es ist uns bekannt, daß der Herr Müllner zu vier Jahren schwerem Kerker verurteilt worden ist, daß aber in diesem Strafverfahren nicht das gesamte angelastete Tatsachenmaterial zur Verhandlung gekommen ist. Es wird also noch weiter untersucht. Wann kann mit dem Ende dieser Untersuchung gerechnet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Das Strafverfahren gegen Viktor Müllner senior, das die aus dem ersten und in erster Instanz erledigten Strafverfahren ausgeschiedenen Fakten zum Gegenstand hat, befindet sich derzeit im Stadium der Voruntersuchung. Der Strafsakt bezüglich dieser ausgeschiedenen Fakten umfaßt bereits 13 Bände. Er befindet sich derzeit bei der Staatsanwaltschaft Wien zur Prüfung der bisherigen Untersuchungsergebnisse und zur Konkretisierung der weiteren Antragstellung der Staats-

Bundesminister Dr. Klecatsky

anwaltschaft Wien. Ich kann derzeit einen Zeitpunkt für den Abschluß dieser Voruntersuchung noch nicht angeben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Können Sie nicht ungefähr sagen, wann mit einem Abschluß zu rechnen ist? Wird das noch heuer sein oder im Jahre 1969, oder dauert es darüber hinaus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Ich bin überzeugt, Herr Abgeordneter, daß die Staatsanwaltschaft und das Gericht alles tun werden, um dieses Verfahren möglichst rasch abzuschließen. Ich kann aber einen Zeitpunkt nicht nennen.

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Doktor Hauser (*ÖVP*) an den Herrn Justizminister, betreffend Haftentschädigungsgesetz.

1839/M

Wie weit sind die Arbeiten an einem neuen Haftentschädigungsgesetz gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Das Bundesministerium für Justiz hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, mit dem die derzeit in den Gesetzen vom 18. August 1918 und vom 2. August 1932 vorgesehene Entschädigungspflicht des Bundes für strafgerichtliche Haft und Verurteilung in völliger und zweifelsfreier Übereinstimmung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention neu geregelt werden soll. Dieser Gesetzentwurf wurde Mitte August dieses Jahres allgemein zur Stellungnahme versendet. Die Begutachtungsstellen wurden ersucht, ihre Stellungnahmen bis 10. November dieses Jahres abzugeben. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieses Begutachtungsverfahrens werden dann die Arbeiten an diesem Gesetzentwurf so rasch wie möglich abgeschlossen werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Herr Bundesminister! Können Sie uns sagen, welche wesentlichen Änderungen vermutlich der neue Gesetzentwurf gegenüber der jetzigen Rechtslage bringen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Von den für die einzelnen Betroffenen praktisch bedeutsamen Änderungen darf ich hervorheben, daß nach dem Entwurf dem zu Unrecht rechtskräftig Verurteilten, der dann nach einer allfälligen Wiederaufnahme des Verfahrens freigesprochen oder sonst außer Verfolgung gesetzt wird,

auch dann ein Ersatzanspruch zustehen soll, wenn der gegen ihn ursprünglich vorgelegene Verdacht nicht zur Gänze entkräftet worden ist, er also etwa in diesem zweiten Verfahrensgang mangels an Beweisen außer Verfolgung gesetzt wurde. Die derzeit im Bundesgesetz vom 2. August 1932 vorgesehene Anspruchsvoraussetzung der Verdachtsentkräftigung soll damit entfallen. Ferner soll jedem von einem Strafgericht gesetzwidrig Angehaltenen ein unbedingter Ersatzanspruch zustehen.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Konir (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Kosten und Vergabebeträge der Autobahnbaulose.

1855/M

Aus welchen Gründen sind Sie nach wie vor nicht in der Lage, eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Kosten und der Vergabebeträge der einzelnen Autobahnbaulose der Öffentlichkeit vorzulegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Ich bin seit einiger Zeit in der Lage, eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Kosten und der Vergabebeträge der einzelnen Autobahnbaulose vorzulegen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Darf ich dann fragen, wann das Hohe Haus diese Unterlagen sehen wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Ich habe am 3. Juli 1968 dem Unterausschuß des Bautenausschusses die darauf bezughabenden Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Präsident: Die 12. Anfrage wurde wegen Erkrankung des Abgeordneten Meißl zurückgezogen und wird schriftlich beantwortet.

13. Anfrage: Abgeordneter Luptowits (*SPÖ*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Umfahrung Spittal.

1856/M

Wann wird mit den Arbeiten am Bauprojekt „Umfahrung Spittal“ begonnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Die Anfrage lautet: Wann wird mit den Arbeiten am Bauprojekt „Umfahrung Spittal“ begonnen? — Antwort: Noch im Herbst dieses Jahres.

9020

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Luptowits: Herr Bundesminister! Welche Arbeiten sind für den Herbst dieses Jahres vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Es ist die Sanierung des sogenannten Wolfbergtunnels, ein Teilstück der Umfahrung Spittal damit gemeint.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Luptowits: Können Sie mir sagen, ob die kontinuierliche Finanzierung so gesichert ist, daß das Bauprojekt in drei Jahren fertiggestellt werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen, weil der Wolfbergtunnel, der zunächst die Umfahrfunktion im Raume Spittal auf Bundesstraßenebene hat, in der weiteren Folge mit dem Ausbau der sogenannten Tauern-Autobahn zusammenhängt, und zwar des südlichen Teiles, der unabhängig von der sogenannten Scheitelstrecke beziehungsweise der Tunnelstrecke gebaut werden wird. Diesbezügliche finanzielle Sicherstellungen für den Weiterbau dieser von mir genannten Strecke sind gegenwärtig noch nicht erfolgt.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Horejs (SPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Inntalautobahn von Kufstein nach Innsbruck.

1881/M

Bis wann ist mit der Aufnahme des durchgehenden Verkehrs auf der Inntalautobahn von Kufstein nach Innsbruck zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: In etwa sechs Jahren.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Horejs: Herr Minister! Wird die Kompetenz für die Bundesstraßen und die Autobahnen in Tirol im Wege der mittelbaren Bundesverwaltung vom Landeshauptmann von Tirol persönlich oder, wie im Fernsehen am 25. Oktober behauptet wurde, von dem für die Landesstraßen zuständigen sozialistischen Landesrat Zechtl ausgeübt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Für die mittelbare Bundesverwaltung in diesem Verwaltungszweig ist der Herr Landeshauptmann zuständig.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Horejs: Herr Minister! Am Landesparteitag der Tiroler ÖVP am 28. Sep-

tember hat der Landeshauptmann von Tirol, Ökonomierat Wallnöfer, der also für die Autobahnen in Tirol ressortzuständig ist, über die Fertigstellungstermine der Inntalautobahn unter anderem wörtlich erklärt:

„Unser Ziel ist, daß die Autobahn im Herbst des Jahres 1970 den Verkehr aus dem Achen- und Zillertal aufnehmen und in die Landeshauptstadt und zum Brenner führen kann. Die Bauarbeiten zwischen Wiesing und Kufstein sollen bis zum Jahre 1972 abgeschlossen werden können.“

Herr Minister! Da Ihre Termine davon abweichen, frage ich Sie: Hat der Landeshauptmann von Tirol und Landesparteiobermann der ÖVP seine Parteifreunde am Landesparteitag falsch informiert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Obwohl das eine Frage ist, die in die Parteiführung hineinspielt, bin ich bereit, auch darauf Antwort zu geben. Meine Antwort stützt sich auf meine gegenwärtigen Ressortunterlagen, nämlich darauf, inwieweit bei der gegenwärtigen Finanzierungsmethode und den gegenwärtigen Finanzierungsquellen dieses Autobahnstück beziehungsweise diese Autobahn fertiggestellt werden kann.

Die Mitteilung beziehungsweise die Information, die der Herr Landeshauptmann im Herbst dieses Jahres in Innsbruck gegeben hat, betrifft eine Zielsetzung, an der das Land Tirol emsig arbeitet. Auch ich persönlich wäre gerne gewillt, eine solche Zielsetzung zu erfüllen, aber um diese Zielsetzung zu erwirken, ist zunächst eine zusätzliche Finanzierungsquelle für den Bau dieser Autobahn notwendig. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Und diese hat die ÖVP verweigert!)*

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundeskanzleramt

Präsident: Die Anfrage 15 wurde zurückgezogen.

16. Anfrage: Abgeordneter Moser (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Kosten der September-Ausgabe der Propagandaschrift „für alle“.

1833/M

Wie hoch waren die Gesamtkosten der Propagandaschrift der Bundesregierung „für alle“ vom September 1968?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Die Gesamtkosten der „Propagandaschrift“, wie Sie sie nennen, der „Informationsschrift“, wie ich sie nenne, „für alle“, betragen 833.766,60 S.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Bundeskanzler! Dem Klub der sozialistischen Abgeordneten wurden durch den Herrn Staatssekretär Pisa zehn Ausgaben dieser Propagandaschrift als Belegexemplare übermittelt. Ein Vergleich dieser dem Klub der sozialistischen Abgeordneten übermittelten Belegexemplare mit jenen, die dann an die Bevölkerung verteilt wurden, zeigt, daß das Impressum in diesen Ausgaben verschieden ist. Ich kann das nur so auffassen, daß durch den Herrn Staatssekretär Pisa hier der Klub der sozialistischen Abgeordneten getäuscht werden sollte.

Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie daher: Wie rechtfertigen Sie diese Täuschungsabsicht des Herrn Staatssekretärs Pisa?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Ich kann nicht annehmen, Herr Abgeordneter, daß hier eine Täuschungsabsicht vorliegt. (*Rufe bei der SPÖ: Was denn sonst?*) Ich bin bis zum heutigen Tage über dieses verschiedene Impressum nicht informiert worden, werde aber sofort eine Untersuchung darüber einleiten, wie es zu verschiedenen Impressa gekommen ist.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Bundeskanzler! Ich hätte nun gerne von Ihnen endlich authentisch erfahren, was Ihre Rechtsansicht über diese Impressa überhaupt ist, was im Impressum zu stehen hat; denn offenbar scheinen sich die Regierung oder Teile dieser Regierung darüber überhaupt nicht im klaren zu sein, welche Bestimmungen des Pressegesetzes hier anzuwenden sind.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Ich habe schon bei Anfragen in der vergangenen Session mitgeteilt, daß der Wortlaut des Impressums vom Bundespressedienst und dem hierfür zuständigen Justizministerium genau nach dem Pressegesetz festgelegt worden ist, und dieses Impressum wird gebraucht.

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Dr. Scrinzi (*FPÖ*) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Minderheitenermittlungsgesetz.

1834/M

Wann wird die von Ihnen schon im Herbst 1966 in Aussicht gestellte Alternative zu dem vom Minderheitenausschuß des Kärntner Landtages seinerzeit einstimmig geforderten und von Bundeskanzler Dr. Gorbach 1960 anlässlich der 40 Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung angekündigten Minderheitenermittlungsgesetz vorgelegt werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Bei Durchführung des Artikels 7 des Staatsvertrages soll man schon aus außen-, aber auch aus staatspolitischen Gründen gerade im Interesse des Landes Kärnten eine Lösung suchen, die sich auf eine weitgehende Übereinstimmung der politischen Kräfte im Lande Kärnten und im Bund stützen kann und damit auch eine gemeinsame außenpolitische Auffassung aller Kräfte widerspiegelt. Unter diesen Aspekten, sehr geehrter Herr Abgeordneter, scheint es im Augenblick nicht opportun zu sein, einen solchen Entwurf betreffend die Minderheitenfeststellung im Lande Kärnten auszuarbeiten und vorzulegen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundeskanzler! Unser Frage- und Antwortspiel in dieser Sache der Durchführung des Artikels 7 des Staatsvertrages geht nun zwei Jahre und ist, glaube ich, für beide Teile wenig befriedigend.

Ich stimme Ihnen zu, daß hier eine Regelung gesucht werden muß, die nicht nur den dauernden Frieden im Zusammenleben der beiden Volksgruppen in Kärnten gewährleistet, sondern auch vor der internationalen Öffentlichkeit Anerkennung finden kann. Ich glaube aber, 13 Jahre wären Zeit genug gewesen, um diesen Artikel 7 durchzuführen.

Ich erlaube mir, nun noch einmal zu fragen, Herr Bundeskanzler: Stehen Sie nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es außerhalb eines Minderheitenermittlungsgesetzes andere Möglichkeiten gibt, die uns im Artikel 7 aufgetragenen Verpflichtungen zu erfüllen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Ja; ich habe das schon wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundeskanzler! Sind Sie dann bereit und in der Lage, zu sagen, welche anderen Möglichkeiten Ihnen hier vorschweben?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Mir schwebt die vom Amt der Kärntner Landesregierung seit 1955 praktizierte Lösung vor, die im Wege

9022

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Bundeskanzler Dr. Klaus

von Verwaltungsanordnungen die Inanspruchnahme der slowenischen Sprache vor den Behörden ermöglichen soll.

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Glaser (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Bundesvergabegesetz.

1830/M

Welches Ergebnis hatten die bisherigen Bemühungen des Bundeskanzleramtes um die Vorbereitung des Entwurfes eines Bundesvergabegesetzes?

Präsident: Bitte, Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Das Bundeskanzleramt hat im Jänner 1967 eine Punktation ausgearbeitet, in der die wichtigsten Punkte eines künftigen, dem Hohen Hause vorzulegenden Vergabegesetzes enthalten waren. Um nun die Meinungen der betroffenen Interessenvertretungen zu hören, sind diese Punktationen in der ersten Hälfte des Jahres 1967 verschiedenen Instanzen, wie dem Bundesministerium für Finanzen und dem Rechnungshof, vorgelegt und zur Diskussion gestellt worden. Das Bundeskanzleramt hatte diese Stellen eingeladen, ihre Meinung hiezu und Vorschläge für eine Neuregelung mitzuteilen.

Auf Grund dieser Mitteilungen sind in der zweiten Hälfte 1967 in einer weiteren eingehenden Punktation die Auffassungen der unmittelbar interessierten Kreise erkundet worden. Vor allem die Bundeswirtschaftskammer ist um ihre Vorstellungen zu diesem Problem befragt worden. Es ist begreiflich, daß vor Erstellung eines Gesetzentwurfes die beteiligten Kreise ihre Auffassung zu diesem wichtigen Problem zur Geltung bringen sollen, bevor an eine Formulierung des Gesetzentwurfes geschritten wird. Nun sind wir jedoch dabei, einen Gesetzentwurf fertigzustellen, der dann in das Begutachtungsverfahren geleitet wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Herr Bundeskanzler! Es ist verständlich und war von vornherein zu erwarten, daß in einer so schwierigen Materie die Auffassungen auseinandergehen. Ist nach dem derzeitigen Stand der Beratungen und Gespräche damit zu rechnen, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden kann?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Ja. Das Begutachtungsverfahren kann noch in diesem Jahre eingeleitet werden, sodaß einer Beratung dieses Gesetzes im Hohen Haus im Laufe des Jahres 1969 meiner Ansicht nach nichts mehr im Wege stehen wird.

Präsident: Danke, Herr Bundeskanzler.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Die 19. Anfrage wurde zurückgezogen.

20. Anfrage: Abgeordneter Kosteletzky (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Inneres, betreffend Beförderung des stellvertretenden Leiters des Sicherheitsbüros in Wien.

1869/M

Welche Gründe waren maßgebend, daß der stellvertretende Leiter des Sicherheitsbüros der Bundespolizeidirektion Wien im Widerspruch zu dem Erlaß des Bundesministeriums für Inneres, Zl. 67.678/12/66, zur Beförderung in die Dienstklasse VIII eingegeben wurde, obwohl nach dem obzitierten Erlaß dieser Posten lediglich in der Dienstklasse VII eingestuft ist?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Soronics: Herr Abgeordneter! Die Beförderung des Oberpolizeirates Dr. Friedrich Kuso zum wirklichen Hofrat wurde von meinem Amtsvorgänger ausschließlich auf Grund der hervorragenden fachlichen Leistungen dieses Beamten beantragt.

Die Bundespolizeidirektion Wien hat als Dienstbehörde des Genannten dem Bundesministerium für Inneres am 6. Dezember 1967 berichtet, daß die besonders erfolgreiche und qualifizierte Dienstleistung Dr. Kusos, der seit dem Sommer 1959 als Stellvertreter des Vorstandes des Sicherheitsbüros und als Referent für Kapitalverbrechen fungiert, eine dienstrechtliche Sonderbehandlung des Genannten rechtfertige.

Die Personalvertretung hat damals darauf hingewiesen, daß sie nur für eine Beförderung wäre, wenn dieser Dienstposten entsprechend bewertet würde, das heißt also, wenn er die VIII. Dienstklasse-Bewertung erhielte. Das ist bei den Verhandlungen leider nicht möglich gewesen. Und nun ist die Beförderung des Herrn Dr. Kuso mit 1. Juli, also als ich schon im Amte war, wieder zur Diskussion gestanden.

Ich habe mich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Richtlinien wohl Richtlinien sind, aber daß sie nicht so feststehend sein können, daß man einen verdienten Beamten deshalb nicht befördern kann. Ich habe daher überlegt, was man in diesem Fall tun könnte. Es waren zwei Möglichkeiten: den Beamten auf einen Dienstposten zu versetzen, wo er wohl einen Dienstposten der Dienstklasse VIII inne hätte, wo er aber nicht die Leistungen entsprechend erbringen könnte, weil er nicht die Vorbildung hat; oder aber — das wäre auch möglich gewesen — ihn ins Ministerium herein zu berufen und ihn einem jüngeren Beamten vorzusetzen.

Bundesminister Soronics

Ich habe den Herrn Polizeipräsidenten mündlich angewiesen, diese Möglichkeit zu ventilieren, und er hat mir auch entsprechende Vorschläge gemacht, mit denen ich allerdings — das möchte ich auch nicht verheimlichen — nicht ganz einverstanden war. Ich habe daher, um eine Möglichkeit zu finden, einen verdienten Beamten, der überall Anerkennung gefunden hat und der auf seinem Gebiete Initiative entwickelt hat, doch auf einen entsprechenden Posten zu bekommen, die Gelegenheit wahrgenommen, um nochmals mit dem Bundeskanzleramt und dann, im letzten Augenblick, auch mit dem Herrn Bundeskanzler persönlich zu sprechen und ihm die Gründe darzulegen, warum ich besonders Wert darauf lege, daß Dr. Kuso befördert wird. Das Bundeskanzleramt hat sich diesen Argumenten nicht verschlossen, hat den Antrag genauso, wie er von der Polizeidirektion Wien gestellt wurde, dem Herrn Bundespräsidenten vorgelegt, und der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 5. Juli 1968 die Beförderung von Dr. Kuso zum wirklichen Hofrat durchgeführt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Kosteletzky:** Herr Minister! Ich möchte einmal grundsätzlich feststellen, daß ich nichts gegen die fachlichen Qualitäten des Hofrats Dr. Kuso sagen möchte. Im Gegenteil: Auch wir anerkennen seine fachlichen Qualitäten. Worum es mir aber bei dieser Frage geht, ist doch, daß Erlässe und Vereinbarungen mit der Gewerkschaft in diesem Falle nicht eingehalten worden sind. Und wenn Sie sagen, Sie hätten die Möglichkeit gehabt, den Hofrat Dr. Kuso auch auf einen anderen Platz im Ministerium zu setzen und dann vielleicht wieder zurückzusetzen, dann möchte ich darauf hinweisen, daß das ja auch ein Umgehen der Vereinbarung gewesen wäre, umsomehr, als ja die fachliche Qualität des Hofrats Dr. Kuso auf seinem jetzigen Platz unangefochten ist.

Aber wenn Sie selbst der Meinung sind, Herr Minister, daß dieser Platz ein VIIIer-Posten wäre, dann wäre doch meines Erachtens der richtige Weg gewesen, dem Bundeskanzleramt vorzuschlagen, daß dieser Posten tatsächlich mit der Dienstklasse VIII bewertet werden soll, so wie es die Gewerkschaft seinerzeit bei den Verhandlungen verlangt hat. Ich darf aber feststellen, daß gerade vom Bundeskanzleramt bei diesen Verhandlungen absolut und mit Schärfe dagegen protestiert wurde, diesen Platz als VIIIer-Posten zu bewerten.

Ich möchte Sie also fragen, Herr Minister, ob Sie nun bereit wären, dem Bundeskanzler-

amt vorzuschlagen, diesen Dienstposten auch als VIIIer-Posten bewerten zu lassen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Gestatten Sie mir zunächst eine Feststellung:

Diese Richtlinie, die zwischen dem Bundeskanzleramt und der Gewerkschaft vereinbart war, kann ja nur eine Richtlinie sein. Die Gewerkschafter selbst kommen oft mit Wünschen, daß man den einen oder anderen befördert, wenn er auch nicht einen entsprechenden Dienstposten innehat. Es wird also auch von der anderen Seite ein Wunsch herangetragen.

Selbstverständlich werde ich mich bemühen, es beim Bundeskanzleramt zu erwirken — so wie ich es auch in einem anderen Fall bereits getan habe, nämlich bei der Schaffung des neuen Referates in der Gruppe B der Bundesgendarmerie, das von einem Juristen besetzt wurde und welches mit einem Posten der Dienstklasse VII bewertet wurde; das ist dort geschehen. Aber diese Verhandlungen haben sich in die Länge gezogen, und ich konnte deshalb nicht einen verdienten Beamten warten lassen. Sie wissen, wie es im öffentlichen Dienst ist; wenn man um ein halbes Jahr später befördert wird, dann ist das während der ganzen Dienstzeit ein Nachteil. Ich konnte deshalb nicht warten, bis diese Verhandlungen abgeschlossen werden, umsomehr, weil ja die Gewerkschaft einige Wünsche auf diesem Gebiete hat.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Kosteletzky:** Herr Minister! Ich anerkenne diese Antwort sehr gerne und nehme es gerne zur Kenntnis, doch möchte ich eines feststellen: Sie selbst sind ja Vertrauensmann der Gewerkschaft gewesen. Wäre es nicht einfacher gewesen, entsprechend dem Personalvertretungsgesetz mit den Vertrauensmännern vorher darüber zu sprechen, bevor Sie einen solchen Antrag loslassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Zunächst eine Richtigstellung: Ich bin noch immer Mitglied der Gewerkschaft und noch Vorsitzender der Gewerkschaft. (*Abg. Ing. Häuser: Aber nicht Vertrauensmann!*)

Zweitens möchte ich Ihnen sagen, daß die Personalvertreter von diesem Vorhaben Bescheid wußten, dies auch dadurch, weil der Herr Polizeipräsident mit ihnen wegen der allfälligen Besetzung eines Dienstpostens der Dienstklasse VIII gesprochen hat.

Präsident: 21. Anfrage: Abgeordneter **Ofenböck (ÖVP)** an den Herrn Innenminister, betreffend Verkauf von Feuerlösch-Spraydosen.

1894/M

Sind, Herr Minister, die bestehenden rechtlichen Grundlagen für den Verkauf von Feuerlösch-Spraydosen in Österreich ausreichend?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Die gegenständliche Anfrage bezieht sich auf eine Angelegenheit, die in das Gebiet des Gewerberechtes und allenfalls auch des Kraftfahrrechtes fällt und daher zum Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie gehört. Wie in Erfahrung gebracht wurde, hat sich die genannte Zentralstelle auch bereits eingehend mit dem gegenständlichen Problem befaßt. Vertreter meines Ressorts sind bei dieser Besprechung anwesend gewesen. Die Besprechungen sind aber noch nicht abgeschlossen. *(Ruf bei der ÖVP: ARBÖ! — Ruf bei der SPÖ: Touring-Club!)*

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Ofenböck: Herr Minister! Aus einigen Zeitungsmeldungen wurde die prägnante Formulierung für diese Spraydosen mit „Handgranaten im Handschuhfach“ oder „Bomben“ gefunden.

Wenn nun diese Spraydosen als Feuerlöschgeräte bei höheren Temperaturen tatsächlich keinen entsprechenden Sicherheitsfaktor hinsichtlich einer möglichen Explosion aufweisen oder wenn etwa durch vorschriftswidrige Beschriftung in der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigtes Vertrauen geweckt wird, welche Handhabe zum Einschreiten hat dann, Herr Minister, das Ministerium, um den Käufer oder Besitzer einer solchen Löschdose vor Schäden an Leben oder Gesundheit beziehungsweise auch vor Sachschäden an seinem Fahrzeug oder an sonstigem Eigentum zu bewahren? *(Ruf bei der SPÖ: Wo ist ein Fall bekannt, daß etwas passiert wäre?)*

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß dies eine Angelegenheit eines anderen Ressorts ist, wo wir lediglich mitarbeiten. Sie werden verstehen, daß ich dem zuständigen Ressortminister in dieser Frage nicht vorgreifen möchte. *(Abg. Weikhart: Daß eine Bewilligung da ist, scheint Herr Ofenböck auch nicht zu wissen! Der Konkurrenzkampf! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, sich zu beruhigen, sonst muß ich mir auch eine Spraydose kaufen. *(Heiterkeit.)*

22. Anfrage: Abgeordneter **Robert Weisz (SPÖ)** an den Herrn Innenminister, betreffend Beförderungsantrag für eine Bedienstete der Polizeidirektion Wien.

1871/M

Welche Gründe waren maßgebend, daß Sie die Polizeidirektion Wien schriftlich angewiesen hatten, einen Beförderungsantrag für Amtsekretär **Maria Frey** einzubringen, obwohl die Voraussetzungen des Erlasses des Bundesministeriums für Inneres, Zl. 76.359-12/66, für eine Beförderung nicht gegeben waren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Ich glaube, ich kann mir die Ausführungen, die ich vorher bei der Anfrage betreffend **Dr. Kuso** hinsichtlich der Dienstpostenbewertung gemacht habe, ersparen und lediglich darauf hinweisen, daß **Frau Amtsekretär Maria Frey** wohl keinen Dienstposten bei der Polizeidirektion Wien innegehabt hat, der eine Beförderung in die VI. Dienstklasse gerechtfertigt hätte; sie hat aber bei der elektronischen Datenverarbeitung derart hervorragend mitgearbeitet, daß sie nun überwiegend in diesem Dienstzweig beschäftigt ist. Wir haben für diese Personen einen Sondervertrag mit dem Bundeskanzleramt erhalten. Es war gerechtfertigt, nun auch der sich um die Schaffung der elektronischen Datenverarbeitung hervorragend bewährten **Fachkraft Frey** eine Beförderung zuteil werden zu lassen, damit sie finanziell nicht benachteiligt ist. Im übrigen ist ja der Ingenieur **Johann Fuchs**, der ebenfalls auf Grund dieser Arbeit in die VI. Dienstklasse befördert wurde, von der Polizeidirektion Wien zur Beförderung eingegeben worden. Ich habe dann, damit die beiden Fälle gleich behandelt werden, veranlaßt, daß auch **Frau Maria Frey** zur Beförderung eingegeben wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Robert Weisz: Herr Minister! Es wird Ihnen genauso wie uns bekannt sein, daß die **Beamtin der Verwendungsgruppe B Maria Frey** bei den Vorbereitungsarbeiten für die Datenverarbeitung einen Posten einer niederen Dienstklasse bekleidet hat, und zwar einen Dienstposten D. Es ist sonderbar, daß sie gerade auf Grund dieser D-Verwendung dann auf einen höheren Dienstposten der Gruppe B VI zur Beförderung eingegeben wurde. Ich glaube aber, daß dafür nicht ihre Dienstleistung, die sicherlich auf diesem Posten der Gruppe D — das möchte ich nochmals feststellen — eine gute war, maßgeblich gewesen ist,

Robert Weisz

sondern eher, daß Frau Frey ein aktives Mitglied des ÖAAB ist. (*Abg. Hartl: Ist das eine Schande?*)

Herr Minister! Im übrigen muß ich als Gewerkschaftsfunktionär der öffentlich Bediensteten mit Befremden feststellen, daß Sie sich auch in diesem Fall wieder, obwohl Sie selbst auch Funktionär der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten sind, über Vereinbarungen, die mit der zuständigen Gewerkschaft abgeschlossen und im Erlaßwege geregelt wurden, einfach hinwegsetzen.

Herr Minister! Es war auch Ihnen bekannt, daß die zuständige Personalvertretung genauso wie in dem vorangegangenen Fall Kuso einstimmig gegen diese Beförderung Stellung genommen hat, und zwar auch mit den Stimmen der ÖVP-Fraktion. Ich möchte das auch hier mit aller Deutlichkeit feststellen: ein einstimmiger Beschluß der Personalvertretung. Welche Gründe waren daher für Sie maßgebend, daß Sie unter Mißachtung der Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes, welche nämlich bei Nichtübereinstimmung zwischen Dienstbehörde und Fachausschuß vorsehen, daß der Zentrallausschuß neuerlich befaßt werden soll, es unterlassen haben, den Zentrallausschuß der Personalvertretung bei Ihrem Ministerium von diesem Beförderungsantrag zu informieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Soronics:** Herr Abgeordneter! Ich möchte zunächst richtigstellen: Maria Frey wurde nicht deshalb befördert, weil sie dem ÖAAB angehört (*Zustimmung bei Abgeordneten der ÖVP — Abg. Libal: Weil der Minister ein ÖAABler ist! — weitere Zwischenrufe bei der SPÖ — der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) — das bin ich, Gott sei Dank! (*Abg. Weikhart: Und danach handeln Sie!*) —, sondern, wie ich schon vorher gesagt habe, weil mit allen Angestellten, die hier verwendet wurden, ein Sondervertrag abgeschlossen wurde und diese dadurch finanziell besser gestellt sind, als es Maria Frey gewesen wäre. Die Personalvertretung hat nicht dagegen Stellung genommen, sondern sie wollte hier nur einen höheren Dienstposten erhalten.

Herr Abgeordneter! Ich selbst bin lange genug Personalvertreter gewesen. Der betreffende Herr, der Ihnen die Informationen gibt — ich werde ja noch das Vergnügen haben, auf eine andere Anfrage, die Sie an mich gestellt haben, zu antworten —, scheint Sie falsch zu informieren. Es tut ihm anscheinend weh, daß jetzt nicht immer das geschieht, was er will, sondern das geschieht, was der Minister zu verantworten hat. (*Bravo-Rufe und Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Robert Weisz:** Herr Minister! Ich möchte nur nochmals feststellen, daß die Stellungnahme des Personalausschusses einstimmig mit den Stimmen der sozialistischen Fraktion und den Stimmen der christlichen Gewerkschafter gefaßt wurde. Es war also ein einstimmiger Beschluß und keine Neidkomponente, die Sie in Ihre Beantwortung hineinbringen.

Herr Minister! Ich frage Sie daher nochmals: Beabsichtigen Sie, sich auch in Zukunft über die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes und im Erlaßwege geregelter Vereinbarungen mit der Gewerkschaft hinwegzusetzen und den gesetzlichen Bestimmungen beziehungsweise den gegebenen Vereinbarungen widersprechende Weisungen an die unterstellten Behörden zu erteilen sowie die gesetzlich festgelegten Rechte der Personalvertreter weiter zu mißachten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Soronics:** Herr Abgeordneter! Ich möchte zunächst feststellen — und Sie können sich leicht davon überzeugen —, daß eine generelle Weisung besteht, daß jede Personalmaßnahme mit der Personalvertretung abzusprechen ist. Diese Erklärung hat übrigens auch der Herr Bundeskanzler für das Bundeskanzleramt abgegeben. (*Ruf bei der SPÖ: Sie halten sich nicht daran! — Abg. Robert Weisz: Wenn es nicht durchgeführt wird, was nützt das? — Abg. Weikhart: Eine Absprache ohne Durchführung ist zwecklos! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Sollte das, was Sie hier gesagt haben, stimmen, daß hier mit der Personalvertretung nicht nochmals Fühlung genommen wurde — das kann ich im Augenblick nicht beurteilen —, werde ich den zuständigen Beamten zur Rechenschaft ziehen, weil die generelle Weisung vorhanden ist, daß die Personalvertretung in solchen Anliegen zu befragen ist. Und damit ist auch die andere Frage beantwortet. Selbstverständlich habe ich die Absicht, wenn irgendwelche Ausnahmen es rechtfertigen, auch Beförderungsanträge zu stellen. Sie werden überrascht sein, daß zum kommenden Termin Beförderungsanträge gestellt werden, bei denen Sie mir bestimmt nicht unterschieben können, daß das Leute meiner Parteirichtung sind. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 23. Anfrage: Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (*SPÖ*) an den Herrn

9026

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Präsident**Bundesminister für Unterricht, betreffend Kürzung von Lehraufträgen.**

1877/M

Bezug nehmend auf meine mündliche Anfrage vom 27. Juni 1968 betreffend Kürzung von Lehraufträgen frage ich, ob auch die Reduzierung der Lehraufträge in jenem Ausmaß, wie sie jetzt praktiziert wird, auf Wünsche „aus dem universitären Raum“ zurückgeht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es wäre ein Widerspruch in sich, würden Anträge mit dem Antrag auf Nichtgenehmigung vorgelegt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg: Herr Minister! Ich muß feststellen, daß der Widerspruch von den Hochschulen keineswegs im Einklang mit dem war, was Sie seinerzeit zu dieser Frage geäußert haben. Ganz im Gegenteil! Nach Zeitungsnachrichten und nach allem, was ich aus dem Hochschulbereich erfahre, werden meine Bedenken, die ich damals geäußert habe, durchaus geteilt; nämlich die Bedenken, daß es sich bei diesem Erlaß einerseits um einen Eingriff in die Hochschulautonomie handelt und daß auf der anderen Seite natürlich diese Aktion absolut im Widerspruch zu dem Slogan „Vorrang von Forschung und Lehre“ ist.

Ich darf Sie, Herr Minister, doch auch auf einen Widerspruch in Ihren eigenen Äußerungen aufmerksam machen und um Aufklärung bitten. Laut „Wochenpresse“ vom 23. Oktober haben Sie geäußert, daß Sie sich voll bewußt waren, daß dieser Erlaß unangenehme Schwierigkeiten auslösen wird und daß Sie also schneidig — „schneidig“, das ist der elegante Ausdruck, der Ihnen in den Mund gelegt wird — darüber hinweggehen würden.

Auf meine Frage haben Sie mir damals geantwortet, daß dieser Erlaß in Hochschulkreisen begrüßt wurde. Von Schwierigkeiten haben Sie damals nichts gesagt. Ich würde also sehr gerne wissen, ob Sie nicht gewußt haben, welche Reaktion kommen wird, oder ob Sie mir nur die halbe Wahrheit gesagt haben.

Darf ich auch gleich um konkrete Angaben bitten: Nach der „Wochenpresse“ wurden 3293 Wochenstunden als Lehraufträge beantragt, und 501 wurden nicht genehmigt. Ich würde Sie bitten, mir zu sagen, ob diese Angaben stimmen oder nicht.

Ich würde Sie ferner ersuchen, Herr Minister, mir die Frage zu beantworten, ob Sie bereit sind, genaue Angaben zu machen, welche Anträge abgelehnt wurden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst darf ich feststellen, daß von diesem Ihrem Platze und von vielen anderen Plätzen Ihrer Fraktion mir immer wieder der Vorwurf gemacht wurde, daß ich zuwenig jene gesetzlichen Bestimmungen handhabe, die mich ermächtigen, in das Hochschulgeschehen einzugreifen. Es ist also Ihre heutige Überlegung, daß ich hier in die Autonomie eingriffe — obwohl das Gesetz vorschreibt, daß ich zu genehmigen habe (*Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg*) —, im Widerspruch mit Ihrer bisherigen Haltung. Dies möchte ich zunächst festgehalten haben.

Zum anderen: Wenn ich sage, daß es aus Hochschulkreisen begrüßt wurde, war mir selbstverständlich klar, daß nicht jede Maßnahme von allen Angehörigen des Hochschulbereiches begrüßt wird, sondern von vielen — und gerade im Bereiche dieser vielen Individualisten höchsten Grades wird das ganz natürlich erscheinen müssen — auch kritisiert wird.

Es ist also so gekommen, wie ich es der Frau Abgeordneten gesagt habe und in der „Wochenpresse“ zum Ausdruck brachte: Ich war mir bewußt, daß diese Maßnahme nicht ungeteilte Zustimmung finden würde, sondern auch Kritik auslösen würde, obwohl sie von der anderen Seite auch wieder Begrüßung erfuhr.

Die Beantwortung der Frage, die Sie gestellt haben hinsichtlich der ziffernmäßigen Ausmaße und der nominellen Bezeichnung der nicht genehmigten Lehraufträge, glaube ich, kann ich in einer mündlichen Fragestunde kaum bewältigen. Ich bin aber durchaus bereit — ich würde allenfalls vorschlagen, daß Sie die nähere Spezifizierung in einer schriftlichen Anfrage vorlegen —, das dann schriftlich zu beantworten. Sie werden dann sehen, daß wir in vielen Fällen doch wohl sehr gerechtfertigt und mit dem Gesetz in Einklang die Bewilligung leider nicht erteilen konnten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg: Herr Bundesminister! Ich kann nur feststellen, daß es nicht richtig ist, daß das, was ich Sie heute frage, im Widerspruch zu dem steht, was ich Sie seinerzeit in der gleichen Angelegenheit gefragt habe. Ich habe Ihnen damals gesagt — ich habe das Protokoll hier —: „Ich frage Sie, Herr Minister, ob Sie es für richtig halten, auf administrativem Weg derart tiefe Eingriffe in eine Hochschule zu machen, oder ob Sie es nicht doch für richtiger halten wür-

Dr. Hertha Firnberg

den, das den akademischen Behörden zu überlassen.“ — Das ist genau der Standpunkt, den ich heute auch einnehme.

Eine zweite Frage, Herr Minister: Wonach wurde die Auswahl der für die Studienfortgänge notwendigen Fächer, wie Sie seinerzeit sagten, getroffen? Mir ist bekannt, um ein Beispiel zu nennen, daß der Lehrauftrag für Biophysik gestrichen wurde, obwohl wir keine Lehrkanzel dafür haben. In der Bundesrepublik gibt es in einigen Universitäten Lehrkanzeln hierfür — ich habe diesbezüglich recherchiert —, zum Beispiel gibt es solche in Gießen, Frankfurt, Berlin, Karlsruhe und in verschiedenen Instituten. Wir in Österreich haben jetzt keine.

Ich darf Sie fragen, Herr Minister, ob hier bei Streichungen die Ministerialbürokratie entscheidet oder welche anderen Gründe maßgeblich sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Ich möchte nochmals darauf zurückkommen, daß Ihre Anfrage den Vorwurf inkludierte, daß mit administrativen Maßnahmen in eine Autonomie eingegriffen würde. Genau den umgekehrten Vorwurf habe ich beispielsweise in Fällen von Habilitationen von Ihrem Platze aus gehört. Darauf habe ich mich bezogen. Man kann nicht in dem einen Fall bei Habilitationen vom Minister verlangen, er solle in die Autonomie eingreifen, bei Bewilligung von außerordentlich in die budgetäre Situation eingreifenden Aufgaben des Ministers ihm dagegen vorwerfen, daß er es tue. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*) Das ist mein Hinweis darauf, daß Ihre Stellungnahme nicht im Einklang mit Ihrer bisherigen Haltung steht. Aber ich nehme es mit Interesse zur Kenntnis, daß Sie mich nunmehr auch etwa von dem Vorwurf losprechen, daß ich mich damals nicht in die Autonomie eingemischt habe, als es um Habilitationen ging.

Nun aber zur konkreten Frage: Ich werde die Frage Biophysik selbstverständlich prüfen. Sie werden aber, wenn Sie mir die Anfrage so detailliert stellen sollten, ersehen, daß es sich vielfach darum handelt, daß Pflichtvorlesungen von Dozenten, die nach dem Gesetz vorgeschrieben sind, nicht gehalten werden. Es ist möglich, daß es sich um einen solchen Fall handelt. Ich werde ihn untersuchen. Ich habe der Hochschülerschaft bereits zugesichert, daß jeder einzelne Fall, der mir begründet vorgelegt wird, einer genauen zusätzlichen Überprüfung und nötigenfalls einer Revision unterzogen werden wird.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Seit der letzten Haussitzung sind drei schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern zugegangen sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Seitens der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Internationales Kaffee-Übereinkommen 1968 (959 der Beilagen) und

Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich, betreffend die Errichtung einer Diözese Feldkirch (999 der Beilagen).

Ich werde diese Vorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Den von der Bundesregierung vorgelegten Jahresbericht und Jahresabschluß 1967/68 des ERP-Fonds und

den Achten Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 9. September 1966, BGBl. Nr. 207 (Katastrophenfondsgesetz), betreffend das dritte Kalendervierteljahr 1968, weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Ich schlage vor, die heutige Tagesordnung gemäß § 38 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz um folgenden Punkt zu ergänzen:

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (988 der Beilagen): Bundesgesetz über eine Amnestie aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestandes der Republik Österreich (Amnestie 1968) (1019 der Beilagen).

Ich bitte jene Damen und Herren, die der von mir soeben angeführten Ergänzung der heutigen Tagesordnung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. Die Tagesordnung ist somit um den von mir angeführten Punkt ergänzt.

Ich stelle — falls kein Einwand erhoben wird — die Tagesordnung in der Weise um, daß dieser Punkt, um den die Tagesordnung soeben ergänzt worden ist, nach Erledigung des Punktes 1 der heutigen Tagesordnung in Behandlung genommen wird. — Einwand wird nicht erhoben.

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (990 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Erste Lesung

9028

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Präsident

der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (990 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nunmehr Gelegenheit, die Unterscheidungsmerkmale zwischen den Budgetreden des Finanzministers Dr. Schmitz und des nunmehrigen Finanzministers Dr. Koren festzustellen.

Ist auf der einen Seite vom Vorgänger des derzeitigen Finanzministers vor allem eine Politik des guten Zuredens und eine Politik der „homöopathischen“ Mittel angewendet worden, um zu einer Budgetgesundung zu gelangen, die aber nie erreicht wurde, so bemüht sich Professor Dr. Koren, Wege zu beschreiten, die dem Ziel zugeordnet sind, überzeugender als sein Vorgänger zu wirken. Die Finanzpolitik der Schlagworte des Ministers Dr. Schmitz wurde durch die Finanzpolitik des Fachmannes Dr. Koren ersetzt, der aber in den Wein des Fachmannes das Wasser des Politikers gießen mußte und in zu reichem Maße gegossen hat.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die letzten beiden Jahre auf dem Gebiet der Budgetpolitik durch zwei Wesensmerkmale gekennzeichnet sind: auf der einen Seite durch das Bemühen der Österreichischen Volkspartei, die Budgetsituation gesundzubeten, und auf der anderen Seite durch das Bestreben der Sozialisten, die Wirtschaftslage krank zu jammern. Und nun liegt es am Finanzminister, aus diesem konkursreifen Nachlaß herauszufinden.

Wir haben uns die Frage vorzulegen: Ist der Budgetentwurf 1969 jener neue Anfang, jener neue Weg, der zur Gesundung der wirtschaftlichen und der finanzpolitischen Situation unseres Landes führen wird?

Der Sachlichkeit halber haben wir einzuräumen, daß der Finanzminister Sachwalter eines überaus zerrütteten und hypothekenbeladenen finanzpolitischen Erbes ist. Ich halte fest, daß der Rede des Herrn Finanzministers sehr ernsthafte Wesensmerkmale eigen sind, kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die Budgetrede Dr. Korens unvollständig ist und in wesentlichen Bestandteilen nicht zu überzeugen vermochte. Ich bin der Überzeugung, daß es sich um eine Bestandsaufnahme und um eine Darstellung eines leider sehr desolaten finanzpolitischen Zustandes handelt. Diesen Erklärungen des Bundesfinanzministers zum Haushaltsvoranschlag für 1969 ist mehr der Zweck

der Diagnose eigen, als daß es Professor Dr. Koren gelungen wäre, überzeugende Therapien aufzuzeigen.

Ich muß Ihnen auch den Vorwurf machen, Herr Bundesfinanzminister, daß Sie in weiten Teilen Ihrer Ausführungen zu optimistisch argumentiert und daß Sie dem Auseinanderklaffen zwischen der Dynamisierung der Ausgaben und der Einnahmenentwicklung zu wenig Beachtung zugewendet haben.

„Berichte und Informationen“ haben dem nunmehrigen Bundesfinanzminister bei seinem Einstand ein Wort mit auf den Weg gegeben, das nach wie vor Gültigkeit hat. Der Finanzminister meinten „Berichte und Informationen“, darf in dieser wirtschaftlichen Situation keine Parteipolitik treiben. Diese Budgetrede stellt eine Mischung zwischen der Meinung des Fachmannes und der des Parteimannes dar, wobei die Parteiauffassung zu stark durchschlägt. Es wäre meines Erachtens verfehlt, die Analyse über die Ausführungen des Finanzministers in einer „Schwarz-Weiß-Manier“ vornehmen zu wollen. Wir Freiheitlichen wollen uns viel mehr auf die sachliche als auf die polemische Auseinandersetzung beschränken und von unserem Standpunkt aus feststellen, wo der Finanzminister mit unseren Auffassungen übereinstimmt und wo die Differenzen unüberbrückbar sind. Sicher sei Dr. Koren eingeräumt, daß er die Sünden der Vergangenheit, die weit in die Zeit der Koalition zurückgehen, nicht in einigen Monaten gutmachen kann.

Der Gesamteindruck des Budgets 1969 und im besonderen der Erläuternden Bemerkungen ist der, daß der Finanzminister in einer gewählten nationalökonomischen Sprache die tatsächlichen Schwierigkeiten verschweigt oder ihnen aus dem Weg geht. Wichtigste Tatsachen werden oft nur in geringfügigen Nebenbemerkungen erwähnt. Internationale Vergleiche führt der Finanzminister nur dort an, wo sie für Österreich sprechen; er verschweigt diese internationalen Vergleiche, wo sie in ihrer Sachaussage gegen die derzeit in Österreich gegebenen Zustände sprechen.

Es ergibt sich daher die Frage: Enthält der Bundeshaushaltsvoranschlag 1969 echte konkrete Ansätze zu einer langfristigen Besserung und zu einer endgültigen Budgetsanierung? Die Aussichten für das Jahr 1969 zeichnet Professor Dr. Koren sehr optimistisch; aber mit dieser optimistischen Prognose für 1969 vermag er jenes Unbehagen nicht zu beseitigen, das in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden ist, jenes Unbehagen nämlich, das auf die Jahre 1970 und 1971 gerichtet und bezogen ist.

Peter

Wir haben es bei der Budgetrede Dr. Korens mit einer isolierten Darstellung zu tun, die aus der Gesamtentwicklung herausgerissen ist und die keine Schlüsse auf die weitere Entwicklung enthält. Die Darstellungen des Finanzministers gehen jedem Hinweis auf die budgetären Krisenjahre 1970 und 1971 aus dem Weg. Er setzt sich nicht mit dem ins Uferlose gehenden Defizittrend auseinander, obwohl er ganz genau weiß, daß seiner Finanzpolitik eine Defizitdynamik droht. All diesen Themen ist der Bundesfinanzminister in seiner Budgetrede ausgewichen. Daher müssen wir Freiheitlichen ihm sehr ernsthafte Vorhaltungen machen, daß er es sich zu leicht gemacht hat.

Weiter erklärte der Bundesfinanzminister, daß durch das Eventualbudget der Anschluß an die Aufwärtsentwicklung der Konjunktur gefunden wurde. Stimmt es, trifft es zu, daß wir Österreicher den Anschluß an diese aufstrebende Konjunktur schon gefunden haben, oder unterliegt der Finanzminister einer Fehlbeurteilung?

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß man die Situation nicht überbewerten sollte, weil wir es in erster Linie mit einer Mengenkonzunktur zu tun haben; mit einer Mengenkonzunktur, die unserer Wirtschaft nicht jenen Gewinnanteil ermöglicht, dessen sie bedürfen würde, um die erforderlichen Investitionen vornehmen zu können. Der Bundesfinanzminister weiß genau, daß die Investitionskürzungen für das Jahr 1969 einen alarmierenden Charakter haben, ohne daß er wirklich mit aller Offenheit in seiner Budgetrede darauf eingegangen wäre.

Haben wir den Anschluß an die Konjunktur gefunden? Meine Antwort, Herr Bundesfinanzminister, lautet nein, wenn ich an die derzeitige Lage der österreichischen Bauwirtschaft denke. Viele Wirtschaftszweige stehen einer ähnlichen Situation wie die Bauwirtschaft gegenüber.

Wie war die Entwicklung der letzten Jahre? Lassen Sie mich das in Erinnerung rufen.

1967 trat jene Konjunkturverflachung ein, die in Österreich vor allem der Wirtschaft, aber auch den Arbeitnehmern unendlich viel Kopfzerbrechen bereitete. In diesem Jahr begann man bei uns nachzudenken, daß es auch anders kommen könnte, als die Entwicklung jahrelang abgelaufen ist. In dem Augenblick, in dem der Österreicher nachzudenken begann, welch ernsthafte Problematik auf unsere Wirtschaft zukommt, setzten verschiedene Nachbarländer Maßnahmen auf gesetzlicher Grundlage, um diese Konjunkturverflachung zu steuern und zu bewältigen. Während die Bundesrepublik Deutschland diese

Konjunkturabschwächung mit entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu bewältigen versuchte, beschränkte sich die derzeitige Bundesregierung auf Konzepte und Pläne ohne jede legislative Konsequenz.

Die Konjunkturerholung kam in erster Linie von außen her auf uns zu, ohne daß die ÖVP-Alleinregierung vom Inneren her entsprechende Maßnahmen gesetzt hätte, um die Konjunkturverflachung zu bewältigen. Während die Regierungspartei den unverbindlichen Koren-Plan vorlegte, ist der zuständige Ressortminister der Bundesrepublik Deutschland mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vor den Deutschen Bundestag getreten und hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß gesetzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Konjunkturverflachung beschlossen werden konnten.

Herr Bundesminister für Finanzen! Ich sehe eine der größten Gefahren bei uns derzeit darin, daß wir im Augenblick durch die Mengenkonzunktur in eine günstigere Optik geraten sind, daß aber andererseits die notwendigen Investitionsmittel zur Modernisierung und Rationalisierung der österreichischen Wirtschaft weitestgehend fehlen. Es vollzieht sich in Österreich etwas, das man als schleichende, derzeit nicht sichtbare Krise bezeichnen könnte. Wir laufen Gefahr, daß unser wirtschaftspolitisches Instrumentarium veraltet, daß dadurch die Wettbewerbs-, Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft Schaden erleidet und, daß unsere Wirtschaft eines Tages vor einer Situation steht, die sie dann nicht mehr bewältigen kann.

Ein weiteres Wort, Herr Bundesminister für Finanzen, haben Ihnen „Berichte und Informationen“ noch mit auf den Weg gegeben. Diese Fachzeitschrift sagte Ihnen, daß Sie nicht mehr weiter improvisieren dürfen, daß Sie nicht so wie Ihr Vorgänger Dr. Schmitz in den Fehler dieser unmöglichen und nicht zielführenden Improvisationen verfallen sollen. Trotzdem konnten Sie sich aus dieser Improvisation nicht lösen, um zu einem umfassenden Gesamtkonzept zu gelangen.

Was wir Freiheitlichen in Ihrer Budgetrede am meisten vermißten, war dieses Gesamtkonzept über eine umfassende Finanz-, Wirtschafts-, Struktur- und Konjunkturpolitik. Ich erachte es als einen grundlegenden Fehler der Politik der Einparteienregierung, daß sie immer nur mit Detailvorschlägen und mit Detailentscheidungen vor den Nationalrat tritt und sich mehr als zwei Jahre nach der Amtsübernahme noch immer nicht entschlie-

Peter

ßen konnte, ein umfassendes finanzielles und wirtschaftliches Gesamtanierungskonzept vorzulegen.

Nun darf ich mich mit wörtlichen Feststellungen Ihrer Budgetrede auseinandersetzen. Sie sagten: „Die Budgetpolitik der demokratischen Gesellschaft ist heute das zentrale Instrument der Wirtschaftspolitik.“ Ich bin mit dieser Feststellung einverstanden. Aber, Herr Bundesminister für Finanzen, wie sieht dieses Instrumentarium der Budgetpolitik aus? Es ist nicht umfassend, es ist unzulänglich, und es wirkt meines Erachtens nicht überzeugend.

Sie betonten dann in Ihrer Rede, daß die Konjunkturpolitik, die Budgetpolitik und die Strukturpolitik die Schwerpunkte der Politik der ÖVP-Einparteienregierung sind. Wiederum einverstanden. Aber wie sieht es um die Verwirklichung dieser Schwerpunkte aus? In Ihrer Budgetrede haben Sie diese Schwerpunkte angerissen; die Ausführung dieser Zielsetzungen ist nach wie vor offen und stellt die österreichische Wirtschaft vor unlösbare Probleme, weil die Bundesregierung in Verzug ist.

Sie machten es sich, Herr Bundesminister, wahrlich zu leicht, wenn Sie in Ihrer Rede feststellten, daß keine Demokratie in der Lage ist, ihre Ziele auf längere Sicht zu fixieren. Das bezweifle ich. Verschiedene Demokratien um uns haben den Beweis erbracht, daß sie in der Lage sind, wenigstens mittelfristige Ziele und Programme zu fixieren. Sie aber stellen das *exp. essis* *verbis* in Abrede. Ich hoffe, nicht deswegen, Herr Bundesminister, weil die Einparteienregierung nicht bereit ist, die notwendige Selbstkritik zu üben. Genau diese Selbstkritik vermisste ich nämlich in Ihrer Budgetrede der vergangenen Woche. Mit etwas Selbstkritik hätten Sie überzeugender vor dieses Hohe Haus hintreten können. Aber auf diese Selbstkritik haben Sie — meines Erachtens unverständlicherweise — verzichtet.

Sie machten es sich in einem weiteren Punkt zu leicht, nämlich dort, Herr Bundesminister, wo der Nationalökonom Professor Dr. Koren Teile seiner Budgetrede wortwörtlich aus dem Monatsbericht des Instituts für Wirtschaftsforschung abgeschrieben hat. Ich habe jene Sätze angestrichen, die Sie wortwörtlich in Ihre Budgetrede übernommen haben. Ich bin neugierig, wer dann für den Inhalt des Gesagten verantwortlich ist, wenn die Prognose wiederum nicht stimmen sollte: Sie oder Professor Nemschak.

Seien Sie daher künftig mit der Beurteilung der Prognosen etwas vorsichtiger, als es von dieser Regierungsbank aus bisher der Fall war. Durch Übernahme wortwörtlicher Zitate aus Professor Nemschaks Monatsbericht haben Sie es sich leicht gemacht.

Siesagten weiter: „Der Aufschwung hat bisher die Investitionsneigung der Wirtschaft nicht angeregt.“ — Auch dieser Satz, Herr Bundesminister für Finanzen, stimmt. Warum? Weil die ÖVP-Alleinregierung zu wenig Impulse für die Wirtschaft gesetzt hat.

Auf diese Feststellung gibt es eine klare Antwort: Die Wirtschaft hat zuwenig Investitionsmittel, Herr Bundesminister für Finanzen, weil das Vertrauen der Wirtschaft in die Regierung sehr stark in Frage gestellt ist und weil die Wirtschaftstreibenden glauben, das mit der Investition verbundene Risiko derzeit nicht übernehmen zu können.

Ich beziehe mich auf eine weitere Feststellung des Herrn Bundesministers für Finanzen. Sie lautet: „Ich glaube sagen zu dürfen, daß die österreichische Budgetpolitik ... in hohem Maße ... auf Konjunkturschwankungen antizyklisch reagiert hat.“ — Ich stelle die Richtigkeit dieser Behauptung in Abrede, Herr Bundesminister. Sie und Ihre Vorgänger haben bis zur Stunde keine antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben. Die Finanzpolitik dieser Einparteienregierung bestand genau in derselben Praxis wie die der Koalitionsparteien: den Staatssäckel bis auf den letzten Schilling auszuräumen, selbst wenn man in Institutionen wie die Sozialversicherung greifen muß, um nur halbwegs über die budgetären Hürden hinwegzukommen. Von einer antizyklischen Wirtschaftspolitik kann aber wahrlich nicht die Rede sein.

Sie sprechen von Erfolgen. Diese einstigen Erfolge sind trotz der bisherigen Budgetpolitik dank der internationalen Konjunktur und dank dem Fleiß aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten sichergestellt worden. — Herr Dr. Hauser, Ihr Lächeln ist voreilig, ich glaube, Sie beurteilen diese Dinge zu oberflächlich. (*Abg. Doktor Hauser: Zuerst war die Konjunkturverflachung Schuld der ÖVP, und jetzt ist sie offenbar ein Glück der ÖVP!*) Nein, Herr Dr. Hauser, so leicht macht es sich die freiheitliche Opposition nicht, denn wir haben festgestellt, daß nicht die Konjunkturverflachung daran schuld wäre, sondern die Ursachen, die zu dieser Konjunkturverflachung geführt haben, und die Tatsache, daß die Bundesregierung die Konjunkturabschwächung von innen her nicht besser abstützen konnte. (*Abg. Dr. Hauser: Wir hatten eine bessere Abstützung als die Westdeutschen mit ihren Maßnahmen! Ist das nicht sehr viel?*) Das nehme ich nicht zur Kenntnis, weil es nicht wahr ist, daß die Bundesregierung die Konjunkturverflachung besser abgestützt hat als die Bundesrepublik Deutschland. Wo waren denn die Mittel für die Abstützung der Konjunkturverflachung? (*Abg. Dr. Hauser:*

Peter

In der 3. Budgetnovelle 1967!) Warum, Herr Dr. Hauser, hat dann die österreichische Wirtschaft nicht im erforderlichen Maß investiert? Warum waren die Mittel nicht vorhanden? Warum sagte dann der Bundesminister für Finanzen: Mit dem halben Eventualbudget ist das Ziel erreicht, wir brauchen die zweite Hälfte des Eventualbudgets überhaupt nicht einzusetzen!, wo wir doch aus allen betroffenen Kreisen der Wirtschaft hören, daß sie derzeit nicht im erforderlichen Maß investieren können, um der Situation gerecht zu werden? Es stellt eine ausgesprochene Irreführung dar, wenn Sie behaupten, die äußeren Dinge allein wären schuld gewesen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das war doch schon ein Jahr vorher, wo die Deutschen gekürzt haben, und wir haben nicht gekürzt. Deshalb ist in Deutschland die Konjunktur wesentlich stärker abgefallen als bei uns!)* Natürlich, aber dadurch, daß die Bundesrepublik Deutschland die Konjunkturfelfachung rascher aufgefangen hat, sind wir nicht ganz so tief hinuntergefallen, was unser Glück gewesen ist. Stellen Sie das auch in Abrede, Herr Dr. Zittmayr? *(Abg. Sandmeier: Wir haben doch im Budget 1967 um 20 Prozent mehr Mittel für Investitionen eingesetzt! Sie sind auch gemacht worden, und das streiten Sie jetzt ab! Es ist nichts gemacht worden, sagen Sie!)* Die Notwendigkeit von erforderlichen Investitionen läßt sich mit dem Schlagwort „20 Prozent“ nicht begründen. Fest steht, daß die österreichische Wirtschaft nicht im erforderlichen Ausmaß investieren konnte. Ich stelle nicht in Abrede, daß die Mittel und Möglichkeiten begrenzt sind. Aber warum sind die Mittel und Möglichkeiten begrenzt? Weil eben von der schwarz-roten Koalition bis zur Einparteienregierung eine Finanzpolitik betrieben wurde, die die Staatskasse auch in guten Zeiten bis zum letzten Schilling ausäumte, weil es genau jene antizyklische Wirtschaftspolitik, die der Herr Finanzminister darlegte, in den guten Jahren der Konjunktur nicht gegeben hat und weil die Bundesregierung es verabsäumt hat, Rücklagen zu bilden, um in Zeiten der Konjunkturfelfachung mit den Rücklagen den Wirtschaftsprozess beleben zu können. Warum sind denn einige Bundesländer in der Lage, dieser Situation besser gerecht zu werden als der Bund? Weil sie zum Unterschied vom Bund eine vorsorgende Rücklagenpolitik betrieben haben.

Ich darf also noch einmal unterstreichen, daß es zwischen den Worten und den Taten der Bundesregierung eine nicht überbrückbare Kluft gibt. Wir Freiheitlichen bedauern außerordentlich, daß der Bundesminister für Finanzen bei seiner Budgetrede über die wesentlichen Kriterien hinweggegangen ist, ohne sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Er stellt die budgetäre Situation des Jahres 1969 wesentlich optimistischer dar, als sie sich in der weiteren Entwicklung vollziehen wird. Er geht auf die Situation der Krisenjahre 1970 und 1971 überhaupt nicht ein. Herr Bundesminister! Warten wir ab, mit welchen Vorstellungen Sie in einem Jahr vor die österreichische Öffentlichkeit treten werden, ob Sie im Wahljahr 1970 überhaupt in der Lage sein werden, mit einem ordentlichen Haushaltsvoranschlag vor die österreichische Öffentlichkeit zu treten, oder ob Sie durch die Vorwahlentwicklung überrollt werden! Sie sprechen nichts von der drohenden Defizitdynamik. Sie setzen sich nicht eingehend damit auseinander, daß die Ausgaben immer größer werden, sich immer mehr ausweiten, ohne daß die Einnahmenseite damit Schritt halten kann.

Und nun, Herr Bundesfinanzminister, komme ich zu jener Aussage, die die verwirrendste Ihrer Budgetrede ist. Sie behaupteten zum wiederholten Male, daß 3,2 Milliarden Schilling im Jahre 1968 eingespart werden. Wir warten immer noch auf die Erklärung, wie und wo Sie die 3,2 Milliarden Schilling einsparen werden. Auf der Seite 15 Ihrer Rede verbreiten Sie den stärksten Budgetnebel. Wahrscheinlich haben Sie während des Krieges bei der Nebelweifergruppe gedient. Hier verschleiern Sie den Sachverhalt vom Anfang bis zum Ende. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sie sagen, daß Abstriche von 8,6 Milliarden Schilling notwendig sind, behaupten dann, daß diese Summe auf 6,6 Milliarden Schilling fallen wird, weil man mit 2 Milliarden Schilling Mehreinnahmen rechnen kann, und führen dann ein Ziffernspiel auf, aus dem nicht herauszubringen ist, wo die 3,2 Milliarden Schilling tatsächlich eingespart werden.

Ich richte namens der freiheitlichen Fraktion an Sie die höfliche, aber nachhaltige Bitte, noch heute mit konkreten Ziffern zu beweisen, wie die 3,2 Milliarden Schilling eingespart werden. Und ich nehme Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, beim Wort, wenn Sie Arnold Klima vom „Kurier“ wörtlich sagten: „Die Liste der 3,2 eingesparten Milliarden wird es geben — allerdings erst am Ende der Verhandlungen.“ — Die Budgetverhandlungen sind beendet, das Budget für das Jahr 1969 liegt dem Nationalrat vor. Bitte lösen Sie heute das Wort ein, das Sie dem Redakteur Klima des „Kuriere“ vor einigen Wochen gegeben haben. Sind die 3,2 Milliarden Schilling im Ziffernauweis auf Seite 15 Ihrer Budgetrede enthalten? Das ist die konkrete Frage, die ich Sie zu beantworten bitte. Denn meines Erachtens haben Sie einen Eiertanz par ex-

Peter

cellence aufgeführt, um den einzusparenden 3,2 Milliarden Schilling aus dem Weg gehen zu können.

Wenn der Bundesminister für Finanzen für das Jahr 1969 ein Wirtschaftswachstum von 5 bis 6 Prozent annimmt, so ist dasselbe nach Ansicht der Freiheitlichen deswegen noch keinesfalls gewährleistet, weil die hierfür notwendigen Investitionen nicht gesichert sind. Die Verschuldungspolitik der Bundesregierung schreitet rüstig vorwärts. Die Tilgungsraten werden immer höher, und die Budgetreden der Finanzminister der Einparteienregierung sind leider nicht überzeugender geworden.

Nun zu einem Thema, das die Öffentlichkeit stark bewegt: zur Auto-Sondersteuer. Glauben Sie wirklich, daß sich die mit dieser Sonderabgabe verbundenen Erwartungen, die Sie und die ÖVP-Einparteienregierung in diese Maßnahme gesetzt haben, erfüllen werden? (*Abg. Dr. Pittermann: Wir glauben es nicht, Herr Peter!*) Werden sich diese Erwartungen auch dann erfüllen, wenn der Kraftwagenabsatz im Jahre 1969, so wie die Autogroßhändler es vermuten, um 25 bis 35 Prozent rückläufig sein wird? Welche Auswirkungen hat eine derartige Entwicklung auf Ihre Überlegungen zu diesem Gegenstand? Auch darüber erbitten wir von Ihnen eine konkrete Stellungnahme.

Im Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1969 ist das volkswirtschaftlich außerordentlich wichtige Gebiet des Fremdenverkehrs leider nur dürftig berücksichtigt. Bedenkt man, daß das Aktivum des Fremdenverkehrs der wesentlichste Ausgangsposten der Zahlungsbilanz ist, so nimmt sich die Größenordnung der Fremdenverkehrsförderung geradezu unbedeutend aus. Immer wieder hören wir vom Handelsminister in der Fragestunde, daß hinsichtlich der Fremdenverkehrsförderung mehr getan werden muß; aber leider vermissen wir die Taten bis zum heutigen Tag.

Herr Bundesminister! Einen Satz Ihrer Budgetrede muß ich der Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler abgegeben hat, gegenüberstellen. Sie stellten fest, daß jene klassische Formel nicht mehr anwendbar sei, wonach die Ausgaben des Staates sich nach den Einnahmen zu richten hätten. Bundeskanzler Dr. Klaus hat in der Regierungserklärung genau das Gegenteil behauptet. Ich bitte um Aufklärung! Was gilt für die Einparteienregierung? Das, was Klaus sagte, oder das, was Koren feststellte? (*Abg. Doktor Pittermann: Klaus kann sowohl als auch! — Abg. Dr. van Tongel: Im Zweifel Withalm! — Heiterkeit.*) Der Herr Generalsekretär der ÖVP wird gebeten, dieses Problem dann in der

weiteren Folge zu interpretieren. (*Abg. Doktor Withalm: Ich habe es leider nicht gehört!*)

Wir haben zweifelsohne auch die Pflicht, einen sehr positiven Budgetposten zu vermerken: das sind die vermehrten Ausgaben für die Bildungspolitik. Der Finanzminister hat sich bemüht, Schule und Bildung 1969 wesentlich mehr Mittel zu geben, als es im abgelaufenen Jahr der Fall war. Nur wird es notwendig sein, diese Mittel richtig einzusetzen. Sie sprachen, Herr Minister, von einem zusätzlichen Schulbauprogramm, das einen Aufwand von 1 Milliarde Schilling erfordern würde. Sie stellten weiter fest, daß bei der Finanzierung dieser Vorhaben neue Wege beschritten werden würden. Ich bitte namens meiner Fraktion um Auskunft: Wie werden diese neuen Wege aussehen? Wie wird dieses zusätzliche Schulbauprogramm, das einen Rahmen von 1 Milliarde Schilling hat, finanziert? Man darf in einer Budgetrede nicht nur andeuten und die Auskunft über die Finanzierung schuldig bleiben!

Dem Strukturwandel der Landwirtschaft haben Sie breiten Raum eingeräumt. Die Ziffern des Grünen Planes sind allerdings nicht überzeugend, wenn die 730 Millionen Schilling des Jahres 1968 auf 750 Millionen Schilling im Jahre 1969 aufgestockt werden.

In einem Punkt ist Ihnen ein schwerer Rückfall in die Ära Schmitz passiert, als Sie feststellten: „Der vorliegende Entwurf des Haushaltes für 1969 hat die großen Probleme bewältigt, die seine Vorbereitung und Entstehung überschattet haben. Damit verlieren aber auch jene düsteren Vorhersagen ihre Basis, die noch bis in die jüngste Zeit unlösbare Budgetprobleme für 1969 und die folgenden Jahre angekündigt haben.“ — Ich befürchte das Gegenteil, Herr Bundesminister für Finanzen: daß sich diese Prophezeiung nämlich schon für das Jahr 1969 nicht erfüllt und schon gar nicht für die Jahre 1970 und 1971 zutreffen wird.

Bei einer zusammenfassenden Beurteilung des Budgets kommt man nicht über das große Defizit hinweg, das bei einer Gesamtausgabensumme von 93,5 Milliarden Schilling mit fast 8 Milliarden 8,6 Prozent des Ausgabenrahmens erreicht. Dieses Defizit wäre an sich noch nicht so bedenklich, wenn eine vorsichtige Prognose Grund zu optimistischer Beurteilung der Zukunft geben könnte.

Wir Freiheitlichen machen nicht in Pessimismus, aber bei der Beurteilung der Staatsfinanzen spielt die Sorgfalt des redlichen Kaufmanns nach unserer Ansicht nach wie vor eine wesentliche Rolle. Aber gerade unter Hinweis auf den redlichen Kaufmann muß man dem Finanzminister vorwerfen, daß

Peter

er sich seine Aufgabe zu leicht gemacht hat. Ein Beispiel für viele: die einzusparenden 3,2 Milliarden Schilling, die er noch immer nicht aufgeklärt hat!

Finanzminister Dr. Koren geht in seiner Budgetrede auch dort konkreten Aussagen und Konzepten aus dem Wege, wo es sich um ein Gesamtkonzept zwischen Finanz-, Wirtschafts- und Strukturpolitik handelt. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Staatsbürger optimistisch bleiben sollen, ohne der österreichischen Bevölkerung sagen zu können, wie er die chronische Budgetmisere zu lösen beabsichtigt.

Nun zu einem Satz der Rede Dr. Korens, der weise Selbsterkenntnis beinhaltet. Der Finanzminister schloß seine Rede: „Wer zu dieser Zeit für die Zukunft vorzusorgen hat, darf nicht dem Opportunismus des Tages verhaftet sein ...“ Sicher, hier hat der Finanzminister recht. Gerade er darf nicht dem Opportunismus des Tages verhaftet sein. Er darf aber mit seiner Budgetpolitik nicht nur Parteipolitik treiben, wie er es nach Ansicht von uns Freiheitlichen in seiner Budgetrede getan hat, und er darf vor allem nicht über jedes Maß hinaus improvisieren, ohne dem Nationalrat ein Gesamtkonzept vorzulegen.

Aus diesen Gründen sind wir Freiheitlichen außerstande, dem Bundesfinanzgesetz für 1969 die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! *(Abg. Weikhart: Das ist auch erstmalig: zwei Oppositionsredner hintereinander!)* Es findet sich halt momentan keiner, der bereit wäre, die Politik der Bundesregierung in Schutz zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist ja auch nicht leicht!)*

Die bisherige Budgetpolitik Österreichs ist gekennzeichnet durch haarsträubende Oberflächlichkeit und Kurzsichtigkeit. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie lachen. Ich kann mir schon vorstellen, daß dem einen oder dem anderen diese Kritik als allzu extrem, vielleicht sogar als impertinent erscheinen mag. *(Abg. Dr. Withalm: Wir nehmen das nicht so ernst!)* Eben, Herr Dr. Withalm. *(Abg. Czettel: Sie haben ja die Mehrheit!)* Aber das müssen Sie nicht an meine Adresse richten, Herr Dr. Withalm, sondern an die des Herausgebers der „Finanz-Nachrichten“. Er hat nämlich Anfang Oktober dieses vernichtende Urteil über die österreichische Budgetpolitik anlässlich der ersten meritorischen Stellungnahme des Beirates gefällt.

Der Bundesminister für Finanzen, Herr Professor Koren, hat vorige Woche eine Budgetrede gehalten, die dazu verleitet, ein Wort Talleyrands abzuwandeln, das dieser für die Diplomaten geprägt hat, wonach Gott den Diplomaten die Sprache gegeben hat, um ihre Gedanken zu verbergen. Dem Herrn Finanzminister hat er offenbar die Sprache gegeben, um eine ganze Menge von Budgetwahrheiten zu verhüllen, und so ist es die Aufgabe der Opposition, hier aufhellend und aufklärend zu wirken.

Ich werde mich in meiner Rede nur mit einigen Fragen der Budgetpolitik beschäftigen und bitte meine Parteifreunde Benya und Czettel, sich den anderen wichtigen Fragen zuzuwenden.

Es besteht Grund zur Annahme, daß das Budget, das uns die gegenwärtige Regierung vorlegt, ihr letztes sein wird. Ganz gleichgültig, Herr Dr. Withalm, wann die Nationalratswahlen stattfinden werden, ob im nächsten Herbst, weil Sie in Niederösterreich Müllner-Wahlen zudecken wollen, oder im Frühjahr 1970; eine gute demokratische Praxis würde es gebieten, die nächste Regierung, der diese gegenwärtige ohnedies ein furchtbares Erbe hinterläßt, nicht noch durch ein Budget für 1970 zu präjudizieren.

Wenn wir also davon ausgehen, daß dieses Budget das letzte dieser Regierung ist, dann scheint es im höchsten Maße gerechtfertigt zu sein, sich die Mühe zu nehmen, zu einem vorläufigen Überblick über die Tätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode zu kommen. Am besten und am korrektesten wird man wohl hier vorgehen, wenn man sich an die Regierungserklärung selber hält, an die konkreten Versprechungen, die in dieser Regierungserklärung gemacht wurden, und prüft, was von diesen Versprechungen bisher gehalten wurde. Auch hier bin ich nur in der Lage, einige Fragen herauszugreifen, aber freuen Sie sich nicht zu früh, es werden andere während dieser Budgetdebatte noch auf die anderen Fragen zu sprechen kommen.

So versprach der Herr Bundeskanzler und die Regierung im Hohen Hause, nachstehende Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten:

1. das nach Abschluß der zügig fortzuführenden Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielte Ergebnis so rasch als möglich dem Hause vorzulegen.

Ich möchte feststellen, daß von zügig geführten Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schon lange keine

Dr. Kreisky

Rede mehr ist. Noch weniger scheint ein Verhandlungsergebnis in Sichtweite zu sein. Es ist gar keine Frage, daß sich hier die Regierung verrannt hat und daß sie nicht den Mut hat, der Öffentlichkeit zu sagen, daß hier für absehbare Zeiten mit Lösungen, wie Sie sich's einmal vorgestellt haben, nicht gerechnet werden kann. Der Herzog in der Gestalt des Vizekanzlers Bock ist gefallen, aber der Mantel einer falschen Integrationspolitik nicht mit ihm. So darf man sich nicht wundern, daß man allgemein den Eindruck hat, daß hier die Regierung vollkommen ratlos ist. Ratlos ist auch die Volkspartei, weil ihr hier nicht mehr der Fluchtweg offensteht, den sie seinerzeit in der Koalitionszeit benützte, nämlich die Ausrede auf den sozialistischen Regierungspartner, der angeblich diese Verhandlungen sabotiere.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit gleich sagen: Wir hielten es für richtig, daß die Regierung offen einbekennt, wenn es ihr wirklich auf eine verlässliche Information der Staatsbürger ankäme — und es ist eine Voraussetzung in der Demokratie, daß es gutinformierte Staatsbürger gibt; und es ist die Pflicht der Regierung, hier mitzuhelfen —, daß es in der gegenwärtigen Situation die Möglichkeit einer zügigen Weiterführung der Verhandlungen nicht gibt, daß es aber — und auch das zu sagen scheint mir im Interesse einer ordentlichen Information der Öffentlichkeit notwendig zu sein — nicht nur am Veto Italiens liegt, sondern vor allem in der Haltung Frankreichs Schwierigkeiten begründet sind. Man soll die Sympathie zu einer konservativen Regierung nicht so weit treiben, daß man sich einer Mißinformation schuldig macht.

Es wurde unlängst im Rundfunk, allerdings sehr spät am Abend, als die meisten Leute schon abgedreht hatten — aber wir Politiker haben ja am Abend, wenn wir von unseren Versammlungen nach Hause fahren, Gelegenheit, Radio zu hören —, festgestellt, daß bei den seinerzeitigen Verhandlungen über die Kennedy-Runde von österreichischer Seite sehr viel versäumt wurde.

Es wäre also im höchsten Maße zweckmäßig, wenn man sich ein bißchen den seinerzeitigen Dreiphasenplan anschauen würde und den Versuch unternähme, wenigstens die erste Phase dieses Plans, die übrigens im höchsten Maße GATT-konform wäre, einer praktischen Behandlung zuzuführen. Selbst wenn uns das nicht gelänge, müßte es doch möglich sein, sich in einer Art Nachziehverfahren in Brüssel eine Reihe von Zollvorteilen zu holen, auf die man seinerzeit aus Leichtgläubigkeit und Wunschdenken verzichten zu können glaubte.

Ich folge nun der Regierungserklärung und ihrer Numerierung und komme zum Punkt 2. Der Punkt 2 spricht von der ehestmöglichen Weiterführung von Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks endgültiger Bereinigung der Südtirol-Frage.

In der letzten Zeit — so liest man — ist es zu einer Weiterführung der Expertengespräche gekommen und, wie ich in den Zeitungen las, auch zu Kontakten zwischen den Ministern anlässlich der UNO-Generalversammlung.

Daß die gegenwärtige italienische Regierung wirklich Zugeständnisse machen kann, das möchte ich bezweifeln. Inwieweit es also Zugeständnisse — wie es in der Regierungserklärung verlangt wird — zur „endgültigen Bereinigung der Südtirol-Frage“ sein sollen, das wage ich wirklich nicht zu entscheiden. Aber eine politische Faustregel sagt, daß von Interimsregierungen bestenfalls nur Interimslösungen zu erwarten sind. Aber solche Interimslösungen brauchen wir eigentlich nicht, denn deren hat es in der 50jährigen Geschichte seit der Abtrennung Südtirols von Österreich, in diesen 50 Jahren, in denen die Südtiroler zu passivem Material der Geschichte Europas geworden sind, genug gegeben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit mit besonderem Nachdruck sagen, worauf es uns in der Südtirol-Frage ankommt. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen — ich selber habe das dem italienischen Außenminister Sogni in Mailand bei den ersten Begegnungen direkt gesagt —, daß sich die gerechteste Lösung des Südtirol-Problems auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes finden ließe. Aber wir sind uns vollkommen im klaren darüber, daß nach diesem Grundsatz eine Lösung nicht gefunden werden kann. Der Osten und der Westen würden hier gleichermaßen heftigen und unüberwindbaren Widerstand leisten.

Da also das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol nicht zu erreichen ist, müssen wir mit umso größerer Energie das Selbstverwaltungsrecht für die Südtiroler verlangen und eine haltbare völkerrechtliche Verankerung dieses Selbstverwaltungsrechtes dazu. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich glaube, es ist gut, wenn wir bei dieser Gelegenheit der Regierung sehr deutlich sagen, daß sie nur für solche Lösungen unsere Unterstützung erwarten kann. Wir haben jedenfalls keine Lust, einer Scheinlösung zuzustimmen, die nicht zu einer endgültigen Bereinigung dieses Problems und zur Herstellung echter kooperativer Zustände mit unserem Nachbarn Italien führen kann. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Dr. Kreisky

Der 3. Punkt im Katalog der Regierungsvorlage verspricht die eheste Verabschiedung der Wirtschaftswachstumsgesetze. Dieses Versprechen hat die Regierung wahrlich eingehalten; nur kostet das den Staat über 2 Milliarden Schilling jährlich, und falls sich die Wirtschaftslage den Wünschen des Herrn Finanzministers entsprechend entwickeln sollte, wird's noch mehr kosten; das wissen Sie ja selber. Diese Wirtschaftswachstumsgesetze sind ja geradezu der Grundstein für das gigantische Defizit gewesen, das uns diese Regierung nun Jahr für Jahr beschert.

Im Punkt 4 verspricht die Bundesregierung Maßnahmen zur Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression. Ich möchte dazu nur sagen: Diese Regelungen sind aber zu einem großen Teil durch die Teuerung und vor allem durch neuartige steuerliche Belastungen immer wieder rückgängig gemacht worden. Hier hat ein und dieselbe Hand gegeben und genommen.

Im Punkt 5 wird der sogenannte Sozialbericht versprochen. Der wird erstattet, aber auch nicht mehr. Von der berühmten Sozialoffensive ist längst keine Rede mehr, aber darüber werden Sie von auf diesem Gebiet Kenntnisreicheren meiner Parteifreunde noch einiges zu hören bekommen.

Im Punkt 6 wird eine gerechte und soziale Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft versprochen. Wie wenig eine solche verwirklicht wurde, wird Ihnen in der kommenden Budgetdebatte gleichfalls in aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden.

Im Punkt 7 spricht die Regierungserklärung von Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Berücksichtigung auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete. Was ist daraus geworden? — Nichts, das blanke Nichts, meine Damen und Herren!

Im Punkt 8 wird der Energieplan versprochen — der wird immer wieder versprochen; auch im Koren-Plan steht er drin. Und dann sagen Sie, daß Sie diesen Energieplan erstellen werden unter Berücksichtigung der menschlichen Probleme des Kohlenbergbaues. Was Sie unter „Berücksichtigung der menschlichen Probleme des Kohlenbergbaues“ verstehen, das haben die Bergarbeiter im Lavanttal vor einem halben Jahr erfahren, als sie sozusagen über Nacht von ihren Arbeitsplätzen vertrieben wurden. (Abg. Dr. Hauser: Und die Sonderunterstützung ist nichts? Davon wollen Sie nichts wissen!) Heute sind noch viele von ihnen arbeitslos oder müssen sich als Wanderarbeiter Hunderte Kilometer weit weg von ihren Familien ihr Brot verdienen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Gäbe es eine wirkliche Regionalpolitik, dann hätten Sie

wenigstens den Versuch unternommen, dort Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Im Punkt 9 versprochen Sie eine dauerhafte Lösung der Reorganisation der verstaatlichten Industrie. Sie haben ein ÖIG-Gesetz gemacht, aber von einer Reorganisation ist bis heute keine Rede. Darüber, wie Sie die verstaatlichte Industrie behandeln, werden Sie auch noch einiges bei den verschiedensten Anlässen zu hören bekommen; ebenso über das, was Sie in Ihrem Punkt 10, der von der Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen handelt, versprochen haben. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Lassen Sie mich auch noch mit aller Deutlichkeit sagen: Daß es zur Verabschiedung der land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze bis jetzt nicht gekommen ist, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sich Ihre niederösterreichischen Parteifreunde nicht dazu entschließen konnten, jene Vereinbarungen einzuhalten, die seinerzeit im Zusammenhang mit der Schulgesetzgebung getroffen wurden. (Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Gemeinde Wien!)

Meine Damen und Herren! Wir veranstalten seit Monaten überall in der ganzen Republik Diskussionsversammlungen, bei denen wir allen unseren Gegnern volle Redefreiheit zusagen. Am Anfang sind Funktionäre ... (Ruf bei der ÖVP: So wie beim Nennung!) Was ist mit dem Nennung? (Abg. Dr. Withalm: Das wissen Sie besser!) Es ist sonderbar, wieviel Sympathie die Österreichische Volkspartei für diesen etwas überwuzelten Cohn-Bendit der Neuen Linken in Österreich empfindet. Das muß ich schon sagen. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Bei diesen Diskussionsversammlungen sind in den letzten Monaten alle zu Wort gekommen, die gegen uns etwas vorzubringen haben. Das sind gelegentlich auch Leute von Ihnen gewesen. Die Zahl dieser Leute nimmt allerdings in der letzten Zeit etwas ab, Herr Generalsekretär! Man hat uns gesagt, daß nämlich Sie die Teilnahme Ihrer Funktionäre an diesen öffentlichen Diskussionsversammlungen untersagt haben. (Abg. Dr. Withalm: Sie sind schlecht informiert!) Ich muß Ihnen aber berichten, daß man feststellen kann: Je weiter man in den Westen kommt, desto weniger wird das strenge Regiment des Herrn Generalsekretärs gefürchtet, und desto eher sind auch Ihre Vertrauensmänner und -frauen bereit, an diesen Diskussionsversammlungen teilzunehmen. (Abg. Dr. Withalm: Sie haben ja teilgenommen, das müssen Sie genau wissen! Ein in der letzten Zeit schlecht informierter Kreisky!) In den Diskussionen, die es dort

Dr. Kreisky

gibt, pflege ich, Herr Dr. Withalm, wenn einer den Versuch macht, zu sagen, wie großartig die Leistungen der Regierung gewesen sind — damit fängt er ja an —, ihn aufzufordern, er möge doch in dieser Versammlung — es sind meistens sehr große Versammlungen — erklären, worin diese Leistungen bestehen. Sagen Sie uns: Worin bestehen die „großartigen Leistungen der ÖVP-Regierung“? (Abg. Czettel: Im Schuldenmachen!)

Glauben Sie mir: Ihre Herren tun sich da sehr schwer. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Dr. Withalm, ihnen eine bessere Sprachregelung angedeihen zu lassen, statt daß Sie ihnen kleine Handbücher voll von Verleumdungen und Lügen über meine Person in die Hand drücken, die außerdem nicht einmal mit einem Impressum versehen sind, damit ich nicht die notwendigen gerichtlichen Schritte unternehmen kann. (Abg. Dr. Withalm: Wieso wagen Sie zu behaupten, daß das von mir kommt? Beweisen Sie das!) Ich wage das zu behaupten, weil das aus dem Inhalt hervorgeht. (Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie meinen, Sie können das dem Nennung gegenüber machen, mir gegenüber werden Sie das nicht machen! — Abg. Weikhart: Beim letzten Wahlkampf haben Sie genau das gleiche gemacht! Siehe Scheibenreif! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Eine Vermutung ist das nicht, eine Verleumdung ist das!) Herr Dr. Withalm! Also schön, ich nehme dieses Wort auf. Sie sagen, daß das, was ich hier über dieses Handbuch gesagt habe, eine Verleumdung ist. Nun werde ich vor dem Hohen Hause feststellen, womit das beginnt. „Achtung“ — steht eingerahmt —, „dieses Argumentationsmaterial für 1968 ist an Stelle des gelben Teiles „Ein Jahr Regierung Klaus“ in das Ringbuch einzulegen.“ (Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Dem Generalsekretär verschlägt es die Rede! — Abg. Dr. Pittermann: Das hat der Pisa dem Withalm nicht gesagt! — Weitere Zwischenrufe.)

Jetzt kommt der Verleumdung zweiter Teil. Er lautet — dick gedruckt —: „Klaus und Withalm: der Kurs stimmt!“ Sie werden doch nicht behaupten, daß wir das publiziert haben. Das können Sie uns doch nicht zutrauen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Der Kurs stimmt ja! — Abg. Guggenberger: Der Kurs stimmt! Nur keine Sorge!) Ich freue mich, daß Sie das zugeben, es wird schon langsam lichter hier.

Dann geht es weiter mit allen möglichen Behauptungen, und es heißt dann — dritter Beweis für die Verleumdung —: „Die ÖVP hat das Vertrauen der Wähler gerechtfertigt.“ „Zur Budgetgesundheit“ und so weiter. „Die

SPÖ hat das Mißtrauen der Wähler verdient.“ (Ruf bei der ÖVP: Jawohl!) Ach, jetzt stimmt es auf einmal! Dann geht es weiter, dann geht es gegen Pittermann, gegen Benya, gegen Kreisky, und so weiter. Dann kommen die geballten Verleumdungen gegen mich. (Rufe bei der ÖVP: Welche?) Ich werde sie Ihnen schon mitteilen. (Abg. Dr. Withalm: Wie lauten sie, bringen Sie sie! — Abg. Weikhart: In Ihrer Aktentasche haben Sie sie ja! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Withalm: Wo sind die Dinge, die sich gegen Kreisky richten und der Wahrheit nicht entsprechen?) Das steht ja drin! Eines nach dem anderen! Sie haben doch gesagt, Sie kennen es nicht, und nun wissen Sie auf einmal, daß nichts gegen mich drinsteht. (Abg. Dr. Withalm: Mich interessiert das!)

Damit Sie es genau wissen: Ich getraue mich das auch im Hohen Haus zu sagen, da sich das ja unlängst auf unserem Parteitag so deutlich manifestiert hat, wenn Sie mir diese Unbescheidenheit gestatten. Es fängt an: „Bruno Kreisky — ein Versager.“ Schön, das kann ich Ihnen nicht verübeln. (Abg. Dr. Withalm: Das haben Sie vom Bundeskanzler auch schon behauptet!) Es genügt mir, das Vertrauen meiner Freunde zu haben.

Jetzt geht es weiter, jetzt kommen Verleumdungen, durch die der Eindruck erweckt wird, daß ich mich an Realitätengeschäften, wie der Herr Bundeskanzler und seine Familie, beteiligt habe, obwohl der Herr Vizekanzler Dr. Withalm alle Unterlagen hat und weiß, daß es sich um die Abtretung eines Vorkaufsrechtes gehandelt hat, bei dem ich nicht einen Groschen für mich behalten beziehungsweise verdient habe. Aber Sie verbreiten diese Gerüchte, ohne zu sagen, wie es sich wirklich verhalten hat, und so weiter, und so weiter. Sie lügen hier ... (Abg. Dr. Withalm: Welche Unterlagen habe ich in Händen?) Ich habe sie Ihnen zugeschickt, Herr Generalsekretär (Abg. Dr. Withalm: Ich habe nicht eine einzige Unterlage! Wir haben einmal ein flüchtiges Gespräch darüber geführt!), und der Redakteur Zerbs, den ich eingeladen habe, sie zu prüfen, hat sie Ihnen ebenfalls geschickt.

So geht es weiter. (Abg. Dr. Withalm: Wie geht es weiter?) Sie bringen eine unwahre Behauptung über mein Verhalten in einem Nachtclub in St. Moritz, was überhaupt nicht stimmt. Jetzt kommt der Schluß der Verleumdung. Er lautet: „Jede Stimme für die ÖVP!“ (Abg. Dr. Withalm: Das paßt Ihnen nicht? — Abg. Weikhart: Davon weiß der Generalsekretär nichts! Das ist der reinste Unschuldengel! — Abg. Probst: Etwas muß ja stimmen dabei!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Ich bitte, den Redner weitersprechen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Kreisky (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Ich wollte mir eigentlich nur die Bemerkung gestatten, daß Sie Ihren Leuten statt einer guten Sprachregelung solche Dinge in die Hand geben. Wenn Sie, Herr Generalsekretär, mich nicht provoziert hätten, hätte ich mich mit dem Inhalt dieses üblen Dokuments, das voll von Verleumdungen ist, gar nicht abgegeben. Hier haben Sie recht, Herr Dr. Withalm! (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben das zum Rednerpult mitgenommen, um nicht davon Gebrauch zu machen, Herr Minister Kreisky, was? Warum haben Sie das zum Rednerpult mitgenommen, Herr Dr. Kreisky? Jetzt tun Sie so, als ob Sie das zufällig sagen würden!*) Es steht alles da, was die Herren damit tun sollen. (*Abg. Altenburger: Sagen Sie, wen Sie beschuldigen wollen! Nennen Sie einen Namen! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Wir beschuldigen die ÖVP, wenn Sie es wissen wollen!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (das Glockenzeichen gebend): Der Redner ist am Wort. Ich bitte, die Diskussion nicht von den Bänken aus zu führen.

Abgeordneter Dr. Kreisky (fortsetzend): Nachdem Sie mich gezwungen haben, mich bei dieser Sache über Gebühr lange aufzuhalten — ich hätte es nicht getan —, erlauben Sie mir, mich dem zweiten Teil der Rohbilanz über die Regierungspolitik zuzuwenden. (*Abg. Altenburger: Der erste Beitrag war schon schlecht!*) Daß Ihnen, Herr Abgeordneter Altenburger, das nicht gefällt, das weiß ich schon. (*Abg. Dr. Withalm: Bis jetzt war das nicht so eindrucksvoll!*)

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei habe ich die Feststellung gemacht, daß, wenn man das Jahr und das Budget ... (*Abg. Dr. Mussil: Parteipropaganda! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich glaube, Sie werden sich einigen müssen, was das, was ich vorgelesen habe, eigentlich ist, ob Parteipropaganda oder Verleumdung oder beides auf einmal. (*Abg. Dr. Withalm: Was war wirklich drin? Wo wurde Kreisky verleumdet? Der Nachweis ist ihm nicht gelungen! — Abg. Weikhart: Er hat es ja vorgelesen! — Abg. Benya zum Abg. Dr. Withalm: Herr Doktor! Sie stehen dazu? — Abg. Dr. Withalm: Freilich, was ist dabei?*) Ich darf jetzt fortsetzen. Ich darf das Regierungsmitglied Herrn Dr. Withalm bitten, zuzuhören, wenn der Oppositionsredner die Regierungspolitik kritisiert. Ich darf ihn darum bitten. (*Abg. Dr. Withalm: Wenn es mir paßt, schon! Wenn nicht, dann eben nicht!*)

Nein, das geht nicht, das dürfen Sie nicht sagen: Wenn es Ihnen paßt! — Sie sind nämlich auch Regierungsmitglied, und da müssen Sie die Möglichkeit haben, zuzuhören. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Sie hören ja auch nicht immer zu, wenn andere sprechen! — Abg. Dr. Withalm: So eindrucksvoll ist das wieder nicht, Herr Minister Kreisky!*)

Ich stelle fest, daß es der Vizekanzler der Bundesregierung dem Oppositionsredner nicht ermöglicht, seine Kritik an der Budgetrede des Finanzministers hier weiterzuführen. Ich er suche Sie darum, das zu erlauben. (*Abg. Dr. Withalm: Bleibt Ihnen überlassen! Ob ich zuhöre, ist eine andere Frage!*)

Was ist nun also zu dieser zweiten Rohbilanz zu sagen? Daß die ÖVP-Regierung das österreichische Volk — so wie man das Budget 1969 jetzt sieht — 25 Milliarden, also pro Einkommensbezieher ungefähr 7560 S, gekostet hat. Wenn Sie sich für die Rechnung interessieren und Sie soweit Geduld haben, mir zuzuhören, darf ich es Ihnen vorlesen. (*Abg. Dr. Withalm: Das haben wir eh schon in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen! Das ist nichts Neues!*) Nein, ich habe aber versprochen, die Detailangaben im Parlament vorzulegen, und das mache ich jetzt.

Die Steuererhöhungen betrugen für 1966 600 Millionen, für 1967 2,3 Milliarden (*Abg. Dr. Withalm: Das ist nichts Neues, das stand auch schon in der „Arbeiter-Zeitung“!*), für 1968 4,8 Milliarden (*Abg. Dr. Withalm: Das stand alles schon in der „Arbeiter-Zeitung“!*), 1969 8,4 Milliarden. Das alles ist schon in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden. (*Abg. Minkowitsch: Und die Einkommenserhöhungen?*) Meine Herren! Ich verspreche Ihnen: Das wird noch sehr oft in der „Arbeiter-Zeitung“ und auch in anderen Zeitungen stehen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Dazu kommen Mehrbelastungen von über 9 Milliarden, hervorgerufen durch Einnahmensenkung, Wachstumsbeschränkung, Steigerung der Preise für Grundnahrungsmittel durch Subventionsabbau, Senkung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Rundfunkgebührenerhöhung, die Sie ja ermöglicht haben, und so weiter.

Ich darf Ihnen also das jetzt hier vortragen. Wenn Sie noch zusätzliche Auskünfte haben wollen, können wir sie immer wieder — und wir werden das gerne tun — zur Verfügung stellen. (*Abg. Dr. Haider: Nicht gefragt! — Abg. Weikhart: Das glaube ich schon!*)

Da kommt nun die Regierung und sagt: Das mag schon sein — denn abstreiten kann man das ja schwer —, aber hat es in diesen Jahren nicht auch eine beträchtliche Einkommen-

Dr. Kreisky

steigerung gegeben? Freilich! Es hat eine gewisse Einkommensteigerung gegeben; aber diese Einkommensteigerung herbeigeführt zu haben, ist das ausschließliche Verdienst (*Abg. Dr. Withalm: Der Opposition!*) des Österreichischen Gewerkschaftsbundes! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ*) Sie glauben doch nicht ... (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege Kreisky! Wollen Sie wirklich ernst genommen werden, wenn Sie solche Dinge verzapfen? — Abg. Weikhart: Sie werden doch nicht sagen: Ihr Verdienst ist das!*) Das geht Ihnen offenbar sehr auf die Nerven, meine Damen und Herren! Überdies ist das das erste Mal, daß Herr Kollege Altenburger keinen Widerspruch erhebt, denn er weiß das besser. (*Abg. Weikhart: Er wird wissen, warum! — Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Die Unternehmer haben den Gewerkschaften diese Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht auf dem Präsentierteller gebracht, sondern sie sind das Ergebnis harter und zäher Verhandlungen gewesen. Um jedes halbe Prozent wurde gekämpft, und das ist der Grund für die Einkommenserhöhungen, die es gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Auf das Thema der Entwicklung der Staatsschulden, mit dem ich Sie schon voriges Jahr molestiert habe, werde ich mir in einem späteren Teil meiner Rede noch kurz zurückzukommen erlauben. Aber schon jetzt möchte ich dem Kollegen Graf sagen, daß ich voriges Jahr erklärt habe: Wir werden uns schon im nächsten Jahr mit der berühmten Milliarde, die da kurzfristig ausbezahlt wurde, zu befassen haben. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, Herr Kollege Graf: Sie finden die Milliarde unter Post 911. Dort steht nämlich die Rückzahlung dieser Milliarde. (*Abg. Dr. Withalm: Das haben Sie noch nicht vergessen die kleine Kontroverse mit dem Graf! Herr Kollege Kreisky! Daran erinnern Sie sich noch immer ungern!*)

So möchte ich mich nun ein bißchen ausführlicher mit der Budgetrede des Finanzministers beschäftigen. Aber ehe ich das tue... (*Abg. Weikhart: Nur nicht so nervös! — Abg. Dr. Withalm: Wir werden noch miteinander reden, uns noch ein bisserl unterhalten! — Abg. Weikhart: Nur die Ruhe, Herr Generalsekretär! — Abg. Dr. Withalm: Das sagt ausgerechnet der Weikhart! Er redet von der Ruhe! — Abg. Weikhart: Ich bin ja kein Generalsekretär!*) Aber ehe ich das tue, möchte ich ... (*Weitere Zwischenrufe.*) Ich nehme schon zur Kenntnis, daß Sie sich vorgenommen haben, meine Budgetrede so zu stören, daß sie nicht zu Ende geführt werden kann, aber ich kann Ihnen diesen Gefallen nicht tun. (*Abg. Dr. Withalm: Diese Absicht habe ich wirklich nicht!*)

Ich möchte Ihnen — es tut mir leid, daß das neuerlich Widerspruch finden wird; ich habe aber nicht erwartet, daß ich bei Ihnen begeisterte Zustimmung finden werde (*Abg. Dr. Haider: Für die Wahrheit schon!*) — vor Augen führen, wie das mit der Budgetpolitik in den letzten Monaten gemacht wurde. Daß der Herr Dr. Withalm offenbar diesen Trick erfunden hat und daß ihn der sehr gefreut hat, kann ich schon verstehen! Aber daß Sie, Herr Professor Koren, sich dafür hergegeben haben, das hat einige von uns eigentlich sehr erstaunt.

Da haben Sie für das Jahr 1969 schon im Frühjahr eine Finanzierungslücke von 16 Milliarden festgestellt und uns gesagt, daß Sie sich bemühen werden, diesen Abgang auf 8 Milliarden zu reduzieren. Schon damals habe ich in einer öffentlichen Erklärung festgestellt, daß das Ganze ein billiger Trick ist: Zuerst lizitiert man den Abgang in die Höhe, um sich dann selber einen Lorbeerkrantz zu winden, wenn es einem gelungen ist, ihn wieder herunterzubringen.

Da hat ein Karikaturist in einer Zeitung (*Unruhe bei der ÖVP*) — Moment, nur keine Aufregung! —, die übrigens den Herren in den hinteren Bänken sehr nahesteht, ein gutes Bild gebracht: Der Herr Dr. Klaus hängt dem Herrn Dr. Klaus den Lorbeerkrantz für die großartige Arbeit um, die da geleistet wurde. Jetzt möchte ich Ihnen sagen, was da wirklich geschehen ist, ich spreche da aus meiner 13jährigen Praxis in der Bundesregierung.

Wie war denn das und wie ist es denn in der Bundesregierung? Da kommen die Minister vor dem Sommer, rufen sich ihre Beamten und sagen ihnen: Jetzt macht einmal einen Entwurf! In ihn soll all das kommen, was gut und teuer ist. Die Erfahrung lehrt — das werden Ihnen alle Fachleute im Finanzministerium bestätigen —, daß das in der Regel mindestens doppelt soviel ist, wie man sich von den Herren zu bekommen erwartet. (*Abg. Doktor Withalm: „Doppelt soviel“ war nur auf Ihrer Seite, bei uns war das nicht Praxis!*) Dann beginnen die Verhandlungen auf Beamtenebene, da werden die ersten Abstriche vorgenommen, und dann gibt es die Kürzungen, die die Beamten nicht zu akzeptieren wagen; diese überläßt man dann den Beratungen des Ressortministers mit dem Finanzminister. So ist es doch in Wirklichkeit!

Diesmal ist das Groteske eingetreten, daß sich der Finanzminister selber hinaufelizitiert und diese Politik sozusagen in sich gemacht, ein 16 Milliarden-Defizit festgestellt hat und dann das durch Abstriche, wie er jetzt sagt, reduziert hat, wie er früher sagte: durch Einsparungen! (*Abg. Machunze: Herr Minister*

Dr. Kreisky

Kreisky! Kennen Sie „Arbeit und Wirtschaft“? — Abg. Dr. Withalm: Das hat der Beirat in der Budgetvorschau festgestellt! Moment, lassen Sie mich ausreden! Diese 16 Milliarden haben Sie als Phantasiezahl präsentiert, so wie alle Minister insgesamt so etwas auch immer zustandegebracht haben. Das ist gar keine Frage gewesen! (Abg. Dr. Withalm: Herr Minister Kreisky! Jetzt kann ich mir vorstellen ...) Aber wissen Sie, warum Sie das gemacht haben? Der wirkliche Grund war ein anderer: Der wirkliche Grund war die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf die neuerlichen Belastungen in der Höhe von 3,2 Milliarden und auf die Ausräumung der Sozialversicherung. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie so über Wirtschaftspolitik reden, Herr Kollege Kreisky, kann ich mir vorstellen, daß das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei wirklich nur ein Wirrwarr werden konnte! — Abg. Probst: Herr Vizekanzler, Sie sitzen da herinnen und stören dauernd den Redner! — Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie gestatten: Als Klubobmann bleibe ich da sitzen!)

Und jetzt kann ich dem Herrn Finanzminister gleich auch einen guten Rat geben, er möge sich für die weitere Budgetdebatte gut vorbereiten, denn meine Freunde werden den Herrn Finanzminister fragen. *(Zwischenruf.)* Wenn der Herr Bundeskanzler so eindeutig in der Führung wäre, würde er seinem Vizekanzler ja sagen, er soll sich hinaufsetzen und ein bißchen Ruhe geben. Aber das traut er sich offenbar nicht! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Nicht von sich auf andere schließen! — Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege Kreisky, das bestimmen wir auch ausschließlich allein! Weder die Anregungen des Abgeordneten Probst noch die des Abgeordneten Kreisky dazu werden zur Kenntnis genommen!)* — Abg. Probst: Sind Sie Claque-Chef oder Mitglied der Regierung?)

Ich kann dem Herrn Finanzminister schon ankündigen, daß er in dieser Budgetdebatte ununterbrochen gefragt werden wird, wo die berühmten Einsparungen eigentlich geschehen sind. Abstriche hat es gegeben, die üblichen Abstriche, die sich jeder Minister immer gefallen lassen mußte. Wo sind eigentlich die Einsparungen in dem Budget? Das werden Sie uns alles mit großer Deutlichkeit sagen müssen.

Wenn man nun den Vorgriff mit den neuen Steuern jetzt wirklich einkalkuliert, dann gibt es kein Defizit von 8 Milliarden Schilling, sondern in Wirklichkeit eines von 13 Milliarden Schilling. Sie haben sich nur das alles schon früher geholt und ein beträchtliches Körbergeld auch noch für dieses Jahr gemacht,

Herr Finanzminister. *(Abg. Dr. Withalm: Ich glaube, da müssen wir noch einmal in die Schule gehen und subtrahieren lernen! — Abg. Weikhart: Ihr! — Abg. Dr. Pittermann: Schaden könnte es nicht!)*

Der Herr Finanzminister stellte in seiner Budgetrede die Behauptung auf, daß nur der, der die Zahlen nicht kenne, behaupten könne, daß es in Österreich in den letzten Jahren keinen tiefgreifenden Prozeß wirtschaftlicher Umstrukturierung gegeben hätte. Die Zahlenangaben, die er macht, auch die über den Rückgang der selbständig Erwerbstätigen und die Abwanderung aus der Landwirtschaft, sind sicherlich ein Beweis für diese sehr tiefgreifende Strukturveränderung. Gar keine Frage!

Aber das, was er bezüglich der Strukturveränderung in der Industrie sagt, ist wenig überzeugend, und der Hinweis auf die Verlagerungen im Export von Halbfabrikaten und Rohwaren auf Fertigwaren scheint mir in erster Linie auf die Umstrukturierung unseres Exportes in die EFTA-Staaten zurückzuführen zu sein, denn die EFTA-Staaten sind ja bekanntlich in erster Linie Abnehmer von Fertigwaren, während im EWG-Handel die Halbfabrikate eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Ich glaube, Herr Finanzminister, es gibt viel zuwenig strukturelle Veränderungen in der österreichischen Wirtschaft, als daß man damit auch nur im entferntesten zufrieden sein könnte, und Sie sagen das ja an einer späteren Stelle Ihrer Rede auch selber.

Der Herr Finanzminister hat von einer zielbewußten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gesprochen, die auf gewisse Schwerpunkte ausgerichtet war. Hier muß ich dem Herrn Finanzminister schon den Vorwurf machen — ich kann ihn ihm jedenfalls nicht ersparen —, daß er mit geradezu unwissenschaftlicher Großzügigkeit in drei Absätzen Andeutungen von Maßnahmen gemacht hat, es aber dann unterläßt, diese Maßnahmen präzise anzugeben. Eine solche Wirtschaftspolitik, wie sie der Herr Finanzminister andeutet, hat es in Österreich nicht gegeben, und sogar die Industrie urgiert ununterbrochen eine Industriepolitik. Und dazu würde ja das gehören, von dem hier die Rede ist.

Und dann stellt der Herr Finanzminister in einem Anfall seltener Aufgeschlossenheit fest, daß der Aufschwung die Investitionsneigung der Wirtschaft bisher nicht angeregt hat; die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen habe sich nicht belebt, und die Bauwirtschaft habe nur knapp das Vorjahrsniveau — das schon nicht gut war, Herr Finanzminister — erreicht.

Dr. Kreisky

Ja, wer so wie ich jede Woche — und das tun ja viele meiner Freunde, sofern sie nicht aus Betrieben überhaupt kommen und mit diesen Betrieben in direktem und ständigem Kontakt sind — in die Betriebe geht, und zwar nicht nur vor Wahlen, sondern lange vor diesen Wahlen, der wird sehen, daß zu diesem Optimismus durchaus kein Anlaß ist.

Die Fahrzeugmittelindustrie lebt von der Hand in den Mund. Das wissen Sie. Ich habe in den letzten 14 Tagen eine kleine österreichische Automobilfabrik, eine Lastwagenfabrik, und eine sehr große, die kleinste und die größte, besucht, und immer wieder hat man mir gesagt ... (*Abg. Altenburger: Das war schon vor den Wahlen!*) Aber nicht vor den zentralen Wahlen. (*Abg. Altenburger: Nein, Betriebsratswahlen!*) Sie nehmen da den kommunistischen Betriebsratsobmann ein bißchen in Schutz, nicht wahr, Herr Kollege Altenburger? (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Steyr-Daimler-Puch!*) Die Wahlen haben noch nicht stattgefunden, die werden erst stattfinden. (*Abg. Dr. Withalm: Darum waren Sie vorher dort! Ist eh klar!*) Nein, sondern das hat sich so ergeben. In Österreich wird halt immer irgendwo gewählt. Das kann man nicht berücksichtigen. (*Abg. Dr. Withalm: Das ist ein Zufall! Das hat sich rein zufällig ergeben, daß sechs Wochen später die Betriebsratswahlen sind! Ich habe nichts dagegen! Aber bleiben wir bei der Wahrheit!*) Nein, das ergibt sich so, wie es sich für mich am besten ausgeht, weil ich ein großes Programm habe.

Aber ich sage Ihnen dazu — und das ist das wesentlichste —, daß einem die Direktoren dort und die Betriebsräte immer wieder dasselbe sagen: daß sie jedem Monat mit Sorge entgegensehen, daß sie in Wirklichkeit ihre Produktion nur aufrechterhalten können, auf dieser Höhe halten können, weil das Ausland nicht ausgelassen hat und weil sie aus dem Ausland Aufträge bekommen, die ihnen die Überbrückung ermöglichen. Und überall klagt man über die schlechte Konjunktur im Baugewerbe, die in erster Linie die Ursache für die Schwierigkeiten dieser Industrie ist. Es ist schon so, wie der Herr Finanzminister sagt: Diese Probleme gibt es in anderen Industrien auch. (*Abg. Dr. Withalm: Na sehen Sie, jetzt sind Sie wieder mit dem Herrn Finanzminister einverstanden!*)

Als es vor eineinhalb Jahren bei uns schlechter wurde, da hat sich der Herr Bundeskanzler und die ganze Regierung auf die Entwicklung im Ausland berufen, und das zum Teil mit Recht. Es ist tatsächlich so gewesen, daß es

in Deutschland sehr markante Rezessionserscheinungen gegeben hat, die zu einer Stornierung oder Reduzierung der Aufträge an die österreichische Wirtschaft geführt haben.

Aber was damals recht war, muß heute auch billig sein, Herr Finanzminister. Wenn sich die Entwicklung in manchen Industrien belebt hat, dann ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Auslandsaufträge in einem größeren Umfang eingeflossen sind, als das voriges Jahr der Fall war.

Aber der Herr Finanzminister sagt ja in dieser Anwandlung von Aufgeschlossenheit, „daß uns die konjunkturelle Welle des heurigen Jahres nicht dazu verleiten darf, die im Vorjahr deutlich zutage getretenen Schwächen unserer wirtschaftlichen Struktur wieder zu vergessen, weil sie von der Konjunktur nun schon teilweise verdeckt werden“. (*Abg. Dr. Mussil: Und vor allem weniger zu arbeiten! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Paßt auf den eigenen Schuh, Herr Dr. Mussil!*) Herr Dr. Mussil! Das werden Sie bei späterer Gelegenheit ausführlich begründet bekommen. (*Abg. Dr. Mussil: Darauf bin ich neugierig!*) Da werden Sie sich noch wundern.

Der Herr Finanzminister kommt am Schluß seiner Ausführungen auf die Strukturpolitik zu sprechen und erwähnt da einige Maßnahmen, die wir keineswegs unterschätzen wollen, weil wir sie zum Teil auch vorgeschlagen haben. (*Abg. Dr. Withalm: Da schau her! Der Koren-Plan ist vom Kreisky! Das ist das Neueste!*) Das kann ich Ihnen nachweisen, auch zeitlich, daß es lange vor dem Koren-Plan den ersten Entwurf des Wirtschaftsprogramms und die ersten Beiträge gegeben hat und daß dort der Erneuerungsfonds und die Investitionsbank drinnen enthalten sind. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das wird Ihnen noch ein anderer sagen. (*Abg. Dr. Withalm: Sie sagen: „zum Teil vorgeschlagen“! Die guten Ideen, die drinnen sind!*) Herr Doktor Withalm! Genügt Ihnen das mit der kleinen Propagandabroschüre nicht? Soll Ihnen der Herr Dr. Staribacher später einmal eine zweite Vorlesung über die Richtigkeit dieser Behauptung halten? (*Abg. Dr. Withalm: Ich kann es ihm nicht verbieten! Ich habe ja keinen Einfluß darauf! Das wird er sowieso machen!*)

Da gibt es — und da möchte ich eines zu überlegen geben, Herr Finanzminister — eine Fülle von Einrichtungen, und es wird sie geben, die sich bemühen, der österreichischen Wirtschaft zusätzliche Investitionsmöglichkeiten zu schaffen. Wie vollzieht sich die Beurteilung einer solchen Investitionsmöglichkeit? Da müssen eine Fülle von Untersuchungen vorgenommen werden, einerseits

Dr. Kreisky

über die Bonität der Firma, andererseits über die Zweckmäßigkeit des Investitionsvorhabens. Das wird ja seit Jahren vom ERP-Büro praktiziert und auch von anderen Institutionen, die sich zum Beispiel mit der Exportfinanzierung beschäftigen.

Ich würde dem Herrn Finanzminister zur Anregung geben, zu überlegen, ob man nicht für alle diese vielen Einrichtungen, die wir schon haben und die wir noch bekommen — die Leute, die sich mit diesen Recherchen beschäftigen, müssen ja hochqualifiziert sein, denn sie sollten es ja theoretisch besser verstehen als der Unternehmer beziehungsweise das Unternehmen, das die Investition vorhat —, ob man nicht für alle diese Stellen, die wir da haben, eine zentrale Prüfungs- und Begutachtungseinrichtung mit hochqualifizierten Leuten schaffen sollte, die dann auf Wunsch dieser verschiedenen Institutionen diese Untersuchungsarbeit vornehmen. Es handelt sich ja nicht so sehr um eine Konzentration, sondern um eine Maßnahme, die gewährleisten würde ... (*Abg. Dr. Mussil: Das nennt man zentralen Lenkungsapparat!*) Es wäre doch sehr zweckmäßig, wenn man diese Leute, die sich mit diesen Fragen beschäftigen und die hochqualifiziert sind, zusammenfaßt und diese zentrale Stelle hätte, die auch glänzend ausgerüstet sein könnte mit modernen Maschinen, die dann auf Wunsch dieser verschiedenen Institutionen diese begutachtende Tätigkeit durchführt, statt daß jede dieser Einrichtungen es für sich tut. Aber das ist nur eine Überlegung, die ich anlässlich der Gründung dieser neuen Einrichtung anbringen möchte.

Nun möchte ich zur Strukturpolitik und zu den Strukturproblemen ein paar Bemerkungen machen.

Die Sozialistische Partei hat auf ihrem Parteitag ein Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft beschlossen. Ich werde hier nicht im einzelnen darauf eingehen; auch dazu wird die Budgetdebatte genügend Gelegenheit bieten.

Der Professor für Nationalökonomie an der Hochschule in Linz Riese hat in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ einen durchaus nicht unkritischen Artikel über unser Wirtschaftsprogramm geschrieben, aber er schließt doch seinen durchaus nicht unkritischen Artikel mit folgender Feststellung:

„Das aber“ — nämlich die kritischen Anmerkungen — „darf den Tatbestand nicht verwischen, daß das Wirtschaftsprogramm der SPÖ eine industriepolitische Konzeption aus einem Guß darstellt. Das Ergebnis ist beeindruckend: In einer liberalen Grundhaltung ist

es gelungen, alle Klippen, die doktrinaire Marxisten, neoliberale Puristen und ständische Konservative boten, sicher zu umschiffen. Eine vielgestaltige, flexible Förderungspolitik und das Vertrauen darauf, daß nur die Chance vorhanden sein muß, um private Initiative zu erwecken, stellen die Grundströmungen des Entwurfes dar. Dieser Geist verdient es, Realität zu werden.“

Ich könnte dieser Beurteilung unseres Wirtschaftsprogramms noch eine ganze Reihe anderer anfügen, die noch positiver sind und von Ökonomen stammen, die Ihnen, meine Damen und Herren auf der rechten Seite, politisch näherstehen. Ich glaube, daß es wenig Sinn hat, heute einen Streit über Wert oder Unwert eines Programms zu führen; darüber entscheidet letztlich nur seine Verwirklichung. So möchte ich mich heute lediglich darauf konzentrieren, dieses Programm in einen größeren Zusammenhang zu stellen, und das gerade jetzt tun, weil wir in wenigen Tagen hier im Hause zur Feier der Gründung unserer Republik versammelt sein werden.

Die Frage der Lebensfähigkeit der Ersten Republik hat sie vom ersten Tag ihrer Existenz an begleitet. Das mangelnde Vertrauen in ihre Lebensfähigkeit hat unter anderem auch dazu geführt — und das können und sollen wir doch nicht bestreiten oder verheimlichen —, daß sich die konstituierende Nationalversammlung der Republik veranlaßt sah, den Anschluß Österreichs an Deutschland auszusprechen.

Die Republik Österreich war in ihren ersten Jahren von schweren strukturellen Krisen geschüttelt, die dann, als eine Verschärfung durch eine tiefgreifende konjunkturelle Krise dazukam, geradezu katastrophale Ereignisse nach sich zog. Es ist meine tiefe Überzeugung, daß die besonders katastrophale wirtschaftliche Situation der Ersten Republik die Ursache für die tiefen Risse im politischen Überbau unseres Staates gewesen ist. Ich kann mir ganz einfach nicht vorstellen, daß es in einem prosperierenden Österreich ähnliche politische Symptome gibt, wie es sie bei uns am Ende der zwanziger Jahre und in den dreißiger Jahren gegeben hat. Deshalb sollten wir in diesen Tagen ein Wort des aufrichtigsten und wärmsten Dankes denen sagen, die sich nach 1945 zusammengefunden haben, um die Zweite Republik unter Bedachtnahme auf die Lehren der Ersten Republik aufzubauen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, es war der Philosoph Hegel, der einmal gesagt hat, daß die Geschichte vor allem eines lehre: daß die Menschen aus ihr nichts lernen. Meiner Meinung nach hat dieser Satz Hegels für die Männer und Frauen, die sich

Dr. Kreisky

nach 1945 an die Arbeit gemacht haben, keine Geltung gehabt. Ihnen war die Lektion, die ihnen die Geschichte erteilt hat, wahrlich eine gute Lehre. Sie haben sich an die Arbeit gemacht, um zuallererst die Trümmer wegzuräumen, um die Produktion in Gang zu bringen, die Menschen zu nähren, zu kleiden und ihnen wieder ein Dach über dem Kopf zuzuzimmern.

Aber bald hat sich gezeigt, daß die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Republik neu überdacht werden muß. Ein Zurück zur Ersten Republik und ihrer Wirtschaftsstruktur konnte und durfte es nicht wieder geben. So kam es zum ersten großen Investitionsprogramm, dem zehnjährigen Investitionsprogramm, von dem man sich erwartete, daß es die Grundlagen eines modernen Industriestaates verwirklichen und schaffen sollte.

Ich will Sie hier nicht damit ärgern oder aufregen (*Abg. Dr. Mussil: Höchstens langweilen! — Abg. Dr. Tull: Langweiliger als Mussil geht es nicht mehr!*), indem ich jetzt näher ausführe, wen ich für den wirklichen Architekten dieses Investitionsprogramms halte. Ich sage es aber nur andeutungsweise: Es war der Mann, dem Sie damals die Ehre gaben, der Republik ein eigenes Königreich zu schenken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben in diesem zehnjährigen Investitionsprogramm die Schwerindustrie ausgebaut, weil das eben die Voraussetzung eines Industriestaates ist, und unsere Energiereserven ausgebaut. Hätten wir das damals nicht getan, hätte es nie dieses hohe Maß an wirtschaftlicher Intensität und Vollbeschäftigung geben können, weil unsere Wirtschaft am Mangel an Energie zusammengebrochen wäre. Wir haben eine Modernisierung unseres Transportwesens auf den Schienen und auf den Straßen durchgeführt. Es kam zur Modernisierung unseres Telefonnetzes und vielem anderen, was zur Herausbildung einer guten Infrastruktur gehört.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber doch daran erinnern, daß es damals immer wieder die Frage gegeben hat: Woher werden wir die 10 Milliarden Schilling nehmen, die wir brauchen? Diese Frage war berechtigt, denn die Einnahmen des Staates betrugen 1953 ungefähr 22 Milliarden Schilling. Wissen Sie, was eingetreten ist? Sie wissen es natürlich, und ich will Sie nur daran erinnern: Wir haben für das Investitionsprogramm nicht 10 Milliarden Schilling ausgegeben, sondern 15 Milliarden. In denselben Zeitraum fielen die Zahlungen an die Sowjetunion in Form von Warenlieferungen, und ich schätze, daß diese Warenlieferungen zusammen mit dem Öl, das wir für den Rückkauf unserer Ölfelder zu liefern

hatten, ungefähr 7 bis 8 Milliarden Schilling betragen haben. Es war also möglich, in diesen Jahren diese gigantische Summe aufzubringen, und trotzdem hat es in diesen Jahren einen wirtschaftlichen Aufstieg wie nie zuvor in der Geschichte unserer Wirtschaft gegeben, ist es nie zuvor so vielen so gut gegangen — um ein Wort Churchills abzuwandeln — wie damals. Ich möchte daran erinnern, daß es in diesen Jahren zu Einnahmensteigerungen im Staatshaushalt von 33 Milliarden gekommen ist, und zwar betrug die Einnahmenseite unseres Budgets 1963, also gegen Auslaufen aller dieser Verpflichtungen, 55 Milliarden Schilling.

Was will ich damit sagen? Daß eine gute Wirtschaftspolitik, eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, eine Wirtschaftspolitik, die versucht, eine echte Strukturpolitik zu betreiben — in diesem Falle eine Infrastrukturpolitik —, den Staat nicht nur etwas kostet, sondern ihm auch beträchtliche Einnahmen bringt. Es ist nun einmal so, daß sich ein armer Staat — und kein Staat in der Welt ist in Wirklichkeit heute reich — nicht mehr den Luxus der Arbeitslosigkeit oder einer niedrigen Beschäftigungsrate leisten kann. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Das war der bei Ihnen so verpönte Raab-Kamitz-Kurs!*) Da kann ich Ihnen auch etwas zitieren, was Bundeskanzler Raab, für den ich auch zu Lebzeiten beträchtlichen Respekt aufgebracht habe und auch eine gewisse Portion Bewunderung, damals gesagt hat: Das mit den 10 Milliarden — wo werden wir denn das Geld hernehmen? —, das ist ja alles nicht möglich! — Die Älteren hier werden sich vielleicht daran erinnern. Wenn schon Namen gefallen sind: Diese Argumentation galt vor allem den Träumen und Wunschvorstellungen des damaligen Verkehrsministers Waldbrunner.

Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit noch kurz ausführen, daß nach dieser Entwicklung die Zeit der großen Prosperität kam, und zwar einer europäischen Prosperität, denn in Amerika gab es damals eine Reihe von Rezessionen, und diese Prosperität hat das bewirkt, was der Herr Finanzminister auch für die gegenwärtige Situation befürchtet, daß nämlich in einer solchen Situation die Struktur-schwächen nicht zum Vorschein kommen, nicht sichtbar werden.

Bei dem Stoß vor zwei Jahren sind sie aber sichtbar geworden, und deshalb hat sich die Sozialistische Partei entschlossen, ein Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft zu erstellen, mit dem Ziel, die Struktur-schwächen der österreichischen Wirtschaft zu überwinden. Da wir der Meinung sind, daß die gegenwärtige Bundesregierung eine Struktur-

Dr. Kreisky

politik nicht durchführt, daß es in Österreich eine Industriepolitik im eigentlichen Sinne des Wortes bis jetzt nicht gibt, da Ihre Budgetpolitik eine solche Politik geradezu unmöglich macht, stellt das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei die große wirtschaftspolitische Alternative zur gegenwärtigen Regierungspolitik dar. Wir werden daher in dieser Budgetdebatte immer dort, wo es richtig ist, bei den jeweiligen Kapiteln unsere wirtschaftspolitischen Auffassungen mit denen der Bundesregierung konfrontieren.

Der Herr Finanzminister, von dem ich gesagt habe, daß er sehr geschickt im Verhüllen verschiedener Budgetwahrheiten war, geniert sich allerdings nicht, anzugeben, wie wenig Geld er im Bundeshaushalt für die Forschung hat: den lächerlichen Betrag von 133 Millionen. Was soll man denn damit anfangen? Ich gehöre sicherlich nicht zu denen, die die Bedeutung der Bundestheater unterschätzen. Ich bin nicht dafür, daß man die Bundestheater schließt, aber ich lasse mir nicht einreden, daß ein Defizit von über 350 Millionen Schilling so stillschweigend das Haus passieren und die Frage der Mittel für die Forschung so einfach unter den Tisch fallen soll. Das ist nicht möglich.

Ich hätte eigentlich einen Vorschlag zu machen, Herr Finanzminister! Sie haben zwar die Propaganda Ausgaben der Bundesregierung wieder sehr geschickt in verschiedenen Budgetposten versteckt, wir werden sie aber schon finden, das können wir Ihnen versprechen. Ich mache hier den Vorschlag: Verzichteten Sie auf die Propaganda Ausgaben für die Bundesregierung und erhöhen Sie mit dieser Einsparung die Mittel für die österreichische Forschung! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Herr Dr. Kreisky, heute enttäuschen Sie mich wirklich!*) Es ist nicht meine Aufgabe, Herr Dr. Withalm, mir Ihre Bewunderung zuzuziehen! Das wäre ja eine verkehrte Welt.

Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede auch von der Jugend gesprochen. Es ist jetzt sehr modern, daß man auch auf konservativer Seite vor der radikalen Gesinnung der Jugend seinen Kotau macht. (*Abg. Dr. Haider: Peter Kreisky!*) Den berechtigten Forderungen der jungen Menschen kommt man aber nicht mit Veranstaltungen sogenannter behördlich lizenzierten und konzessionierten Happenings entgegen, sondern ihnen kommt man vor allem entgegen, wenn man dieser Jugend auf ihrem eigenen Betätigungsfeld — und im Falle der studentischen Jugend sind das die Hochschulen, sind das Wissenschaft und Forschung — neue und große Möglichkeiten erschließt, und im

Falle der Jugend, die schon im Arbeitsprozeß steht — von der muß man nämlich auch hie und da reden, glaube ich —, ist es die Summe aller Maßnahmen, die dazu führen, Österreich wirtschaftlich zu modernisieren, denn nur so wird es für die Jungen in Österreich echte Chancen geben, nur ein modernes Österreich wird den Vorstellungen der jungen Menschen von heute gerecht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zu einem modernen Österreich aber gehört auch die Entschlossenheit, der demokratischen Idee in allen gesellschaftlichen Bereichen neue Entwicklungen zu schaffen. Österreich wird umso moderner sein, je mehr die Ideen der Demokratie, die Ideen der Mitbestimmung und der Mitwirkung in allen sozialen Bereichen zum Durchbruch gelangen.

Wir haben vor ein paar Tagen den Nationalfeiertag begangen, und wir werden in wenigen Tagen des 50. Geburtstages der Gründung unserer Republik gedenken. Bei solchen Anlässen wird zum Ausdruck gebracht, wie sehr wir Grund haben, unser Vaterland zu lieben; und ich bin durchaus nicht dagegen, denn wir alle haben unser Vaterland verloren, und seither wissen wir, was es uns wert ist. „Der Österreicher hat ein Vaterland, und liebt's, und hat auch Ursach', es zu lieben“ — ich will der Wahrheit dieses schönen Wortes nur eines noch hinzufügen, und das richte ich wirklich an alle Damen und Herren dieses Hohen Hauses, nämlich daß bei der kritischen Haltung der heutigen Jugend noch ein Wort hinzugefügt werden muß, nämlich das des großen französischen Dichters Albert Camus — und ich sagte es unlängst bei einer Jugendkundgebung —, das er, glaube ich, in einem Brief an einen deutschen Freund so formuliert hat: Der wahre Patriot ist einer, der sein Land liebt, weniger für das, was es war, sondern für das, was es sein sollte.

Herr Finanzminister! Sie schließen Ihre Rede, indem Sie Ihrer Meinung Ausdruck geben, daß der, der für die Zukunft vorzusorgen hat, nicht dem Opportunismus des Tages verhaftet sein darf. Lassen Sie mich jetzt fragen, wie denn diese Regierung für die Zukunft vorgesorgt hat (*Abg. Dr. Haider: Gut!*), wenn sie eine Schuldenlast in einer Höhe von nahezu 15 Milliarden Schilling der nächsten Regierung überläßt. (*Abg. Minkowitsch: Nationale Vergleiche anstellen!*) Neben all den ungelösten Problemen, von denen Sie versprochen haben, sie einer raschen Lösung zuzuführen, hinterlassen Sie dieser kommenden Regierung, wer immer sie bilden wird (*Abg. Dr. Haider: Die ÖVP!*), diese gigantische Schuldenlast.

Dr. Kreisky

Sie beenden Ihre Rede, Herr Finanzminister, wie Sie sie begonnen haben: mit Formulierungen, die in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit stehen, zu der Wirklichkeit, die diese Regierung geschaffen hat.

Aber es gibt doch etwas Versöhnliches und Optimistisches in Ihrer Budgetrede, Herr Finanzminister, und in dieser Budgetdebatte wird das sehr deutlich werden: daß das Jahr 1969 das letzte Jahr dieser Regierung sein wird! *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Koren**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zu der politischen Prognose, die der Herr Minister Dr. Kreisky gegeben hat, nicht Stellung nehmen. Über Prognosen und ihren Unsicherheitscharakter habe ich mich oft genug hier ausgesprochen.

Nur auf einen Punkt darf ich eingehen, Herr Minister außer Dienst Dr. Kreisky. Ich glaube, man muß sich für eine einheitliche Marschroute entscheiden. Sie haben in Ihrer Rede nun eben dargetan, daß Sie die Meinung vertreten, die 16-Milliarden-Lücke im Staatshaushalt, die ich im Frühjahr dieses Jahres aufgezeigt habe und auf Grund deren die budgetpolitischen Maßnahmen gesetzt worden sind, sei eine Art von Spiegelfechterei gewesen, ein Kampf mit sich selbst, um es sich zu erleichtern, später zu einer Lösung zu kommen, und später sei sowieso nur das Weggestrichen worden, was man vorher vorsorglich dazugegeben habe.

Ich glaube, Sie haben dabei übersehen, daß sich der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit diesen Vorschauen beschäftigt hat; einmal im Frühjahr dieses Jahres und dann zuletzt noch im September dieses Jahres. Er ist dabei jeweils zu Ergebnissen gekommen, die noch weit ungünstiger gewesen sind als jene, die ich mir im Frühjahr aufzuzeigen erlaubt habe. *(Abg. Dr. Withalm: Das hat er wirklich übersehen!)* Und in Ihren Schlußsätzen, Herr Abgeordneter, haben Sie nun wiederum diese Vorausschau als Grundlage Ihrer vorausschauenden Angaben, welche Schuldenlast die Regierung hinterlassen wird, zum besten gegeben. Dort also sind es Voraussagen, die sicher sind. Meine Voraussage vom Frühjahr haben Sie als eine Spiegelfechterei bezeichnet. Ich fürchte, daß Sie hier einem Widerspruch in sich unterlegen sind. *(Zwischenrufe.)*

Einen zweiten Punkt darf ich nur ganz kurz angehen, ohne die Bedeutung des seinerzeitigen Zehnjahresinvestitionsprogramms zu verkleinern. Ich bitte Sie doch, die Proportionen

im Auge zu haben, um die es damals gegangen ist und um die es heute geht. Als das Zehnjahresinvestitionsprogramm in einem Gesamtvolumen von 1 Milliarde Schilling pro Jahr beschlossen wurde, handelte es sich durchwegs um Ausgaben im außerordentlichen Haushalt des Staates für den Autobahnbau, für die Elektrifizierung der Bundesbahnen und für den Ausbau des Fernsprechnetzes. Die übrigen Investitionen, die Sie angeführt haben, Herr Minister a. D. Dr. Kreisky, waren in diesem Investitionsprogramm nicht enthalten. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Koren weiß das besser!)* Alle diese Arbeiten, die damals in das Zehnjahresinvestitionsprogramm aufgenommen wurden, laufen heute in einem weit größeren Umfang weiter, als sie damals begonnen worden sind. Damals also ein Investitionsprogramm von 1 Milliarde Schilling pro Jahr im Bundeshaushalt, heute betragen die Bundesinvestitionen, die direkten Ausgaben im Staatshaushalt für Investitionszwecke über 16 Milliarden Schilling; in einem Jahr also mehr, als dieses gesamte Zehnjahresinvestitionsprogramm umfaßte. *(Widerspruch und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Ing. Häuser: Aber sonst haben wir nichts gemacht? Keine anderen Investitionen im Jahre 1953? — Abg. Moser: Das ist doch eine Milchmädchenrechnung, was Sie sagen! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Lächerlich! Das ist ausgesprochen falsch! — Ruf bei der SPÖ: Und das sagt ein Universitätsprofessor! — Abg. Doktor Gruber: Der Weihs ist ja so gescheit!)*

Ich darf noch einmal festhalten ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Ich kann nur, Herr Abgeordneter Probst, die Gesamtinvestitionen von damals mit den Gesamtinvestitionen von heute vergleichen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Das tun Sie aber nicht! — Abg. Ing. Häuser: Das haben Sie nicht getan!)* Ich wollte nur Größenordnungen darstellen und darauf hinweisen, daß man die Bedeutung dieses Programms, das, wie gesagt, in vollem Umfange weiterläuft, nicht so maßlos überschätzen soll. Wir alle wissen, daß die Ursachen des Wirtschaftswachstums der fünfziger Jahre ja nicht von einem solchen Investitionsprogramm abhängen, sondern von einer Ausgangssituation, die damals eine ganz andere war als heute. Diese zwei kleinen Bemerkungen wollte ich machen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Machunze das Wort.

Abgeordneter **Machunze** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Kreisky hat seine Rede mit der Frage einge-

Machunze

leitet, ob sich denn niemand finde, der das Budget verteidige. Ich möchte dazu sagen: Die Österreichische Volkspartei verteidigt das Budget nicht, sie steht zu diesem Budget! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Herr Kollege, das soll sie auch nicht tun?)*

Der Herr Abgeordnete Kreisky hat immer wieder gesagt: Andere werden auch noch zu verschiedenen Kapiteln sprechen. So möchte ich gleich vorweg sagen: Ich werde auch nicht alles das, was die Österreichische Volkspartei zu diesem Budget zu sagen hat, vorbringen, sondern es werden auch andere bei anderer Gelegenheit noch manches Notwendige sagen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Nationalrates ist alljährlich die Beschlußfassung über den Staatshaushalt. Wer sich ernsthaft mit dem Budget und der Budgetpolitik auseinandersetzen will, muß zur Kenntnis nehmen, daß gerade auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Finanz- und Budgetpolitik, bedeutende Veränderungen eingetreten sind, und zwar Veränderungen nicht nur in der Zweiten Republik. Wenn sich früher der Staat oder der Finanzminister darauf beschränken konnte, jene Ausgaben in das Budget aufzunehmen, die für die Verwaltung notwendig sind, so ist heute jeder Finanzminister, in welchem politischen Lager er auch immer stehen mag, gezwungen, große Ausgaben für die Wirtschaftspolitik, die ein moderner Staat treiben muß, einzusetzen.

Die Finanzwissenschaft definiert die Aufgaben einer modernen Budgetpolitik wie folgt:

„Die Entwicklung der Staatseinnahmen wie der Staatsausgaben stellt eine verdeckte Abwendung von der wirtschaftlichen Einzelplanung, eine kollektive Bestimmung von Produktion und Verbrauch dar. Die Finanzpolitik ist auf diese Weise zu dem wichtigsten gesellschafts- und wirtschaftsgestaltenden Faktor unserer Welt geworden.“

Worin bestehen nun die Probleme der staatlichen Finanzpolitik?

1. Sie muß die Zielsetzungen feststellen, auf die durch spezielle staatliche Ausgaben und Einnahmen politisch hingewirkt werden soll.

2. Sie muß die Art und Höhe der Ausgaben festlegen, mit deren Hilfe die zu erreichenden Ziele verwirklicht werden sollen.

3. Sie muß die Methoden der Einnahmenbeschaffung und die Höhe der Einnahmen festlegen, mit deren Hilfe die zu erreichenden Ziele verwirklicht werden sollen.

Über die Zielsetzung des Budgets 1969, über die Art und Höhe der Ausgaben und Ein-

nahmen hat der Herr Bundesminister für Finanzen heute vor einer Woche in diesem Hause sehr ausführlich berichtet.

In der österreichischen Finanz- und Wirtschaftspolitik — und das sollten auch die Sozialisten als Oppositionspartei zur Kenntnis nehmen — lassen sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges deutlich drei Phasen umreißen:

Die erste Phase, die die Jahre 1945 bis 1950 einschließt, war gekennzeichnet durch das Wegräumen der Trümmer und des Schutts. In diese Phase fällt der Marshallplan. Man wird rückschauend immer wieder feststellen müssen, daß wir ohne diese großzügige amerikanische Hilfe mit der Bewältigung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme nicht so rasch fertig geworden wären, wie es tatsächlich der Fall war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die zweite Phase fällt in die Jahre 1950 bis 1960. Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns doch alle an diese Zeit! Es war ein ungeheurer Nachholbedarf auf allen Gebieten zu decken, nicht nur auf dem Gebiete der Wohnung, sondern bei der Bekleidung ebenso wie bei der Wohnungseinrichtung. Österreich konnte in dieser zweiten Phase ein Höchstmaß an Vollbeschäftigung erreichen. Ein starkes Wirtschaftswachstum war die Folge.

In dieser zweiten Phase aber, meine Damen und Herren, zeichneten sich bereits notwendige Strukturveränderungen in der österreichischen Wirtschaft ab. Denken wir an das Jahr 1958! Wir standen vor einer bedenklichen Rezession. Durch geschickte finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen des damaligen Finanzministers Dr. Kamitz blieb Österreich von einer Wirtschaftskrise verschont. Ich weiß, Sie hören es nicht gerne, wenn man Tatsachen feststellt, aber Sie können nicht bestreiten, daß es damals der Finanzminister der Österreichischen Volkspartei Dr. Reinhard Kamitz war, der in den entscheidenden Monaten entscheidende Maßnahmen traf, sodaß sich die Rezession 1958 nicht so auswirkte wie in anderen europäischen Ländern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der dritten Phase befinden wir uns jetzt. Und auch das, Herr Abgeordneter Kreisky, müssen wir zur Kenntnis nehmen: Der Nachholbedarf ist weitgehend gedeckt. Auf den Inlands- und Auslandsmärkten aber wird die Konkurrenz immer stärker spürbar. Wer das nicht wahrhaben will, der kennt die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht. Nach Österreich strömen ausländische Produkte herein, die unseren Markt zu überschwemmen und zu erobern versuchen. Die Konkurrenz im In- und Ausland wird immer stärker spürbar.

Machunze

Daß sich in den letzten Jahren in Österreich bedeutende Strukturveränderungen ergaben, läßt sich daran erkennen — der Herr Bundesminister für Finanzen hat das heute vor einer Woche angeführt —, daß von 1960 bis 1967 die Zahl der Selbständigen um 12 Prozent zurückging und daß die Zahl der Unselbständigen in gleichem Ausmaß anstieg. Zu den Strukturveränderungen gehört auch die Tatsache, daß aus der Landwirtschaft in diesem Zeitraum 150.000 Menschen abgewandert sind, die in Industrie, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr Aufnahme fanden.

Die fortschreitende Technik hat aber auch dazu geführt, daß bei den Angestelltenberufen eine starke Zunahme zu verzeichnen ist, während wir bei den Arbeiterberufen einen echten Rückgang feststellen. Das alles, meine Damen und Herren, sind Strukturveränderungen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben.

In den Jahren 1966 und 1967 machte sich in fast allen Industriestaaten — es gibt nach internationalen Berechnungen nur zwei, in denen das nicht der Fall war, nämlich Japan und Italien — eine starke Abschwächung bemerkbar. Auch Österreich blieb von dieser internationalen Abschwächung nicht verschont. Die Bundesregierung hatte sich mit der neuen Situation zu befassen. Meine Damen und Herren! Sie mögen es jetzt wahrhaben wollen oder nicht: Heute darf festgestellt werden, daß uns die Krise 1966/67 ernstlich bedrohte, daß aber durch gezielte Maßnahmen der Bundesregierung unser Land von einer ersten wirtschaftlichen Erschütterung verschont blieb. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worin bestanden denn diese Maßnahmen? Es wurden um rund 20 Prozent höhere Ausgaben für Investitionen durch den Bund mobilisiert. Es wurden zusätzlich ERP-Mittel freigegeben. Es wurde die Exportförderung ausgeweitet. Es wurde der Diskontsatz gesenkt, und es wurde der Kreditspielraum für die Banken erweitert. Diese Maßnahmen führten dazu, daß auch im sogenannten Krisenjahr 1967 das Bruttonationalprodukt in Österreich um 2½ Prozent stieg. Daraus ergibt sich aber auch, daß die Budgetpolitik nicht starr sein kann, sondern flexibel sein muß, um notwendig werdende Anpassungen möglichst rasch durchführen zu können.

Wo liegen nun die besonderen Schwierigkeiten der österreichischen Budgetpolitik? Herr Abgeordneter Kreisky, Sie haben es nicht erwähnt, aber Sie wissen sehr genau aus Ihrer langjährigen Zugehörigkeit zur Bundesregierung: 80 Prozent aller im Budget vorgesehenen Ausgaben beruhen doch auf gesetzlichen Verpflichtungen; an denen kann doch kein Finanz-

minister — auch Sie könnten es nicht — einfach etwas wegstreichen, weil gesetzliche Ausgaben und gesetzliche Verpflichtungen, die von diesem Haus beschlossen wurden, von jedem Finanzminister zu respektieren und zu erfüllen sind.

80 Prozent aller Ausgaben sind also durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden. Für plötzlich auftretende wirtschaftspolitische Notwendigkeiten, die zu Umschichtungen zwingen können, stehen daher nur etwa 20 Prozent zur Verfügung. Aber auch das nur bedingt, denn unter den sogenannten Ermessenskrediten scheinen Ausgabenverpflichtungen auf, die unbedingt erfüllt werden müssen. Man mag jetzt streiten, ob es richtig ist, daß zum Beispiel die Kosten für die Truppenverpflegung bei den Ermessenskrediten untergebracht sind. Die Truppenverpflegung figuriert unter den Ermessenskrediten. Welcher Finanzminister aber wird in der Lage sein, von den Ermessenskrediten für die Truppenverpflegung etwas wegzunehmen? Sie sehen also, daß nicht einmal die 20 Prozent voll ausgeschöpft werden könnten, wenn sich wirtschaftspolitische Notwendigkeiten ergeben sollten.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß die Ausgaben in vielen Fällen progressiv ansteigen, daß der Finanzminister diesem ständigen Ansteigen Rechnung tragen muß, daß sich aber auf der anderen Seite die Einnahmen nicht in gleichem Ausmaß entwickeln. Dadurch wird die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben immer größer. Eine solche Entwicklung läßt sich auch nicht über Nacht ändern.

Herr Abgeordneter Kreisky! Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß Sie, als Sie von einem Abgang von 16 Milliarden für 1969 gesprochen haben, Ihrem Parteifreund Doktor Staribacher eine so schlechte Zensur erteilen. *(Abg. Dr. Staribacher: Seien Sie vorsichtig, Herr Kollege Machunze!)* Die Berechnung der 16 Milliarden — Kollege Staribacher, ich lese „Arbeit und Wirtschaft“ sehr genau — stammt doch vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, und ich habe bisher daran geglaubt, daß in diesem Wirtschafts- und Sozialbeirat unser Kollege Dr. Staribacher ein ganz entscheidendes Wort mitzureden hat. *(Abg. Dr. Withalm: Als Vorsitzender sogar!)* Sie aber haben so getan, als wären diese 16 Milliarden erfundenes Defizit so ein Luftballon des Herrn Finanzministers! Nein, meine Damen und Herren, das war eine Berechnung des Wirtschafts- und Sozialbeirates. Stimmt's, Kollege Staribacher? *(Abg. Dr. Staribacher: Es war zuerst ein Luftballon, dann ist eine Prognose gekommen, die hat aber auch auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut, dann hat*

Machunze

der Beirat eine Stellungnahme abgeben! Aber man kann beide nicht miteinander vergleichen! Das ist Ihr Pech!) Nein, ich lese „Arbeit und Wirtschaft“, und dort steht, daß der Sozialbeirat 16 Milliarden errechnet hat. (Abg. Dr. Staribacher: *Nein, nein, 16 Milliarden und 16 Milliarden ist nicht dasselbe, Herr Kollege Machunze! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ach so! (Abg. Dr. Staribacher: *Wir werden darauf zurückkommen!*) Da kann ich jetzt nicht mehr mit, Herr Kollege Staribacher! Für mich sind 16 Milliarden 16 Milliarden. (Abg. Dr. Withalm: *Der Kontakt zwischen Kreisky und Staribacher hat nicht ganz funktioniert! — Abg. Dr. Kreisky: Keine Sorge! Der funktioniert!*)

Ich möchte noch einmal sagen: Herr Abgeordneter Kreisky hat es so dargestellt, als seien die 16 Milliarden eine Erfindung des Finanzministers gewesen, damit er dann, wenn er zusätzliche Einnahmen hat oder die Budgetverhandlungen zu einer Streichung führen, sagen kann, er hätte das Budgetdefizit von 16 Milliarden auf 8 Milliarden verringert. Ich habe nachgewiesen, daß dem eben nicht so ist.

Die Bundesregierung mußte also, da sie mit einem 16-Milliarden-Defizit konfrontiert wurde, handeln. Und wir müssen der Bundesregierung das Zeugnis ausstellen, daß sie gehandelt hat. Dieses Handeln war nicht immer populär, aber ein Finanzminister kann nicht nur populäre Maßnahmen treffen; in der Regel sind es sehr unpopuläre Dinge, die er vertreten und verlangen muß.

Die Bundesregierung war gezwungen, die Einnahmen um 3,4 Milliarden zu erhöhen. Sie hat die gesetzlichen Verpflichtungen um 1,5 Milliarden Schilling verringert. Aber nicht einmal der Herr Abgeordnete Kreisky hat bestritten, daß diese Verringerung möglich war, ohne daß deshalb irgendwo gesetzliche Leistungen oder gesetzliche Verpflichtungen angetastet werden mußten. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurden ferner echte Einsparungen in der Höhe von 3,2 Milliarden erzielt. Der Herr Finanzminister hat genau angeführt, auf welchen Gebieten und bei welchen Kapiteln diese Einsparungen erzielt wurden. Wir werden ja ab kommendem Montag im Finanz- und Budgetausschuß Gelegenheit haben, uns jeden einzelnen Posten genau anzusehen und überall dort zu fragen — der Herr Finanzminister wird sicher antworten —, wo es zu diesen echten Einsparungen gekommen ist.

Jedenfalls konnte durch diese Maßnahmen der drohende Abgang von 16 Milliarden auf die Hälfte heruntergedrückt werden.

Ich sprach vorhin von notwendigen Strukturveränderungen. Meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang den

unabhängigen Wirtschaftsjournalisten Horst Knapp zitieren, der uns ein anschauliches Bild dafür gibt, welchen Strukturveränderungen nicht nur Österreich, sondern die ganze Welt unterworfen ist. Horst Knapp stellt im „Wirtschaftsfeuilleton“ vom Juli 1968 fest:

„Schon in den Zeiten der Assyrier war das schnellste Fortbewegungsmittel für Mensch und Material der Pferdewagen gewesen, und dabei ist es etwa 5000 Jahre geblieben; von der Eisenbahn bis zum Auto dauerte es dann keine 100, vom Auto zum Flugzeug keine 50 Jahre, und keine 30 Jahre nach dem letzten Zeppelinflug wurden die ersten Menschen mit Raketen ins All geschossen.“

Horst Knapp sagt dann weiter:

„Ist es in der Wirtschaft anders? In Amerika hat man ausgerechnet, daß von den Waren, die 1960 verkauft wurden, etwa 40 Prozent 20 Jahre vorher überhaupt noch nicht bekannt waren (zum Beispiel Nylonstrümpfe, Transistorradios, Kugelschreiber, Penicillin, DDT und so weiter); im Jahre 1980 werden es aber voraussichtlich schon 60 Prozent aller Waren sein, die erst nach 1960 entwickelt worden sind, und man schätzt, daß von den im Jahre 2000 angewandten Produktionsverfahren zwei Drittel erst entdeckt werden müssen.“

Die Welt hat sich verändert, und der Prozeß der strukturell notwendigen Maßnahmen ist noch lange nicht abgeschlossen. Solche Umstellungen werden sich aber, soweit es auf das Budget ankommt, nicht in einem Jahr und auch nicht in einer Legislaturperiode verwirklichen lassen.

Wieweit nimmt nun das Budget 1969 auf diese Erfordernisse Rücksicht? In den Jahren 1960 bis 1969 stiegen die Ausgaben des Bundes um 106 Prozent. Die Ausgaben für Unterricht stiegen im gleichen Zeitraum um 207 Prozent, für soziale Aufgaben um 194 Prozent, für landwirtschaftliche Aufgaben (ohne Preisausgleiche) um 188 Prozent, für Bauten und Technik um 122 Prozent. Alle übrigen Bereiche aber liegen unter der Entwicklung dieser Ausgaben.

Meine Damen und Herren! Es ist für uns Abgeordnete von der Österreichischen Volkspartei besonders erfreulich, daß gerade die Ausgaben für die Heranbildung der jungen Generation so gesteigert werden konnten, denn die Jugend von heute wird sich morgen mit ganz anderen Problemen zu befassen haben, als es die heutige Generation zu tun hat. Die Welt der Computer und Raumschiffe ist eine andere als die der Pferdefuhrwerke und Fahrräder. Immer aber wird es der Mensch sein, der mit der Technik fertig zu werden hat. In dieser Hinsicht kann nicht genug getan werden, um unserer Jugend das geistige

Machunze

Rüstzeug zu geben, um dem Wettbewerb in jeder Hinsicht gewachsen zu sein.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns aber doch ab und zu die Frage stellen: Ist denn die Bildung und die Ausbildung unserer jungen Generation in Österreich so schlecht oder so mangelhaft, wie das manchmal dargestellt wird? Ich sehe mir immer, wenn ich daheim bin, die Sendung „Einer wird gewinnen“ an. Ich nehme an, die meisten von Ihnen kennen diese Sendung. Es werden junge Leute aus den verschiedensten Ländern an den Ort, von dem aus die Sendung ausgestrahlt wird, eingeladen, um mitzuwirken. Ich stelle fest: Wenn man nachforscht, wer am öftesten den ersten Preis davongetragen hat, wird man feststellen können, daß es junge Österreicher waren. Meine Damen und Herren! Sagen wir doch das! (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher behaupte ich, daß die Ausbildung unserer Jugend gar nicht so düftig sein kann, wie das manche Leute in diesem Land darstellen wollen. Erinnern Sie sich doch daran, welche blendenden Eindruck bei der letzten Sendung die junge Lehrerin aus Kufstein machte. Sie hat nicht nur selbst eine gute Ausbildung genossen, sondern ich bin davon überzeugt, daß sie auch eine gute Pädagogin für die österreichische Jugend ist.

So ist es für uns sehr erfreulich, daß im Unterrichtsbereich nicht nur keine Kürzungen erfolgten, sondern eine Erhöhung bei Hochschulen, wissenschaftlichen Anstalten und Bibliotheken um 8,3 Prozent eintritt. Der Aufwand beträgt 1.779,410.000 S oder um 136,041.000 S mehr als 1968. Ein Vergleich mit dem Jahre 1960 ist sehr anschaulich. Damals betragen die Ausgaben in diesem Kapitel 470,348.000 S; im kommenden Jahr aber werden es 1.779,410.000 S sein. Obwohl der Personalaufwand im allgemeinen gekürzt werden mußte — also die Zahl der Bediensteten —, tritt auf dem Hochschulsektor gegenüber 1968 nicht nur keine Kürzung, sondern sogar eine Vermehrung der Lehrkanzeln um 28, eine Vermehrung der Assistentenposten um 56 ein. Auch hier ist ein Vergleich mit 1960 interessant. Damals gab es 494 Lehrkanzeln, 1969 werden es 1624 sein. Assistenten gab es damals 884, im kommenden Jahr werden es 3394 sein. Das sind Vergleiche, die sich durchaus sehen lassen können.

Ich kann nun nicht auf alle Einzelheiten der einzelnen Ressorts eingehen; dazu wird bei der Spezialdebatte Gelegenheit sein.

Ich möchte mich daher gleich einem anderen Kapitel zuwenden: dem der sozialen Verwaltung. Auch hier zunächst ein Vergleich, weil immer wieder behauptet wird, die gegenwärtige Bundesregierung schenke den Sozial-

problemen viel zuwenig Aufmerksamkeit. Laut Rechnungsabschluß 1965 — das letzte Jahr der Koalitionsregierung — betrugen die Ausgaben im Bundesministerium für soziale Verwaltung 9.451,096.485,66 S. Im kommenden Jahr werden es 13.808,570.000 S sein.

Ein besonderes Gebiet ist die Sozialversicherung. Sie war sicher gemeint, als der Herr Abgeordnete Kreisky von gesetzlichen Verpflichtungen sprach. Der Beitrag des Bundes zur Sozialversicherung betrug 1965 5.687,375.787,51 S. Im kommenden Jahr werden es 8.951,210.000 S sein. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, beweisen, daß die Bundesregierung nicht nur Vorsorge für die Jugend trifft, sondern daß sie auch den Lebensabend unserer alten und kranken Mitbürger absolut sichert!

Noch ein Vergleich sei mir gestattet: es ist die Kriegsoferversorgung. 1965 gaben wir dafür 1.849,834.281,96 S aus. Im kommenden Jahr werden es aber — Kollege Libal ist leider nicht da, ich fürchte, er wird es grüßentlich übersehen (*Abg. Dr. Staribacher: Ich werde es ihm ausrichten!*); bitte vielmals —, obwohl die Zahl der zu versorgenden Kriegsoferveteranen stark gesunken ist, 2.308,846.000 S sein.

Aus den Zahlen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung läßt sich auch der Beweis ableiten, daß die Bundesregierung rechtzeitig entscheidende Maßnahmen getroffen hat, um drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorzubeugen. Vor einem Jahr prophezeite die Opposition, daß mit 150.000 bis 200.000 Arbeitslosen im Winter zu rechnen sein wird. Erinnern Sie sich: Von dieser Stelle aus wurde das düstere Bild unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik gezeichnet.

Die höchste Arbeitslosenziffer wurde Ende Februar 1968 mit 142.000 erreicht. Hätte es nicht im März einen bedeutenden Winterrückfall gegeben, wäre diese Spitze viel rascher abgebaut gewesen, als es möglich war. Ende September 1968 gab es in Österreich 42.000 Arbeitsuchende gegenüber 41.000 Ende September 1967. Es muß also die Konjunktur angehalten haben. Vielleicht ist eine Verlagerung bei den Arbeitsplätzen, eine Umschichtung bei den Arbeitsplätzen eingetreten. Aber von einer Steigerung der Arbeitslosenziffer zu reden ist pure Parteipropaganda.

Wir hatten Ende August den niedrigsten Stand mit 39.000 Arbeitsuchenden, aber davon waren 21.000 oder 54 Prozent bedingt vermittlungsfähig. Auch andere Länder haben mit dem Problem einer steigenden Arbeitslosenziffer in den Wintermonaten zu rechnen, das ist keine österreichische Spezialität.

Machunze

Um aber die Arbeitslosigkeit in Österreich im Winter auf ein Mindestmaß zu reduzieren, muß eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorsorgliche Maßnahmen treffen. Arbeitsmarktpolitik kann keine Aufträge bringen, sie muß aber den Anreiz bieten, vorhandene Arbeitsmöglichkeiten auszuschöpfen.

In dieser Hinsicht ist die Produktive Arbeitslosenfürsorge eine echte Maßnahme. Allerdings muß ich auch hier feststellen, daß die vorhandenen Mittel in keinem der beiden letzten Jahre ausgenutzt wurden. 1965 standen 60 Millionen zur Verfügung, ausgenutzt wurden 43 Millionen. 1967 standen 66 Millionen bereit, und nur 63 Millionen wurden in Anspruch genommen. Für 1968/69 hat die Frau Sozialminister Maßnahmen getroffen, um einen erhöhten Anreiz zur Inanspruchnahme der Mittel der Produktiven Arbeitslosenfürsorge zu sichern. Es sollen die Beihilfensätze um 20 Prozent erhöht werden. Es ist eine Vereinfachung der Abrechnung erfolgt, was besonders für die kleineren Firmen, die die Produktive Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen, von Bedeutung ist. Die Arbeiten in der Landwirtschaft, bei der Wildbachverbauung, beim Lawenschutzbau, im Maler- und Anstreichergewerbe und in der Forstwirtschaft wurden in die Produktive Arbeitslosenfürsorge einbezogen. Frau Sozialminister Rehor hat ein modernes Arbeitsmarktförderungsgesetz vorgelegt. Die Österreichische Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß Vorsorge für Arbeitslose, Invalide und Alte selbstverständlich ist, daß aber Vollbeschäftigung und Produktivitätssteigerungen die Voraussetzungen dafür sind, daß die soziale Sicherheit der Menschen in diesem Land auch in Zukunft gewährleistet ist.

Über die vielen Maßnahmen des Sozialressorts wird in der Spezialdebatte ausführlich zu reden sein. Ich möchte mich aber doch mit einer Frage aus diesem Bereich befassen, und zwar mit dem Problem der Entwicklung der Renten und Pensionen. Ich bedaure, daß Kollege Häuser nicht im Saal ist, er hat mir ja im Vorjahr den Vorwurf gemacht, daß ich falsche Ziffern anführe.

Wie haben sich die Pensionen in den letzten Jahren entwickelt? Sie sind 1966, im ersten Jahr der Alleinregierung, um 7 Prozent gestiegen; die Preise sind im ersten Jahr der Alleinregierung um 2,2 Prozent gestiegen. Im Jahre 1967 sind Renten und Pensionen um 8,1 Prozent, die Preise um 4,1 Prozent gestiegen. Im Jahre 1968 sind die Pensionen nach dem ASVG um 6,4 Prozent, die Preise um 3,5 Prozent gestiegen. Im Jahre 1969 werden die Pensionen um 7,1 Prozent erhöht, die Preise werden um etwa 3 Prozent steigen,

man weiß es noch nicht. (*Abg. Ing. Häuser: Der Erfolg der Bundesregierung?*) Es ist sicherlich ein Erfolg der Bundesregierung, denn ... (*Abg. Ing. Häuser: Wo ist das Gesetz, das das festgelegt hat?*) Einen Augenblick, Herr Abgeordneter Häuser!

Vor einiger Zeit hat Herr Staatssekretär Bückle — bitte, hören Sie mir jetzt einige Sekunden zu — festgestellt, daß wir mit den erreichten sozialen Fortschritten unter den europäischen Ländern an der Spitze stehen. Diese Aussage machte die „Arbeiter-Zeitung“ zum Gegenstand eines Leitartikels. Wissen Sie, was die „Arbeiter-Zeitung“ damals schrieb? Ich muß es Ihnen vorlesen, ich fürchte, Sie könnten es vergessen haben. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb:

„Österreich befindet sich mit seinen Sozialleistungen, gemessen am Bruttonationalprodukt, unter den Spitzenreitern der europäischen Länder.“ (*Abg. Hartl: Bravo!*) „Im Jahre 1967“ — ich zitiere nur die „Arbeiter-Zeitung“ — „waren es 17,5 Prozent des Bruttonationalprodukts, die für die soziale Sicherheit aufgewendet wurden. Schon 1965 waren es 16,3 Prozent und damit um 1 bis 2 Prozent mehr, als Holland, Frankreich, die deutsche Bundesrepublik, Belgien und Italien jeweils in Prozenten ihres Bruttonationalproduktes für ihre soziale Sicherheit aufwendeten.“ (*Abg. Dr. Withalm: Auch die „Arbeiter-Zeitung“?*)

Ich zitiere wörtlich aus der „Arbeiter-Zeitung“, und jetzt kommt das Zitat, Herr Abgeordneter Häuser, auf das es mir ankommt (*Abg. Ing. Häuser: Ich habe Geduld!*):

„Diese Zahlen“ — so schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ — „von ÖVP-Staatssekretär Bückle bekanntgegeben, stimmen. Der Normalbürger, dem die Sozialleistungen zugute kommen, freut sich darüber.“

Diesem ehrlichen Eingeständnis der „Arbeiter-Zeitung“ habe ich nichts hinzuzufügen, es ist leider auf Ihrer Seite eine Eintagsfliege. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Was soll das jetzt bedeuten? Sie kommentieren, wie Sie es brauchen!*) Herr Abgeordneter Häuser! Das kommt noch, aber ich sage es Ihnen jetzt schon. (*Abg. Ing. Häuser: Wir werden es Ihnen beim Kapitel Soziales noch genau sagen!*) Das kommt schon, aber ich sage Ihnen gleich, was ich meine und wie ich es verstanden haben will. Sie weisen der Bundesregierung vor, daß es keinen sozialen Fortschritt gibt (*Abg. Ing. Häuser: Von ihr ausgehend keinen!*), daß es einen sozialpolitischen Stillstand gibt, daß es eine „Sozialdemontage“ gibt. Ich werde es dann noch

Machunze

zitieren. (*Abg. Ing. Häuser: Was soll das jetzt bedeuten? Das Gesetz ist 1965 beschlossen worden!*)

Herr Kollege Häuser! Haben Sie ein bißchen Geduld, Sie bekommen noch genug Zitate und Aussagen. Ich bin noch nicht fertig. Warum wollen wir uns nicht offen und ehrlich die Meinung sagen und uns gegenseitig anhören? Dazu ist die Budgetdebatte da. (*Abg. Ing. Häuser: Warum brüsten Sie sich mit einem Vorteil, der Ihnen nicht zusteht? Sie haben eine gesetzliche Verpflichtung einzuhalten!*) Ich habe lediglich festgestellt, daß Österreich an der Spitze der Sozialleistungen in Europa steht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Durch wessen Politik? — Abg. Ing. Häuser: Durch die Politik der Sozialisten!*) Es kommt darauf an, wie man es beurteilt. In Deutschland ist es die CDU, und in Österreich ist es derzeit die Österreichische Volkspartei, die allein die Verantwortung trägt! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ofenböck: Dann wäre der Slogan mit dem Sozialstopp überhaupt unverständlich geblieben!*) Es kommt noch, Kollege Ofenböck. (*Abg. Weikhart: Das sind Gesetze, die es schon vorher gegeben hat! Diese Regierung hat die Gesetze einzuhalten!*)

Wichtig erscheint mir auch ein Hinweis zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft. Gegenüber dem Budget 1968 sind in diesem Kapitel keine Kürzungen, sondern Verbesserungen erfolgt. Mit den sogenannten Subventionen für die Bauern werden oft Neidkomplexe erweckt.

Meine Damen und Herren! Wieder ein offenes Wort: Hier in diesem Hause greifen Sie die Subventionen an, und draußen in Bauernversammlungen erzählen Sie von der schlechten Agrarpolitik, die die ÖVP betreibt. Die Österreichische Volkspartei sieht in unseren Bauern nicht nur jene, die weitgehend ... (*Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Soll ich Ihnen mit Zitaten aus der „Arbeiter-Zeitung“ zur Agrarpolitik der ÖVP und dem, was Sie draußen den Bauern erzählen, dienen? Ich kann Ihnen eine Zitatensammlung servieren, wenn Sie es haben wollen, Kollege Moser! Wir von der Österreichischen Volkspartei sehen in den Bauern nicht nur jene, die weitgehend den Tisch der österreichischen Bevölkerung decken, sondern die Österreichische Volkspartei sieht in unseren Bauern auch Konsumenten, und zwar vor allem auf dem Sektor der Landmaschinen und auf allen jenen Gebieten, deren Produkte im Bauernhaus nicht selbst hergestellt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Für uns ist ein gesunder Bauernstand eine unbedingte Notwendigkeit für eine gesamte gesunde Volkswirtschaft. (*Ruf bei der SPÖ: Für uns auch!*) Wir müssen fest-

stellen, daß der Arbeitnehmer mit Recht für seine Arbeit den gerechten Lohn fordert. Es muß daher eine Selbstverständlichkeit sein, daß auch die Arbeit unserer Bauern und Bäuerinnen, unserer Landjugend gerecht bewertet und gerecht entlohnt wird. Daher Schluß mit den Neidkomplexen, sondern echte Überlegungen und Maßnahmen, um einen gesunden Bauernstand, der mit ständig größer werdenden Schwierigkeiten auf den Exportgebieten zu kämpfen hat (*Abg. Weikhart: Sagen Sie das dem Mussil!*), um einen gesunden Bauernstand auch für die Zukunft zu sichern. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das werden die sich schon ausmachen, das braucht nicht Ihre Sorge zu sein!

Ein wichtiges Gebiet ist die österreichische Exportwirtschaft. Man wird der Bundesregierung ein anerkennendes Wort auch dafür zollen müssen, daß sie es in den letzten Jahren nicht an gezielten Maßnahmen zur Exportförderung fehlen ließ. Produktivitätssteigerung und Rationalisierung unserer Betriebe sind notwendige Maßnahmen. Aber entscheidender ist doch, daß die erzeugten Waren auch an den Mann gebracht werden. Wir haben nichts davon, wenn unsere Magazine in den Fabriken bis zum Bersten voll angefüllt sind, aber niemand da ist, der diese erzeugten Waren im Inland oder im Ausland kauft. Daher ist Exportpolitik, gezielte und wirksame Exportpolitik für die österreichische Volkswirtschaft eine Lebensfrage.

Aber auch in diesem Zusammenhang ein ganz offenes Wort: Wir müssen gründlich überlegen und überprüfen, ob nicht Arbeitsplätze und Exporte gefährdet werden, wenn die Produktionskosten über ein vertretbares Maß hinaus belastet werden. Meine Damen und Herren! Das ist auch eine ernste Sorge und ein ernstes Anliegen des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, dem ich angehöre. Ich nehme an, daß diese Sorgen um den Absatz unserer Erzeugnisse (*Abg. Ing. Häuser: Dem Mann kann geholfen werden!*) auch die Sorgen der Gewerkschaftsbewegung in Österreich sind. (*Abg. Ing. Häuser: Lohnreduktion und Absatzsteigerung — das ist das Programm! — Abg. Dr. Staribacher: Wir haben doch Vorschläge gemacht! Was hat der Bauernbund dazu gesagt?*)

Ich möchte mich noch einer Spezialfrage zuwenden: dem Wohnungsbau. In früheren Jahren hat es der damalige Vizekanzler Dr. Pittermann als besonders erstrebenswertes Ziel der Koalitionsregierung bezeichnet, den Neubau von 50.000 Wohnungen durchzuführen. Dieses Ziel konnte unter der Regierung der Österreichischen Volkspartei erreicht werden. Wir haben in den letzten Jahren mehr als

Machunze

50.000 Wohnungen pro Jahr gebaut, die Statistik wird es Ihnen beweisen. (*Abg. Moser: Was kosten diese Wohnungen heute?*) Und was kosten die Bauarbeiter heute, und was kosteten sie zur Zeit der Koalitionsregierung? Also nicht nur Einseitigkeiten. (*Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Vor Jahren ist die Wohnungsnot als besonders drückend empfunden worden. Ich möchte feststellen: Es ist uns dank gezielter Maßnahmen gelungen, die Wohnungsnot weitgehend zu überwinden. (*Abg. Moser: Wieviel Mittel aus dem Budget stehen zur Verfügung?*)

Wenn in den Städten die Wohnungsnot noch sehr stark fühlbar ist, dann aus zwei Gründen: die Wohnungen sind weitgehend veraltet, und der Zuzug vom Lande in die Stadt hält unvermindert an.

Wenn aber schon die Frage aufgeworfen wird, wieviel die Bundesregierung im kommenden Jahr für Investitionen zur Verfügung stellen wird, dann möchte ich es gleich anführen: Die gesamten Eigeninvestitionen des Bundes einschließlich Investitionsförderung in der Wirtschaft werden 1969 mit 16,3 Milliarden Schilling um 1,1 Milliarden Schilling höher sein als im Bundesvoranschlag des heurigen Jahres. (*Abg. Czettel: Sagen Sie gleich, ob mit oder ohne Eventualbudget!*) Das Bundesfinanzgesetz 1968 ist kritisiert worden, weil dort Investitionen geringer waren als im Budget 1967 (*Abg. Dr. Withalm: Das Eventualbudget war eine einmalige Sache, das wissen Sie ganz genau!*), allerdings ohne Eventualvoranschlag. Die Sozialisten haben sich bei ihrer Kritik auf Seite 64 der Erläuternden Bemerkungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 bezogen. Die Feststellung, daß der Bundesvoranschlag 1969 höher ist als der Bundesvoranschlag 1968 und damit den Investitionsstoß des Eventualhaushaltes auch im kommenden Jahr fortsetzt, stimmt, da der Eventualhaushalt nicht Bestandteil des Budgets 1968 war, sondern erst durch ein eigenes Bundesgesetz im Nationalrat beschlossen werden mußte. (*Abg. Czettel: Formalisteln Sie doch nicht!*) Nein! Es wurde daher der halbe Eventualvoranschlag freigegeben, dieser betrug 1,1 Milliarden Schilling. Die nunmehrigen Mittel des Bundes für Eigeninvestitionen einschließlich Investitionsförderung betragen daher im kommenden Jahr 16,3 Milliarden Schilling oder genau um 1,1 Milliarden Schilling mehr als im Bundesvoranschlag 1968. (*Abg. Ing. Häuser: Herr Kollege Machunze, eine Frage: Was wird wirksam? Um wieviel wird mehr wirksam für 1969 als für 1968?*) Budgetmäßig vorgesorgt 1,1 Milliarden! (*Abg. Ing. Häuser: „Budgetmäßig“ — darum kümmert sich doch die Wirt-*

schaft nicht!) Wir werden im kommenden Jahr 16,3 Milliarden ... (*Abg. Ing. Häuser: Was wird wirksam?*) Im heurigen Budget 15,2 Milliarden und im Eventualbudget 1,1, also 16,3 Milliarden. Die Rechnung stimmt schon! (*Abg. Ing. Häuser: Also 16,3 Milliarden, gleich viel! Dann dürfen Sie aber keine Propaganda machen: Wir werden die Wirtschaft ankurbeln, indem wir 1,1 Milliarden mehr für Investitionen hergeben! Das ist der Schwindel!*) Nein, etwas anderes! Sie behaupten, daß im Budget 1969 weniger Investitionen sind als im Budget 1968. Das stimmt aber nicht. (*Abg. Ing. Häuser: Sehen Sie sich an, was der Finanzminister selbst sagt. 17,45 Milliarden ist die Zahl für 1968! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*)

Ich komme jetzt zu einem Kapitel, das wird Sie noch mehr reizen, meine Damen und Herren. (*Abg. Czettel: Das war aber falsch, Herr Kollege!*) Man kann doch vergleichen, je nachdem, wie man es sieht. Ich habe den Bundesvoranschlag 1968 mit dem Bundesvoranschlag 1969 verglichen. Das ist mein gutes Recht. Der Bundesvoranschlag 1968 brachte um 1,1 Milliarden Schilling weniger für Investitionen als der Bundesvoranschlag für 1969. Das sind die Tatsachen, die können Sie nachlesen. (*Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege Machunze! Daß Sie das sagen, dagegen habe ich nichts einzuwenden! Aber daß der Finanzminister, der Ökonom ist, das behauptet, daß er sich das Eigengolb geschossen hat zu sagen, daß es mehr ist als im Vorjahr, das wundert mich!*)

Vergleiche sind immer nett, und der Österreicher neigt dazu, Vergleiche anzustellen, Vergleiche vor allem mit dem Ausland. Wenn Sie einen österreichischen Beamten fragen, welche Bezüge er hat, dann wird er Ihnen einen Betrag nennen. Aber er wird Ihnen gleich dazusagen: Aber mein Kollege in der deutschen Bundesrepublik hat um soundsoviel mehr. Er wird aber nicht mehr dazusagen, daß er in Österreich den Bezug 14mal, sein Kollege in der Bundesrepublik aber den Bezug nur zwölfmal hat. Wenn Sie in Österreich einen Rentner fragen, was er für eine Rente hat, dann wird er sagen: Soundsoviel, aber mein Bruder, mein Schwager, meine Schwägerin in der Bundesrepublik — seit 1945 sind ja die Verzahnungen sehr eng geworden — hat soundsoviel an Rente. Er wird nur nicht dazusagen, daß er es 14mal hat und der in der Bundesrepublik draußen nur zwölfmal. (*Abg. Ing. Häuser, beim Rednerpult die Erläuternden Bemerkungen vorweisend: Herr Kollege Machunze! Kennen Sie vielleicht diese Schrift hier? Da steht 17,45: 16,9 Milliarden! Das*

Machunze

ist vom Herrn Finanzminister! — *Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Ich nehme an, Sie werden in der Budgetdebatte ja noch reden, Kollege Häuser, da setzen wir uns halt auseinander. Ich bin jetzt schon um einen Schritt weiter. Ich bin schon bei den Vergleichen. (*Abg. Moser: Geschwind weg davon! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, nur einer sollte reden, damit man etwas versteht!

Abgeordneter Machunze (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich sagte, es ist modern geworden, Vergleiche mit anderen Ländern anzustellen. Ich tue es manchmal auch gern, das gebe ich schon zu. Aber ich habe den Verlauf des Sozialistischen Parteitages sehr genau verfolgt. (*Abg. Czettel: „Reden wir von etwas anderem!“*) Nein, nein, das erscheint mir doch wesentlich zu sein. Dort hat der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei Schweden als Musterbeispiel hingestellt. Er hat nur eines zu sagen vergessen: Schweden hatte 150 Jahre hindurch keinen Krieg (*Zustimmung bei der ÖVP*), während Österreich in diesem halben Jahrhundert mit zwei Kriegen und zweimaligen Kriegsfolgen fertig werden mußte. Herr Abgeordneter Kreisky hat beim Parteitag nicht gesagt, daß Österreich seit 1945 an Staatsvertrags- und Besatzungskosten, Kriegssachschäden und Besatzungsschäden 45 Milliarden Schilling aufbringen mußte. Das alles blieb den Schweden erspart. Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat beim Parteitag nicht gesagt, als er den Vergleich mit Schweden anstellte, daß Österreich im kommenden Jahr für die Kriegsopfer — und die Kriegsopferrenten sind bei uns bei Gott nicht so hoch — 2,3 Milliarden Schilling ausgeben muß. Die 2,3 Milliarden Schilling können die Schweden ebenso für andere Zwecke verwenden, wie sie etwa die 45 Milliarden Schilling verwenden konnten, die Österreich an Kriegsfolgen allein nach dem zweiten Weltkrieg zu bewältigen hatte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber, meine Damen und Herren, es muß — ich kenne Schweden nicht so genau, ich war noch nie in diesem Lande, Herr Abgeordneter Kreisky ... (*Abg. Dr. Kreisky: Wenn man der ÖVP-Propaganda zuhört, geht es diesen „armen Teufeln“ viel schlechter als uns! — Abg. Altenburger: Und die Sozialpolitik in Schweden?*) Herr Abgeordneter Kreisky, Sie waren ja sicher lange genug in Schweden.

Wenn wir Österreich mit Schweden vergleichen, dann erlauben Sie mir doch noch einen Hinweis. In Schweden muß auch die Sozialversicherung ganz anders organisiert

sein als bei uns. Ich nehme an, daß dort die Versicherten wesentlich höhere Beiträge bezahlen müssen, als es bei uns der Fall ist. (*Abg. Dr. Kreisky: Es ist ein staatlicher Gesundheitsdienst!*) Die Sozialversicherung muß also anders organisiert sein.

Wir werden im kommenden Jahr in Österreich als Beitrag des Bundes zur Sozialversicherung rund 8 Milliarden Schilling aufwenden. Das bleibt den Schweden für andere Zwecke übrig, denn, Herr Minister Kreisky, „Arbeit und Wirtschaft“, Nr. 10/1968, veröffentlicht auf Seite 22 ein Bild mit der Unterschrift: „Das in den schwedischen Pensionsfonds sich ansammelnde Kapital soll für bedeutende Investitionsprojekte nutzbar gemacht werden.“

Sie sehen also, man kann nicht einfach Österreich mit Schweden vergleichen. Denn wo ist bei uns der Pensionsfonds, den wir für Investitionen, für bedeutende Investitionen verwenden könnten? (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Moser: Herr Kollege Machunze! Ihr habt uns doch 3 Milliarden Schilling genommen! — Abg. Altenburger: Und vergleichen Sie einmal nur das Pensionsalter! — Lebhaftige Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Lassen Sie wieder den Redner zum Wort kommen!

Abgeordneter Machunze (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Worum ging es mir denn bei dieser Feststellung? Man kann nicht die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich mit denen in Schweden vergleichen. Man kann nicht die staatliche Finanzpolitik in Schweden mit der Finanzpolitik in Österreich vergleichen. Das läßt sich nicht miteinander vergleichen, weil die Voraussetzungen dafür in jedem Land anders sind. Ich habe hier nur ein paar Beispiele angeführt, wo die Voraussetzungen für eine vergleichbare Finanzpolitik nicht gegeben sind. Aber das ist eine Tragik: Wenn Sie das miteinander vergleichen, dann ist es richtig. Sie muten uns zu, daß wir jeden von Ihnen angeführten Vergleich vorbehaltlos annehmen. Wenn wir vergleichen, dann sind solche Vergleiche immer schlecht.

Und nun möchte ich als Wiener Abgeordneter einige sachliche Feststellungen machen. In Zeitungen und Versammlungen polemisiert die Sozialistische Partei gegen die Österreichische Volkspartei und polemisiert sie vor allem gegen die Bundesregierung, wobei immer wieder festgestellt wird, daß die Bundesregierung für die Bundeshauptstadt nichts übrig habe oder zuwenig tue.

Meine Damen und Herren! Ich bin ein Abgeordneter des Bundeslandes Wien. Sie werden

Machunze

es mir zubilligen, daß ich es niemals daran habe fehlen lassen, die Interessen der Bundeshauptstadt wahrzunehmen und mich als Abgeordneter dieses Hauses für diese Bundeshauptstadt ebenso verantwortlich zu fühlen wie die Wiener Abgeordneten, die auf den Bänken der linken Seite dieses Hauses sitzen. (Abg. Weikhart: Herr Kollege Machunze! Viel haben wir nicht gehört!) Ich mache jetzt nur Feststellungen, Vergleiche, sie werden Ihnen nicht passen. — Bei festlichen Veranstaltungen spricht man eine andere Sprache. Ich nehme an, daß einige von Ihnen bei der feierlichen Übergabe der neuen Klinikbauten im 9. Bezirk dabei waren und die Festrede des Herrn Bürgermeisters Marek gehört haben. Ich war dabei. Ich habe sie gehört.

Bei dieser Festrede hat der Herr Bürgermeister Marek drei Dinge festgestellt: Er hat besonderes Lob dem Verständnis des Bundes für die erfreuliche Zusammenarbeit gezollt; er hat ausdrücklich die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Bautenministerium und Finanzministerium und der Stadt Wien festgestellt. Er hat noch etwas getan, was mir besonders bedeutungsvoll erschien, Sie können es nachlesen in dem vom Rathaus herausgegebenen Wochenblatt „Stadt Wien“, in dem das steht: Er hat als erfreuliche Tatsache festgestellt, daß die vom Bund zugesagten Mittel für die Klinikbauten zeitgerecht flüssig gemacht wurden. Also da können Sie nicht einmal dem Finanzminister Schuldenpolitik vorwerfen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Kollege Weikhart! Ich glaube, das ist der beste Bruno, den Sie je hatten, der Marek! — Abg. Weikhart: Ich werde darauf bei den nächsten Wahlen zurückkommen, Herr Kollege Generalsekretär! — Abg. Dr. Withalm: Der Nenning hat gesagt, der Bruno II ist der beste!)

Es gibt dafür noch einen anderen Beweis. Kollege Weikhart, zitieren Sie bitte bei den nächsten Wahlen auch „Die Furche“ vom 29. Juni 1968. Die sagt nämlich, daß die Bundesregierung verschweigen muß, was alles für diese Bundeshauptstadt geschieht, weil sonst der Neid der Bundesländer zu groß werden könnte. (Abg. Weikhart: Nein, nein!) Aber ich möchte Ihnen „Die Furche“ zitieren. (Zwischenrufe.) Das steht in diesem Artikel der „Furche“. Ich möchte Ihnen einige Stellen aus der „Furche“ zitieren, die nicht meine Zeitung ist. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Unsere doch auch nicht!) Hier steht:

„Da jedoch in Österreich ohnedies das Ansehen der Regierungspartei weitgehend auch die Wählerentscheidung in Landes- und Gemeindeangelegenheiten zu beeinflussen scheint, wird alles unternommen, um die Regierung möglichst schlecht zu machen.“ — „Dabei

wird deutlich ein Schlußstrich unter die Koalitionszeit auf Bundesebene gezogen“, schreibt „Die Furche“. „Von sozialistischen Verkehrsministern, die den weiteren Ausbau der Wiener Schnellbahn ablehnten, ist ebensowenig die Rede wie vom Widerwillen einzelner sozialistischer Landeshauptleute gegen die Beachtung der Bundeshauptstadt Wien. Die Wiener SPÖ scheute nicht einmal davor zurück, in einer dringlichen Anfrage im Wiener Landtag gegen die angebliche Benachteiligung Wiens durch den Bundeswasserwirtschaftsfonds zu protestieren, obwohl Wien seit Errichtung des Fonds im Jahre 1959 bis zum Jahre 1965 nicht einmal einen einzigen Antrag um Zuweisung von Fondsmitteln gestellt hatte.“ (Abg. Weikhart: Herr Kollege! Sie wissen ganz genau, daß das eine Vereinbarung war, daß Wien zugunsten der Bundesländer verzichtet hat! Und das wäre jetzt der Dank dafür! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Da brauchen Sie nicht zu lachen! Das ist wahr! Das werden wir Ihnen beweisen! Fragen Sie nur den Bundesminister! — Abg. Dr. Pittermann: Wir werden es den Kotzina beantworten lassen!)

Kollege Weikhart! Wenn das so wäre, bin ich nur überrascht, daß die Gemeindeverwaltung von Wien der „Furche“ nicht eine saftige Gegendarstellung geschickt hat! Warum hat sie das unwidersprochen gelassen? (Abg. Weikhart: Da fragen Sie die Beiratsmitglieder dieses Fonds! Jeder wird das wissen und zugeben müssen!) Ich zitiere, was in der „Furche“ steht, und dem das Rathaus von Wien nicht widersprochen hat! (Abg. Weikhart: Was interessiert uns, was in der „Furche“ steht?) Doch, mich interessiert es! (Abg. Weikhart: Das interessiert uns nicht! Das hat für uns gar keine Beweiskraft, was in der „Furche“ steht! Zitieren Sie einmal die „Kronen-Zeitung“, vielleicht ist da auch etwas drin, und Sie geben uns die Schuld! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.) Ich zitiere etwas aus der „Furche“, dem die Gemeinde Wien nicht widersprochen hat. Das ist auch eine Tatsache. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist ja gar nicht mehr ernst zu nehmen, solche Debatten! — Gegenrufe bei der ÖVP.) Ich zitiere jetzt weiter:

„Ob Wien damals freiwillig verzichtete oder von den anderen sozialistischen Bürgermeistern dazu gezwungen wurde, ist nicht nachweisbar, doch hatten die sozialistischen Bürgermeister einen paktierten Anteil von 45 Prozent der Fondsmittel, die zwischen 1959 und 1965 immerhin von 95,5 auf 491,4 Millionen stiegen; von diesen hat jedoch Wien keinen Groschen beansprucht.“ (Abg. Weikhart: Verzichtet darauf zugunsten der Bundesländer! — Abg.

Machunze

Dr. Pittermann: Den Kotzina reden lassen! In der nächsten Fragestunde!) „Der erste Antrag Wiens an den Fonds wurde übrigens prompt nach der üblichen Frist bewilligt, allerdings erst 1967.“

Und nun die gegenwärtige Finanzpolitik:

„Wien erwartet heuer 4,1 Milliarden Schilling aus dem Finanzausgleich, das sind um 380 Millionen mehr als 1967. Dazu finden sich im Wiener Budget gut zwei Dutzend Positionen, für welche die Stadt Wien weitere Bundesmittel im Ausmaß von mehr als 840 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt bekommt“ (*Abg. Weikhart: Was ist mit den Wohnbauförderungsmitteln?*), „nämlich für den Wohnbau, für die Universitätskliniken, Lehranstalten und so weiter.“

„Darüber hinaus“ — berichtigen Sie bitte „Die Furche“, nicht mich (*Abg. Weikhart: Entschuldigen Sie, das ist Ihr Blatt, meines nicht!*) — „gibt der Bund heuer mehr als 500 Millionen Schilling für Bauten in Wien aus, die man sich im Bundesbudget zusammensuchen muß.“

Dann sind die Einzelheiten angeführt, und „Die Furche“ schließt:

„Das Jubiläumsjahr 1968, in dem Wien auf ein halbes Jahrhundert als Hauptstadt der Republik zurückblicken kann, ist gewiß der denkbar ungünstigste Anlaß für diese Strategie“ — der Bundesregierung unter-schieben zu wollen, sie tue nichts für die Bundeshauptstadt —, „mit der man jedenfalls Wien nichts bringt, sondern nur neue innerpolitische Konflikte heraufbeschwört.“

Ich würde nur bitten, daß die Sozialistische Partei ihre unwahre Propaganda, daß der Bund für Wien nichts übrig habe, nicht mehr weiter betreibt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kratky: Wer ist denn der Verfasser dieses Artikels?*) Er heißt Alexander Marothy. Ich kenne ihn nicht. (*Abg. Weikhart: Na also!*) Ja, aber ich lese „Die Furche“. Es ist nicht meine Verpflichtung, dem Autor jedes Blattes nachzugehen. (*Abg. Weikhart: Ist „Die Furche“ so ein maßgebliches Blatt?* — *Abg. Dr. Withalm: Es haben sich Sozialisten schon oft darauf berufen!* — *Ruf bei der SPÖ: Teilen Sie als Wiener Abgeordneter diese Auffassung?*) Ich zitiere Ihnen dann noch Ihre Zeitungen, von der „Arbeiter-Zeitung“ bis zur „Neuen“! Die kommen noch.

Und nun möchte ich mich einem Kapitel zuwenden, von dem der Abgeordnete Kreisky nur andeutungsweise gesprochen hat. Er sagte immer wieder: Wir werden bei jedem Kapitel auf unser neues Programm zurückkommen. Wartet nur, ihr Volksparteiler, wir werden euch schon noch die Leviten lesen mit unserem Programm!

Die „Wunderwaffe“ für 1970 soll vermutlich das neue Wirtschaftsprogramm darstellen. Es ist das gute Recht — das nehme ich auch für meine Partei in Anspruch —, zu der Zeit jenes Programm zu erstellen, von dem man meint, daß es wirksam ist. Aber dieses Programm — entschuldigen Sie vielmals, ich muß das aussprechen — erinnert mich allzusehr an den „Erlkönig“, denn im „Erlkönig“ ist sehr viel von Nebel die Rede, und das Programm ist mit viel und vor allem mit viel undurchdringlichem Nebel behaftet. Wir werden Ihnen die Nebelschwaden aufzeigen, und wir werden Ihnen noch oft Gelegenheit geben, selber den Nebel zu entkleiden. (*Abg. Weikhart: Die Nebelschwaden des Herrn Finanzministers!*)

Es ist zunächst einmal die Frage, ob es wirklich ein neues Programm ist. Ich war irgendwie überrascht, als ich den Leitartikel der „Presse“ vom 27. September 1968 las. Da wird Ihnen nämlich bestätigt, daß Sie in Wirklichkeit gar kein neues Programm haben, sondern der Österreichischen Volkspartei Schritt um Schritt nachfolgen. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Wer ist denn „Die Presse“?*) Ich zitiere sie Ihnen. (*Ruf bei der SPÖ: Können wir es gemeinsam verwirklichen?*) „Die Presse“ schreibt:

„Obwohl die Budgetpolitik der SPÖ bisher vom sozialen ‚Mehr und mehr — und das noch heute‘ beherrscht war, heißt es nun, die Budgetsanierung dürfe zwar nicht auf Kosten der Sozialpolitik erfolgen, aber beim Sozialaufwand werde es ‚für die nächste Zukunft aus der Realität heraus keine nennenswerten Verbesserungen in Richtung anteilmäßiger Ausweitung‘ geben können.“ (*Ruf bei der SPÖ: Hätten wir eure Schulden zahlen sollen?*) „Das bedeutet aber, daß die SPÖ mit ihrem Wirtschaftsprogramm 1968 auf den Weg einschwenkt, den auch die Volkspartei seit 1966 verfolgt und der von den Sozialisten bisher bekämpft worden war. Waren sie milde...“, schreibt „Die Presse“, ich zitiere nur. (*Abg. Weikhart: Wer ist denn „Die Presse“? Wo sitzt der Herr Präsident? Der sitzt dort oben! Das ist „Die Presse“!*) „Waren sie“ — die Sozialisten — „milde, sprachen sie vom Sozialstop, legten sie sich aber ins Zeug, wiesen sie der Regierung nach, daß ein solches Einfrieren des Sozialaufwandes angesichts des wachsenden Sozialproduktes nichts anderes als ‚Sozialdemontage‘ sei. Die Ökonomen der SPÖ haben nun eine andere Sprachregelung gefunden...“

Im übrigen hat der Kollege Staribacher — ich war nicht bei der Pressekonferenz — angeblich dort erklärt: Der Kienzl hat über den Hindels gesiegt. Ich weiß nicht, ob es

Machunze

stimmt. Da steht es! (*Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege Machunze! Schade, daß Sie nicht dort waren! Lassen Sie sich von den Redakteuren berichten, worum es sich dort gehandelt hat!*)

Ich zitiere noch ein paar Dinge von der Pressekonferenz, die mir verlässliche Leute berichtet haben. Aber ich möchte Ihnen noch ein paar andere Dinge zitieren, nicht meine Erfindungen, aber jetzt, Kollege Weikhart, zitiere ich ausnahmsweise einmal nicht „Die Furche“ und nicht „Die Presse“, sondern „Arbeit und Wirtschaft“. (*Abg. Ing. Kunst: Eigene Meinung haben Sie gar keine? — Heiterkeit bei der SPÖ.*)

In „Arbeit und Wirtschaft“ vom Oktober 1968 steht — wissen Sie: Was ich persönlich für richtig halte, das akzeptiere ich auch dann, wenn es der politische Gegner sagt, was bei Ihnen nicht immer der Fall ist —, es verstehe sich von selbst, daß im Bereich der Staatsausgaben äußerste Sparsamkeit notwendig sein werde. Was sagt denn die Österreichische Volkspartei seit 1966: Äußerste Sparsamkeit! (*Abg. Moser: Wo wird bei Ihnen gespart?*) Es heißt, wenn es Anliegen einer wachstumsorientierten Budgetpolitik sein sollte, das Wirtschaftswachstum zu fördern, werden die traditionellen Ausgaben im Bereich des öffentlichen Konsums anteilmäßig einzuschränken sein. — Bitte, ich möchte jetzt gerne wissen, was der Autor unter „Einschränkung des öffentlichen Konsums“ versteht. (*Ruf bei der SPÖ: Fragen Sie den Chefredakteur!*) Nebel, meine Damen und Herren, Nebel, der auch in Ihrem Programm wiederholt kommt. Was ist der öffentliche Konsum, der im Sinne dieses Artikels eingeschränkt werden soll? Klären Sie den Nebel auf! (*Abg. Ing. Häuser: Fragen Sie den Autor!*) Es heißt, von der Verwaltungsreform werden jedenfalls Gelingen oder Mißlingen der Budgetsanierung abhängen. — Was sagt der Herr Finanzminister? Daß die Verwaltungsreform ein entscheidender Beitrag zu einer vernünftigen Budgetpolitik sein wird. Hier sagen Sie es selbst. (*Abg. Weikhart: Wo ist denn die Verwaltungsreform? — Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Wer vom Staat — meine Damen und Herren, lassen Sie sich das gesagt sein, das habe ich als meine eigene Meinung jedes Jahr, wenn ich zum Budget zu reden hatte, gesagt — immer mehr und bessere Leistungen verlangt, muß auch bereit sein, Steuern zu zahlen. (*Abg. Dr. Pittermann: Wo ist der Schleinzer?*) Das steht hier. (*Abg. Ing. Kunst: Herr Kollege, Zeitunglesen können wir auch!*)

Der Autor sagt Ihnen auch noch etwas anderes, und auch diesen Satz unterschreibe ich, und Sie müßten ihn beherzigen: „Der

alte steuerpolitische Grundsatz, daß jede alte Steuer gut, jede neue hingegen schlecht sei, wird jedenfalls durch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit widerlegt.“ Ich unterschreibe diesen Satz vollinhaltlich.

Übrigens, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, tun Sie doch nicht so, als ob die Budgetschwierigkeiten erst 1966 begonnen hätten! (*Abg. Weikhart: Wer stellt seit 1945 den Finanzminister, die ÖVP oder die SPÖ? — Abg. Dr. Withalm: Gott sei Dank die ÖVP! Herr Kollege, es wäre sonst eine Katastrophe gewesen!*) Und wer hat den Finanzminister oft unter brutalem Druck gezwungen, gegen sein Gewissen Ausgaben ins Budget aufzunehmen? (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Dramatisieren Sie doch nicht: „unter brutalem Druck“! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat Horst Knapp zitiert. Ich zitiere ebenfalls Horst Knapp: „Gewiß, die Regierung ist an der Teuerung mitschuldig ...“ (*Abg. Haberl: Wer zwingt euch heute, Schulden zu machen? — Abg. Weikhart: Wer hat das hohe Defizit, die Koalitionsregierung oder der Herr Finanzminister Dr. Koren?*) Oder sind es die Auswirkungen von Gesetzen, die noch die Koalitionsregierung beschlossen hat und die Sie mitbeschlossen haben! (*Abg. Weikhart: Sie haben 7 Milliarden Mehreinnahmen und noch immer 8 Milliarden Defizit!*) Aber lassen Sie mich weiter Horst Knapp zitieren, der ist für mich ein viel unverdächtigerer Zeuge als Sie, Kollege Weikhart!

„Gewiß, die Regierung ist an der Teuerung mitschuldig, weil in den letzten zwei Jahren Steuern und Tarife erhöht und Lebensmittelsubventionen zum Teil abgebaut wurden. Aber an der Teuerung mitschuldig ist auch die Opposition, denn in der Koalitionsregierung hat die SPÖ 20 Jahre lang jene Erhöhungen der Staatsausgaben verlangt und auch durchgesetzt, für die jetzt die bisherigen Einnahmequellen nicht mehr ausreichen.“ (*Abg. Doktor Pittermann: Zum Beispiel auf dem Agrarsektor!*) Dieses Zeugnis stellt Ihnen Horst Knapp aus. (*Abg. Ing. Kunst: Und Sie stellen sich jetzt ein Armutszeugnis aus!*)

Die Sozialistische Partei hat zwar ein Wirtschaftsprogramm, aber noch kein Gesamtprogramm, denn die Parteitage resolution besagt laut „Arbeiter-Zeitung“ — das ist doch Ihre offizielle Parteizeitung — vom 5. Oktober 1968 folgendes (*Abg. Ing. Kunst: Sagen Sie doch einmal etwas Eigenes!*): „Wir werden in den nächsten Monaten Konzepte vorlegen für eine Schul-, Hochschul- und Forschungspolitik.“ Unser Unterrichtsminister Piffl hat die Konzepte schon. (*Abg. Doktor*

Machunze

Pittermann: Wo?) „Wir werden den Männern und Frauen unseres Landes einen großen Plan einer modernen Sozial- und Gesundheitspolitik vorlegen. Wir werden die Grundsätze einer Außenpolitik festlegen.“ Ich habe immer geglaubt, an den Grundsätzen der österreichischen Außenpolitik hat sich seit Kreisky kaum etwas geändert. *(Abg. Dr. Kreisky: O nein, da irren Sie!)* Was werden Sie also an neuen Grundsätzen festlegen? Ich bin neugierig darauf. *(Abg. Ing. Kunst: Sie haben sie ja zerschlagen!)* Ich sage Ihnen, Ihr Programm enthält viel Nebel.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Oktober sagt: „Somit ist auch nicht möglich ...“ *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was steht jetzt zur Diskussion, das Budget oder unser Programm?)* Ich werde mich mit Ihrem Programm noch sehr eingehend beschäftigen. Es ist aber bezeichnend, daß Ihnen ein Vergleich mit Ihrem Programm so unter die Haut geht, sonst würden Sie nicht dauernd schreiben, Sie würden sich das anhören! *(Abg. Weikhart: Das ist nur Propaganda, das ist Reklame für das SPÖ-Programm! Das geht Ihnen nicht unter die Nase!)* Ach, wir vertragen sehr viel.

Aber lassen Sie mich doch die „Arbeiter-Zeitung“ zitieren. Da steht: „Somit ist auch nicht möglich, daß das Staatsbudget jedes Jahr ausgeglichen ist.“ Das steht hier, und zwölf Zeilen später machen Sie dem Finanzminister den Vorwurf, daß die Einnahmen sich auch nicht an den Ausgabenbedarf anpassen. Also, was stimmt jetzt in der „Arbeiter-Zeitung“? Einmal steht, daß es nicht möglich ist, das Budget auszugleichen, und auf der anderen Seite soll es doch möglich sein, die Einnahmen den Ausgaben anzupassen. *(Abg. Mayr: Nichts stimmt in der „Arbeiter-Zeitung“!)*

Sie legen in Ihren Nebel Steuererhöhungen, und zwar massierte Steuererhöhungen, hinein. Haben Sie doch den Mut, dem österreichischen Steuerzahler heute schon klar und deutlich zu sagen, daß er mit massierten Steuererhöhungen zu rechnen hat *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Von der ÖVP-Regierung!)*, wenn die Sozialistische Partei in die Lage kommt, den „Erlkönig“ von 1968 Wirklichkeit werden zu lassen. *(Abg. Wodica: Weil wir Ihre Schulden zahlen müssen! — Abg. Dr. Staribacher: Es geht darum, die Ungleichheit bei den Steuern zu beseitigen!)*

Sie sagen: „Akzentverschiebungen von indirekten zu progressiven direkten Steuern.“ Wo liegen diese Akzentverschiebungen? *(Abg. Ing. Kunst: Sie brauchen nur die Budgetzahlen anzuschauen!)* Meine Damen und Herren! Ich frage Sie, und geben Sie uns in der Budget-

debatte klar Auskunft, was Sie darunter verstehen. Für mich ist es Nebel. *(Abg. Ing. Kunst: Einkommen- und Lohnsteuer! Im Budget haben Sie die Veränderungen zugunsten der Arbeitgeber!)*

Sie schreiben weiter, und das ist wieder ein nebelhafter Satz, ich kann mich von dem Nebel nicht mehr lösen: „Erhöhung gewisser indirekter Steuern“ — bitte schön, welcher? — „auf Gütern des gehobenen Bedarfs für den Fall, daß die Budgetlücke nicht geschlossen werden kann.“ Ich habe schon einmal gefragt: Was sind für die Sozialistische Partei „Güter des gehobenen Bedarfs“? Meine Damen und Herren: Nebel, Nebel, Nebel, sonst gar nichts! *(Abg. Haas: Was steht denn im Koren-Plan, Herr Kollege Machunze?)*

Herr Kollege Staribacher! Sie haben gesagt, es sei bedauerlich, daß ich nicht in der Pressekonferenz war. Ich möchte jetzt von Ihnen gerne hören, ob es sich tatsächlich so abgespielt hat. Journalisten sind neugierig, und sie haben bei dieser Pressekonferenz massiv gebohrt, ob man unter den Gütern des gehobenen Bedarfs auch das Auto versteht. Und einer der geistigen Väter des Programms soll geantwortet haben: Ja. — Na, wir werden den Arbeitern, die mit dem Auto fahren, sagen, daß auch das Auto nach Ihrer Ansicht zu den Gütern des gehobenen Bedarfs gehört. *(Abg. Weikhart: Es ist ein Unterschied zwischen einem Buick und einem VW! Das müssen Sie doch sagen! Der eine kauft sich einen Chrysler, der andere einen VW! Diesen Unterschied wollen Sie nicht wahrhaben!)* Darnach wurde nicht gefragt! Es ist auch ein Unterschied zwischen einer Bassenawohnung und einer Wohnung mit fünf Zimmern! Ist das auch ein Gut des gehobenen Bedarfs? *(Abg. Weikhart: Das ist nicht identisch!)* Herr Abgeordneter Weikhart! Ich möchte nur, daß Sie den Nebel aufklären und uns klar sagen, was Sie unter Gütern des gehobenen Bedarfs verstehen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: Erinnern Sie sich an die Kraftfahrzeugsteuer-Debatte, die wir hier gehabt haben, wie Sie die Kraftfahrzeugsteuer für die hochvolumigen Autos gesenkt haben! Damals haben wir Ihnen gesagt, was wir unter gehobenem Bedarf beim Auto verstehen! Das ist kein Nebel, das ist ziemlich klar!)* Herr Abgeordneter Staribacher! Ich wiederhole, ich will von Ihnen klar wissen, was Sie unter Gütern des gehobenen Bedarfs verstehen. Das ist für mich eine nebelhafte Aussage. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie vernebeln sich doch selbst!)* Ich lade Sie nur ein, die Nebelwolken wegzuziehen, damit die Österreicher sehen, was Sie unter Gütern des gehobenen Bedarfs verstehen. *(Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege*

Machunze

Machunze! Wir haben Ihnen bei der Debatte über das Kraftfahrzeugsteuergesetz gesagt, um welche Autos es sich handelt! Dort gibt es keine Nebel, das ist ziemlich klar! Sie haben damals für die amerikanischen, die großen Autos die Steuer gesenkt! Wir waren dagegen! Dort haben Sie den gehobenen Bedarf beim Auto! — Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Jawohl, so war es!)

Veselsky wurde gefragt: „Verstehen Sie unter Gütern des gehobenen Bedarfs auch das Auto?“ Und da hat er nicht von Buicks, Chevrolets und von Volkswagen gesprochen, sondern er hat klar gesagt: Jawohl. — Das war seine Aussage. (Abg. Dr. Withalm: Bis zum Puch 500! — Abg. Dr. Staribacher: Wir haben Ihnen die Aufklärung gegeben, und Sie gehen darauf nicht ein!) P.opagandanebel, P.opagandanebel! (Abg. Weikhart: Herr Kollege Machunze! Jetzt sind Sie schon selber eingenebelt! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Er vernebelt sich selber!)

Die „Neue Zeitung“ schreibt, diese böse Bundesregierung habe der österreichischen Bevölkerung durch die erste Tabaksteuererhöhung 110 Millionen Schilling aufgebrummt, durch die zweite Tabaksteuererhöhung habe die böse ÖVP-Regierung den österreichischen Rauchern 200 Millionen Schilling aufgebrummt. Meine Damen und Herren! Wo zahlt der Raucher, obwohl die Tabaksteuer erhöht wurde, um einen einzigen Groschen mehr an Tabaksteuer? Das ist sozialistische P.opaganda! (Abg. Weikhart: Aber ich werde Sie daran erinnern, wenn die Tabakregie kommt und sagt, nicht mehr weiter zu können! Ich werde Sie darauf aufmerksam machen! Der Herr Generaldirektor Musil wird schon den richtigen Zeitpunkt finden!)

Was tun denn — jetzt möchte ich das, was ich sagen werde, nicht als Vorwurf, sondern als sachliche Feststellung angesehen wissen — die Sozialisten dort, wo sie regieren? Sie müssen sich — es bleibt ihnen doch gar nichts anderes übrig — darum bemühen, die Finanzen der ihnen anvertrauten Gebietskörperschaften in Ordnung zu halten; das ist selbstverständlich. (Abg. Weikhart: Richtig!) Aber was Sie für die sozialistischen Finanzreferenten in Anspruch nehmen, müssen Sie auch dem Finanzminister von der Österreichischen Volkspartei zubilligen! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Aber das Bundesbudget ist ja nicht in Ordnung, Herr Kollege!)

Der Wiener Finanzreferent, Herr Kollege Slavik — er saß lang genug in diesem Haus, ich schätze ihn als Finanzfachmann, wir haben damals manche Klinge gekreuzt (Ruf bei der ÖVP: Elf Tarifierhöhungen in Wien!) —,

hat vom 1. Jänner 1967 bis zum 1. Oktober 1968 genau 50 Tarife und Abgaben erhöhen müssen! Ich sage: „müssen“! Er erzielte dadurch im Jahre 1967 Mehreinnahmen von rund 590 Millionen Schilling, 1968 solche von rund 320 Millionen Schilling; das macht rund 1 Milliarde. Wenn der Finanzminister Steuererhöhungen für die gesamte österreichische Bevölkerung im gleichen Ausmaß vorgenommen hätte, dann würde die Budgetlücke wahrscheinlich wesentlich geringer sein. (Abg. Ing. Kunst: Aber, Herr Machunze, die Lohnsteuer ist laut Budget um 2,7 Milliarden höher, die Einkommensteuer um 500 Millionen weniger! Was sagen Sie denn dazu?)

In Wien hat man das Kranksein verteuert: Die Pflegegebühren in den Krankenanstalten wurden erhöht. (Abg. Ing. Kunst: Sprechen Sie zum Budget!) Zwingen Sie mich doch nicht, Wiener Vergleiche anzustellen. Der Bund hat kein Schulgeld erhöht, in keiner Bundesanstalt! Aber in Wien wurden die Gebühren in der Modeschule Hetzendorf erhöht. Der Bund hat den Pensionisten nicht mehr aufgelastet! In Wien müssen die Pensionisten in den Pensionistenheimen der Gemeinde mehr bezahlen! (Abg. Moser: Zahlen die Pensionisten keinen Zuschlag zur Lohnsteuer? Da schweigt er!) Zwingen Sie mich doch nicht, diese Dinge zu sagen! (Abg. Moser: Zahlen die Pensionisten nicht einen zehnprozentigen Zuschlag zur Lohnsteuer ab 1. Jänner? Man soll doch nicht behaupten, daß man ihnen nichts aufgelastet hat!)

Nun möchte ich meine grundsätzlichen Ausführungen zu Ihrem nebelhaften Programm machen.

Der Staat beeinflusst in zunehmendem Ausmaß das wirtschaftliche Geschehen und hat immer mehr Aufgaben zu übernehmen. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttonationalprodukt beträgt derzeit etwa ein Drittel, sodaß die Budgetpolitik zum wichtigsten Instrument der Wirtschaftspolitik geworden ist. Die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte entspricht bereits den Ideen des Wohlfahrtsstaates.

Die Struktur der Staatseinnahmen zeigt ein Übergewicht an indirekten Steuern, die in Österreich mangels Staffelung nach der Dringlichkeit des Bedarfs besonders unsozial seien. Bei den direkten Steuern sei die Progression, insbesondere bei den hohen Einkommen, nicht so hoch wie in anderen westlichen Industrieländern; außerdem gebe es viele ungerechtfertigte Steuerbegünstigungen. — Das stellen Sie in Ihrem Programm fest.

In den nächsten Jahren ist mit großen Budgetdefiziten zu rechnen, da die Staatseinnahmen im Gegensatz zu den Staatsausgaben

9058

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Machunze

hinter dem nominellen Wachstum des Sozialproduktes zurückbleiben. Es sei daher mit einem lawinenartigen Anwachsen der Staatsschuld zu rechnen. Die Finanzierung dieser Defizite würde den österreichischen Kapitalmarkt überfordern und außerdem den Preisauftrieb verstärken.

Diese hohen Budgetdefizite — so proklamieren Sie — seien das Ergebnis einer „konservativen“ Budgetpolitik, die nur den Beziehern hoher Einkommen und Vermögen zugute komme. Die „konservative“ Budgetpolitik messe den öffentlichen Investitionen eine zu geringe Bedeutung bei und tendiere dazu, nur gesetzliche Verpflichtungen als Ausgabenerfordernisse anzuerkennen. Die „konservative“ Budgetpolitik sei ferner einer Konjunkturstabilisierung hinderlich, weil sie alljährlich ein absolutes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben anstrebe. Außerdem seien die Budgets zu starr. Vor allem die Zweckbindung von Einnahmen sowie die geringe Übertragbarkeit von Investitionskrediten in das künftige Budgetjahr hindere eine rasche Anpassung an die sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnisse. Und dann bedauert das Programm das Fehlen eines modernen Haushaltsrechtes und einer längerfristigen Budgetplanung. (*Abg. Dr. Pittermann schickt sich an, den Saal zu verlassen.*)

Schade, gerade geht der Klubobmann Ihrer Partei, aber ich möchte ihn wenigstens doch noch als Zeugen zitieren, daß wir den Entwurf eines modernen Haushaltsrechtes seit dem Sommer hier im Hause liegen haben und daß wir zwei uns bemüht haben, diesen im Sommer auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu bringen. Es ist nicht mehr gelungen! (*Abg. Dr. Pittermann: Aber jetzt!*) Ich lade Sie ein, mit uns möglichst bald über ein flexibles modernes Haushaltsrecht zu diskutieren, zu verhandeln. Dann können Sie mit Stolz sagen: Jetzt haben wir einen Punkt unseres Programms erfüllt! — Sie fordern ein modernes Haushaltsrecht. Unser Finanzminister hat es im Parlament bereits eingebracht. Verhandeln wir darüber! (*Abg. Doktor Pittermann: Berufen Sie den Ausschuß ein, Sie sind der Obmann!*)

Die sozialistische Diagnose ist widersprüchlich. Unbestritten ist die wachsende Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft, ebenso die Feststellung, daß überdimensionale Budgetdefizite inflationäre Wirkungen mit sich bringen. Zutreffend ist auch die Aussage, wonach die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte bereits weitgehend den Ideen eines Wohlfahrtsstaates entspricht, andererseits wird die Ausgabenstruktur als reformbedürftig angesehen.

Im Gegensatz zu der Forderung nach Bereinigung aller oder zumindest der wesentlichsten Strukturschwächen der Staatswirtschaft haben sich aber bisher die Sozialisten geweigert, dauernde Defizitquellen auf wirtschaftlich sinnvolle Art auszuschalten. Dies gilt beispielsweise für den Kohlenbergbau, für unrentable Nebenbahnen, für Salinen und andere Monopolbetriebe und ganz besonders für den Bereich der verstaatlichten Industrie. (*Abg. Ing. Kunst: Exportförderungszuschüsse für Butter, damit wir sie um 6 S verkaufen können!*)

Die Sozialisten sprechen sich für einen gewaltigen „Ruck der wachstumsfördernden Staatsausgaben nach oben“ aus, der aber zwangsläufig zu einer weiteren Beschleunigung des Anwachsens der Staatsausgaben und zu einer weiteren Vergrößerung des Anteiles der Staatsausgaben am Sozialprodukt führen müßte.

Nach der Behauptung, daß in der Zukunft „überdimensionierte“ Budgetdefizite zu erwarten sind, fordert die Sozialistische Partei in ihrem Programm gewaltige Mehrausgaben aus dem Staatshaushalt in vielen Bereichen. Das heißt doch — meine Damen und Herren, ein bißchen lesen kann ich auch noch —: Sie treten für stärker steigende Staatsausgaben in der Zukunft ein.

Als budgetpolitische Lösungen werden eine stärkere Progression der direkten Steuern (Lohn- und Einkommensteuer) sowie eine progressive Schenkungs- und Erbschaftssteuer und die Beseitigung von „Steuerprivilegien“ vorgeschlagen. Dieses Konzept entspricht genau Ihrem alten Kampfruf: „Die Reichen sollen zahlen!“ (*Abg. Dr. Staribacher: Natürlich!*) Es mischt die Größenordnungen und die Realitäten des Budgets willkürlich durcheinander und nimmt nicht einmal das eigene Programm zur Kenntnis! (*Abg. Ing. Kunst: Sie machen die Reichen reicher und die Armen ärmer! — Weitere Zwischenrufe.*) Das werde ich Ihnen gleich noch nachweisen.

An einer anderen Stelle Ihres nebelhaften Programms werden immerhin Privatinitiative, Stärkung der Sparneigungen und damit wohl auch die private Vermögensbildung als Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung deklamatorisch akzeptiert. Also: höhere Steuern, höhere Progression, trotzdem mehr Initiative, trotzdem stärkerer Sparwille, trotzdem private Vermögensbildung. Wie Sie diese Nebelwolken auseinanderschieben werden, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Die Forderung nach einer stark progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer ist nur aus einer überholten Dogmatik erklärbar. Diese Steuern treffen doch heute überwiegend mitt-

Machunze

lere und kleine Vermögen, weil die großen Vermögen dem Staat und den übrigen Körperschaften gehören. Wer soll aber in Zukunft sparen und investieren, wenn Einkommen und Vermögen prohibitiven Belastungen ausgesetzt werden?

Eine stark progressive Erbschafts- und Schenkungssteuer würde ferner das Gegenteil von dem hervorrufen, was die Sozialisten bezüglich Konzentrationsförderung vorschlagen. Abgesehen von den geringen Mehreinnahmen bei einer Verdoppelung oder Verdreifachung würde durch diese Besteuerung die Substanz der Betriebe angegriffen, damit die Investitionstätigkeit schwer beeinträchtigt und letzten Endes die Arbeitsplätze gefährdet werden. Daß bei einer progressiven Erbschaftssteuer weniger die wirtschaftlichen als vielmehr die politischen Ziele im Vordergrund stehen, geht aus folgendem Satz klar hervor: „Vermögenskonzentration läuft auf Machtkonzentration hinaus — und zwar in den Händen derer, die unsere politischen Gegner sind.“ Jetzt stelle ich mir aber mit Recht die Frage, ob eine Vermögenskonzentration auch dann schädlich wäre, wenn sie in den Händen der Sozialisten läge. Nebel, meine Damen und Herren! Nebel! Die Wolken müssen Sie noch auseinanderziehen!

Wer sich nur am Rande mit Fragen der Einkommensverteilung und Einkommensbesteuerung in Österreich beschäftigt hat, weiß heute längst, daß selbst eine drakonische Anhebung der Steuerprogression die Budgetprobleme bei weitem nicht lösen könnte, wohl aber den Leistungswillen jedes einzelnen erschlagen würde. Von 1960 bis 1968 ist der Anteil an Abgaben und steuerähnlichen Zwangsbeiträgen am Gesamtbruttonationalprodukt Österreichs von 31 Prozent auf 37 Prozent gestiegen. Das Ausmaß der Gesamtbelastung mit Abgaben aller Art liegt damit in der Spitzengruppe der Industrieländer und enthält kaum noch Spielraum zu einer nennenswerten Ausweitung. Nach jüngsten Erhebungen der OECD liegen in Westeuropa nur Schweden mit 41 Prozent und Frankreich mit 38,5 Prozent über der österreichischen Fiskalbelastung. Die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande weisen eine Belastung von 35 Prozent, Norwegen eine solche von etwa 36 Prozent, Belgien, Dänemark und Großbritannien von durchschnittlich 32 Prozent, Italien von 29 Prozent und die glückliche Schweiz von 19,5 Prozent auf.

Was die Kritik an der Einnahmenstruktur der öffentlichen Haushalte im sozialistischen Programm betrifft, so ist die Unterscheidung in direkte und indirekte Steuern als nicht mehr zeitgemäß anzusehen. Die Folgerung, daß

indirekte Steuern unsozial seien, beruht bekanntlich auf der Annahme, daß diese zur Gänze auf die Preise überwält werden und damit die Bezieher niedriger Einkommen stärker treffen als die höheren, während die direkten Steuern deshalb sozialer seien, da sie nicht überwält werden können und daher die Bezieher höherer Einkommen stärker belasten. Diese Ansicht läßt eine Reihe von Erkenntnissen der modernen Finanzwirtschaft außer acht. Ob Steuern überwält werden können, hängt nämlich weitgehend von einer Reihe von Faktoren ab. Denken Sie an die Marktform, an die Nachfrageelastizität, an die Zielfunktion der Unternehmen, an die Wettbewerbssituation und an die Konjunkturlage.

Fritz Klenner hat in „Arbeit und Wirtschaft“ Nr. 4/1967 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß weder direkte noch indirekte Steuern gut oder böse seien und daß zur hinreichenden Aufbringung der zur Wachstumsförderung notwendigen Mittel den indirekten Steuern der Vorzug zu geben ist. Ich nehme an, hier hat es einen Streit zwischen Programmaticern auf der einen und Programmaticern auf der anderen Seite im sozialistischen Lager gegeben. Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, gelegentlich den Nebel aufzuklären. (*Abg. Gertrude Wondrack: Was Sie jetzt sagen, ist Nebel!*)

Die von den Sozialisten geforderte Staffelung der Verbrauchsteuern führt zu einer Konsumlenkung und wäre überdies mit einer bedeutenden Ausweitung der Finanzverwaltung verbunden. Dies steht jedoch im Widerspruch zu der sozialistischen Forderung nach einer Verwaltungsreform.

Die strukturellen Budgetdefizite sind keinesfalls das Ergebnis einer „konservativen“ Budgetpolitik. Der Grundstein für das Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben wurde bereits in einer Zeit gelegt, in der die Sozialisten für die Budgetpolitik dieses Landes mitverantwortlich waren. Ich habe Ihnen als Beweis Horst Knapp zitiert.

Die Aussage, daß die „konservative“ Budgetpolitik nach einem alljährlichen Ausgleich des Budgets strebe und nur die gesetzlichen Verpflichtungen als Ausgabenerfordernisse anerkenne, ist falsch und steht im Gegensatz zur bisherigen Budgetpolitik. Die österreichische Finanzpolitik hat bereits mehrfach in Zeiten einer Konjunkturabschwächung im Rahmen des Möglichen eine gegenteilige, antizyklische Fiskalpolitik verfolgt. Das Wesen einer antizyklischen Budgetpolitik besteht darin, in Zeiten einer Konjunkturdämpfung bewußt Budgetdefizite zuzulassen und die Staatsschuld zu erhöhen. Markante Beispiele hierfür sind die Ausgabenpolitik des Finanz-

Machunze

ministers Kamitz 1958/59, das expansive Budget 1967 und vor allem das Budget 1968 samt seinem Eventualhaushalt. Die Sozialisten haben aber gerade die Aufnahme von Staatsschulden zur Bedeckung eines Budgetdefizites im vergangenen Jahr heftig angegriffen und als Mißwirtschaft bezeichnet. Übrigens hat der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky angekündigt, daß zu den Staatsschulden von Ihrer Seite noch geredet wird. Auch von unserer Seite wird dazu noch gesprochen werden. Der außerordentlich hohe Anteil der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen, der schon mehr als 80 Prozent der Budgetsumme beträgt, engt die Möglichkeiten einer wirksamen Budgetpolitik ein.

Auf Grund der Diagnose stellen die Sozialisten in ihrem Wirtschaftsprogramm eine Reihe von Forderungen zu einer Neugestaltung der österreichischen Budgetpolitik auf. Eine Reihe von Vorschlägen ist längst durch Maßnahmen der Bundesregierung überholt, andere stehen zum Teil im Widerspruch zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik oder beruhen auf überkommenen ideologischen Vorstellungen. (*Abg. Moser: Wo? Konkret sagen, wo!*)

Die Forderung, die Investitionen — jetzt kommt's! — und vor allem die Investitionen in „geistiges Kapital“ stärker zu forcieren, wurde bereits weitgehend erfüllt. Ich habe es Ihnen zahlenmäßig nachgewiesen. In den Budgets der letzten Jahre wurde den Investitionen verstärktes Augenmerk zugewendet und vor allem die Aufwendungen für Bildung, Forschung und für den Bau von Schulen wurden wesentlich erhöht. (*Abg. Moser: Ihnen geht es wie Ihrer Partei: Sie werden immer schwächer!*)

Hinsichtlich der Forderung, daß angesichts der drohenden Budgetdefizite die Zunahme der Staatseinnahmen nicht tendenziell hinter dem nominellen Wirtschaftswachstum zurückbleiben darf, ist festzustellen, daß auch auf dem Gebiete der Staatseinnahmen eine Reihe von Maßnahmen verwirklicht wurden. Die im Frühjahr 1968 erfolgten Steuererhöhungen im Ausmaß von rund 3,8 Milliarden Schilling wurden so gewählt, daß sie im wesentlichen nur den gehobenen Verbrauch und die höheren Einkommen treffen beziehungsweise nicht mehr zeitgemäße Befreiungen beseitigen. Die Steuererhöhungen werden die private Investitionstätigkeit nicht beeinträchtigen. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer die Unternehmer veranlassen könnten, erhöhte Investitionen zu tätigen. Durch die vorzeitigen Abschreibungen würden nämlich die steuerpflichtigen Gewinne reduziert und da-

mit die erhöhte Belastung durch die Zuschläge vermieden werden.

Auch die neue Alkoholsteuer wird bewußt auf den Verbraucherpreis abgestellt. Das bedeutet, daß sie progressiv wirkt, nämlich billige alkoholische Getränke, wie zum Beispiel Bier, werden absolut geringer besteuert werden als teurere Produkte, wie etwa Whisky. Sie sehen also, wir greifen Ihrem großangelegten Programm weitgehend vor und setzen konkrete Maßnahmen.

Der Hinweis, daß die Budgetpolitik längerfristig konzipiert sein müsse und ein langfristiges Investitionsprogramm zu erstellen wäre, ist im wesentlichen bereits verwirklicht. Schon im Jahre 1965 wurde erstmals eine Budgetvorschau vorgenommen, die jährlich revidiert und jeweils um ein Jahr erweitert wird.

Das Bundesministerium für Finanzen hat alle realisierbaren Vorschläge des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen immer berücksichtigt. Auch in dem Entwurf des Haushaltsgesetzes sind neue Ermächtigungen für den Finanzminister, insbesondere für eine moderne Finanzpolitik und Budgetpolitik, vorgesehen. Damit wird die Budgetpolitik flexibler und kann vor allem konjunkturellen Schwankungen entgegenwirken.

Obwohl die Sozialisten in ihrem Programm für ein modernes Haushaltsrecht eintreten und sich die Vorschläge des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Neugestaltung der Budgetpolitik zu eigen machen, haben sie bisher aber die parlamentarische Behandlung des Entwurfs des Bundeshaushaltsgesetzes immer wieder verzögert. Die Sozialisten, die in den letzten Jahren wiederholt das Bundesfinanzgesetz beim Verfassungsgerichtshof angefochten und dabei stets auf eine starke Einschränkung der Ermächtigungen des Finanzministers gedrängt haben, werden anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes Gelegenheit haben, soweit sie zu den Forderungen ihres eigenen Wirtschaftsprogramms stehen, in dem ebenfalls eine Verbesserung der Budgettechnik gefordert wird, zu den dort enthaltenen Ermächtigungen positiv Stellung zu nehmen.

Weil die anderen Kapitel des sozialistischen Wirtschaftsprogramms nur ein viel geringeres Interesse der Bevölkerung hervorrufen, konnten dort auch viel leichter Vorschläge unterbreitet werden, die von den bisherigen ideologischen und tagespolitischen Ansichten der Sozialisten abweichen. In diesem Kapitel tritt offenkundig der Gegensatz zwischen den Sozialisten im Parlament und in der Politik sowie der Auffassung der sozialistischen Wirtschaftsexperten zutage. Haben Sie, meine

Machunze

Damen und Herren, die Sie Ihr Wirtschaftsprogramm als Wunderwaffe hinstellen, sich einmal Gedanken darüber gemacht, was die Verwirklichung Ihres Programms kosten würde? (*Abg. Moser: Ihnen die Mehrheit! — Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aus den im sozialistischen Wirtschaftsprogramm deutlich erkennbaren Mehrbelastungen für den Bund — Infrastrukturinvestitionen, Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik, Verwaltungsmehraufwand infolge umfassender Planung und Kontrollen — ergibt sich eine jährliche Ausgabensteigerung von rund 10 Milliarden Schilling. (*Abg. Ing. Kunst: Wo haben Sie das her? Das ist jetzt Nebel!*) Genauso von unseren Fachleuten errechnet, wie Ihre Fachleute sachliche Argumente vom Tisch wischen. Sie können es entkräften, Sie können mir sagen: Das stimmt nicht.

Um diesen Ausgabenüberhang zu finanzieren, bleiben nach sozialistischer Auffassung nur drastische Steuererhöhungen übrig, weil die Sozialisten selbst einsehen, daß eine wesentliche Ausweitung der Staatsschuld auf Dauer und unabhängig von der Konjunktur- und Preisentwicklung nicht zu verantworten ist.

Zur Deckung eines jährlichen Finanzmehraufwandes von 10 Milliarden Schilling müßten entweder sämtliche direkten Steuern — Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer — einschließlich aller Zuschläge nach dem Tarif vom 1. Jänner 1969 um 27,2 Prozent, die Umsatzsteuer einschließlich aller Zuschläge um 53,5 Prozent oder die Vermögensteuer um mehr als das Siebeneinviertelfache erhöht werden. Wollte man die Finanzierungslücke allein über die Einkommensteuer bedecken, dann müßten alle Einkommen von mehr als 80.000 S jährlich zu 100 Prozent versteuert werden. Eine Umsatzsteuererhöhung um über 53 Prozent hätte eine Steigerung des Normalsteuersatzes von derzeit 5,5 Prozent auf 8,4 Prozent zur Folge. Dies würde zu einer Preiserhöhung von mindestens 10 Prozent führen.

Sie sehen also, daß die Deckungsvorschläge im sozialistischen Programm absolut unrealistisch sind oder daß Sie den österreichischen Steuerzahler mit 10 Milliarden Schilling jährlich mehr belasten wollen. Sie wettern gegen das Schuldenmachen, wollen das Geld also auf dem Steuerweg hereinbringen. Nebel, meine Damen und Herren! Beseitigen Sie ihn, dann können wir weiter darüber diskutieren! (*Abg. Dkfm. Androsch: Kollege Machunze! Wen haben Sie jetzt zitiert? — Abg. Moser: Wer hat das geschrieben? — Abg. Probst: Sie halten eine Obstruktionsrede! — Weitere Zwischenrufe.*)

Die Opposition, meine Damen und Herren, kritisiert und rasoniert. Die Opposition spricht von Budgetdebakel. Die Regierung arbeitet aber, meine Damen und Herren, und verwirklicht konsequent den Koren-Plan. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie wissen sehr genau, daß Ihnen Professor Koren in den kommenden Auseinandersetzungen genauso gefährlich sein wird, wie es einmal Professor Kamitz war. Und deshalb versuchen Sie ja, den Professor Koren in der Glaubwürdigkeit zu erschüttern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie setzen sich ja gar nicht sachlich mit ihm auseinander, sondern Sie versuchen, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern. (*Abg. Probst: Den Schmitz habt ihr schon vergessen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Man kann Programme erstellen und Pläne entwerfen, aber das Leben ist stärker und kann alle Programme und alle Pläne in kürzester Zeit über den Haufen werfen. So kann natürlich auch der Koren-Plan genausowenig über Nacht in allen Punkten erfüllt und verwirklicht werden, wie die Sozialistische Partei niemals innerhalb eines einzigen Jahres ihr wirtschaftspolitisches Wunderkonzept in die Wirklichkeit umsetzen kann. Die Sozialistische Partei wird noch viel Wasser in ihr Wirtschaftsprogramm gießen müssen. (*Abg. Probst: Ich werde Ihnen vorlesen, was Sie über den Schmitz gesagt haben, was das für ein Wunderminister war! — Abg. Gertrude Wondrack: Der Name Schmitz ist bei der ÖVP unbekannt!*)

So erhebt sich die Frage: Ist das Budget 1969 ein gutes? — Es ist ein Budget der Realität und der rauhen Wirklichkeit. Wir von der ÖVP bekennen uns zu dem Budget, und wir begrüßen den Wettstreit zwischen Regierung und Opposition. Aber Wettstreit kann nicht durch Aneinanderschieben von Nebelwolken, sondern nur durch klare Aussagen und durch eine klare Sprache erfolgen. Sie sprechen von Budgetdebakel (*Abg. Moser: Aber Sie machen es!*), aber wir versuchen, mit der gegebenen Situation fertig zu werden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kreisky hat seine Ausführungen mit einem ganz kleinen außenpolitischen Rückblick unter Bezugnahme auf die Jubiläumsfeierlichkeiten der Republik Österreich geschlossen. Auch ich möchte einen kurzen Gedanken dazu sagen.

Wenn man heute 50 Jahre Zweite Republik feiert (*Abg. Probst: Nicht „Zweite Republik“, nur „Republik“!*) und mit Recht dieses 50jährigen Bestandes gedenkt, dann, meine Damen und Herren, müssen wir zwei Dinge feststellen: Die österreichische Geschichte hat nicht erst 1918 begonnen. Sie ist viel, viel älter. Wir sollten uns als Österreicher hüten,

Machunze

vom „Völkerkerker“ zu reden. (*Abg. Ing. Kunst: Warum?*) Meine Damen und Herren! Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, aber wenn wir heute die Völker fragen würden und wenn sie frei darüber abstimmen könnten, ob sie noch einmal in den „Völkerkerker“ zurückkehren möchten, die Antwort würde sehr eindeutig und sehr klar ausfallen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Kreisky, ob Sie die Hymne auf das nördliche Nachbarland auch noch gesungen haben. Ich habe sie noch in der Schule lernen müssen. Sie beginnt mit den Worten: „Wo ist mein Heim?“ (*Abg. Dr. Kreisky: Aber, Herr Kollege, was wollen Sie? Ich bin in Wien geboren und in Wien in die Schule gegangen! Ich habe noch die alte Kaiserhymne gesungen!*) Was mag an Gefühlen bei alten und jungen Tschechen lebendig werden, wenn sie heute ihrem Land huldigen und dabei fragen: „Wo ist mein Heim?“

Und jetzt komme ich zu dem Gemeinsamen, zu dem, was uns verbinden muß, auf welcher Seite dieses Hauses wir immer sitzen. Es ist das Gemeinsame, das gemeinsame Schicksal der Republik Österreich. Wenn wir Österreicher unserem Land huldigen, dann singen wir vom viel geprüften, viel gerühmten, aber vor allem vom viel geliebten Österreich. Diese Liebe, meine Damen und Herren, verpflichtet uns, für Ordnung in diesem Haus zu sorgen und dafür zu sorgen, daß dieses Haus auch morgen noch für unsere Kinder und Kindeskinde das gemeinsame Vaterhaus sein kann. Diese Liebe zu Österreich verpflichtet uns alle — Regierung und Opposition! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, die „Furchen“, die mein Vordränger gezeichnet hat, wieder zu verlassen und zu einer Besprechung des von der Bundesregierung vorgelegten Budgets zurückzukehren, wenngleich ich zugebe: Auch ich habe mir zur persönlichen Aufmunterung die Propagandaschriften der Bundesregierung, die sie aus Steuergeldern bezahlt und an alle österreichischen Haushalte versendet, mitgenommen, jene Produkte des Propagandaministers Dr. Pisa (*Abg. Dr. Kreisky: Er ist noch nicht Minister, er ist erst Staatssekretär!*), des Staatssekretärs Pisa, der allerdings die Propagandaschrift einen gewissen Engel herausgeben läßt. Ein Engel zeichnet im Impressum dafür verantwortlich. Er hat

in der letzten Folge, die er uns zugeschickt hat, die Überschrift „Tage der Bewährung“ gewählt. Ich glaube, wir sollten uns das auch vor Augen halten, es ist tatsächlich ein Appell der Regierung, denn die Budgetberatungen sind Tage der Bewährung. Wir werden die Frage beantworten müssen, ob das, was er vorher gesagt hat, nämlich „In Österreich besser als anderswo“, angesichts des von der Regierung vorgelegten Budgets weiterhin aufrechterhalten werden kann.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und hier auch anerkennen — wenn ich auch manchmal kritisiere —, daß der Herr Bundesminister für Finanzen hier sitzt und uns Gelegenheit gibt, mit ihm über das von ihm vertretene Budget zu sprechen, wenngleich ich feststellen muß, Herr Finanzminister, daß alle Ihre Ministerkollegen fluchtartig die Regierungsbank verlassen haben, was kein Wunder ist, wenn man dieses Budget etwas näher beleuchtet und wenn man sich vor Augen hält, was alles auf das österreichische Volk in den nächsten Monaten und Jahren zukommt.

Herr Bundesminister! Sie haben noch im Juli gegenüber einer Tageszeitung — der „Presse“ — erklärt, Sie können sich keine Erhöhung der gegenwärtigen Steuerbelastung vorstellen. Das war vor dem Sommer. Seit dieser Zeit prasselt auf das österreichische Volk eine Steuererhöhung nach der anderen, eine unpopuläre Maßnahme nach der anderen nieder, und kaum daß die Steuer- und Abgabenerhöhungen Gesetz geworden sind, werden für das Jahr 1969 weitere Erhöhungen angekündigt. Das Volk wird in aller Deutlichkeit zu spüren bekommen, was es heißt, im Jahre 1966 einer Partei die Diktatur in Österreich anvertraut zu haben.

Als wir Freiheitlichen Ihnen vorgeschlagen haben: Sparen Sie doch, nehmen Sie doch dem Volk nicht die letzten Schillinge aus der Tasche!, haben Sie gesagt: Über das Sparen sprechen wir im Herbst. — Nun sehen wir Ihr „Sparen“, Herr Finanzminister: Sie beabsichtigen, im nächsten Jahr um 8837 Millionen, also um 8,8 Milliarden Schilling mehr auszugeben als im heurigen Jahr. Das ist das Sparprogramm der Regierung Klaus, vertreten durch Finanzminister Dr. Koren. Noch um 10,5 Prozent geben Sie mehr aus! Das nennen Sie sparen? Mehr ausgeben können Sie doch nur, wenn Sie noch mehr weitere Belastungen auf dieses Volk loslassen.

Sie haben bei nichts gespart: Bei Ihren Dienstautos haben Sie nicht gespart, auch nicht beim gesetzlich nicht gedeckten Korbbeigeld, bei jenem nicht verrechenbaren Amtspauschale, das die Minister nach wie vor beziehen,

Zeillinger

ohne dafür Belege geben zu müssen. Trotz Beanstandung durch den Rechnungshof sparen Sie da nicht! Es wäre eine schöne Geste gewesen, wenn Sie auf diese Zehntausende Schilling verzichtet hätten. Im Gegenteil: Die Verwaltung wird immer mehr aufgebläht. Ich werde Ihnen in meinen Ausführungen nicht die lange Liste der Steuererhöhungen seit 1966 vorenthalten, was Sie beschlossen haben und was Sie ankündigen, und die lange Liste dessen, was wir Freiheitlichen an Einsparungen vorgeschlagen haben. Das Ergebnis: Wir sind heute so weit, daß auf 1000 Einwohner 46 öffentlich Bedienstete kommen, in einem Staat, in dem früher für die gleiche Verwaltung 5,5 Bedienstete ausgereicht haben.

Das sind die Ziffern, das ist der nackte Erfolg, und hier zeigen Sie keinen Ausweg, sondern Ihr einziger Ausweg heißt immer: Neue Steuern, neue Belastungen, neue Tarifierhöhungen!

Wenn wir in wenigen Stunden ein Amnestiegesetz beschließen werden, das dem Staat viele Millionen kosten wird, dann werden wir auch feststellen: Anlässlich des 50. Geburtstages der Republik wird nicht der brave Steuerzahler, der fleißige Arbeiter belohnt; der Gesetzesübertreter, der säumig ist, der dem Staat etwas schuldig geblieben ist, bekommt zum Geburtstag der Republik ein Geschenk, aber nicht der ausländige, fleißige Arbeiter. Das ist das Bild, das sich uns heute bietet: keine Aussicht für die Zukunft, keine Hoffnung — mehr Steuern, weitere Abgaben, höhere Tarife, Aussichtslosigkeit für das Volk.

Nun erlauben Sie mir, daß ich im einzelnen die Maßnahmen, die die Regierung Klaus-Withalm seit dem Jahre 1966 hier in diesem Hause bereits eingebracht und kraft ihrer Mehrheit auch beschlossen hat, noch einmal in Erinnerung rufe, sie deswegen in Erinnerung rufe, weil Sie, Herr Finanzminister, das Versprechen, die Regierung werde sparen, nicht gehalten haben. Die Regierung ist ja flüchtig, nur mehr Sie sind da; es tut mir leid, daß ich mit Ihnen allein hier sprechen muß, obwohl ich mir darüber im klaren bin, daß nicht Sie allein die Verantwortung trifft, sondern daß sie die Herren Klaus, Withalm und alle übrigen Regierungsmitglieder im gleichen Maße trifft, daß also jene Herren, die gesagt haben: „Im Herbst werden wir euch schon zeigen, wie wir sparen können“, auch eine Schuld trifft.

Ich darf Sie erinnern, Herr Minister: Wir Freiheitlichen haben konkret 3,5 Milliarden Schilling an Einsparungen vorgeschlagen. Natürlich wäre Ihr zweites Dienstauto dabei gewesen, natürlich war das gesetzlich nicht gedeckte Amtspauschale der Minister dabei.

Es waren das die im öffentlichen Dienst von Fachleuten erstatteten Vorschläge. Nicht einer dieser Vorschläge ist bis zum heutigen Tage aufgegriffen worden. Aber Sie schlagen vor: Es macht ja nichts, geben wir im nächsten Jahr um 8,8 Milliarden mehr aus. Es spielt ja gar keine Rolle mehr, ob die Staatsschuld bis da her oder bis da her geht. Das Erbe, das Sie einmal hinterlassen werden, ist so triste, daß es schon vollkommen gleichgültig ist. Die Masse, die sich heute uns noch darstellt, ist bereits konkursreif.

Was haben Sie seit dem Jahre 1966 getan? Jene Regierung — ich darf das den Herren Klaus und Withalm, die nicht hier anwesend sind, in Erinnerung rufen —, die vor der Wahl gesagt hat: „Keine neuen Belastungen für das Volk, keine neuen Steuern, Stabilität, keine Preiserhöhungen!“, ist bereits am 24. Mai 1966 mit der Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, mit der Vertenerung bei Benzin und Heizöl um 20 Groschen — eine Maßnahme, die sich bekanntlich wie eine Welle ... (Abg. Kranebitter: Sie ignorieren die Abschwächung in anderen Ländern!) Herr Kollege! Ich darf gleich sagen: Ich ignoriere nicht, sondern ich halte die Ziffern fest. Jene Regierung, die gesagt hat, sie werde zuerst die Steuern erhöhen und dann sparen, hat damals mit Ihrer Unterstützung die Steuern erhöht, aber die Sparmaßnahmen sind ausgeblieben. Sie, die Abgeordneten der Volkspartei, waren ja die einzigen, die es erlaubt haben; die anderen im Hohen Haus haben es ja nicht geglaubt, kein Mensch aus dem Volk hat es geglaubt. Aber Sie haben damals dem zugestimmt. Zuerst beschlossen Sie die Steuererhöhungen und haben sich auf das Wort der Regierung verlassen, man werde im Herbst die Sparmaßnahmen für 1969 hier dem Hause vorlegen. Nun, Herr Kollege Kranebitter, ersuche ich Sie: Kommen Sie herunter und zeigen Sie mir, ob die Regierung im nächsten Jahr bereit ist, weniger Staatsausgaben zu machen, ob Sie bereit ist, die ansteigende Kurve der Staatsverschuldung abzubremesen! — Mit Ihrer Unterstützung und mit Ihrer Hilfe, Herr Kollege, wird sie im nächsten Jahr noch um 8,8 Milliarden Schilling mehr ausgeben als im Jahre 1968. Herr Kollege Kranebitter, da folgen wir Freiheitlichen nicht mehr der Regierung!

Wir stehen auf dem Standpunkt: Es ist nicht notwendig, wie es der Rechnungshof festgestellt hat, daß beispielsweise Akten von 40 Beamten unterschrieben werden. Das ist die Folge, daß wir heute auf 1000 Einwohner bereits 46 Beamte im öffentlichen Dienst haben — in dem gleichen Staat, in dem vor einigen Jahren noch 5,5 Beamte die gleiche Ver-

Zeillinger

waltungsaufgabe bewältigt haben. Hier trennen unseben Welten. (*Abg. Ofenböck: Die „gleiche“ stimmt nicht!*) Sie sagen: Wir brauchen diese 41 Beamten, das sind eben ÖVP-Wähler, daher bleiben sie drinnen. Wir sagen ohne Rücksicht auf die Partei: Man muß einmal mit der Verwaltungsreform beginnen! In einem Staat, in dem bereits 34 Milliarden Personalausgaben gemacht werden, muß man einmal beginnen.

Ich werde mich im zweiten Teil meiner Ausführungen auch wieder mit konkreten Vorschlägen beschäftigen, schon deswegen, damit nicht die Zeitung der Volkspartei, die als Propagandazeitung — als Parteizeitung, möchte ich gleich sagen — versendet wird, immer sagt, wir hätten keine Alternativen. Wir haben Alternativen, aber Sie, meine Herren von der Volkspartei, sind nicht bereit, zuzustimmen. Denn als wir vorgeschlagen haben, die Regierung solle da und da und da sparen, beim Sicherheitsdienst, aber auch in der Regierung selbst — von den Staatssekretären angefangen bis zur Angleichung des Sicherheitskorps an europäische Verhältnisse —, da haben Sie gesagt: Zunächst einmal Steuererhöhungen, im Herbst werden dann Klaus und Withalm schon das Sparprogramm vorlegen. — Jetzt liegt es schwarz auf weiß da: Die Ausgaben betragen um 8800 Millionen Schilling mehr als heuer! (*Abg. Ofenböck: Herr Kollege Zeillinger, Sie haben etliche Gesetze mitbeschlossen, aus denen eindeutig Verwaltungsvermehrungen entstehen mußten!*) Herr Kollege! Es ist in einem modernen Staat selbstverständlich, daß Gesetze beschlossen werden, die neue Verwaltungsaufgaben bringen; aber wir haben gleichzeitig Vorschläge gemacht, wie man in der Verwaltung auch einsparen kann. Nur da sind Sie uns nicht gefolgt. Das ist ja der Unterschied zwischen Freiheitlichen und Volkspartei: Wenn die Volkspartei eine vernünftige Idee hat, sind wir Freiheitlichen bereit, ohne weiteres mit ihr zu stimmen. Aber wenn wir Freiheitlichen eine gute Idee haben, dann stimmt die Volkspartei grundsätzlich dagegen. Das ist eben in der Praxis der Unterschied zwischen Volkspartei und Freiheitlichen.

Darf ich Ihnen nun die lange Liste der Belastungen vorlesen. Sie können mich nicht davon abhalten, denn wenn ich mir die Liste zur Erinnerung mache, dann möchte ich sie auch einmal im Telegrammstil kurz vorlesen. Es ist dies die Straße Ihrer Untaten seit dem Jahre 1966.

Sie haben am 24. Mai 1966 die Bundesmineralölsteuer erhöht, damit das Benzin und somit den Transport verteuert und

eine allgemeine Preisauftriebsswelle ausgelöst. Sie haben erst am 27. Jänner 1968 das erste Abgabenänderungsgesetz endgültig beschlossen, das neben der Erhöhung der Umsatz- und Ausgleichsteuer sieben weitere Abgabenerhöhungen brachte. Für das Volk betrug die Mehrbelastung damals 1,5 Milliarden Schilling. Sie haben am gleichen Tag eine Erhöhung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren auf das Doppelte in diesem Hause durchgedrückt. Sie haben am 6. Feber 1968 die Erhöhung der Verwaltungsabgaben auf rund das Dreifache beschlossen. Sie haben am 21. Juni 1968 eine Erhöhung des Kunstförderungsbeitrages von 7 auf 20 S, also um 200 Prozent, beschlossen. (*Abg. Kranebitter: In der Bundesrepublik Deutschland viel höher!*)

Aber, Herr Kollege, seien Sie mir nicht böse, dann lade ich Sie ein, Abgeordneter der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Das sind schon die Auswirkungen des Staatssekretärs Barbarossa, pardon Pisa, der hier erklärt hat: Für 87 Prozent der Menschheit leben wir beneidenswert. Herr Kollege Kranebitter! Gehen Sie nach Afrika; die Neger werden froh sein, wenn Sie ihnen dort Verhältnisse verschaffen, wie wir sie hier haben. Aber wir in Österreich stellen uns unter einer Regierungspolitik etwas anderes vor als Sie. Daher sind wir ja Opposition und Sie treue Regierungspartei, die zu allem ja sagt, die auf die Plakate druckt: „Stabilität des Schillings, Erhaltung der Kaufkraft, keine Preiserhöhungen, keine neuen Abgaben“; sich dann aber ins Parlament setzt und sagt: Es ist ja ganz wurscht, gewählt sind wir, die absolute Mehrheit haben wir, jetzt können wir doch machen, was wir wollen, bis zum Jahre 1970 hat das österreichische Volk ohnehin alles wieder vergessen. Herr Kollege! Das ist im Prinzip das Programm der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Ofenböck: Aber zum Glück für die Österreicher ist es uns erspart geblieben, eine freiheitliche Regierung das beschließen zu lassen!*) Herr Kollege! Wir Freiheitlichen haben im Regieren keine Erfahrungen. Daß ich überzeugt bin, daß wir es besser machen würden als Sie, ist klar. (*Abg. Ofenböck: Das ist uns nicht klar!*) Über eines können wir uns einigen, Herr Kollege: Schlechter als die Volkspartei könnten wir es nicht mehr machen! (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Das ist das Unglück, daß Sie nicht einen Tag in der Opposition waren. Sie stellen sich vor, das „In-Opposition-Sein“ ist so leicht, da braucht man nur immer dagegen sein. O nein! Wir müssen die Gesetze lesen, wir müssen sie prüfen; wir stimmen manchmal zu, wir stimmen manchmal dagegen, wir machen Abänderungsvorschläge. Wie leicht haben Sie es!

Zeillinger

Was der Klaus und der Withalm anschaffen, dem stimmen Sie bedenkenlos zu. (*Abg. Offenböck: Haben Sie eine Ahnung!*) Doch, Herr Kollege! Dann sagen Sie mir, wann Sie einmal hier im Hause ernsthaft ein Gesetz abgeändert haben, wann Sie bereit gewesen wären, einen Vorschlag der freiheitlichen Opposition, den Sie als gut bezeichnen, etwa zu unterstützen. Das haben Sie nicht! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich beneide nicht die Regierung um ihre Aufgabe. Ich möchte aber verhindern, daß Sie glauben, das Leben der Opposition sei so leicht.

Erinnern Sie sich! Vor acht Tagen mußte der Präsident die Sitzung unterbrechen, weil ich persönlich — ich nehme es auf mich — es mir nicht gefallen lasse, daß behauptet wird, ich hätte das Budget. Man verlangt immer, daß die Abgeordneten im Parlament etwas leisten sollen: sie sollen Persönlichkeiten sein und das Budget kennen. Sie waren zufrieden, daß der Klubobmann die Budgetvorlage bekommt, und die Abgeordneten haben sie nicht bekommen. Ich nicht! Ich möchte genauso wie jeder andere, wie der Klubobmann, das Budget haben. Das ist eben der Unterschied: Wir wollen uns das anschauen, worüber wir sprechen, worüber wir beraten. Wir sind keine Ja-Sager. Das ist eben vielleicht der große Unterschied zwischen Freiheitlichen und Volkspartei. (*Zwischenruf des Abg. Offenböck.*) Aber, Herr Kollege, wenn Sie mich unterbrechen bei dieser Vorlesung der Liste, die ich Ihnen vorhalten will. . . (*Abg. Offenböck: Sie haben immer ja gesagt, das war nie anders! Nur heuer haben Sie nein gesagt!*) Wozu haben wir ja gesagt? Herr Kollege! Ich muß Sie leider darauf aufmerksam machen: Ich gehöre 16 Jahre dem Parlament an; ich habe noch nie dem Budget zugestimmt. Das ist ein Irrtum. (*Abg. Offenböck: Der Übermittlung der Vorlage!*) Entschuldigen Sie, Herr Kollege! Bisher hat aber auch noch kein Finanzminister das behauptet. Ich habe mich nur gegen diese Behauptung in der Budgetrede gewehrt. Es hat auch jeder andere Finanzminister — bleiben wir schon bei der Fairneß — der Opposition spätestens einen Tag vorher seine Rede gegeben, denn auch ein Oppositioneller möchte sich irgendwie vorbereiten. Das war der erste Finanzminister, der dieser Fairneß, die durch 20 Jahre geübt worden ist, nicht entsprochen hat. Daß wir, wenn im ersten Satz der Budgetrede eine Unwahrheit drinnensteht, dann ein wenig ungehalten sind, unserer Meinung Ausdruck geben und uns das nicht gefallen lassen, das ist eine Selbstverständlichkeit, die wir uns nicht nehmen lassen werden. Wenn Sie mich aber unterbrechen, Herr Kollege, wird die Zeit, die ich zum Vorlesen der Steuererhöhungen benötige, die die Volkspartei in der Lage

war, in zwei Jahren hier zu beschließen, nur noch länger.

Sie haben also am 21. Juni den Kunstförderungsbeitrag von 7 auf 20 S erhöht. Sie haben am 27. Juni bereits das zweite Abgabenänderungsgesetz beschlossen, das eine Erhöhung um 3,4 Milliarden vorsieht. (*Zwischenruf des Abg. Glaser.*) Aber Herr Direktor Glaser! Machen Sie keine Zwischenrufe, das verlängert die Sache und geht für die Volkspartei meistens schlecht aus. (*Abg. Offenböck: Das ist ein bißchen überheblich, Herr Kollege!*) Sie haben also ein zweites Abgabenänderungsgesetz beschlossen, das 3,4 Milliarden Schilling dem Volk gekostet hat. Das war jene Zeit, in der der Finanzminister gesagt hat, daß es keine zusätzlichen steuerlichen Belastungen mehr geben würde. Sie haben die Einkommensteuer, Sie haben die Körperschaftsteuer um 10 Prozent für die Jahre 1969 und 1970 erhöht, wobei wir immer noch die Hoffnung haben — wir werden es ja alle sehen —, daß diese Befristung auch tatsächlich hält und nicht fallen wird. Sie haben die Vermögensteuer um 50 Prozent des Steuerbetrages erhöht. Sie haben heuer im Juni eine Sondersteuer von 10 Prozent für alkoholische Getränke eingeführt; noch dazu in einer Art und Weise, die für die Wirtschaft — ich glaube, das werden auch Ihre Wirtschaftstreibenden sagen — unlösbare Probleme aufwirft; eine Mehrarbeit, eine Verwaltung dem einzelnen Wirtschaftstreibenden überwälzt, die sich durch einfache, von uns vorgeschlagene Maßnahmen leicht hätten vermeiden lassen. Sie haben im Juni die Beseitigung weiterer Befreiungen von der Beförderungsteuer beschlossen. Sie haben die Tabaksteuer bereits dreimal erhöht: im Oktober 1967, im Jänner 1968 und im Juni 1968. Es ist eine Steigerung der Steuer für Zigaretten und Feinschnitttabake um 10 Prozent und bei den übrigen Tabaksorten um 100 Prozent durchgeführt worden. — Das allein die Steuern!

Tarife! Im Juni 1966: Erhöhung der Bundesbahntarife. Das möchte ich deswegen hervorheben, weil Sie in einer Regierungsperiode nicht mit einer einzigen Erhöhung auskommen, sondern bereits die nächste angekündigt haben. Der Personentarif wurde zwischen 20 und 46 Prozent erhöht, der Frachttarif bis zu 44 Prozent — eine staatlich gelenkte, allgemeine Preiserhöhung, die dann natürlich in weiterer Folge zu Preissteigerungen und damit zu höheren Umsatzsteuereinnahmen der Regierung geführt hat. Die Autobustarife haben sich um 30 Prozent erhöht. Den Schnellzugzuschlag haben Sie von 10 auf 15 S erhöht.

Sie haben in den Jahren 1966 und 1967 in wiederholten Maßnahmen die Inlandspost-

Zeillinger

tarife erhöht, das Auslandsporto, die Flugpostzuschläge für Flugpostbriefsendungen. Die wichtigsten Steuererhöhungen waren beim Inlandsbrief 33 Prozent, bei der Postkarte 50 Prozent, bei den Drucksachen 40 Prozent. So geht also die Liste der Steuererhöhungen auf dem Gebiete der Post weiter. Sie haben am 5. 12. 1966 — heute hat der Minister auf eine Anfrage geantwortet, daß eine Erhöhung der Fernmeldegebühren nicht ins Auge gefaßt ist — die Erhöhung der Sprechstundengebühr für Telefon um durchschnittlich 20 oder 25 Prozent vorgenommen.

Das ist also die Liste der wichtigsten und größten Steuer- und Tarifierhöhungen, die die Alleinregierung, gestützt auf ihre absolute Mehrheit, in der Lage war, in zwei Jahren durchzudrücken.

Aber noch nicht genug! Da Sie die Staatsausgaben immer weiter hinaufreiben, muß der Herr Finanzminister zusehen, daß immer mehr Belastungen auf das Volk überwälzt werden. Wir hören schon wieder, daß im Zusammenhang mit dem Budget — obwohl ausdrücklich erklärt wird, daß keine weiteren Belastungen mehr kommen — bei Autobus und Bahn der Tarif um 10 Groschen pro Kilometer, also um 20 Prozent, erhöht werden soll; die Schülerwochenkarte um rund 20 Prozent, die Wochenstreckenkarte um rund 20 Prozent, die einfache Fahrt bei der Bundesbahn um rund 30 Prozent, die Busfahrt um rund 16 Prozent erhöht werden soll, bei der Eisenbahn bis 100 km Fahrtstrecke eine Erhöhung um 20 Prozent durchgeführt werden soll. Im Berufsverkehr wird bei der Bahn eine 40prozentige, beim Bus eine 20prozentige Erhöhung stattfinden. Die Schülermonatskarte wird um rund 53 Prozent — das ist eine besonders „familienförderliche“ Maßnahme — erhöht werden. Das alles von einer Regierung, deren Finanzminister gesagt hat: Neue Belastungen kommen nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Der Herr Klaus und der Herr Withalm, der Herr Finanzminister und der Herr Staatssekretär Pisa sagen: Uns ist wichtiger, daß auf Kosten der Steuerzahler ÖVP-Propagandaschriften herausgegeben werden; wir wollen ein zweites Dienstauto haben und wir wollen — da soll der Rechnungshof sagen, was er will ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.)* Herr Kollege, Sie lachen! Ein kleiner Beamter, der tausend Schilling zu Unrecht bezieht, muß das zurückzahlen, sonst bekommt er ein Disziplinarverfahren. Die Regierung bezieht ohne gesetzliche Deckung jeden Monat Tausende und Tausende von Schillingen, was bei einigen Ministern Hunderttausende Schilling ausmacht. Sie zahlen es nicht zurück, und trotz Kritik

des Rechnungshofes und des Parlaments beziehen sie es weiter — in einer Zeit, wo Sie die Schülerwochenkarte um 53 Prozent erhöhen! Herr Kollege! Solange die Minister zwei Dienstautos haben, solange sie widerrechtlich Bezüge beziehen und Sie die Schülerfahrkarte um 53 Prozent erhöhen — also eine familienfeindliche Maßnahme —, so lange werden wir Freiheitlichen erbittert gegen die Regierung, gegen das Budget und gegen eine Partei, die das alles beschließt, zu Felde ziehen. Da trennen uns Welten, Herr Kollege! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber Sie — ich sehe das ein —, Sie verteidigen das. Sie sagen: Wenn die Schüler nicht um 53 Prozent mehr zahlen, dann kann der Klaus die 7000 S, die er monatlich in die Tasche steckt, ohne dafür Rechnungen legen zu müssen und ohne daß dafür eine gesetzliche Deckung gegeben ist, nicht mehr bekommen. Dafür muß der kleine Franzl und der kleine Pepi um 50 Prozent mehr bezahlen.

Das ist der Unterschied zwischen Volkspartei und Freiheitlicher Partei, Herr Kollege. Das gebe ich Ihnen zu, da gehen tatsächlich keine Wege zusammen. Wir werden uns nicht scheuen, bei jeder Gelegenheit, immer auf diese Wunden hinzuweisen, und so werden wir auch bei jeder Gelegenheit immer wieder darauf hinweisen, daß der Finanzminister zwar gesagt hat: „Keine neuen Belastungen!“, daß Sie aber gar nicht daran denken, tatsächlich zu sparen, sondern daß Sie auch weiterhin die Ausgaben hinaufreiben, wie Sie es ja jetzt im vorgelegten Budget mit 8837 Millionen Schilling Mehrausgaben gezeigt haben.

Zuvor hat hier der Sprecher der Regierungspartei, der Kollege Machunze, Horst Knapp zitiert. Ich schätze die Meinung des Horst Knapp, ich habe sie in den Unterlagen auch immer mit, weil es oft notwendig ist, ihn zu zitieren. Aber in einem Punkt muß ich ihn richtigstellen. Er hat gesagt: Die Opposition ist auch schuld an der Teuerung, weil sie 20 Jahre in der Regierung alles mit beschlossen hat. So etwas dürfte einem Mann wie Horst Knapp nicht passieren. Opposition ist ja nicht grundsätzlich das, was in der Regierung ist. Ich kann verstehen, daß man in den Jahren 1945 bis 1965 geglaubt hat, die Opposition sitzt in der Regierung, weil immer die eine Hälfte gegen die andere Hälfte war. Aber die damalige demokratische Opposition hat schon damals nicht zugestimmt. Als Sie beispielsweise die Umsatzsteuer von 2 Prozent allmählich auf $5\frac{1}{4}$ Prozent hinaufgetrieben haben, ÖVP und SPÖ gemeinsam, haben wir Freiheitlichen natürlich dagegen gestimmt. Die „Opposition“ hat also keine Mitverantwortung getragen an dieser Entwicklung, sondern die „Opposition

Zeillinger

innerhalb der Regierung“ — und ich glaube, so müßte man das auch richtigstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun hat das Parlament selbst aus dem Unbehagen heraus gesagt: Es muß einmal etwas geschehen! Es hat die Regierung beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung hat sich an die Brust geschlagen und hat gesagt: Selbstverständlich, eine Verwaltungsreform wird kommen. Man hat bereits Titel, Ämter und Schreibtische dafür vergeben. Wir haben sogar in der Regierung einen Staatssekretär, der sich dieser Verwaltungsaufgabe in ganz besonderem Maße widmet, den Staatssekretär Gruber.

Wir haben sogar einmal einen Bericht bekommen. Am 2. August 1967 kam — es werden sich noch manche erinnern können — der Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates an die Bundesregierung, betreffend Rechtsbereinigung und Verwaltungsvereinfachung. Ich möchte Sie nicht aufhalten. Sie haben das sicher alles genau gelesen. Aber es ist doch gut, wenn man sich dann bei solchen Budgetvorlagen das alles in Erinnerung ruft.

In einem war die Regierung schon im Jahre 1967 vorsichtig. Sie hat nicht mehr wie vor der Wahl etwas versprochen, sie hat nur mehr in der Aussicht gestellt: „die Bundesregierung hofft, spätestens im Herbst dieses Jahres...“ — also die Hoffnung ist in den Eimer gegangen —, und „die Regierung prüft konkrete Einsparungsmöglichkeiten“. — Also konkrete hat sie schon, aber sie prüft sie erst. Und „gewisse Maßnahmen auf dem Gebiet der Organisation der Zentralbehörden des Bundes könnten einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden. Insbesondere wäre es möglich, bei Festlegung...“ Wenn man das alles liest, sieht man, daß damals schon der notwendige Ernst gefehlt hat. Damals, als wir es Ihnen gesagt haben, haben Sie es nicht geglaubt. Heute sehen Sie es doch hoffentlich mittlerweile ein. In dem Bericht steht nämlich, daß Sie bereits eine Regierungsvorlage für die notwendigen gesetzlichen Unterlagen vorgelegt haben, das Erste Rechtsbereinigungs-Vorbereitungsgesetz. Ich kann nichts dafür, der Titel ist so. Diese Regierungsvorlage trägt tatsächlich das Datum 9. Jänner 1967. Sie ist eine der Voraussetzungen für die notwendige Verwaltungsreform, für die Vereinfachung. Darf ich Sie nun fragen: Sie haben doch die absolute Mehrheit. Es geschieht doch das, was Sie wollen, in diesem Hause. Was ist denn das Schicksal dieser Vorlage? Weiß es jemand von Ihnen? Wissen Sie überhaupt, daß Sie existiert? (*Abg. Dr. Pittermann: Eine zweite!*) Daß es eine zweite gibt. Die erste gibt es gar nicht mehr, die ist zurückgezogen worden, glaube ich, und es gibt bereits eine

zweite. Was geschieht also damit, meine Herren? Gar nichts, weil Sie gar nicht daran denken, es zu tun. Sie denken doch nicht im Ernst daran, es zu tun. Sie haben das Volk und auch das Parlament bis zu einem gewissen Grad beruhigt, indem Sie gesagt haben: Wir haben diese Vorlage eingebracht, und nun soll das Parlament — ich darf Sie erinnern — zeigen, ob es entschlossen ist, tatsächlich Reformen durchzuführen.

Ja, meine Herren von der Volkspartei, von der Regierungspartei: Ich lade Sie ein, wirklich etwas zu tun. Hier sind die Unterlagen. Die Parteien sind sicher alle verhandlungsbereit, über eine Reform auf allen Gebieten zu sprechen, wenn Sie tatsächlich die Absicht dazu haben, wenn Sie tatsächlich bereit sind, eine Verwaltungsreform in Österreich durchzuführen. Es ist wirklich interessant, zu lesen, wie viele Gesetze aus den Jahren 1770, 1772 und 1774 heute noch existieren. Sicher gehört hier Übersicht und Ordnung hinein. Das wäre dringend notwendig, und hier könnte viel getan und viel geleistet werden. Aber es geschieht auf diesem gesetzgeberischen Gebiet genausowenig wie überall dort, wo Sie versprochen haben, etwas zu tun.

Wir haben massierte Vorwürfe wegen der Dienstaautos gemacht. Sie wissen: Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Österreich ist 17 zu 800. 800 Dienstaautos gibt es im Bereich der Bundesregierung in Österreich, etwa 17 stehen im gleichen Bereich der Schweizer Bundesregierung zur Verfügung. Sie haben dann eine Reform begonnen. Wenn man sich das Ergebnis anschaut, dann muß ich Ihnen sagen: Es ist erschütternd, was da herausgekommen ist. Wir werden sicher bei den einzelnen Posten noch im einzelnen darüber zu sprechen haben; aber wenn wir heute lesen, daß zum Beispiel das Bundesdenkmalamt 5 PKW der Kategorie I a hat, so muß ich wirklich feststellen: Allein das Bundesdenkmalamt hat ein Drittel der Autos, die die ganze Schweizer Bundesregierung hat. Darüber müssen wir schon reden, meine Herren, und müssen fragen: Ja, muß das sein? Ist es wirklich nicht möglich, hier einmal ernsthaft mit Sparmaßnahmen einzusetzen und eine Verbilligung der Verwaltung nicht nur anzukündigen, sondern auch tatsächlich durchzuführen?

Ich möchte Ihnen hier einen einzigen Satz vorlesen, der deswegen interessant ist, weil es wundert, daß das erst als mögliche Zukunft in Aussicht gestellt wird. Im Bericht der Bundesregierung heißt es:

„Insbesondere wäre bei Festlegung der Geschäftsverteilung der einzelnen Bundesministerien, soweit es nicht der Fall ist, sicherzustellen, daß die Geschäfte des Bundes-

Zeillinger

ministeriums“ — und nun steht hier unterstrichen — „unter Bedachtnahme auf ihren Umfang, nach ihrem Gegenstand und sachlichen Zusammenhang auf die einzelnen Sektionen und Abteilungen aufgeteilt werden.“

Ich muß sagen: Ich habe den Satz dreimal lesen müssen, und nun frage ich mich: Ja, wie geschieht es denn jetzt? Wenn das als eine Möglichkeit bezeichnet wird, die man ins Auge fassen könnte, daß die Akten nach der Sachlichkeit und nach ihrem Umfang auf die einzelnen Sektionen und Abteilungen aufgeteilt werden, muß man fragen: Ja, nach welchen Gesichtspunkten werden denn jetzt die Akten aufgeteilt? Wenn nun der Staatssekretär Gruber gesagt hat ... (*Abg. Dr. Pittermann: Nach der Couleur!*) Nach der Couleur vom Aktendeckel oder vom Inhalt? (*Abg. Dr. Pittermann: Vom Kapperl!*) Vom Kapperl! Der Staatssekretär Gruber hat gesagt: Eines der Ziele, die er anstrebt, die er ins Auge faßt, ist, daß den Akt derjenige bekommt, der ihn bearbeiten soll. Das wird also in Aussicht gestellt.

Als ein mögliches Ziel der Verwaltungsreform, im Interesse einer Vereinfachung des Geschäftsbetriebes sollen daher die bereits seit langer Zeit eingeleiteten Arbeiten an einer Novellierung der Kanzleiordnung abgeschlossen werden. Diese so zu novellierende Kanzleiordnung soll das Ziel haben ...; also alles Zukunftsmusik und keine Gegenwart.

Aber doch scheinen da und dort interessante Namen auf. Zum Beispiel wird hier eine Datenverarbeitungsanlage genannt. Meine Damen und Herren, darf ich vielleicht, damit Sie mir nicht den Vorwurf machen, wir Freiheitlichen machen keine Vorschläge, auch dazu einige Vorschläge machen.

Ja, Herr Minister, selbstverständlich: Die Bundesregierung muß umdenken. Sie muß umdenken bei der ganzen Verwaltung. Man kann nicht im maschinellen Zeitalter noch die Akten durch ein Heer von Beamten erledigen lassen. Man kann nicht verlangen, daß zwanzig, dreißig Beamte einen einzigen Akt unterschreiben. Wir müssen eben so weit kommen, daß es höchstens einen Sachbearbeiter und in schwierigen Fällen zwei Sachbearbeiter für den Akt gibt. Wir müssen einmal den Übergang vom personellen Verfahren zum maschinellen Verfahren bekommen. Es gibt heute Staaten, in denen die Einkommensteuerbescheide, die Gewerbesteuerbescheide und so weiter bereits maschinell erfolgen. Ich habe mit Interesse gelesen, daß bei der Beamtenbearbeitung Fehler bis zu 20 Prozent vorkommen, daß aber bei der maschinellen Bearbeitung die Fehlerquelle praktisch ausgeschlossen ist. Das sind nicht

kleine Länder. Ich habe hier Erfahrungswerte des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen gelesen, das wesentlich größer als Österreich ist und in dem man bereits mit derartigen Maschinen arbeitet. Dort war es weniger die Frage der Personalkosten, sondern mehr die Frage des Personalmangels, die zu dieser Umstellung gezwungen hat.

Aber nirgends sehen wir eine Initiative. Und wenn wir es nun heranziehen, dann weiß ich jetzt schon, es wird wieder am psychologischen Widerstand scheitern, weil man nur sagt: Das kostet ja so viel! So eine Maschine kostet ja so viel Geld, und daher können wir sie uns nicht leisten! Daß sie wahrscheinlich ihre Auslagen in aller kürzester Zeit vielfach hereinbringt, das berücksichtigt man nicht.

Die Einheitswertbescheide werden in den Nachbarstaaten bereits mit dem Computer errechnet, die Kfz-Steuer wird maschinell vorgeschrieben und kontrolliert. Die Mahnungen — um ein weiteres Beispiel zu bringen — werden, wenn die Zahlung nicht einlangt, maschinell ausgeworfen, ohne daß jemand dabei tätig werden muß, außer daß jemand die Maschine wartet. Es wird Zeit gespart, es werden Arbeitskräfte erspart, es werden Zinsen dabei errechnet. Ich will gar nicht weiter gehen. Es gibt Staaten, die bereits die Rechtsmittel durch den Computer machen lassen. Ich wage es nur nicht, in den Vorschlägen so weit zu gehen. Aber irgendwo müssen wir uns doch der modernen Zeit stellen. Wir können im Zeitalter der Automation und der Maschine nicht noch immer mit dem Federkiel hinter dem Schreibpult stehen, von einem Dutzend Beamten eine Erledigung durchführen lassen, die maschinell wahrscheinlich in Blitzeseile durchgeführt werden könnte.

Herr Minister! Das wäre einer der vielen Vorschläge, die wir der Regierung machen, wo wir gerne einmal Ihre Meinung hören würden, wo wir gerne hören würden, was die Bundesregierung zu diesem Vorschlag sagt. Man muß einmal das Kostendenken ausschalten, darf nicht fragen, was die Maschine kostet, sondern man muß sich einmal darüber klar werden: Was kann ich im Laufe der Jahre ersparen?

Herr Finanzminister! Gerade Sie als Mitglied der Bundesregierung müßten daran interessiert sein, weil Sie ein Budget mit 34 Milliarden Personalaufwand vertreten müssen. Sie kennen doch auch diesen Bericht, diese Hoffnungen, diese Versprechungen, die sicher aus der Feder des Staatssekretärs Gruber gestammt haben, die im Jahre 1967 das Haus beruhigt haben, wobei wir jetzt feststellen müssen: Es ist nichts geschehen, obwohl die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit hat. Hier kann Sie keine Opposition

Zeillinger

nennenswert hindern, wenn Sie ernsthaft Einsparungsmaßnahmen durchführen wollen. Es ist nichts geschehen, die Entschließung des Nationalrates ist praktisch aufs Eis gelegt. Sie helfen sich darüber hinweg, indem Sie die Staatsverschuldung erhöhen, indem Sie im nächsten Jahr die Staatsausgaben erhöhen, indem Sie alle Ihre eigenen Programmgrundsätze über Bord werfen und sagen: Wir haben eine absolute Mehrheit in diesem Hause. Wir können sicher sein: Wenn wir heuer um 8 Milliarden mehr ausgeben, werden wir im nächsten Jahr um 10 Milliarden mehr ausgeben, wir werden die Staatsverschuldung weiter hinauftreiben. Solange Sie die absolute Mehrheit haben, wird man Ihnen folgen, und die Sicherheit, daß einem Minister nichts passiert, die haben Sie ja von Ihrem Vorgänger. Denn wenn ein Minister tatsächlich einmal abgelöst werden muß, weil er nicht mehr tragbar ist, dann kriegt er einen Ausweichposten mit — wie wir aus dem Munde der Regierung hörten — 1.960.000 S im Jahr. Es ist also in dieser Regierung geradezu erstrebenswert, ein schlechter Minister zu sein, denn dann hat man ein ruhiges und gut bezahltes Leben.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden bei jedem einzelnen Budgetposten unsere Stellungnahme abgeben, werden zu jedem einzelnen Fall unsere Vorschläge machen. Die Regierungspartei soll nicht mehr sagen können, daß sie nicht genügend Alternativen von der freiheitlichen Opposition zur Diskussion gestellt bekommen hätte. Den Gesamtüberblick aber, das Budget 1969, lehnen wir Freiheitlichen ab, weil es genau das Gegenteil von dem ist, was die Regierung 1966 versprochen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Robert Graf (ÖVP)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in einigen Sätzen mit den Ausführungen des Herrn Parteiobmannes Abgeordneten Dr. Kreisky auseinandersetzen. Ich bedaure es, daß er nicht hier ist, nicht weil ich mir Wichtigkeit beimesse, sondern weil ich es gerne in seiner Gegenwart gesagt hätte.

Ich bin auf die Idee gekommen, hier das Wort zu ergreifen, weil Herr Dr. Kreisky seine heutigen Ausführungen zum Budget mit den Worten begonnen hat, man müsse eine vorläufige Übersicht über die Tätigkeit der Bundesregierung hier im Hause treffen, weil es sicherlich das letzte Budget in dieser Legislaturperiode sei. Das brachte mich auf den Gedanken, daß es an der Zeit wäre, eine Feststellung zur Tätigkeit des Herrn Abge-

ordneten Dr. Kreisky in diesem Haus zu treffen. Genauso wie es sein gutes Recht ist, die Regierung hart zu kritisieren, darf ich vielleicht auch diesen Versuch unternehmen. *(Abg. Czettel: Sagen Sie „SPÖ“. Das ist viel gescheiter! Die Tätigkeit der SPÖ!)* Herr Abgeordneter Czettel, ich werde Ihnen nie vorschreiben, was Sie sagen. *(Abg. Czettel: Wir haben die ÖVP und ihre Regierung kritisiert!)* Ich möchte mich im Moment bemühen, auch die Tätigkeit des Herrn Abgeordneten Kreisky im Parlament zu beleuchten. Das ist mein gutes Recht als Parlamentarier. Sie sind ja angeblich so einig, daß, wenn ich Herrn Dr. Kreisky kritisiere oder lobe, Sie gleich mitkritisiert und mitgelobt scheinen. Darf ich das glauben, oder ist dem nicht so?

Ich weiß schon, daß die Ausführungen, die ich, ein parlamentarischer „Back-bencher“, hier mache, Herrn Dr. Kreisky kaum interessieren, aber ich darf es dennoch tun.

Die Ausführungen, die Herr Abgeordneter Dr. Kreisky in diesem Hause seit dem 6. März 1966 vorgebracht hat, lassen die Phasen der politischen Entwicklung des Leaders der Opposition erkennen, die er durchgemacht hat. Begonnen hat Herr Dr. Kreisky im Parlament nach der Situierung der Einparteienregierung mit Prophezeiungen. Auch heute prophezeite er. Er prophezeite damals politische Verfolgungen, Krisen im Ausmaß der dreißiger Jahre und eine totale Verschuldung des österreichischen Staates. *(Abg. Moser: Das ist Ihnen ja gelungen!)* Herr Dr. Kreisky hat auch angekündigt, er werde jeden, der von dieser Einparteienregierung politisch verfolgt wird, hier im Parlament zitieren. Ich erinnere mich genau, daß er sagte, wenn die Listen noch so lang seien, er würde nicht ermüden, sie vorzulesen. Wir haben es Ihnen erspart, Listen politisch Verfolgter vorzulesen, Herr Abgeordneter, denn es wurde niemand von der Einparteienregierung verfolgt *(Abg. Ing. Häuser: Siehe Fragestunde!)*, die Krise, die Herr Dr. Kreisky prophezeit hat, wurde von der Regierung gemeistert, ohne daß auch nur ein österreichischer Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz deswegen verlor. *(Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wegen der Krise, die Herr Dr. Kreisky prophezeit hat, hat kein Arbeiter in Österreich seinen Arbeitsplatz verloren! Das können Sie zugeben! *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Sie haben eine Ahnung!)*

Was die Verschuldung des Staates anbelangt, meine Damen und Herren: Hier halten wir jeden internationalen Vergleich aus, sogar mit Schweden! Das ist ja Ihr Musterbeispiel.

9070

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Robert Graf

Daraufhin hat man im Parlament versucht, zu erklären — auch Herr Abgeordneter Dr. Kreisky und auch Sie, meine Damen und Herren —, man wüßte schon, wie man es besser machen könne, aber es sei nicht Aufgabe der sozialistischen Opposition, der Regierungspartei zu helfen. Ich darf sagen: Die Regierungspartei hat ohne Hilfe der SPÖ (*Ruf bei der SPÖ: ... Schulden gemacht!*) dem Parlament ein Budget vorgelegt, welches von der Regierung in einer Zeit verabschiedet wurde, wie es während der Koalition nie möglich gewesen wäre. Das darf ich doch auch feststellen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Gestritten haben Sie doch wie die Kirtagsbettler!*) Sie müssen eine Praxis haben im Streiten wie ein Kirtagsbettler, Herr Staatssekretär! (*Abg. Weikhart: Das ist doch nichts Unbekanntes!*) Nein, aber haben Sie noch nie Krachs gehabt? Sie sind ein Meister des innerparteilichen Krachs! (*Abg. Weikhart: Heute ist von Wilhelm Maulkorbverbot verhängt worden!*)

Meine Damen und Herren! Obwohl wir von der Österreichischen Volkspartei die politische Erbschaftsteuer der Koalitionswirtschaft bezahlen müssen — das haben wir gewußt, das geben wir zu —, haben wir der österreichischen Bevölkerung unser ernstes Wollen und auch echte Möglichkeiten gezeigt, ohne das Erreichte zu gefährden eine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten. (*Abg. Ing. Häuser: Abwärtsentwicklung!*) Nein, nein! Sie in Ihrer Funktion als Gewerkschafter wissen selbst, daß die Entwicklung der Wirtschaft Gott sei Dank aufwärtsgeht. Das wissen auch Sie, Herr Präsident Häuser, Sie stellen ja auch in anderen Foren fest, daß es so ist. Ihr Parteichef hat behauptet, diese Entwicklung ist ja da, nur hat er gesagt, sie sei das Verdienst der Gewerkschaft. Das bestreite ich. (*Abg. Ing. Häuser: Er hat von der Einkommensentwicklung geredet!*) Die Entwicklung nach aufwärts ist hier, und sie ist ein Verdienst der österreichischen Bundesregierung, auch wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf hier einen Ausspruch eines Journalisten wiedergeben: Nun wurde bei dem Kreisky-Festival in den Sofiensälen das Wirtschaftsprogramm verkündet, das neue Wundermittel der Sozialistischen Partei. — Sicherlich schön, nur: Wer wird diese Wunder bezahlen? Die Reichen, werden Sie jetzt sagen. Wir haben keine in Österreich. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Selbst Ihr politischer Kollege, der steirische Parteiboss Dr. Schachner hat ja am Parteitag die „bange Frage“ — so war es formuliert — aufgestellt: Wer wird das bezahlen?

Der SPÖ-Parteitag mag einige kosmetische Verbesserungen im Aussehen durchgeführt haben, aber das Programm, meine Damen und Herren, ist undurchführbar. (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) Würden wir es durchführen können, es würde die österreichische Wirtschaft, Herr Dr. Weihs, in eine Kraterlandschaft der Verarmung verwandeln, und Sie wissen das. Aber schon der Versuch, dieses Programm der österreichischen Bevölkerung schmackhaft zu machen — da f ich das bitte sagen, ohne daß Sie sich aufregen —, zeigt von einer gewissen politischen Schizophrenie, an der Sie zu leiden scheinen (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), denn, meine Damen und Herren, selbst der theoretische Versuch, dieses Programm zu praktizieren, würde bedeuten, daß Sie sich des schwedischen Sozialismus bedienen müßten. Und, meine Damen und Herren, würden Sie das tun, dann müßten Sie 90 Prozent Ihrer sozialistischen Führer eliminieren, denn ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß der reaktionäre marxistische Flügel bei Ihnen noch ziemlich munter ist und souverän dominiert. Die Ereignisse der letzten Tage haben es wieder gezeigt. Es mag schon sein, daß Sie glauben oder glauben konnten, daß Ihre Partei vor 70 Jahren avantgardistisch war. (*Abg. Sekanina: Herr Kollege Graf, lesen Sie ab und zu ein Traumbuch?*) Ja, das sozialistische Wirtschaftsprogramm, denn das ist das neueste Traumbuch in Österreich! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Es ist aber ein Alptraumbuch, Herr Abgeordneter Sekanina! (*Abg. Sekanina: Es muß also doch etwas dahinterstecken!*) Gewaltige Dinge stecken dahinter, nur wissen Sie nicht, was es bedeutet! (*Abg. Sekanina: Aber Sie wissen es!*) Jawohl: Es ist nicht durchführbar! Aber ich komme noch darauf.

Eines möchte ich doch sagen: Ihre Partei ist trotz des modernen Parteitages in den Sofiensälen in einer Entwicklung stecken geblieben, die keinen Vergleich mit den schwedischen Sozialisten zuläßt, das wissen Sie so gut wie ich, denn die schwedischen Sozialisten haben von Wirtschaft und ähnlichen Späßen eine ganz andere Auffassung als Sie, eine viel wirtschaftsnähere. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Was haben Sie vorhin gesagt?*)

Aber, meine Damen und Herren, eines gebe ich Ihnen zu: Ihr Programm beinhaltet eine gewisse Gefahr, und die Gefahr ist die, daß selbst sozialistische Fachleute von der Nichtdurchführbarkeit dieses Programms überzeugt sind, Sie aber dennoch versuchen, es der Bevölkerung einzureden. Dort ist die Gefahr. Ich bin überzeugt, daß sozialistische Fachleute im Klub wider besseres Wissen nur durch politische Vergewaltigung diesem

Robert Graf

Programm das Wort reden, weil es nicht durchführbar ist. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Zerbrechen Sie sich den eigenen Kopf! — Abg. Moser: Darüber müßten Sie sich freuen, wenn es nicht durchführbar wäre! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mich nicht anhören, gefährden Sie die Fernscheidung des von mir sehr verehrten Herrn Präsidenten des Gewerkschaftsbundes. Ich habe versprochen, möglichst kurz zu sein. (*Abg. Ing. Kunst: Deshalb können Sie nur provozieren!*) Herr Kollege Kunst, ich stelle mich Ihnen hier jedem gewünschten Rededuell, ohne zu provozieren. Verwechseln Sie Feststellungen einer politischen Partei nicht mit einer Provokation! Es ist Ihr gutes Recht, hier zu sagen, was Ihnen nicht paßt, es ist aber auch unser gutes Recht, Ihnen zu sagen, was wir von Ihrem großartigen Programm halten! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Sie bleiben nur die Beweise schuldig!*)

Die ganze Entwicklung, die Sie hier nennen, zeigt die Wandlungsfähigkeit des Herrn Parteibobannes der SPÖ. Er hat hier im Parlament, nachdem die Regierung als Alleinregierung etabliert war, begonnen, als eine Art politisches Klageweib Österreichs schwarzzumalen, was alles geschehen wird. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Es hat aber alles gestimmt! — Abg. Weikhart: Und es ist eingetroffen! Wollen Sie noch mehr haben?*) Nach dem Parteitag der SPÖ hat sich Herr Dr. Kreisky — Respekt für die Verwandlung! — in ein Einmannorchester seiner Partei verwandelt. Herr Dr. Kreisky, Sie sind Ihr eigenes Schattenkabinett, Sie sind Ihr eigener Außenminister — ohne Erfolg! —, Sie sind Ihr eigener Finanzminister — ohne Alternativen! —, und Sie sind Ihr eigener Wirtschaftsminister — ohne Bedeckung! (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das sind lauter leere Phrasen!*) Es mag sein, gnädige Frau, daß Ihnen das als Phrasen erscheint, aber eines darf ich Ihnen sagen: Der Kapitän des SPÖ-Schiffes, Dr. Kreisky, hat sich zur eigenen Galionsfigur ernannt. Nichts dagegen, aber, Herr Doktor, wohin geht denn der Kurs? Der neue Kurs des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky — wohin geht er, ist er neu? Meine Damen und Herren, der Kurs des Herrn Dr. Kreisky 1968 ist gleich dem Kurs des Herrn Dr. Pittermann 1957. Jawohl, wieder ein neuer Parteibobann, wieder ein neues Programm, wieder neue Anbiederungsversuche — diesmal bei den Selbständigen und Katholiken —, wieder ein altes Konzept zum Stimmenfang, und wieder kein Konzept für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Das ist Ihr Wirtschaftsprogramm, meine Damen und Herren! (*Abg. Czettel: War das alles, was Sie dazu zu sagen haben?*) Wir behalten uns auch vor, in verschiedenen Phasen zu Ihrem Pro-

gramm Stellung zu nehmen, so, wie der Abgeordnete Kreisky. (*Abg. Weikhart: Machunze hat erklärt, das ist von der ÖVP abgeschrieben, Sie erklären, das ist undurchführbar! Was ist jetzt wahr?*)

Die Politik der Regierungspartei hat alle Kassandrarufer des Herrn Dr. Kreisky in das Reich der Fabel verwiesen. Meine Damen und Herren, die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs in den siebziger Jahren werden Sie aber nicht durch Phrasen erzeugen, sondern nur durch eine konzeptive Budgetpolitik, und die exerzieren wir Ihnen vor. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Ich bitte, das dem Koren zu sagen!*) Wir werden nicht versäumen, die österreichische Bevölkerung auf die Diskrepanzen des Wirtschaftsprogramms hinzuweisen. Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ ist ein Paket ohne Inhalt, das Wirtschaftsprogramm der SPÖ ist eine Camouflage des Unvermögens, eine echte Alternative zu bieten. Das ist die Wahrheit! (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Haben Sie es überhaupt gelesen, oder waren Sie auch so vernebelt wie Machunze?*) Es ist ein verpackter Versuch des Stimmenfangs für die kommenden Wahlen. (*Abg. Weikhart: Über 300 Wissenschaftler und Fachleute waren dabei! Aber Sie haben es nicht einmal gelesen!*) Niemand von Ihnen hat erklärt, wo Sie das Geld hernehmen für das, was Sie hier prophezeien und durchsetzen wollen. Die Gefahr ist aber, daß Sie wissen, daß Sie es nicht verwirklichen können, und daß Sie es in Richtung auf die kommenden Wahlen trotzdem dem österreichischen Volk aufschwätzen wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Wodica: Das ist doch alles Geschwätz!*) Das ist Ansichtssache! Herr Kollege Wodica, es ist Ihnen unbenommen, meine Ausführungen als Geschwätz abzutun.

Ich komme schon zum Schluß, möchte aber eines noch feststellen. Herr Dr. Kreisky, Sie haben mit einer historischen Feststellung geschlossen. Ich möchte es auch tun: Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ ist, zugeschnitten auf das Computer-Zeitalter, ein Potemkinsches Dorf. Es mag sein, daß Sie, Herr Doktor, sich in der Rolle des russischen Blenders wohlfühlen. (*Abg. Czettel: Das sind keine Phrasen?*) Wir werden dem österreichischen Volk sagen, daß es nicht die Rolle der betrogenen Zarin einnehmen wird! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Arme ÖVP! — Abg. Weikhart: Das ist ein Niveau! So was ist Abgeordneter und schläft in einem Bett!*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Benya. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Benya** (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß die Sache, die heute zur Diskussion steht, viel zu ernst ist,

Benya

als daß man mit Phrasen darüber hinweggehen könnte, wie es der Herr Kollege Abgeordneter Graf gemacht hat, als er sagte: Wir werden in Phrasen zu Ihren Ausführungen Stellung nehmen! (*Abg. Robert Graf: In Phasen, Herr Kollege! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Lieber Herr Kollege Graf, es ist mir völlig klar, daß Sie von Ihren Ausführungen abweichen wollen. Sie haben aber, ich wiederhole es, erklärt: Wir als ÖVP werden zu Ihren Ausführungen in Phrasen Stellung nehmen. (*Abg. Dr. Kleiner: Er hat es auch wirklich gemacht! — Rufe bei der ÖVP: In Phasen!*) Das haben Sie gesagt.

Eigentlich müssen wir der Österreichischen Volkspartei dankbar sein, daß sie in ihrer Verlegenheit, das Budget zu verteidigen, das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei so stark in den Vordergrund rückt. Ich will nur hoffen, daß die Abgeordneten der Volkspartei dieses Programm einmal studieren und dann vielleicht mit uns in eine Diskussion eintreten. Ich bin nämlich überzeugt, daß sie das bisher nicht getan haben. Wenn wir in unseren Betrachtungen für die Zukunft ein Programm erstellt haben, dann, sehr verehrte Damen und Herren, muß ich Ihnen schon sagen: Es wäre in erster Linie Aufgabe der Regierung gewesen, als Weg aus diesem Wirtschaftsdilemma, in dem wir uns leider noch immer ein wenig befinden, ein für die Zukunft gerichtetes Programm auszuarbeiten. Das ist aber erst nach langer Zeit geschehen.

Der Herr Finanzminister hat in einer rhetorisch gut ausgewogenen Rede den Bundesvoranschlag der Regierung Klaus II dem Hause kundgetan. Ich persönlich möchte aber sagen: Auf Grund seiner wirtschaftswissenschaftlichen Tätigkeit habe ich erwartet, daß mit diesem Budget die Weichen für eine moderne Industriepolitik gestellt werden, welche die Vollbeschäftigung sichert und die Voraussetzungen für ein entsprechendes Wirtschaftswachstum auch für die nächsten Jahre schafft. Dies glaubte ich insbesondere erwarten zu können, da der heutige Herr Finanzminister als seinerzeitiger Staatssekretär im Bundeskanzleramt Untersuchungen über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft anstellte und in Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Interessensvertretungen sehr aufgeschlossenen Prognosen und Konzepte erarbeitete.

Ich glaube aber, er konnte sich nicht durchsetzen. Er hat es aber vor dieser Leistung doch noch zustande gebracht, den Widerstand in der Österreichischen Volkspartei, der sicher vorhanden gewesen ist, zu überwinden, und nachdem der ÖGB seinem Bundeskongreß Vorschläge für eine Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik vorgelegt hatte und nachdem die Sozialistische Partei, sehr verehrte Kollegen

von der Österreichischen Volkspartei, Anfang 1967 in einer großen ökonomischen Konferenz in Arbeitskreisen, in denen Wissenschaftler, Volkswirtschaftler und Ökonomen tätig gewesen sind, Reformvorschläge für die österreichische Wirtschaft ausgearbeitet und diese Vorschläge öffentlich zur Diskussion gestellt hatte, hat der Herr Finanzminister dann den Koren-Plan vorgelegt.

Fürs erste, glaube ich sagen zu können, waren wir Sozialisten überrascht, und wir freuten uns, weil wir glaubten, daß nun die ÖVP, die sich ja bisher immer gegen Pläne und gegen jede planvolle Gestaltung der Wirtschaft ausgesprochen hatte (*Abg. Dr. Haider: Niemals!*), endlich ihre Angst vor dem Wort Plan fallengelassen hat und ernstlich daran geht, grünes Licht für eine planvolle Gestaltung der Wirtschaft zu geben. Wenn ich „grünes Licht“ gesagt habe, dann bitte ich nicht zu glauben, daß ich mich von dem Einbanddeckel der Broschüre, die ja in Grün gehalten ist, irgendwie habe beeinflussen lassen. (*Abg. Glaser: Eine sympathische Farbe ist Grün schon!*) Ich meinte nur: Nun ist die Bahn frei für eine planvolle Wirtschaftspolitik in diesem Lande.

Aber sehr bald war klar, daß das wirtschaftspolitische Konzept in diesem Plan zu kurz gekommen ist. Ich habe diese Broschüre durchgearbeitet und muß feststellen: Auf vier Fünftel der Seiten dieser Broschüre finden wir Untersuchungsergebnisse über die internationale Konjunkturlage und über die Ursachen der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Österreich. Aber nur auf 13 Seiten DIN A 5 — das ist verhältnismäßig sehr wenig; und selbst diese sind nur zu zwei Dritteln bedruckt — finden wir das wirtschaftspolitische Konzept. Ich bin überzeugt, daß der Herr Finanzminister weit mehr in diesen Koren-Plan hineinbringen wollte, aber da ich von den Mitgliedern des Koren-Komitees, in dem ja auch Vertreter von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund gewesen sind, weiß, daß das ursprüngliche Manuskript viel mehr Seiten hatte, als dann in diesen 13 Seiten — DIN A 5 zu zwei Dritteln bedruckt — zum Ausdruck gekommen ist, fürchte ich, daß bei diesem Koren-Plan der rote Zensurstift der schwarzen Österreichischen Volkspartei sehr stark zum Zug gekommen ist, Herr Vizekanzler! (*Abg. Dr. Withalm: Ein schönes Gedankenspiel!*) Denn da haben Sie sich wahrscheinlich durchgesetzt, und der Finanzminister mußte kapitulieren. Es tut mir aber sehr leid, daß er mit diesem Konzept nicht durchgekommen ist, daß er zurückstecken mußte. Es ist schade!

Wer aber dann noch hoffte, daß er sich beim Budget durchsetzen werde, sieht sich neuerlich enttäuscht, denn gerade hier sieht man, daß

Benya

auch er den Weg fortsetzt oder vielleicht fortsetzen muß, den die ÖVP-Alleinregierung seit 1966 geht. Das bedeutet (*Abg. Dr. Haider: Einen guten Weg!*): Belastungen für die wirtschaftlich Schwächeren und Entlastungen für die wirtschaftlich Stärkeren! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Das ist falsch!*) Ich werde Ihnen, Kollege Haider, im Verlauf meiner Ausführungen noch einige Male beweisen können, daß dieser Ausdruck „Belastungen für die wirtschaftlich Schwächeren und Entlastungen für die wirtschaftlich Stärkeren“ stimmt. (*Abg. Dr. Haider: Falsch!*)

Wenn der Herr Finanzminister am Beginn seiner Rede sagte: „Die Budgetpolitik der demokratischen Gesellschaft ist heute das zentrale Instrument der Wirtschaftspolitik“, dann unterstreichen wir Sozialisten diesen Satz voll und ganz. Wir haben dies aber immer betont und uns in der Zeit der Koalition in dieser Richtung einige Male durchsetzen können — nicht ganz, weil damals diese Meinung in der Österreichischen Volkspartei noch nicht vorhanden gewesen ist.

Aber nun will ich mich mit einigen Punkten der Budgetpolitik beschäftigen:

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede die Konjunkturentwicklung im heurigen Jahr geschildert und den Konjunkturaufschwung auf das Konto der ÖVP-Regierung zu buchen versucht. Er sagte: „An der Wende zu 1968 zeigten sich die ersten Anzeichen einer Wiederbelebung der internationalen Konjunktur. Dennoch hat die Bundesregierung ihre Politik der Konjunkturstützung fortgesetzt und besonders durch eine Auftragsballung zu Jahresbeginn und zusätzliche Nachfrageimpulse durch die Freigabe von 1,2 Milliarden Schilling aus dem Eventualhaushalt die saison-schwachen Monate des Frühjahres unterstützt.“

Sehr verehrte Damen und Herren! Diese Darstellung ist zu einseitig ausgefallen, denn der Herr Finanzminister versucht anscheinend angesichts der wenigen Erfolge dieser Regierung, Maßnahmen für diese Regierung zu reklamieren, die bei Gott nicht von ihr ausgegangen sind. In der Wirtschaftspolitik ist es aber so, daß falsche Erklärungen zu falschen Schlußfolgerungen führen können und daß falsche Schlußfolgerungen zu verfehlten Maßnahmen beziehungsweise dazu führen, daß notwendige Maßnahmen unterlassen werden.

Ich muß daher, Hohes Haus, einige grundlegende Korrekturen an dieser Darstellung der Konjunkturentwicklung des Herrn Finanzministers anbringen und sagen:

Im September des vergangenen Jahres wurden die Präsidenten der Interessenvertretungen vom Wirtschaftsbeirat darauf aufmerksam gemacht, daß die Konjunkturentwicklung

für 1968 sehr pessimistisch eingeschätzt werden müsse. Wir haben diese Erklärungen nicht an die große Glocke gehängt, obwohl wir von der Österreichischen Volkspartei häufig zu hören bekommen, daß wir Sozialisten aus parteipolitischen Gründen schwarzmalen, miesmachen und damit die Konjunktur zerschlagen. Daß uns das ferneliegt, haben wir des öfteren bewiesen. Wir brauchen dazu keine Belehrungen von Seiten der ÖVP oder ihrer Zeitungen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir Sozialisten und Gewerkschafter haben das größte Interesse an einer günstigen Konjunkturentwicklung, und wir haben alles dazu beigetragen, daß eine Konjunkturbelebung eintritt.

In den Besprechungen der Präsidenten der Interessenvertretungen wurden die vom Beirat vorgeschlagenen Maßnahmen beraten und diese dann der Bundesregierung als konjunkturpolitische Empfehlung übermittelt. Eine dieser Empfehlungen war die Beschlußfassung eines Eventualbudgets, das ausreichende öffentliche Investitionen ermöglichen sollte. Dies vor allem deswegen, weil die Umstellung der Wohnbaufinanzierung, auf die die Österreichische Volkspartei so stolz war, bei der Bauwirtschaft zu einer Auftragslücke geführt hat, die Gewerkschaft und Bauinnung mit etwa 1,4 Milliarden Schilling berechnet haben, und wir in der Bauindustrie daher an diesem Konjunkturaufschwung nicht teilnehmen können.

Wir waren uns darüber im klaren, daß angesichts der schwachen Nachfrage in der österreichischen Wirtschaft nur eine auf breiter Front erfolgende Steigerung der privaten Nachfrage eine rasche Konjunkturbelebung herbeiführen könnte. Wir sahen als Gewerkschaftsbewegung unsere Aufgabe darin, Lohnbewegungen durchzusetzen, die groß genug sein mußten, um einerseits Kaufkraftverluste der Arbeitnehmer infolge der Preissteigerungen auszugleichen und andererseits eine ausreichende Steigerung der Nachfrage nach allen möglichen Waren und Dienstleistungen herbeizuführen.

Wir können heute feststellen, daß diese Lohnbewegung ihre Ziele, so wie wir es geplant haben, erreicht hat. Durch sie konnte eine rasche Konjunkturbelebung eingeleitet werden, die etwa im zweiten Viertel dieses Jahres ein wenig fühlbar wurde. Zwar wurden uns, als wir mit dieser Aktion begannen, von Regierungs- und Unternehmerseite Vorhalte gemacht. Man meinte, daß mit diesen Lohnbewegungen eben eine Kostensteigerung verbunden sein müsse, die das schwache Flämmchen der Konjunktur, die sich anbahnt, wieder zum Erlöschen bringen könnte.

Wir können heute feststellen, daß es gut gewesen ist, daß wir uns durch diese Parolen nicht haben aufhalten lassen, diese Politik für

Benya

die Konsumenten und damit die Politik für Konjunkturimpulse durchzuführen, denn bei der wirtschaftspolitischen Aussprache der Bundesregierung mit den Mitgliedern der Paritätischen Kommission konnte der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Professor Nemcsák, darauf hinweisen, daß die Konjunktur in diesem Jahr von der Konsumentennachfrage und von der Nachfrage des Auslandes getragen worden war.

Er sagte aber auch noch etwas, und zwar daß „die Ausüstungsinvestitionen im gewerblichen Bereich angesichts der starken Produktionsausweitung, der nicht ungünstigen Gewinn- und Kostenlage im Herbst stärker einsetzen müßten“. Das war die Aussage des Leiters des Wirtschaftsforschungsinstitutes.

Und wenn wir uns nun heute die Frage vorlegen, ob die Unternehmer diese Chance genutzt haben, müssen wir leider sagen, daß bis jetzt von einer Belebung der Investitionstätigkeit wenig zu spüren ist. Dies gilt für die Investitionen in der Privatwirtschaft ebenso wie für die Investitionen der verstaatlichten Unternehmungen.

Des weiteren hat die Regierung durch ihre Finanz- und Budgetpolitik aber auch die finanzielle Lage der Länder und Gemeinden bedenklich verschlechtert. Die Gemeinden haben steigende Schwierigkeiten mit der Finanzierung jener Investitionen, von denen in einem hohen Grade die Gesundheit der Bevölkerung und die Gesundheit unserer Gesellschaft abhängen — ich meine den Bau von Spitälern und Schulen, den Bau von Wasserleitungen, von Abwässerungsanlagen und die Schaffung von Grünflächen und Kindergärten, das, was wir zur Infrastruktur zu zählen haben.

Die meisten Länder und Gemeinden haben jedoch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten erkannt und haben trotz veringerten Einnahmen durch Rückgriffe auf ihre Reserven und Vergrößerung ihrer Verschuldung ihre Investitionen getätigt. Dafür können wir den in diesen Köperschaften Tätigen Dank sagen, weil sie mit dazu beigetragen haben, die Konjunktur ein wenig mehr zu beleben.

Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, daß die Länder und Gemeinden ihre Investitionspolitik fortsetzen können, wenn ihnen durch die Finanzpolitik der ÖVP-Bundesregierung die Einnahmen weiterhin ausgehöhlt werden.

Wenn wir feststellen müssen, daß auch die verstaatlichten Unternehmungen in ihren Investitionsanstengungen hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben sind, dann wollen wir das weder den Arbeitern noch den Angestell-

ten noch der großen Zahl der leitenden Persönlichkeiten anlasten. Wir haben zu lange die bittere Erfahrung gemacht, daß die ÖVP trotz gegenteiliger Beteuerungen die Entwicklung der verstaatlichten Betriebe schwerstens behindert hat! Es gab Persönlichkeiten in den Leitungskörperschaften, die das wollen und die eine Ausweitung, ein Fortschreiten in den Bereich der Weiterverarbeitung abgelehnt und dadurch den Betrieben eine Hemmung auferlegt haben. Es gab eine Politik des Schrumpfens, und man hat vergessen, daß gerade mit der Expansion der Grund- und Schlüsselindustrie eben eine neue Konjunkturalwelle eingeleitet werden kann.

Die Österreichische Volkspartei redet seit 1966 von der Reorganisation im verstaatlichten Bereich, aber ich muß feststellen, daß sie jetzt — von 1966 bis heute — genauso wenig bereit war, positive Leistungen zu erbringen wie seine Zeit, als wir noch im Vierzehnerausschuß beisammengesessen sind und uns um die Reorganisation der verstaatlichten Unternehmungen bemühten. Wir haben damals als sozialistische Fraktion des Vierzehnerausschusses Überlegungen angestellt, haben konkrete Vorschläge unterbreitet, aber es wurde dann in der gemeinsamen Sitzung all das, was wir vorgetragen und vorgelegt hatten, abgelehnt. Dr. Pittelmann hat damals im Jahre 1964 im Parlament einen Bericht gebracht. Daß ich heute daran erinnern, was zu den allgemeinen Ausführungen im Vierzehnerkomitee von den Vertretern der ÖVP, unter anderem dem heutigen Herrn Vizekanzler, Herrn Präsidenten Maleta, Herrn Ing. Harramach, Dr. Igler und all den Fraktionskollegen der ÖVP, gesagt worden ist:

„Zu den allgemeinen Ausführungen des Herrn Vizekanzlers, Seite 1 bis 11, müssen die Vertreter der ÖVP im Vierzehnerausschuß feststellen, daß die vorliegenden Berichte der Arbeitskreise nicht gezeigt haben, daß allgemeine Reorganisationsmaßnahmen angesichts der Entwicklung in der Produktionstechnik wie in der Marktsituation durch eine starre Konzernführung unbedingt erforderlich erscheinen. Ganz im Gegenteil haben die Berichte“ — so sagte man — „der Arbeitskreise gezeigt, daß keine Konzentration im großen notwendig ist und sehr wohl auch die historische Gesellschaftsform in der Lage ist, eine notwendige Abstimmung auf gemeinsame Wirtschaftszwecke durchzuführen.“

Es wurde dann weiter gesagt: „Die Arbeitskreise haben nicht die Aufgabe der Festsetzung der Investitionen, sondern der gemeinsamen Beratung über Investitionen. Die Arbeitskreise haben nicht die Aufgabe der Genehmigung von Produktionsprogrammen, sondern der freiwilligen Abstimmung von Produktionsprogram-

Benya

men. Die Arbeitskreise haben nicht die Aufgabe, gemeinsame Organisationen von Einkauf, Verkauf und so weiter zu schaffen, sondern die Arbeitskreise haben die Aufgabe der gegenseitigen Information über Einkauf, Verkauf und so weiter.“

An anderen Stellen heißt es: „Dem Herrn Vizekanzler das Recht der Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrates einzuräumen, ist eine Forderung, die über das derzeit gültige Kompetenzgesetz 1959 und daher auch über das Arbeitsübereinkommen anlässlich der Regierungsbildung hinausgeht.“

Ich habe das deswegen erwähnt, weil wir gerade jetzt bei der großen Diskussion um die Reorganisation sind und weil die Vertreter der Österreichischen Volkspartei in der Öffentlichkeit so tun, als ob erst jetzt durch ihre Initiative etwas geschieht. Das, was sie jahrelang verhindert haben, darüber reden sie wohl, als sollte es geschehen. In Wirklichkeit geschieht noch immer nichts, denn die ÖIG hat zwei Gutachten ausarbeiten lassen, und diese zeigen, wie richtig wir Sozialisten die Probleme schon im Jahre 1963 gesehen haben. Die Gutachten von Booz-Allen & Mayek und des Leobener Professorenteams — die beide sehr ausführlich sind — kommen doch zu ähnlichen Ergebnissen wie wir, ein wenig unterschiedlich wohl in den Ausführungen, aber sie sagen: Konzentration und Programmvereinigung sind notwendig, unumgänglich notwendig! Die Modernisierung der Betriebe ist dringend — um modernisieren zu können, braucht man Geld für Investitionen. Die Gutachten sprechen von einem Kapitalbedarf von etwa 3 Milliarden Schilling in drei Jahren oder pro Jahr von 1 Milliarde!

Ich frage nun, nachdem ja auch die Regierung diese Gutachten kennt, oder sie ihr zumindest von den verstaatlichten Unternehmungen unterbreitet worden sein dürften: Was bietet die Regierung im Budget für diese notwendigen Reorganisationsmaßnahmen? Ich darf Ihnen sagen: Im Jahre 1968 haben wir gegen die geringe Budgetpost von 199 Millionen Schilling argumentiert. Aber im Jahre 1969, wo doch diese Reorganisation sehr rasch durchgeführt werden sollte, werden weniger Millionen eingesetzt als 1968, nämlich nur mehr 175.

Meine Damen und Herren! So kann man eine Reorganisation nicht durchführen. Es hat wenig Sinn, wenn man an Sonntagen den Leuten erklärt, es werde alles geschehen, damit die Arbeitsplätze gesichert werden, damit die Betriebe die nötigen Mittel bekommen, um eben wieder expandieren zu können. Die Arbeitnehmer — wir haben mit ihnen den engsten Kontakt, sie kommen mit ihren

Sorgen zu uns — verlangen Taten. Sie wollen nun endlich einmal Entscheidungen. Die Regierung vertritt die Eigentumsrechte des Volkes an den Betrieben, daher muß sie als Verantwortliche auch dafür sorgen, daß die Betriebe und damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben und durch entsprechende Kapitalzufuhr so wie früher Ertrag bringen, arbeiten können. Glauben Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß man mit 175 Millionen etwas Bedeutendes leisten kann? Ich hätte gemeint, der Herr Finanzminister würde ein Budget für eine moderne Industriepolitik vorlegen.

Auch Kollege Dr. Kreisky hat darauf verwiesen, daß wir im Jahre 1953 mit einem Investitionsprogramm, das sehr wohl der Grundstoffindustrie und auch Bahn, Post und Energiewirtschaft Impulse gegeben hat, dieser Wirtschaft — nämlich auch der privaten, im weitesten Umfang der privaten Wirtschaft — die Möglichkeit gegeben haben, sich zu erholen und sich für den Weltmarkt vorzubereiten.

Wir können aber sagen — wenn wir den österreichischen Kohlenbergbau hernehmen —: Wo bleibt der in der Regierungserklärung von 1966 neuerlich versprochene Energieplan?! Wenn man anfragt, heißt es: Im Koren-Plan steht, welche Ministerien für die Erstellung eines Energieplanes verantwortlich zeichnen. — Aber es steht nur auf dem Papier; es ist bis heute nichts geschehen.

Man spricht, um scheinbar von dieser Dringlichkeit abzulenken — zumindest liest man dies in den Zeitungen —, von der Nutzung der Atomenergie. Wir haben nichts dagegen, daß wir uns auch mit diesem Problem beschäftigen. Ich glaube aber, für die österreichische Wirtschaft wäre es derzeit zweckmäßiger — noch dazu, wo wir die nötigen Kapitalien nicht in dem Ausmaß zur Verfügung stellen können —, daran zu denken, mehr noch der Umwandlung der österreichischen Kohle in elektrische Energie in kalorischen Werken den Vorzug zu geben. Damit würden den Bergarbeitern die Arbeitsplätze gesichert und für die Bevölkerung in diesen Bergbaugebieten doch Sicherheit und Wohlstand geschaffen werden.

Ein weiterer Energieträger, nämlich die Wasserkraft, sollte ausgebaut werden. Mit der Fortsetzung des Ausbaus der Wasserkräfte, unter anderem auch mit dem Ausbau der Donaukraftwerke, gewinnen wir ja, sehr verehrte Damen und Herren, nicht nur Strom, nicht nur elektrische Energie, sondern wir können damit auch eine moderne Wasserstraße schaffen, die uns in Zukunft als Transportweg in unserer wirtschaftlich und geographisch

Benya

schlechten Lage helfen könnte. Wir wissen, daß einer modernen Wasserstraße in Zukunft große Bedeutung zukommen wird, aber für diese für die Arbeitnehmer und für die Wirtschaft so wichtigen Anliegen stellt man keine Beträge zur Verfügung.

Von der Reorganisation der verstaatlichten Betriebe und dem Energieplan wird viel gesprochen. Aber in den zweieinhalb Jahren der ÖVP-Regierung ist nichts geschehen. Daß eine Expansion der österreichischen Wirtschaft auch eine Stärkung ihres Rückgrats, nämlich der Grundstoff- und Schlüsselindustrie, erfordert, scheint auch heute noch manchen Leuten nicht begreiflich zu sein.

Der Herr Finanzminister hat sich in dem nach ihm benannten Plan für eine forcierte Industriepolitik ausgesprochen. Wenn wir aber sein Budget daraufhin untersuchen, was darin für eine solche moderne Industriepolitik vorgesehen ist, müssen wir feststellen: weniger als bisher. Offensichtlich — ich sagte es eingangs, es ist meine Auffassung — ist er auch in diesem Punkt mit seinem Konzept für eine moderne Industriepolitik, die eben erst die Möglichkeit für ein größeres Wirtschaftswachstum bietet, in seiner eigenen Partei nicht durchgedrungen. Durchgedrungen ist dagegen die Landwirtschaft; dort werden ohne echte Begründung, ohne Agrarkonzept, das eine Anpassung der Produktion an den Absatz im In- und Ausland beinhalten müßte, weitere Millionen zur Verfügung gestellt.

Gar kein Zweifel, daß die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft für den Staat und seine Bevölkerung enorm wichtig ist! Ist es aber sinnvoll, so zu subventionieren, daß von Jahr zu Jahr mehr Subventionen gebraucht werden? Wir subventionieren den Anbau, die Aufzucht, den Überschuß, den Verderb und den Export und finden, daß die Summen, die für diese Subventionen nötig sind, immer größer werden. Wir haben im Jahre 1965 1,3 Milliarden dafür verwendet, wir verwendeten im Jahre 1968 2,3 Milliarden und werden im Jahre 1969 wieder 2,3 Milliarden verwenden, obwohl ein Teil der Subventionen auf Kosten der Konsumenten abgebaut wurde, was Preiserhöhungen zutage gebracht hat. Trotzdem, obwohl ein Teil von den Konsumenten bezahlt wird, haben wir im Budget wieder die Post von 2,3 Milliarden.

So wie die Förderungsmaßnahmen der Landwirtschaft revisionsbedürftig sind, zeigt sich auch, daß die sogenannten Wachstumsgesetze — von denen mein Parteifreund Kreisky ebenfalls gesprochen hat — nicht den so großsprecherisch vorausgesagten Erfolg gebracht haben. Wir müssen leider feststellen, daß im Prognosezeitraum von 1967 bis 1970

die österreichische Wirtschaft mit ihrer Wachstumsrate nicht einmal die erschreckend niedrige Prognose der OECD — diese hatte uns ja ein 3,8prozentiges Wachstum im langfristigen Durchschnitt vorhergesagt — erreichen wird.

Das Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft hat dem Kollegen Machunze Anlaß gegeben, große Teile daraus vorzulesen, und auch Kollege Graf hat sich freundlicherweise mit dem Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft beschäftigt. Ich will nur hoffen, daß sehr oft noch über dieses Programm hier gesprochen wird und daß man das, was man liest, auch zur Kenntnis nimmt und sich bemüht, diese richtigen Erkenntnisse mit uns in die Tat umzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft, das die Sozialistische Partei ausgearbeitet und der österreichischen Bevölkerung vorgelegt hat, weist uns einen Weg, wie wir aus diesem gefährlichen Kreislauf von niedrigen Wachstumsraten — Zurückbleiben hinter der Entwicklung in Westeuropa — und geringerer Konkurrenzfähigkeit herauskommen können. Wir sind uns im klaren darüber, daß wir nicht nur Konjunkturpolitik betreiben können, sondern auch zur Verbesserung der Struktur der österreichischen Wirtschaft fortschreiten müssen. Wenn allerdings der Herr Finanzminister mit seinen Reformvorschlägen, deren Zweckmäßigkeit ich gar nicht anzweifeln will, weiterhin so langsam vorankommt wie bisher, dann, fürchte ich, werden wir in der Gesetzgebungsperiode dieser Regierung nur vereinzelte Ansätze für eine Reorganisation erleben.

Der Herr Finanzminister hat noch als Staatssekretär im Frühjahr 1967 seine Reorganisationsvorschläge auszuarbeiten begonnen; er ist dann — so scheint es mir — in den innerparteilichen Zwistigkeiten fast untergegangen, und erst jetzt, im September 1968, wird die vom Gewerkschaftsbund auf seinem Bundeskongreß geforderte — leider auch sehr bescheiden ausgefallene — Ausweitung eines Investitionsfinanzierungsinstituts, konkret gesagt der Investitionskredit A. G. — sehr spät, wie mir scheint —, zum Abschluß gebracht. Es wird über den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds seit Monaten im Verbändekomitee diskutiert, wirksam und spürbar werden dürfte er günstigenfalls Anfang 1969.

Die Geldwirtschaftsgesetze, durch die unser Geld- und Kreditapparat mit seinem erstarrten und überhöhten Zinsniveau reorganisiert werden soll, sind, so glaube ich, bis heute im Interessenkonflikt des Finanzministers und der Banken, Sparkassen und Raiffeisenkassen hängengeblieben.

Benya

Wenn wir uns nun gar die Frage vorlegen, ob durch die Budgetpolitik der Regierung irgend etwas zur Belebung der Konjunktur, zur Verbesserung der Struktur der österreichischen Wirtschaft und zur Ermöglichung eines langfristigen und gesunden Wachstums getan wird, so begeben wir uns buchstäblich in eine Geisterbahn der Finanzpolitik. Die Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, die der Herr Finanzminister bei seiner Budgetrede erwähnt hat, zeigt uns eine Zunahme der Staatsschuld bis 1971 auf etwa 60 Milliarden Schilling und ein Budgetdefizit, das, ohne daß die öffentlichen Investitionen ausreichend dotiert werden, im Jahre 1971 bei 22 Milliarden Schilling liegen wird. Wenn ich von ausreichenden Investitionen spreche, so meine ich natürlich den erforderlichen Zuwachs der Ermessenskredite, denn ohne diesen Zuwachs werden wir nicht in der Lage sein, die Gemeinschaftsbedürfnisse der österreichischen Bevölkerung zu befriedigen.

Aber auch hier zeigt das Programm der Sozialistischen Partei in seinem Kapitel, das sich mit der Infrastruktur beschäftigt, wie wir uns eine Verbesserung der Infrastruktur vorstellen, welches Ausmaß die Infrastruktur-Investitionen haben müßten, um ein gesundes Wachstum des unmittelbar produzierenden Bereichs der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen. Oder anders ausgedrückt: Wenn wir keine leistungsfähigen Bundesbahnen, wenn wir kein leistungsfähiges innerstädtisches Transportnetz, wenn wir keine leistungsfähige Post und keine ausreichende Elektrizitätsproduktion und -verteilung haben, dann kann auch das Volkseinkommen nicht zunehmen, weil unüberwindliche Engpässe auftreten. Besonders ernüchternd ist in dieser Beziehung das Ausmaß der Investitionen in diesem Budget, über das wir beraten. Es ist nämlich vorgesehen, daß insgesamt 16,9 Milliarden zur Verfügung gestellt werden. Im Jahre 1968 waren es noch 17,5 Milliarden. Auch daraus sieht man sehr deutlich, daß von dem, was man wollte, nichts übriggeblieben ist, weil für eine moderne Investitionspolitik zuwenig Mittel in diesem Budget enthalten sind.

Das gilt vor allem für Bahn und Post. Auch in anderen Bereichen sieht es sehr be-
trüblich aus: Für den Schulbau zum Beispiel, der wahrlich dringend ist, sind geringere Mittel vorgesehen als selbst 1967. Berücksichtigt man die Anleiheermächtigung, dann stellt man fest, daß auch für den Wohnbau weniger vorgesehen ist.

Ich muß aber nochmals auf die längerfristige Problematik zu sprechen kommen.

Gelingt es uns nämlich nicht, die notwendigen Infrastruktur-Investitionen zu finanzieren, dann kann auch von einem nominellen Zuwachs unseres Sozialprodukts von 8 Prozent keine Rede sein. Ohne diesen Zuwachs aber kann es nicht zu den erforderlichen Steuereinnahmen kommen.

Hohes Haus! Ich habe bisher vorwiegend von der Ausgabenseite des Budgets gesprochen, es kann aber, wenn ich so sagen darf, die Kehrseite der Medaille, also die Einnahmenseite des Bundesfinanzgesetzes für 1969, nicht unbeleuchtet bleiben.

Einer der wichtigsten Grundsätze des modernen Wohlfahrtsstaates — und zu einem solchen bekennen sich doch auch die fortschrittlichen Unternehmer unseres Landes — ist das gerechte Tragen der Lasten. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlich Schwächeren sollen weniger und die wirtschaftlich Stärkeren stärker belastet werden.

Die Entwicklung der Steuereingänge charakterisiert die Politik der derzeitigen Bundesregierung wohl am besten und eindeutigsten. Bei den direkten Steuern ist ein besonders rasches Wachsen der Eingänge aus der Lohnsteuer der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu beobachten, während die Gewinnsteuern der Unternehmer durchwegs rückläufig sind.

Die Eingänge aus der Lohnsteuer werden im Jahre 1969 laut Bundesvoranschlag von 6,5 Milliarden im Jahre 1968 auf 8,2 Milliarden Schilling ansteigen — und das ohne die zehnprozentige Sonderabgabe vom Einkommen, die ab 1969 eingehoben wird. Diese Sonderabgabe bringt ja zusätzlich von den Unselbstständigen einen Betrag von 820 Millionen Schilling.

In der gleichen Zeit werden die Eingänge aus der veranlagten Einkommensteuer von 7,6 Milliarden Schilling auf 7,1 Milliarden Schilling sinken — sicherlich kommt auch dort der zehnprozentige Zuschlag von etwa 710 Millionen Schilling hinzu —, jene aus der Körperschaftsteuer von 2,6 Milliarden auf 2,2 Milliarden Schilling und jene aus der Gewerbesteuer und Bundesgewerbsteuer von je 2,5 Milliarden auf je 2,4 Milliarden Schilling zurückgehen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Das ist aber nicht eine einmalige konjunkturelle Entwicklung! Während die Lohnsteuer Jahr für Jahr — mit Ausnahme des Jahres 1968 — steigende Erträge aufzuweisen hat, sieht das Budget 1969 die niedrigsten Körperschaftsteuereinnahmen seit 1963 vor.

Auch bei der Gewerbesteuer ist ein Ertrag veranschlagt, der nur wenig über jenem des Jahres 1964 liegt.

Benya

Seit 1966 wird von der ÖVP-Regierung das Budget erstellt. In dieser Zeit sind die Eingänge aus der Körperschaft- und der Gewerbesteuer zurückgegangen, die Eingänge aus der Einkommensteuer haben sich um 24 Prozent erhöht, die Eingänge aus der Lohnsteuer haben jedoch um 43 Prozent zugenommen!

Seit Jahren versucht die ÖVP-Regierung die Wirtschaftspolitik fast ausschließlich dadurch zu machen, daß sie jenen Unternehmen Steuersenkungen gewährt, deren wirtschaftliches Verhalten mit den Absichten der Regierung übereinstimmt, nämlich mit dem Teil der Unternehmer, der sich gegen eine moderne Industrie-, Gewerbe- und Handelspolitik wehrt! Diese Politik der Steuergeschenke haben wir für Gefälligkeitsdemokratie gehalten. Es wird aber nun immer klarer, daß die ÖVP tatsächlich glaubt, allein mit Steuergeschenken, die in Form der Gießkannen- oder — wie der Herr Finanzminister einmal sagte — in Form der Zuckerstreumethode gegeben werden, Wirtschaftspolitik betreiben zu können.

Was ist das tatsächliche Ergebnis einer solchen Finanzwirtschaft? Die wirtschaftspolitischen Ziele wurden verfehlt, die Aushöhung der Staatseinnahmen wurde dagegen erreicht.

Eine ausreichende Wachstumsrate ist aber nicht nur eine Frage der Investitionen, sondern auch eine Frage der guten Ausbildung und des richtigen Einsatzes der Arbeitskräfte. Ich pflichte dem Herrn Finanzminister bei, wenn er sagt:

„In der gesellschaftlichen und politischen Realität zählen jedoch nicht nur die Wachstumsprozente einer Wirtschaft, sondern ebenso die Lasten und Härten, welche die Menschen im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß treffen.“

Aber wo sind, Herr Finanzminister, die Maßnahmen, die hier Abhilfe schaffen sollen?!

Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei fordern schon seit vielen Jahren die Entwicklung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung der Berufsausbildung. Die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen sind aber bis heute am Widerstand der Gewerbetreibenden gescheitert, die nun Angst haben, daß sie, die nur mit den billigsten Arbeitskräften konkurrenzfähig sind, diese Arbeitskräfte durch Umschulungsmaßnahmen und Umsiedlungsmaßnahmen vielleicht verlieren könnten. Wenn wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Schweden hätten — man stellt uns für 1969 ja nur 129 Millionen Schilling zur Verfügung;

der Betrag, der hierfür erforderlich wäre, ist weit größer —, dann könnten manche Probleme und manche Schwierigkeiten überwunden werden. Dann hätten wir sehr wahrscheinlich nicht das Bergarbeiterproblem, für das wir heute keine andere Lösung sehen als die Herabsetzung der Altersgrenze für die Pension.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die österreichische Wirtschaft, die den Bergarbeitern so viel verdankt, hat diese leider weitgehend im Stiche gelassen und hat sich als nicht fähig erwiesen, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Wir sind uns in der Gewerkschaft und in der Sozialistischen Partei darüber im klaren, daß wir uns auf internationaler Ebene nur behaupten können, wenn wir die Wirtschaft modernisieren und rationalisieren. Aber natürlich wollen wir, wenn durch die moderne Technik die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer einerseits gesteigert, die nervliche Anspannung aber ebenso erhöht wird, die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen verteidigen. Außerdem wissen wir, daß die deutschen Wirtschaftsforscher mit einer jährlichen 10prozentigen Leistungssteigerung im Fabrikationsbereich, einfach auf Grund des technischen Fortschritts, rechnen. Innerhalb dieser Perspektive ist eine Arbeitszeitverkürzung — glaube ich — gesundheitspolitisch und sozialpolitisch erforderlich, aber auch wirtschaftspolitisch und technisch möglich.

Ich darf an folgendes erinnern: Im Jahre 1959 wurde in Österreich die 45-Stunden-Woche eingeführt. Auch damals wurde gegen die Arbeitszeitverkürzung häufig eingewendet, daß es durch sie zu erheblichen Produktionseinbußen kommen werde. Die Erfahrung beweist, daß dies nicht der Fall gewesen ist. Wenn ich aus dieser Zeit einige Ziffern der Statistik entnehme, dann sei gesagt: Wir haben mit Feber 1959 die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden gesenkt, und es ist gegenüber 1958 eine Produktivitätssteigerung um 6,2 Prozent zustande gekommen. Im Jahre 1960 war gegenüber 1959 ebenfalls eine Produktivitätssteigerung von 7,4 Prozent zu verzeichnen. Das heißt: Trotz der Senkung der Arbeitszeit haben wir eine Produktivitätssteigerung erreicht. Ich bin davon überzeugt, daß dies auch, wenn wir diese Forderung ernst angehen, bei einer weiteren Arbeitszeitverkürzung so sein wird.

Man wendet ein: Ja man verkürzt die Arbeitszeit, um mehr Überstunden zu leisten. Sehr verehrte Damen und Herren! (*Rufe bei der SPÖ: Mussil, zuhören!*) Sie müssen sich Statistiken vornehmen. Dort werden Sie finden, daß zum Beispiel die Wochenarbeitszeit im Jahre 1955 im Durchschnitt 46,6 Stun-

Benya

den und im Jahre 1967 43,9 Stunden betragen hat. Wo sind die Überstundenleistungen, die die Ergänzung für die Arbeitszeitverkürzung bringen? Das sind keine Zahlen, die wir erarbeitet haben. Das sind sicherlich Zahlen der statistischen Ämter.

Der ÖGB hat aber die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht einfach aufgestellt und dabei die Meinung vertreten, daß sie ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Möglichkeiten und wirtschaftliche Erfordernisse sofort durchgesetzt werden könne. Als das Verlangen gestellt wurde, die voraussichtlichen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden im Wege einer gesetzlichen Regelung durch den Wirtschaftsbeirat untersuchen zu lassen, haben wir sofort zugestimmt. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Wachstumsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft eine solche Arbeitszeitverkürzung gestatten, und wir wissen aus den Erfahrungen der späten fünfziger Jahre — wie ich Ihnen an Hand von Statistiken gezeigt habe —, daß sich die Arbeitszeitverkürzung durch entsprechende betriebliche Maßnahmen sehr rasch in eine entsprechende Produktivitätssteigerung umwandeln läßt, das heißt, sie kann meist durch entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert werden. Das ist das Problem, mit dem wir uns auch bereits bei diesem Budget zu beschäftigen haben.

Ich bin eigentlich sehr froh, daß Sie mir die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gegeben haben. Ich bin gegen meine Vorredner, den Kollegen Machunze und den Kollegen Graf, abgefallen, die ja hier eine große Show abgezogen haben, weil sie zum Budget etwas weniger sagen konnten oder wollten oder sich doch scheuten, etwas zu verteidigen, was Sie doch wahrscheinlich alle mitsammen beschließen werden.

Abschließend möchte ich aber sagen: Beim Durchsehen alter Zeitungen — sie sind mir untergekommen, weil ich mir eben die Argumente im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit noch einmal ins Gedächtnis rufen wollte — fand ich auch eine Zeitung vom April 1966. In ihr war zu lesen:

„Regierung verspricht: Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Mehr und erschwinglichere Wohnungen. Bessere Schulen. Sanierung der Bahn.“

Ich wollte hiemit nur einige Schlagzeilen vortragen.

Meine Damen und Herren! Das waren die Versprechungen im Jahre 1966. Wenn man heute das betrachtet, was geschehen ist, dann muß man sagen: Das war Ihr Programm 1966, das waren die Versprechungen der Regierung, und mit jeder einzelnen dieser Versprechungen haben Sie ein Debakel erlebt!

Während der Budgetdebatte werden Ihnen sicherlich einige meiner Parteifreunde Ihr Versagen Punkt für Punkt vor Augen führen. Wir Sozialisten — das sei hier gesagt — freuen uns nicht darüber, daß in den vergangenen Jahren so wenig für Österreich erreicht werden konnte und daß so viele Versprechungen nicht gehalten wurden. Denn wir haben immer Staatspolitik vor Parteipolitik gestellt. Wir waren immer und sind auch heute der Auffassung, daß alle konstruktiven Kräfte dieses Landes zusammenarbeiten müssen, damit diese Republik in den kommenden 50 Jahren eine ruhigere und glücklichere Entwicklung nehmen möge, als dies im ersten halben Jahrhundert ihres Bestehens der Fall war. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Koren: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, in der bisherigen Debatte ist in erster Linie Zweifel in die konjunkturelle Beurteilung, die ich in meiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht habe, gesetzt worden. Vor allem hat der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes diesen Punkt angezogen und darauf hingewiesen, daß der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im September 1967 Vorschläge erstattet habe, die der Bundesregierung zugeleitet worden sind, und daß in diesen Vorschlägen eine pessimistische Grundhaltung hinsichtlich der Konjunkturerwartungen zum Ausdruck kam.

Herr Präsident Benya! Ich glaube, daß hier eine Verwechslung um ein Jahr vorliegt, denn dieser Bericht wurde, soweit ich mich erinnern kann, im September 1966 vom Beirat ausgearbeitet und der Bundesregierung Anfang 1967 zur Verfügung gestellt; also ein Jahr früher, als Sie angeführt haben. Denn im Jahr 1967 wurde keinerlei Stellungnahme mehr zur Konjunkturpolitik — außer in den Gremien der Präsidenten der Interessenvertretungen und der Bundesregierung — zum Ausdruck gebracht.

Ich glaube, daß wir in der Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Jahre 1968 doch weitgehend übereinstimmen, Herr Präsident, denn auch ich habe in meiner Budgetrede klar zum Ausdruck gebracht, daß die Belebung eindeutig eingesetzt hat, aber die Investitionsneigung noch immer auf dem niedrigen Niveau der Konjunkturschwächeperiode verharrt. Allerdings habe ich hinzugefügt, daß es sich hier zweifellos um eine im Ablauf von Konjunkturprozessen durchaus normale Erscheinung handle, denn wir wissen aus der Erfahrung, daß die Zyklen der In-

9080

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Bundesminister Dr. Koren

vestitionsschwankungen um ein halbes bis zu einem Jahr hinter den Zyklen der allgemeinen Nachfrage nachhinken.

Ich weiß heute aus den bisher eingegangenen Erhebungsergebnissen der Investitionsbefragung des Wirtschaftsinstituts zum Jahresende, daß die im Dezember zu erwartenden Ergebnisse schon wesentlich günstigere Daten zeigen werden als die bisherigen; das heißt, daß es auch jetzt schon deutliche Anzeichen einer Belebung der Investitionsnachfrage, also eine Reaktion auf den Konjunkturaufschwung gibt.

Herr Präsident Benya! Als Sie hier über Strukturfragen sprachen, über die und über deren Ursachen im Grunde, glaube ich, Einverständnis herrscht, habe ich es ein klein wenig unfair gefunden, die Verzögerungen, die sich im Laufe der Verhandlungen über die verschiedenen Teilbereiche ergeben haben, der Bundesregierung beziehungsweise dem Finanzminister anzulasten. *(Abg. Benya: Nicht dem Minister, der Partei habe ich es angelastet!)* Sie wissen sicherlich, Herr Präsident, daß wir seit dem Frühjahr dieses Jahres verhandeln, daß diese Verhandlungen sehr zügig geführt wurden, daß Ihre Experten dabei waren und daß in allen drei Bereichen, über die wir verhandelt haben, nämlich sowohl über das Institut für Investitionsfinanzierung wie über ein Strukturverbesserungsgesetz als auch über den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, weitgehend Absprachen erfolgt sind und daß wir in allen diesen drei Bereichen noch in diesem Jahr zur Lösung kommen werden: entweder durch die entsprechenden Verträge und Abmachungen oder durch die Einbringung entsprechender Gesetzesvorlagen im Hohen Haus.

Wenn Sie abschließend, Herr Präsident, auf Verlagerungen im Steueraufkommen eingegangen sind, dann darf ich doch vielleicht darauf hinweisen, daß diese Verlagerungen zwischen der im Abzugsweg erhobenen Lohnsteuer und der auf dem Veranlagungsweg einzuhebenden Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nicht etwa auf steuergesetzliche Änderungen zurückgehen, sondern eindeutig die Folge von Verschiebungen der Einkommensentwicklungen zwischen diesen beiden Bereichen, also Ausdruck der Tatsache sind, daß nun das Körperschaftsteueraufkommen geringer wird, weil sich die Ertragslage der großen Unternehmungen, nämlich der Körperschaften, in den Jahren 1965, 1966 und 1967 im Zuge der Konjunkturabschwächung verschlechtert hat und nun eben entsprechend geringere Steuereingänge für diese Jahre zu erwarten sein werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Aufkommen an Einkommen-

steuer. Auch hier beweisen die Zahlen eindeutig, daß in den Jahren etwa ab 1962/63 die Lohneinkommen — das zeigt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung — stärker gestiegen sind als die Unternehmereinkommen — erheblich stärker, woraus sich zwangsläufig eine Verschiebung zwischen diesen Steuerarten ergeben muß. *(Abg. Ing. Häuser: „Muß“!)* Ergeben muß. Selbstverständlich, Herr Präsident Häuser. *(Abg. Ing. Häuser: Für 1969 sind bei der Lohnsteuer die Ansätze um 30 Prozent höher als 1968! Das „muß“ sich aus der siebenprozentigen Erhöhung der Löhne und Gehälter ergeben! — Abg. Dr. Musil: Wenn man rechnen kann, ja! — Heiterkeit. — Abg. Ing. Häuser: Ah so!)* Herr Präsident Häuser! Jedenfalls liegen dieser Veränderung keine steuergesetzlichen Änderungen zugrunde. Es wurde also nicht etwa der Tarif der Lohnsteuer verschlechtert und ein anderer verbessert. *(Abg. Ing. Häuser: Nicht gesetzliche Änderungen, sondern die Steueranwendung liegt zugrunde!)* In der Anwendung gibt es doch keinen Spielraum, der solche Veränderungen möglich machen würde, Herr Präsident! *(Abg. Ing. Häuser: Das glauben Sie doch selber nicht! — Abg. Haberl: Stundungen oder nicht?)*

Ich möchte zu diesem Punkt noch ein abschließendes Wort sagen. Herr Präsident Benya! Sie erwähnten, daß in Deutschland Erhebungen ergeben hätten, daß eine zehnprozentige Leistungssteigerung pro Jahr denkbar wäre. Das ist relativ viel. Ich glaube, daß im Durchschnitt mehrerer Jahre eine so große Leistungssteigerung nur in einzelnen Bereichen der Industrie, auf alle Fälle aber nur im industriellen Bereich schlechthin möglich ist. Das bedeutet aber zwangsläufig, daß in einem sehr weiten Bereich der Wirtschaft bei weitem nicht ähnliche Ergebnisse erzielt werden können. In dem gesamten Bereich der Dienstleistungen, beim Handel, beim Verkehr und so weiter, in dem gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes sind ähnliche Leistungssteigerungen, wie sie im technisierten Produktionsprozeß durchaus denkbar sind, zweifellos nicht möglich. Das heißt daher, daß man für globalwirtschaftliche Veränderungen nicht von der möglichen Fortschrittsrate der Produktivität in der Industrie ausgehen sollte, sondern nur von der möglichen Fortschrittsrate der Produktivität einer Gesamtwirtschaft.

Hohes Haus! Ich darf abschließend noch auf einige Punkte eingehen, die der Herr Abgeordnete Peter zur Sprache gebracht hat. Herr Abgeordneter! Ich habe nicht aus dem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes abgeschrieben, sondern in meiner Budgetrede auf Seite 8 ausdrücklich darauf hingewiesen,

Bundesminister Dr. Koren

daß ich Ergebnisse des Wirtschaftsforschungsinstitutes verwende. Ich habe also die Quelle zitiert, die ich verwendet habe.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Peter, dann auf die mittelfristige Politik eingegangen sind, darf ich vielleicht auf meine Budgetrede verweisen, in der ich mich mit dieser Frage beschäftigte. Ich habe dort ausgeführt, daß eine große Diskrepanz besteht zwischen dem, was in der politischen Praxis anwendbar ist, und dem, was im theoretischen Bereich diskutiert und zum Teil auch exerziert wird. Ich wagte nur darauf hinzuweisen, daß in keinem Land, auch nicht in jenen Ländern, in denen es Organisationen für die Durchführung von mittelfristigen Prognosen oder Projektionen gibt, die politischen Entscheidungen in diesen Gremien fallen, sondern in den dafür vorgesehenen, nämlich in den Regierungen und Parlamenten. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß ich es derzeit — und ich sehe bisher in keinem Land eine solche Vorgangsweise — nicht für möglich halte, wirtschaftspolitische und politische Entscheidungen schlechthin dem Computer zu überlassen. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde Dr. Kreisky und Präsident Benya haben den grundsätzlichen Standpunkt unserer Fraktion, den wir zu dem vorgelegten Budget einnehmen, ausführlich dargelegt. Es war zu erwarten, daß die Sprecher der Regierungspartei verschiedenes unternehmen werden, um von den wirklichen Schwächen dieses Budgets und der Politik dieser Regierung abzulenken.

Der Herr Abgeordnete Graf hat sich in dieser Aufgabe offenbar besonders wohlgefühlt und hat einige Attacken gegen unseren Parteivorsitzenden beziehungsweise gegen unser Wirtschaftsprogramm geritten.

Ich möchte zunächst nur zu einer Frage, die Herr Abgeordneter Graf angeschnitten hat, eine Klarstellung bringen. Er hat bezüglich einer Rede Dr. Kreiskys im Zusammenhang mit unserem Einsatz für Beamte, denen politisches Unrecht geschehen sollte, die Sache so dargestellt, als würde jetzt nach unserer Auffassung eine Flut von politischen Personalmaßnahmen kommen. Ich möchte doch zur Steuerung der Wahrheit zumindest dem Herrn Abgeordneten Graf, auch wenn er nicht im Hause ist, die offenbar von ihm gemeinte Rede des Abgeordneten Kreisky in einigen Stellen noch wörtlich in Erinnerung rufen.

Dr. Kreisky hat am 22. April 1966, zu lesen auf Seite 87 des stenographischen Protokolls, folgendes gesagt:

„Hohes Haus! Ich habe vorhin von den Beamten gesprochen. Es haben mir tatsächlich in den letzten Tagen Beamte geschrieben und ihrer Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, was jetzt mit ihnen geschehen wird — durchaus nicht nur sozialistische Beamte, die sich fürchten. Ich glaube nicht, daß diese Besorgnis berechtigt ist. Die Zeiten haben sich geändert, ich glaube, jetzt gibt es mehr Toleranz. Aber Sie dürfen nicht übersehen, daß es diese Besorgnis gibt. Ich rede davon nur deshalb, Herr Bundeskanzler, weil mir in Ihrem Regierungsprogramm etwas fehlt, nämlich die Ausschreibung der Posten in der öffentlichen Verwaltung. Das fehlt mir, und das müßte eigentlich hinein.“

Und dann sagt Kreisky unter Bezugnahme auf eine andere Rede, die er zitiert:

„Wenn er“ — der Beamte — „sich gekränkt fühlt in seinen Rechten, wenn er glaubt, daß ihm von einem übermächtigen Apparat Unrecht geschehen ist, dann wird er mit der Sozialistischen Partei und ihren Abgeordneten rechnen können. Wir werden für jeden in diesem Hause die Stimme erheben, wir werden jeden Fall von Gesinnungsdruck hier zur Sprache bringen.“

Das ist die wörtliche Wiedergabe (*Abg. Dr. Withalm: Aber nicht vollständig!*) der offenbar auch vom Kollegen Graf gemeinten Rede.

Meine Damen und Herren! Ich selber bin Zeuge dafür, daß wir in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich eine Reihe von Personalfällen, die nach unserer Auffassung politischen Gesinnungsdruck gezeigt haben, hier im Parlament zur Sprache gebracht haben. Ich bin der Meinung, daß wir es auf diesem Gebiet auch weiter so halten werden. Man soll nur nicht die Dinge verzerren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich will auf die Art des Kollegen Graf sonst nicht eingehen. Sie werden sich hoffentlich selber Ihr eigenes Bild davon gemacht haben. Er hat aber dann — bei aller Würdigung der Kritik an unserem Wirtschaftsprogramm — gemeint, daß dieses Wirtschaftsprogramm der Sozialisten ein Konzept zum Stimmenfang sei; es bestehe nur aus Phrasen und sei ein Paket ohne Inhalt.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Selbst wenn es so wäre, könnte sich unsere Republik glücklich schätzen, wenn kommende Wahlkämpfe auf dieser Basis geführt werden sollten. Ich möchte gerade dem Herrn Kollegen Graf, der im Zusammenhang mit diesem Programm von Stimmenfang

Czettel

gesprochen hat, etwas in Erinnerung rufen, was seine Partei unmittelbar betrifft, nämlich wie Sie den Stimmenfang bei der letzten Wahl begangen haben. Ich habe hier, Herr Generalsekretär und Vizekanzler Dr. Withalm, eine Serie von anonymen Flugschriften aus dem letzten Wahlkampf mit Aussprüchen wie: „Die Juden in der SPÖ greifen nach der Macht“, „Der ganz linke Schächer“, „Die häßliche Rolle des Emigranten“ — ich geniere mich fast, das alles hier vorzulesen. Ich behaupte hier noch einmal vor aller Öffentlichkeit, daß diese Flugschriften in der Sudelküche der ÖVP Niederösterreichs erzeugt worden sind. Ich habe die Beweise dafür. (*Abg. Dr. Withalm: Dann beweisen Sie es!*) Ja, ja, kommt alles, Dr. Withalm!

Wenn man diese beiden Methoden der Wahlwerbung miteinander vergleicht, dann können wir sagen: Glückliches Österreich, da es eine Partei gibt, die eineinhalb Jahre vor einer Wahl der Bevölkerung ein konstruktives Aufbauprogramm unserer Republik vorlegt! Wir wären glücklich, wenn Sie das auch zusammenbrächten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im Laufe dieser Debatte wurde nun — vor allem vom Kollegen Machunze — bezüglich der Investitionsseite dieses vorliegenden Budgets etwas dargestellt, was sachlich nicht stimmt. Ich habe, Herr Kollege Machunze, in einigen Zwischenrufen versucht, Sie darauf aufmerksam zu machen. Meine Damen und Herren! Tatsächlich ist es so — und das soll gesagt werden, um den Eindruck der ersten Darstellung nicht gelten zu lassen —: Wenn man das, was in diesem Budgetentwurf insgesamt für das Jahr 1969 an Investitionen und investitionsfördernden Maßnahmen, einschließlich der im Text des Finanzgesetzes vorgesehenen Maßnahmen, enthalten ist, zusammenzählt, dann ist beabsichtigt, im nächsten Jahr einen Investitionseinsatz über das Budget in der Höhe von 16,9 Milliarden Schilling durchzuführen. Vergleicht man diese Absicht mit dem, was der Voranschlag für das Jahr 1968 einschließlich des während des Jahres beschlossenen Eventualbudgets gemeinsam ausmacht, so sieht man, daß das voriges Jahr 17,45 Milliarden Schilling waren.

Tatsächlich haben Sie — das steht auch in den Erläuternden Bemerkungen, das muß daher nicht unbedingt jetzt unterstrichen werden — im Jahre 1969, obwohl sich das Ausgabenvolumen vergrößert hat, den Investitionseinsatz von insgesamt 17,45 auf 16,90 Milliarden, also um rund 550 Millionen Schilling, gekürzt. (*Abg. Dr. Mussil: Inklusive des Eventualbudgets! — Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Mussil, rechnen lernen!*) Herr Dr. Mussil, ich stelle fest: „inklusive des Eventualbudgets“. Ich mache es nicht so

wie der Kollege Machunze, daß ich nur vom Präliminare rede. Für die Wirtschaft ist wichtig, was tatsächlich über das Budget dieser Wirtschaft zugeführt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier einmal die wirtschaftspolitische Akrobatik unseres Herrn Finanzministers ein bißchen unter die Lupe nehmen. Der Herr Finanzminister sagte laut „Volksblatt“ vom 25. September heurigen Jahres, daß diese beabsichtigte Investitionskürzung gerechtfertigt zu sein scheint, da 1969 ein Konjunkturanstieg zu erwarten ist, daher vermehrte Investitionen im Bereich der Wirtschaft zu erwarten sind, und daß diese Kürzungen des Investitionsteils im Budget eigentlich konjunkturpolitisch adäquat seien.

Ich zitiere denselben Herrn Professor Koren, der in einem auf Grund eines Ministerratsbeschlusses von 25. Juli 1967 vertraulich erstatteten ersten Koren-Bericht an die Bundesregierung wörtlich folgendes sagt:

„Der mit größter Sicherheit zu erwartende nächste Aufschwung birgt jedoch eine sehr wesentliche Gefahr in sich. Er bringt die Symptome, die in der konjunkturellen Schwächephase deutlicher hervorgetreten sind und die Wachstumsschwächen anzeigten, wieder mehr oder weniger zum Verschwinden und läßt wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Behebung ihrer Ursachen weniger oder gar nicht aktuell erscheinen.“

Meine Damen und Herren! Stellen wir uns das jetzt vor. Der Finanzminister hat im Jahre 1967 — wahrscheinlich sachlich mit Recht — gesagt: Wir stehen nun wieder irgendwo am Beginn einer neuen Konjunkturphase, das ist schlechthin im Bewegungsbereich der Konjunkturzyklen zu erwarten. Lassen wir uns von dieser Konjunkturentwicklung nicht täuschen, denn solche Entwicklungen überdecken die wirklichen Strukturschwächen.

Er hat sich dann heuer am 25. September eigentlich selbst widerlegt, indem er argumentiert hat: Da so eine Konjunkturphase wieder im Ansteigen begriffen ist und ohnehin — wie er auch soeben gesagt hat — mit vermehrten Investitionen im Bereiche der Wirtschaft zu rechnen ist, wird sich jetzt ohnehin alles wieder zum Guten wenden, also ist die Verminderung des Investitionseinsatzes allein vom konjunkturpolitischen Aspekt her erforderlich und auch vertretbar.

Herr Dr. Mussil! Sie sind ja in diesem Haus einer der Repräsentanten der Wirtschaft. Wir alle kommen jede Woche in Betriebe, und ich selbst habe in den letzten zwei Monaten 52 Betriebe in Niederösterreich

Czettel

besichtigt — aber nicht nur angeschaut, sondern ich habe mich auch über die gesamte Gestion und die inneren Probleme sehr eingehend informieren lassen. Selbst wenn es stimmen sollte, daß im nächsten Jahr die private Investitionstätigkeit um 1, 2 oder 3 Prozent zunehmen würde, ist Ihnen, meine Damen und Herren, und Ihnen, Herr Finanzminister, nicht bekannt, daß der Anteil der privaten Investitionen während der sechziger Jahre, der zu Beginn der sechziger Jahre ungefähr 24 bis 25 Prozent der Bruttoinvestitionen ausgemacht hat, mittlerweile auf die Hälfte zurückgegangen ist? (*Abg. Dr. Mussil: Durch die Arbeitszeitverkürzung!*) Ist Ihnen, meine Damen und Herren, wirklich nicht bewußt, daß wir, wenn wir nun am Beginn einer leicht ansteigenden Konjunkturphase stehen, jetzt erst recht in die Strukturen der Wirtschaft, vor allem in die Infrastrukturen, investieren müssen? Paradox ist doch, daß in den Erläuternden Bemerkungen auf die Wirtschaftspolitik der Regierung Bezug genommen wird und darin wörtlich steht, daß diese Konjunkturphase wahrscheinlich ohnehin nur zwei Jahre dauern würde. Die Kürzung der Investitionen, vor allem die reale Kürzung — denn wir haben auch nächstes Jahr sicher eine Entwertungsrage von 3 bis 3½ Prozent —, steht nicht nur im Widerspruch zu dem, was Herr Professor Koren seinerzeit in seinem vertraulichen Bericht gesagt hat, sondern auch im Widerspruch zu den tatsächlichen Erfordernissen unserer Wirtschaft.

So kommt der Herr Finanzminister Koren in seiner Budgetrede jetzt zu dem Schluß: Da die genannten Eigeninvestitionen des Bundes einschließlich der Investitionsförderung ohnehin jetzt schon ungefähr das ausmachen, was wir voriges Jahr inklusive des Eventualbudgets an Investitionen vorgesehen haben, haben wir eigentlich im Verhältnis zum vorigen Jahr ohnedies eine Steigerung, das heißt, de facto führen wir den Investitionsstoß des Eventualbudgets heuer fort.

Meine Damen und Herren! Wir nennen das „formalisteln“. Entscheidend ist, daß im Jahre 1968 inklusive des Eventualbudgets der Wirtschaft mehr zugeführt wurde, als im Budget 1969 vorgesehen ist. Eine solche Budgetpolitik, glauben wir, wird weiterhin zu einem Verhängnis der gesamten Wirtschaft werden. Wenn Sie selber sagen, daß nach zwei Jahren mit einem Abflauen dieses Konjunkturaufstieges zu rechnen ist, dann werden ja die heute schon nicht bewußt beeinflussen und behobenen Strukturschwächen nach Abflauen dieses Konjunkturanstieges erst recht sichtbar werden.

Fernab von parteipolitischen Streit, Herr Professor Koren: Ich bin zwar gelernter Schlosser, habe aber viel mit Betrieben zu tun. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das, was Sie hier zum Konzept Ihrer Politik machen, ernsthaft als erfolgversprechende Budgetpolitik deklariert werden kann.

Weil ich gerade bei Ihnen bin und diese wirtschaftspolitische Akrobatik ein bißchen näher beleuchten will: Herr Finanzminister, Sie haben sich heute in einer sehr voreiligen Wortmeldung gegen den Vergleich mit den fünfziger Jahren ausgesprochen, den Herr Dr. Kreisky aus dem Grund angezogen hat, um Ihnen zu sagen, daß wir damals auch eine schwere innerwirtschaftliche Situation gehabt haben. Damals hat es auch Skeptiker und Kritiker gegeben. Sie haben dann — ich weiß es nicht mehr wörtlich, aber ungefähr sinngemäß — in Ihrer Antwort darauf gesagt: Ja, mein Lieber, aber jetzt haben wir alles, was damals im Eventualbudget drinnen war, im ordentlichen Haushalt — so ungefähr, als wäre damals im ordentlichen Haushalt nichts für Investitionen vorhanden gewesen. Ich möchte dazu auch ein paar Bemerkungen machen.

Ich habe mir das Bundesfinanzgesetz aus dem Jahre 1954 geholt. Ich habe das Glück gehabt, Herr Dr. Koren, daß ich damals auch schon im Nationalrat war und an der Debatte über dieses große zehnjährige Investitionsprojekt mitwirken konnte. Damals hatten wir ein Budget mit einem Ausgabenvolumen — inklusive des außerordentlichen Haushaltes — von etwa 24 Milliarden Schilling. Herr Finanzminister Professor Koren! In den Erläuternden Bemerkungen zu diesem Budget steht:

„Auch der zweiten Aufgabe wird der Bundesvoranschlag 1954 weitestgehend gerecht. Im Rahmen der ordentlichen Gebarung wurden 1235 Millionen Schilling für die Anschaffung und Errichtung neuer Anlagen der Bundesverwaltung vorgesehen. Dazu kommen die beträchtlichen Aufwendungen des Bundes für die Erhaltung seiner Anlagen. Außerdem wurden 640 Millionen Schilling für die Förderung der österreichischen Wirtschaft veranschlagt.“

Damals haben wir also rund 2 Milliarden Schilling im ordentlichen Budget und 1 Milliarde Schilling im sogenannten außerordentlichen Investitionsprogramm vorgesehen gehabt. (*Abg. Dr. Kreisky: Bei einem 25-Milliarden-Budget!*)

Und jetzt noch eine Rechnung, Herr Professor Koren: Damals hat das Budgetvolumen inklusive dieser außerordentlichen Gebarung ungefähr 24 Milliarden Schilling ausgemacht.

Czettel

Nehmen wir diese Basis nominell. Wir wissen heute, daß in den folgenden zehn Jahren über die Investitionseinsätze des Investitionsprogramms 15 Milliarden nominell eingesetzt wurden und in der gleichen Zeit die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag auch ungefähr 8 Milliarden betragen haben, wie Dr. Kreisky heute schon nachgewiesen hat. Summiert man das, was in den folgenden zehn Jahren nominell aufgebracht und der Wirtschaft zugeführt werden konnte, ist es, verglichen mit der nominellen Basis, derselbe Betrag wie das Budgetvolumen 1954. Wissen Sie, was das bedeutet? Wenn wir heute sagen würden, bei einem Budgetvolumen von 96 Milliarden Schilling wollen wir in den nächsten zehn Jahren nominell 45—50 Milliarden investieren, würden Sie sagen, wir sind verrückt. Damals haben wir aber unter ungefähr gleichen Relationen eine solche Politik eingeleitet, und erst diese Politik hat dazu geführt, daß in den folgenden sechziger Jahren das Brutto-nationalprodukt relativ günstig gestiegen und das Wachstum auch nachzuweisen war.

Daher glaube ich, Herr Finanzminister, daß es nicht stimmt, wenn Sie sagen, man habe jetzt diese Investitionen in den ordentlichen Haushalt übergeführt. Natürlich wurde umgeschichtet. Aber wir haben schon in der Budgetnacht des Jahres 1965 — ich muß wieder daran erinnern — gesagt, wie notwendig es damals gewesen wäre, nach dem Ablauf des zehnjährigen Investitionsprogramms diese Politik der außerordentlichen, zusätzlichen Anstrengungen vor allem im Bereich der Infrastruktur fortzusetzen. Und wenn Sie uns fragen, wie wir es heute machen würden, muß ich wieder sagen: Wir hätten es damals schon, nach Ablauf dieses ersten mehrjährigen Investitionsprogramms, anders gemacht, wir hätten damals diese Investitionstätigkeit auch über den Weg der Kreditoperationen fortgesetzt und nicht, wie es Ihr damaliger Finanzminister Dr. Schmitz zwei, drei Jahre hindurch mit seiner Rechenmaschinenmethode gemacht hat, gesagt, es dürfe im gleichen Jahr an Schulden nicht mehr aufgenommen werden, als man bereit ist, alte Verpflichtungen abzudecken. Unter dem Motto der sogenannten Währungsneutralität haben wir wertvolle Jahre für ein außerordentliches Investitionskonzept verloren. Das wollte ich Ihnen auch sagen, Herr Professor Koren.

Die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes geben jetzt genau Antwort auf die Frage, ob eine Investitionsbelegung zu erwarten ist. Allein der Septemberbericht — und der Oktoberbericht wird nicht wesentlich anders sein — sagt: Die Anlageinvestitionen haben bisher auf die Konjunkturimpulse nicht

angesprochen. Im Gegenteil, zu Beginn dieses Jahres wurde sogar um 3 Prozent weniger investiert als im Vorjahr. Die gewerbliche Wirtschaft investierte um 1,5 Prozent weniger in Ausrüstungsgegenstände als im Vorjahr. Die weitere Entwicklung der Konjunktur wird maßgeblich davon abhängen — sagt der Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes —, ob sich die Investitionen bald beleben werden. — Woher nehmen Sie Ihren Optimismus — möchte ich Sie fragen —, Herr Finanzminister?

Wir glauben daher — um diesen Punkt abzuschließen —, daß alle Prophezeiungen und Versprechungen der Regierung, man werde bewußt ein Wirtschaftswachstum herbeiführen, leere Versprechungen gewesen sind. Sie, Herr Professor Koren, haben noch zu Beginn dieses Jahres mit Ihrem sogenannten Paukenschlag angekündigt, in den nächsten zwei Jahren den erreichten Wohlstand zu sichern und die Grundlagen für ein weiteres Ansteigen in den siebziger Jahren zu schaffen. Sie sind steckengeblieben in einer — gestatten Sie mir das Wort — Raunzerei über die Frage, wie man mit den Budgetstrukturproblemen fertig wird.

Der Herr Bundeskanzler hat auf die sogenannten harten Fragen, veröffentlicht in der Zeitschrift „für alle“, mitgeteilt, wir müßten in der Industrie, im Gewerbe, im Handel, in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr mehr investieren, um die Arbeitsplätze produktiver zu gestalten. Ich will nicht alles zitieren, was da gesagt worden ist. Selbst in der Regierungserklärung steht: „Das Wirtschaftswachstum muß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft vor allem durch zusätzliche Investitionen erreicht werden. Das bedeutet mehr Kapitaleinsatz ...“ Das sind alles Ihre Versprechungen. Wir stellen fest: Dieses Budget wird den Erfordernissen der Wachstums-, der Struktur- und der Konjunkturpolitik nicht gerecht.

Eine weitere Charakteristik, Herr Professor Koren. Sie haben heute von allen Sprechern der Opposition den Vorwurf gehört, daß Sie, obwohl Sie die Einsparungen versprochen haben, diese Einsparungen nicht durchgeführt haben. Ich erinnere Sie an eine Reihe von parlamentarischen Anfragen, mit denen wir schon während der Debatte über alle die Belastungsgesetze versucht haben, zu erfahren, in welchem Maße Sie nun konkret versprochene Einsparungen beabsichtigen. Damals haben Sie wiederholt erklärt, das werde im Zuge der Budgetverhandlungen geschehen. Im sogenannten Koren-Plan haben Sie im Kapitel III unter dem Titel „Das wirtschaftspolitische Konzept“ zur Budgetpolitik und

Czettel

zum Budget 1969 wörtlich geschrieben: „Es muß daher jede Ausgabe des Budgets auf ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit untersucht werden.“

Herr Dr. Withalm, Sie haben dem Finanzminister Schützenhilfe geleistet, denn Sie haben auf Ihrer Pressekonferenz im Juli gesagt, Sie bürgen dafür, daß die für das Budget notwendigen Einsparungen vorgenommen werden; Sie schließen sich daher der Bürgschaft des Finanzministers an und können das gleiche auch für den Herrn Bundeskanzler sagen. Dann heißt es wörtlich: „Die Einsparungen werden bis auf Punkt und Beistrich erfolgen.“ (Abg. Dr. Withalm: Ja!) Ich hoffe, Sie werden uns heute noch Antwort geben.

Meine Damen und Herren! Man kann jetzt verschiedene Rechnungen aufstellen. Ich will den Herrn Finanzminister jetzt ganz konkret fragen, was er zu folgender Rechnung sagt: Einige Zeit vor Abschluß der Budgetverhandlungen in der Regierung ist die von ihm auch heute als sattelfest bezeichnete „revidierte Budgetvorschau“ veröffentlicht worden. In dieser Budgetvorschau sagt nun der Herr Finanzminister, daß für das Jahr 1969 Ausgaben des Budgets in der Höhe von etwa 96,1 Milliarden zu erwarten sind. Ich glaube, wir brauchen jetzt nicht mehr darüber zu streiten, ob diese Budgetvorschau gilt, denn wenn jetzt wieder einer aufsteht und sagt, das war nur eine Schätzung, obwohl das terminmäßig mit der Vorlage des Budgets zusammenfällt, dann weiß ich nicht mehr, was man noch glauben soll.

Herr Finanzminister! Sie haben 5 Milliarden Einsparungen versprochen, als wir die Ausgabenänderungsgesetze beschlossen haben. Das kann niemand wegleugnen. Nimmt man jetzt von den in der Budgetvorschau präliminierten Ausgaben in der Höhe von 96,1 Milliarden die Einsparungen in der versprochenen Höhe von 5 Milliarden weg, verbleibt naturgemäß ein Ausgabenrahmen für das Budget in der Höhe von etwa 91,1 Milliarden Schilling. Tatsächlich beträgt der Ausgabenrahmen 93,5 Milliarden. Ich behaupte nun, Herr Finanzminister: Die restlichen 2,4 Milliarden sind nur fiktiv, die haben Sie nicht eingespart. Was Sie eingespart haben — ich hoffe, Sie können mich widerlegen —, sind die 1,8 Milliarden, die Sie den Pensionsversicherungsanstalten beziehungsweise dem Familienlastenausgleich weggenommen haben, sind die Investitionen, die Sie gekürzt haben, und die Tilgungsverpflichtungen, die Sie auf die nächsten Jahre hinausgeschoben haben.

Sie machen jetzt den Trick, Herr Finanzminister, und reden in Ihrer Budgetrede, wie auch Dr. Kreisky schon angedeutet hat,

nicht mehr von „Einsparungen“, sondern von „Abstrichen“. Ich glaube, wir brauchen in diesem Hause nicht mehr darüber zu streiten, welche Ressortwünsche wahrscheinlich jedes Jahr vorgelegen sind. Wenn jeder Finanzminister das, was er dann den einzelnen Ressorts wegstreichen mußte, als „Einsparung“ qualifiziert hätte — na bravo, dann hätten wir wahrscheinlich einen Nachweis von Einsparungen, daß es höher nicht geht. Wissen Sie, wie mir das, was Sie jetzt machen, Herr Finanzminister, vorkommt? Wie wenn der kleine Franzl zu seinem Vater sagt: Vater, heute habe ich mir 5 S erspart! Der Vater fragt: Wieso? Sagt der Bub: Ich bin der Straßenbahn nachgelaufen. Sagt der Vater: Dummer Bub, wärest du einem Taxi nachgelaufen, hättest du dir 50 S erspart! (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Diese fiktiven Annahmen, diese Art, wie Sie — ich bitte um Entschuldigung —, der Gelehrte und ein Mann, der das wissen muß, sich selbst widerlegen und diese wirtschaftspolitische Akrobatik über das Budget fortsetzen, ist zumindest hochinteressant.

Noch ein Wort zur Verschuldung, meine Damen und Herren. Jawohl, ich gebe schon zu: Wir haben immer, wenn wir über Investitionen des Bundes gesprochen haben, den Standpunkt vertreten: Man kann es sich in gewissen Konjunkturphasen oder in gewissen strukturellen politischen Situationen nicht nur leisten, sondern man muß es sich leisten, eine Investitionspolitik über den Kapitalmarkt, über den Kreditmarkt durchzuführen. Diese Frage war in diesem Haus nie umstritten. Denn wir haben ja auch bei dem 10jährigen Investitionsprogramm zugestimmt, daß eine Milliarde jährlich über Kreditoperationen aufgebracht wird. Ich glaube, darüber soll kein Streit sein.

Was haben Sie wirklich gemacht, meine Damen und Herren? Ich mache das nicht nur dem jetzigen Finanzminister zum Vorwurf, sondern insbesondere seinem Vorgänger. Wenn wir uns das Wachstum der Gesamtverschuldung der Republik, also Inlands- und Auslandsschulden gemeinsam, anschauen — das sind die Letztverschuldungen abzüglich der jährlichen Tilgungsraten —, dann hat sich in den Jahren 1961 bis 1965 die Gesamtverschuldung des Staates — aufgebaut auf der Basis 1961 — um rund 25 Prozent erhöht. Meine Damen und Herren! In diesen Jahren sind vier Jahre drinnen, die noch in die Laufzeit des außerordentlichen Investitionsprogramms gefallen sind; das heißt, bei der 25prozentigen Erhöhung der Gesamtverschuldung haben Sie noch vier Jahre des damaligen langfristigen Investitionsprogramms mitfinanziert. Wenn man jetzt die Entwicklung der Gesamt-

Czettel

verschuldung von 1965 bis 1969 vergleicht, sieht man, daß sie um ungefähr 50 Prozent zugenommen hat; nur mit dem Unterschied — wie wir es jetzt schon das zweite und dritte Jahr nachweisen —, daß mit dieser Verschuldung keine zusätzlichen Investitionen finanziert werden und daher der Wirtschaft keine zusätzlichen Wachstumsimpulse gegeben werden, was eine solche Verschuldung eventuell für eine gewisse Zeit rechtfertigen würde.

Daher ist der Vorwurf berechtigt, Herr Finanzminister: Durch diese Politik der ÖVP-Regierung ist der Staat erheblich mehr verschuldet als im Ausgangsjahr 1965, ohne daß den Generationen, die diese Schulden zurückzahlen müssen, auch jene wirtschaftlichen Werte geschaffen werden, die in der Zeit zwischen 1961 und 1965 — um bei diesem Vergleich zu bleiben — geschaffen werden konnten.

Jetzt kommt es aber noch größer und höher! In der Regierungserklärung 1966 steht: „Der Umfang des Budgets muß sich nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten.“ Das hat Ihr Kanzler Klaus hier im Parlament groß verkündet, und Ihr Finanzminister Schmitz hat es fleißig mitvertreten. Jetzt kommt der neue Herr Finanzminister und sagt in seiner Budgetrede wörtlich: „Hüten wir uns vor lapidaren Formeln, die nur scheinbar budgetpolitische Maxime sein können.“ Und er sagt dann weiter wörtlich: Sowenig heute noch die klassische Formel anwendbar ist, daß die Ausgaben des Staates sich nach den Einnahmen zu richten hätten, ebenso wenig könne das Umgekehrte gesagt werden. Koren korrigiert jetzt Klaus, Koren korrigiert sich selber — wer soll sich bei dieser Budget-, Finanz- und Wirtschaftspolitik noch auskennen?

Meine Damen und Herren! Ich wollte zunächst diese drei Merkmale des Budgets deshalb unter die Lupe nehmen, weil in der bisherigen Debatte nur Schlagworte gefallen sind: Ihr habt keine Budgetalternative, und euer Programm ist ja nur zum Stimmenfang!, oder — wie hat Graf gesagt? —: das Programm der Sozialistischen Partei würde die Wirtschaft in eine Landschaft der Armut verwandeln.

Herr Kollege Graf! Kommen Sie mit mir durch Niederösterreich, in den Norden des Landes — und ich schließe die Abgeordneten der ÖVP gleich mit ein, damit wir da jetzt keinen Parteienstreit haben —, dorthin, wo Sie, Ihre Partei, seit fast einem Vierteljahrhundert die Mehrheit haben, dort gibt es wirklich Gebiete der relativen Armut.

Kollege Machunze! Sie haben im Zusammenhang mit der Subventionspolitik gemeint, man solle keinen Neidkomplex

entwickeln. Ich schildere Ihnen jetzt, was in einer öffentlichen Diskussion ein Bauer gesagt hat — das war für mich ein Erlebnis. Ein grauhaariger Bauer ist aufgestanden und hat gesagt: Leutln, ihr kennt mich! (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) — Nein, glauben Sie es mir, ich bin zwar ein Schlosser, aber jetzt bin ich schon bald ein ganz guter Agrarier geworden. Glauben Sie mir das: Ich nehme mich der Dinge wirklich an. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dieser Bauer ist aufgestanden und hat zu mir vor mindestens 70, 80 Zeugen gesagt, meine Damen und Herren, ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Vielleicht hören Sie ein bisserl zu. Dieser Bauer sagte: Ihr wißt, ich bin der größte Bauer gewesen — ich weiß nicht, wie viele Hektar Grund er besaß —, vor zehn Jahren bin ich in die Ausnahme g'gangen. Vor zehn Jahren habe ich mit meinem Buam verhandelt, was ich nach dem Ausnahmevertrag monatlich an Pfründe bekommen soll. Der Bua hat gesagt: „Vota, i gib dir monatlich dös Hundertfache des Körndlpreises!“ So wahr ich da stehe. (*Abg. Kern: Wie war das?*) Das Hundertfache des Körndlpreises. Der Bauer sagte weiter: Wir haben damals beschlossen, daß ich monatlich diesen Betrag bekomme. Vor zehn Jahren habé ich auf Grund dieser vertraglichen Bestimmung monatlich 260 S bekommen. Jetzt kriege ich 230 S oder 235 S — bitte, steinigen Sie mich nicht ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, jedenfalls weniger als vor zehn Jahren!

Meine Damen und Herren! An diesem menschlichen Beispiel möchte ich Ihnen die ganze Unmöglichkeit dieser Agrarpolitik vor Augen führen. (*Abg. Dr. Hauser: Der SPÖ-Agrarpolitik!*) Das ist die ÖVP-Agrarpolitik. Der Bauer kriegt weniger, der Konsument muß mehr zahlen, meine Damen und Herren, aber der Steuersäckel wird Jahr für Jahr mehr in Anspruch genommen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch und Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sind vielleicht wir schuld daran, daß es heute Bauern gibt, die vor zehn Jahren eine Rente von 260 S und heute eine von 230 S bekommen, nur weil Ihre ganze Agrarpolitik in eine Sackgasse geraten ist? (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.*) Kollege Machunze, wir haben uns immer freundschaftlich ausgesprochen und sagen es auch hier bei dieser ersten Lesung: Es ist kein Neidkomplex, meine Damen und Herren, der uns veranlaßt ... (*Rufe bei der ÖVP: Ja!*) Nein, dazu ist das Elend vieler bäuerlicher Menschen viel zu groß, als daß Sie uns diesen Vorwurf machen könnten. Es ist das Verhängnis Ihrer Politik, die sich auch in diesem vorgelegten Budget

Czettel

äußert (*Zwischenruf des Abg. Staudinger*) und in der kommenden Zeit mit diesem Budget fortgesetzt werden soll.

Wir wollen daher auch heuer sagen: Mit diesem Budget werden Sie, auch mit Hilfe des Professors Koren, dem Vorwurf nicht ausweichen können, daß Ihre Budgetpolitik sozial ungerecht ist, daß sie keine wirksamen Maßnahmen zur Bereinigung der Strukturschwächen unserer Wirtschaft beinhaltet und daß durch das Fehlen solcher Maßnahmen dem Wachstum dieser Wirtschaft nicht gedient wird, daß Sie also als Alleinregierung nicht in der Lage sind, das zu machen, was unsere Zeit erfordert. Es ist so, daß jeder, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, wahrscheinlich mit Recht den Verdacht hat, daß Sie mit dieser Politik in den letzten zwei Jahren die Gesamtwirtschaft in ernste Schwierigkeiten geführt haben und diese Politik jetzt deshalb fortsetzen, um über das Jahr 1970 hinaus Schwierigkeiten zu setzen, mit denen Sie vielleicht nicht mehr allein fertig werden müssen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir wissen uns nicht nur zu verteidigen, sondern mit unserem Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft wollen wir jene Voraussetzungen schaffen, die auf der einen Seite das sich für Österreich als verhängnisvoll zeigende Regime der ÖVP-Alleinregierung schwächen und beseitigen und gleichzeitig eine Ära einleiten (*Zwischenruf des Abg. Guggenberger*), die dem österreichischen Volk wieder mehr Hoffnung und Zuversicht auf eine bessere Zukunft gibt. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Guggenberger. — Abg. Libal: Also eine unfähige Regierung!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm. (*Abg. Weikhart: Jetzt kommt der Verteidiger der unfähigen Regierung!*)

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe hier vor mir die „Neue Zeit“ vom heutigen Tag liegen. Da heißt es auf Seite 2 unter dem Titel „Splitter von der SPÖ-Klubtagung“: „In der Pressekonferenz im Rahmen der Klubklausur der SPÖ legte Dr. Kreisky den Finger auf eine Wunde des österreichischen Parlamentarismus, als er begründete, warum keine bestimmte Zahl von Rednern fixiert wurde.“ Die Antwort Kreiskys lautete: „Die Budgetdebatte soll eine Debatte sein und nicht eine“ — hier steht — „Verlesung“. — Ich nehme an, Sie haben gesagt: keine Vorlesung. (*Abg. Dr. van Tongel: Meinen Sie den Kollegen Machunze?*)

Ich möchte gerne, Herr Kollege Kreisky, wenn Sie gestatten, mit Ihnen jetzt ein bißchen diskutieren. Es heißt dann weiter in diesem Artikel mit der Überschrift „Splitter von der SPÖ-Klubtagung“: „Als zu detaillierte Auskünfte über seine Rede zum Budget verlangt wurden, entzog sich Kreisky elegant den Fragern: ‚Etwas müssen Sie mir für morgen auch lassen‘.“

Meine Damen und Herren! Ich habe die Rede des Kollegen Dr. Kreisky vom ersten bis zum letzten Wort gehört. Ich habe das Gefühl, Herr Kollege Dr. Kreisky, Sie haben sich für übermorgen einiges zurückbehalten (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP*), denn heute haben Sie doch in einer Weise agiert (*Abg. Weikhart: „Lautlos“ haben Sie nicht zugehört! Ein bißchen krawallisiert haben Sie! — anhaltende Zwischenrufe*) — ja, ja, das kommt gleich —, daß ich mich doch damit etwas beschäftigen muß.

Wenn der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei hier steht, dann muß er, glaube ich, schon wissen, worüber er redet (*Abg. Dr. Haider: Sollte er!*), beziehungsweise er muß sich auch darüber im klaren sein, daß wir zuhören und das, was er spricht, auch wirklich sehr genau auf den Wahrheitsgehalt und auf den Inhalt überprüfen werden. (*Abg. Dr. Kreisky: Sie haben nicht zugehört! Sie haben nur geschrien! — Abg. Horr: Beim Wahrheitsgehalt kommen Sie nicht gut weg!*) Na Sie werden gleich sehen, wer gut wekommt. (*Abg. Horr: Dauern haben Sie Zwischenrufe gemacht!*) Passen Sie auf, Herr Kollege Horr!

Herr Kollege Dr. Kreisky, Sie haben wörtlich folgendes gesagt:

„Glauben Sie mir: Ihre Herren tun sich da sehr schwer. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Dr. Withalm, ihnen eine bessere Sprachregelung angedeihen zu lassen, statt daß Sie“ — also ich — „ihnen kleine Handbücher voll von Verleumdungen und Lügen über meine Person in die Hand drücken, die außerdem nicht einmal mit einem Impressum versehen sind, damit ich nicht die notwendigen gerichtlichen Schritte unternehmen kann.“ Mein Zwischenruf daraufhin: „Wieso wagen Sie zu behaupten, daß das von mir kommt?“ (*Abg. Dr. Pittermann: Der Mussil hat es ja gesagt!*) „Beweisen Sie das!“

Sie haben dann versucht, im Laufe Ihrer Rede zu beweisen, daß in dem, was Sie hier vorgezeigt haben, Verleumdungen Ihrer Person enthalten seien. Als Beispiel haben Sie unter anderem angeführt — wörtlich zitiere ich Kreisky —:

„Dann geht es weiter mit allen möglichen Behauptungen, und es heißt dann — dritter

9088

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Dr. Withalm

Beweis für die Verleumdung —: „Die ÖVP hat das Vertrauen der Wähler gerechtfertigt.“

Worin ist hier eine Verleumdung zu sehen, wenn es heißt, daß wir das Vertrauen der Wähler gerechtfertigt haben? Herr Kollege Kreisky, ich kann hier wirklich nicht von einer Verleumdung, einer Behauptung dieses Inhalts reden. (Abg. Dr. Kreisky: *Ich habe nicht „Verleumdung“ gesagt, Sie haben jetzt „Verleumdung“ gesagt!* — Abg. Ing. Häuser: *Sie vergessen den Zwischenruf!*) Sie haben weiter ausgeführt ... (Abg. Ing. Häuser: *Nicht ausweichen! Haben Sie den Zwischenruf gemacht, Sie sind von Kreisky verleumdet worden? Und darauf hat er Ihnen diese Antwort gegeben!*) Aber, meine Herren, das ist ... (Abg. Ing. Häuser: *Aber Sie können das nicht interpretieren!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, nicht so viele Zwischenrufe, sonst streiten wir über die nächsten Zwischenrufe!

Abgeordneter Dr. **Withalm** (fortsetzend): Lassen Sie sich das bringen, da steht es wahrscheinlich besser drinnen, als Sie es in Ihren Ohren haben, Herr Präsident Häuser! Und jetzt ... (Abg. Ing. Häuser: *Hat es die ÖVP herausgegeben, ja oder nein?*) Das ist ja gar nicht bestritten; bestritten ist nur, daß es eine Verleumdung ist. (Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: *Sie haben es bestritten!*)

Aber meine Damen und Herren! Kollege Kreisky ist hergegangen und hat behauptet: „... statt daß Sie ihnen kleine Handbücher voll von Verleumdungen und Lügen über meine Person in die Hand drücken ...“. Nach wie vor sind Sie den Beweis schuldig, daß diese kleinen Handbücher Lügen und Verleumdungen über Sie enthalten. (Abg. Libal: *Nur Lügen!* — Abg. Dr. Kreisky: *Sie haben den Zwischenruf gemacht: Das ist eine Verleumdung!*)

Als weiteres Beispiel haben Sie angeführt — damit Sie es genau wissen, ich zitiere wieder wörtlich — ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Also vielleicht eine kleine Beruhigung, Hohes Haus! (Abg. Horr: *Er hat ständig Zwischenrufe gemacht! Da ist nicht geläutet worden! Aber bitte schön, meinewegen!*)

Abgeordneter Dr. **Withalm** (fortsetzend): Aber meinewegen, Herr Kollege Horr, Sie können stundenlang dazwischenreden, mir macht das gar nichts aus, ich komme schon zum Wort. (Abg. Horr: *Aber selbstverständlich, das lasse ich mir von Ihnen so wenig vorschreiben, wie Sie es sich vorschreiben lassen!*)

Wenn Sie vormittag gemeint haben, ich brauche einen Nervenarzt, dann habe ich das

Gefühl, dem Nervenarzt — ist Herr Primarius Dr. Scrinzi noch da?, nein, leider nicht mehr — wäre, glaube ich, eine Möglichkeit gegeben, bei der Sozialistischen Partei nach dem Rechten zu sehen. (Abg. Weikhart: *Herr Dr. Withalm, vormittag hätten Sie ihn schon gebraucht!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, am Wort ist der Abgeordnete Dr. Withalm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (fortsetzend): Aber in ehrlicher, alter Verbundenheit, werter Herr Kollege Weikhart — wir waren ja seinerzeit gemeinsam Staatssekretäre ... (Abg. Horr: *Auf diese Verbundenheit kann er verzichten!*) Er paßt nicht auf! Ich habe ihm heute in ernster Sorge diesen Rat gegeben, weil ich tatsächlich besorgt war, er könnte sich einen Herzinfarkt zuziehen (Heiterkeit bei der SPÖ — Abg. Weikhart: *Ich wünsche Ihnen ein so gutes Herz wie meines!*), weil er sich wieder als das Giftheferl, das er immer gewesen ist, erwiesen hat. (Abg. Harwalik: *Weikhart hat ein gutes Herz!*)

Aber ich bleibe bei Kollegen Dr. Kreisky, mit dem ich etwas plaudern möchte, mit dem ich debattieren möchte. Ich zitiere ihn weiter. Er hat vormittag folgendes gesagt:

„Damit Sie es genau wissen: Ich getraue mich das auch im Hohen Haus zu sagen“ — also jetzt kommt wieder eine Verleumdung, die er zitiert (Abg. Hartl: *Er traut sich etwas!*) — „da sich das ja unlängst auf unserem Parteitag so deutlich manifestiert hat, wenn Sie mir diese Unbescheidenheit gestatten.“ — Durchaus, wir gestatten jede Unbescheidenheit. — „Es fängt an“ — und jetzt kommt die Verleumdung —: „Bruno Kreisky ein Versager!“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist keine Verleumdung, das ist eine Feststellung. (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haberl: *Das ist billig!*) Das ist eine richtige Feststellung! (Abg. Weikhart: *Die ganze Regierung ist ein Versager!* — Abg. Moser: *Wie hängt das mit der Budgetsituation zusammen?*) Ob das jetzt, meine Damen und Herren ... (Abg. Weikhart: *Zu dieser unfähigen Regierung gehört der Herr Vizekanzler!*)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Aber ruhet aus! Aber meine Damen und Herren! (Rufe bei der SPÖ: *Das ist unerhört!* — Abg. Ing. Häuser: *Das ist keine Stellungnahme zum Budget!*) Aber bitte, nicht so viele gegenseitige Liebenswürdigkeiten! Am Wort ist der Herr Abgeordnete Withalm.

Abgeordneter **Withalm** (fortsetzend): Wenn Sie mich aussprechen ließen! (Abg. Ing. Häuser: *Die Budgetrede von Withalm!* —

Dr. Withalm

Abg. Jungwirth: Reden Sie vom Budget! Ja bitte, das hätten Sie vormittag dann Ihrem Parteivorsitzenden auch sagen müssen. Ich repliziere nur auf das, was Kreisky gesagt hat. Offensichtlich hat er dann auch nicht zum Budget gesprochen.

Aber ich war noch nicht ganz fertig. Ich wollte nämlich folgendes sagen: Also was den Ausdruck „Bruno Kreisky ein Versager“ anbelangt, glaube ich wirklich, daß das keine Verleumdung ist. Das mag eine Feststellung sein, aber darüber läßt sich streiten. Das ist sicherlich eine Ansichtssache, ob man dieser Meinung ist.

Aber jetzt, Herr Kollege Kreisky, möchte ich mich in einer ernsteren Angelegenheit mit Ihnen befassen. *(Abg. Moser: Ihr Niveau ist schrecklich!)* Sie haben vom Investitionsprogramm gesprochen — ich habe vergessen, lieber Freund Haider, wenn du mir dieses Buch geben würdest, dann wäre ich dir dankbar —, Sie haben vom Investitionsprogramm 1954 gesprochen und dann darauf hingewiesen, daß damals dieses Investitionsprogramm 1954 eine epochale Tat *(Abg. Mayr, der vom Abg. Dr. Haider ein Büchlein geholt hat, überreicht es dem Redner)* — nein, dieses Buch dort! *(der Redner zeigt auf ein Buch, das der Abgeordnete Dr. Haider in Händen hält; Abg. Dr. Haider begibt sich zum Rednerpult und überreicht es)*, danke sehr —, eine epochale Tat der Sozialistischen Partei gewesen sei. *(Abg. Dr. Haider: Wir helfen schon überall, an allen Fronten! — Abg. Weikhart: Der Haider ist der Zureicher!)*

Meine Damen und Herren! Damit hier nicht eine Legendenbildung entsteht, möchte ich zwei Feststellungen treffen. In diesem Investitionsprogramm ... *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Also bitte, etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit, wir sind doch nicht in der Stadthalle! *(Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Dort ist es dem Withalm aber schlecht gegangen!)*

Abgeordneter **Dr. Withalm** *(fortsetzend)*: Herr Kollege Dr. Kreisky, Sie haben wörtlich ausgeführt ... *(Weitere Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Der Prader ist eh nicht da!)* Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird sehr lange dauern, wenn Sie mich zwingen, so lange zu reden. *(Abg. Weikhart: Bis Mitternacht haben wir Zeit!)* Ja bitte, Sie haben Zeit, gut. Ich habe auch Zeit, ich habe durchaus Zeit.

Aber darf ich jetzt Kollegen Dr. Kreisky zitieren. Ich nehme an, es wird Sie interessieren, ein zweites Mal zu hören, was Ihr

Vorsitzender heute ausgeführt hat. Er sagte: Wir haben in diesem zehnjährigen Investitionsprogramm die Schwerindustrie aufgebaut, weil das eben die Voraussetzung eines Industriestaates ist, und unsere Energiereserven aufgebaut. Hätten wir das damals nicht getan, hätte es nie dieses hohe Maß an wirtschaftlicher Intensität und Vollbeschäftigung geben können, weil unsere Wirtschaft am Mangel an Energie zusammengebrochen wäre. *(Abg. Weikhart: Stimmt das auch nicht?)*

Meine Damen und Herren! Wir waren ja damals schon in dem Hause, Herr Kollege Weikhart. *(Abg. Weikhart: Das stimmt ja, was er gesagt hat!)* Ich habe jetzt zufällig gesehen, daß ich damals einer der Sprecher der Österreichischen Volkspartei war. Damit ja keine Legendenbildung entsteht, erkläre ich: Das stimmt nicht, was Kollege Dr. Kreisky hier gesagt hat, und zwar ganz und gar nicht. Um Ihnen zu beweisen, daß das nicht stimmt, daß das Investitionsprogramm 1954 nicht dem Aufbau der Schwerindustrie gedient hat, daß das nicht die Voraussetzung eines Industriestaates war, daß damals von Energiereserven nicht die Rede war, zitiere ich keinen geringeren als den, den heute in diesem Zusammenhang Kollege Dr. Kreisky zitiert hat, nämlich den damaligen Sprecher der Sozialistischen Partei, das war Minister Waldbrunner. Er hat damals — ich darf zitieren, Seite 2023 — wörtlich ausgeführt:

„Das langfristige Investitionsprogramm der Bundesregierung ist ausschließlich dem Verkehrssektor gewidmet.“ Es hatte also mit dem Aufbau der Schwerindustrie und so weiter nicht das geringste zu tun. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Die Schwerindustrie ist wesentlich früher aufgebaut worden, das wissen wir alle, meine Damen und Herren. *(Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich darf jetzt noch folgendes sagen, weil Sie, meine Damen und Herren, seit einiger Zeit für sich in Anspruch nehmen, daß das Erstgeburtsrecht an diesem Investitionsprogramm nur Ihnen zukäme. *(Ruf bei der SPÖ: Das stimmt doch!)* Moment! Passen Sie nur auf; jetzt können Sie aufpassen. Der Berichterstatter war damals Abgeordneter Grubhofer. Er führte in seinem Bericht unter anderem folgendes aus:

„Den Ausgang für dieses Investitionsprogramm bildete der Gedankengang, den besonders der eine Regierungspartner, nämlich die Österreichische Volkspartei, Ende 1952 — Anfang 1953 äußerte, und zwar die Errichtung einer Autobahn Salzburg—Wien, um dadurch ...“ und so weiter. Meine Damen und Herren! Das war der Ausgangspunkt,

Dr. Withalm

das war der Aufhänger. (*Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich habe damals — wenn Sie gestatten, werde ich das auch noch zitieren — in meiner Rede — ich war einer der Redner, wie ich sagte — folgendes angeführt:

„Und drei Tage später, am 23. März 1954, wurde im Ministerrat über das Autobahnprojekt berichtet und ein Ministerkomitee eingesetzt, das sich mit der Frage der Autobahn zu beschäftigen hatte. Am 18. Mai 1954“ — also ungefähr zwei Monate später — „kam der Ministerratsbeschluß über das langfristige Investitionsprogramm, somit auch über die Ausführung des Autobahnprojektes Salzburg—Wien, zustande.“

Meine Damen und Herren! Das ist die geschichtliche Wahrheit. (*Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Dieser Gedankensprung!*) Also der Ausgangspunkt für das Investitionsprogramm 1954 war die Autobahn, über die Sie damals noch wie folgt geurteilt haben — ich zitiere jetzt wieder aus meiner Rede von damals —:

„Als wir das Autobahnprojekt zum erstenmal anfangs 1953 zur Debatte stellten, sprachen Sie von einem Wahlpropagandaschlager und einem Hirnspinnst.“

Meine Damen und Herren! Etwas Ähnliches haben Sie damals auch — wenn Sie sich nicht erinnern sollten — von der Wachauer Straße gesagt, das war auch eine „Wein-Luft-Straße“. So haben Sie sie bezeichnet. (*Abg. Dr. Haider: Das ist peinlich! Immer zwanzig Jahre zurück!*)

Und jetzt, Herr Kollege Czettel, gestatten Sie, daß ich denn doch einige Bemerkungen zu Ihren etwas rührseligen Ausführungen über den alten Bauern im Waldviertel mache. Sie haben hier dargestellt, wie er sich beschwert hat über die Agrarpolitik beziehungsweise über das, was der Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei zu verdanken ist. (*Abg. Czettel: Der Bauer kriegt weniger als vor zehn Jahren!*) Herr Kollege Dr. Kreisky! Ich muß Sie heute einige Male zitieren (*Abg. Dr. Kreisky: Ach ja, das macht mir nichts!*) Bitte, warten Sie ein bißchen ab, ob Ihnen das etwas macht. Passen Sie aber gut auf, Herr Kollege Dr. Kreisky.

Da fand am 5. Juni 1966 in Wiener Neustadt der Landesparteitag der Sozialistischen Partei Niederösterreichs statt. Zur Agrarpolitik der Sozialistischen Partei hat damals, 1966 — noch nicht als Vorsitzender der Sozialistischen Partei —, Dr. Kreisky unter anderem folgendes ausgeführt:

„Aber mit den Bauern soll man in einer Sprache sprechen, die sie verstehen.“ Der Meinung bin ich auch. „Wir sollen den Bauern

sagen“ — das ist jetzt wieder Kreisky —: „Wir Sozialisten haben kein eminentes Interesse daran, daß die österreichische Landwirtschaft einen immer größeren Anteil vom Sozialprodukt bekommt.“ (*Unruhe bei der ÖVP.*) „Wir sind der Meinung, die österreichische Landwirtschaft soll modernisiert werden, soll billiger erzeugen. Wir haben das Interesse, daß die Konsumenten bessere und billigere Produkte bekommen.“ (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Das kommt von der Überproduktion! Der Bauer kann nichts dafür! Eure Politik ist schuld!*) „Jawohl, das ist ein hartes Wort!“ So Kreisky 1966. (*Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Moment! Ich bin noch nicht ganz fertig, meine Damen und Herren! „Aber“ — so fuhr Kreisky fort — „wir sollen auf der anderen Seite den Bauern noch etwas klar und deutlich sagen: Laßt uns einen einfachen Kuhhandel machen. Ihr wollt einen größeren Anteil haben. Wir sind der Meinung, daß man darüber reden kann, aber nur dann, wenn ihr nicht von vornherein die verlässlichsten Schutztruppen der Volkspartei seid, wenn ihr nicht von vornherein und um jeden Preis bereit seid, der Volkspartei eure politische Unterstützung zu geben!“ (*Pfui! — Rufe beider ÖVP. — Abg. Hartl: Stimmenfang! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*) „Wenn ihr bereit seid, mit uns auch über unsere Fragen zu reden, dann reden wir auch mit euch über eure Fragen, denn dann werden wir — jeder beim ändern — prüfen, wo ihn der Schuh drückt, dann werden wir miteinander reden und schauen, wo wir hier helfen können.“ Meine Damen und Herren ... (*Abg. Weikhart: Na und? Das ist nichts Besonderes! — Abg. Hartl: Politische Erpressung! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.*)

Herr Kollege Weikhart! Da sagen Sie: „Na und?“ Wenn Sie das sagen, gestatten Sie, daß ich den ersten Satz der Ausführungen des Kollegen Dr. Kreisky denn doch noch einmal wiederhole. Ich bin nur neugierig, ob Sie dann auch „Na und?“ darauf sagen werden. Der erste Satz — ich glaube, das soll man einige Male sagen, damit das nicht aus dem Gedächtnis kommt — lautet: „Wir sollen den Bauern sagen...“ (*Abg. Weikhart: Sie können nicht einen Satz herausheben aus dem Zusammenhang!*) Ich glaube, der Zusammenhang ist gegeben. Ich war sehr fair, und habe auch den rückwärtigen Teil, zu dem Sie dann gesagt haben „Na und?“ zitiert. Da waren Sie doch sehr einverstanden mit dem Zitat. Da müssen Sie sich also das erste auch noch einmal sagen lassen, und das hat gelautet — ich bin jetzt neugierig auf Ihr „Na und?“ —: „Wir sollen den Bauern

Dr. Withalm

sagen: Wir Sozialisten haben kein eminentes Interesse daran, daß die österreichische Landwirtschaft einen immer größeren Anteil vom Sozialprodukt bekommt.“ (Abg. Ing. Häuser: *In jedem fortschrittlichen Staat sinkt der Anteil am Sozialprodukt für die Landwirtschaft ab! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Aber das ist ja zu hoch für euch! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aha! Herr Präsident Häuser! Der Anteil am Sozialprodukt sinkt nicht ab. Der Anteil an der Bevölkerung sinkt ab, aber nicht der Anteil am Sozialprodukt. (Stürmischer Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Ing. Häuser: *Lernen Sie Wirtschaftsgeschichte!*) Nein, das verteilt sich auf weniger Leute. Das ist der Unterschied in unseren Auffassungen. (Lebhafte anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: *Da sagen Sie, Sie wollen keine Demagogie betreiben! — Abg. Moser: Woraus haben Sie denn zitiert, Herr Vizekanzler?*) Woraus ich zitiert habe? Aus der Aussendung, die damals über den Parteitag der Sozialistischen Partei Niederösterreichs herausgegeben wurde. (Abg. Konir: *Das ist aber nicht die Aussendung!*) Das kennen Sie nicht? Ich werde es Ihnen dann zur Verfügung stellen.

Und jetzt gestatten Sie, daß ich auch einige Bemerkungen zu den Ausführungen Dr. Kreiskys mache, die die sogenannte Rohbilanz betroffen haben. (Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.) Sie haben die elf Punkte aus dem Regierungsprogramm vom 20. April 1966 zitiert. Sie wissen genau, daß wir die damals — und zwar alle elf — noch gemeinsam bei den Verhandlungen, die zur Bildung einer gemeinsamen Regierung geführt wurden, ausgehandelt haben.

Ihre Ausführungen zur EWG, Herr Minister Dr. Kreisky, haben in mir den Eindruck erweckt, daß eine gewisse Schadenfreude mitgeschwungen hat. Aber offensichtlich haben Sie das nicht gelesen, was der Handelsminister vor wenigen Tagen zu dieser Frage gesagt hat (Abg. Dr. Pittermann: *Der redet auch einmal so und einmal so!*): daß wir durchaus Realisten sind (Abg. Dr. Pittermann: *Ja, das war ein Realist!*) und ganz genau wissen, was erreichbar ist und was nicht erreichbar ist. (Lebhafte Zwischenrufe.) — Herr Kollege Pittermann! Wenn Sie von Realisten sprechen, dann muß ich Sie an das erinnern, was Sie vor vielen Jahren in Vorarlberg zu dieser Frage gesagt haben. Immer war bei uns ja nicht der Eindruck vorhanden, daß Sie mit uns damals in der Koalition zu hundert Prozent bestrebt waren, das, was wir gemeinsam im Ministerrat beschlossen haben, nämlich das Ansuchen vom 15. Dezember 1961, auch in die Tat umzusetzen.

(Abg. Dr. Pittermann: *Das schon! Aber nicht Ihre „Bock“-Sprünge! Austritt aus der EFTA, Herr Dr. Withalm, erinnern Sie sich nur!*)

Ich möchte jetzt nicht zu den anderen Punkten Stellung nehmen (Zwischenrufe bei der SPÖ), weil ich durch die Zwischenrufe zu lang aufgehalten wurde, zur Frage Südtirol und so weiter. (Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich möchte nur eines sagen. Meine Damen und Herren! Wenn Kollege Dr. Kreisky davon gesprochen hat, daß wir nichts reden — auch das sei ein Punkt im harten Kern der Regierungserklärung vom 20. April — über die regionale Strukturpolitik, muß ich sagen: Der Koren-Plan beschäftigt sich mit diesen Dingen (Abg. Sekanina: *Wo beschäftigt er sich damit?*), und Sie wissen ganz genau: es kommt ein Strukturbereinigungsgesetz, es kommt der Entwicklungserneuerungsfonds. Meine Damen und Herren... (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Aha! Sie wissen also nicht, daß er sich damit beschäftigt, aber Sie interessieren sich bereits sehr dafür, daß Posten, die dort vergeben werden, auch auf Sie entfallen, meine Damen und Herren. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.) Gestatten Sie mir... (Abg. Dr. Staribacher: *Au! Au! Au!*) Herr Kollege Dr. Staribacher! Wenn Sie noch so sehr Ihr edles Haupt schütteln — es ist uns ja nicht unbekannt geblieben, daß der Proporz auch dort wieder eingeführt werden soll, genauso wie Sie von uns jetzt wieder verlangt haben, daß der Proporz auch beim Vorstand der verstaatlichten Unternehmungen wieder eingeführt werden soll, obwohl wir diesbezügliche Vereinbarungen vor zwei Jahren getroffen haben. (Abg. Dr. Kreisky: *Da hätten Sie vorsichtiger sein sollen!* — Abg. Gratz: *Sie wollen den Monoporz!*) Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Rede... (Abg. Kostroun: *Sie wollen das Monopol!*)

Herr Kollege Kostroun! Wenn man die Rede des Abgeordneten Kreisky heute gehört hat — und das zog sich wie ein roter Faden durch seine Rede, wie könnte es auch anders sein —, dann hat man den Eindruck, daß diese Bundesregierung, die seit 19. April 1966 im Amt ist, alles schlecht gemacht hat. Und wenn es uns jetzt auch in Österreich... (Abg. Weikhart: *Hat sie auch!*) Hat sie auch, gut, bleiben wir dabei. Wenn es uns jetzt in Österreich im großen und ganzen nicht schlecht geht, so verdankt das das Volk also ausschließlich der Opposition. Ich frage mich nur: Ist das auch in Schweden der Fall? Verdankt auch das schwedische Volk den Wohlstand der Opposition und nicht der Regierung? Wenn dem so sein sollte, so mache ich Ihnen einen Vorschlag, meine Damen und Herren. (Abg.

Dr. Withalm

Weikhart: Fragen Sie den Herrn Präsidenten, wie es in der Bauwirtschaft aussieht!) Herr Kollege Weikhart! Darüber reden wir öfter, es wird sicherlich noch darüber geredet werden! *(Abg. Weikhart: Dann wissen Sie ja, wie die auf dem Bauch liegt wie nie zuvor in der Zweiten Republik! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Machen Sie sich diesbezüglich nicht mehr Sorgen, als unbedingt notwendig sind, Herr Kollege Weikhart. Aber ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wenn die These stimmt, die von Ihnen aufgestellt wurde, daß die Regierung alles schlecht macht und alles, alles Gute der Opposition zu verdanken ist, dann bleiben wir meinetwegen auch für die kommenden Legislaturperioden bei dieser Verteilung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie bleiben in der Opposition, und wir bleiben in der Regierung. *(Abg. Weikhart: Das werden Sie nicht entscheiden, das wird das österreichische Volk entscheiden! — Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.)* Da sind wir absolut einer Meinung. *(Abg. Dr. Pittermann: Wir wollen euch auch einmal etwas Gutes zukommen lassen!)* Sehr nett von Ihnen!

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Der Redner ist am Wort. Beruhigen wir uns wieder alle gemeinsam. Am Wort ist der Abgeordnete Withalm.

Abgeordneter Dr. Withalm *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! Kollege Kreisky hat heute die Rohbilanz — es ist, glaube ich, noch etwas zu früh, Bilanz zu ziehen — gezogen. Ich möchte auch von unserer Seite aus eine Rohbilanz ziehen. Ganz kurz nur, mit wenigen Worten und Sätzen. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß ich mich lange verbreite.

Die Rohbilanz schaut immerhin so aus: In den Jahren von 1966 bis heute wurde der innere Friede in Österreich gewahrt.

Wenn heute Czettel den Minister a. D. Kreisky zitiert hat, dann hat er unvollständig zitiert, denn ich werde die Pose des Abgeordneten Dr. Kreisky nie vergessen, als er hier am 22. April 1966 stand und sagte: Und wenn die Listen so lang sein sollten und wenn ich stundenlang verlesen müßte, ich werde die Namen all derer, die disqualifiziert wurden, hier zur Verlesung bringen. — Das haben Sie nicht mehr zitiert.

Der innere Friede wurde gewahrt *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist auch schon ein Verdienst!)*, der äußere Friede wurde gewahrt *(Abg. Sekanina: Das ist aber nicht Ihr Verdienst!)*, die Neutralität blieb unangetastet, die wirtschaftliche ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, wahren wir jetzt den Frieden im Haus!

Abgeordneter Dr. Withalm *(fortsetzend)*: ... die wirtschaftliche Rezession haben wir überwunden. Was die Staatsverschuldung Österreichs anlangt: Vor uns rangieren — mit weniger Schulden, als wir haben — nur die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz. Dann kommt bereits als am wenigsten verschuldeter Staat an dritter Stelle Österreich. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Die Nettoverschuldung für das kommende Jahr beträgt, wie Sie wissen, nicht 8 Milliarden Schilling, sondern nur 3 Milliarden, weil wir 5 Milliarden zurückzahlen. Das scheinen Sie auch nicht eingestehen zu wollen. Ich sage Ihnen eines: Wir sind mit der Rohbilanz durchaus zufrieden. *(Abg. Dr. Pittermann: Eine Post fehlt in der Rohbilanz! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Reden Sie meinetwegen über Ihr Wirtschaftsprogramm weiter, wir werden nach wie vor handeln. Als Regierungspartei sind wir in der glücklichen Lage zu handeln. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Eine Post fehlt: Hofübergabe vermieden!)* Bei Ihnen ist sie nicht vermieden worden! Bei Ihnen ist sie durchgeführt worden *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, und zwar am vorletzten Parteitag. Sie, Herr Kollege Dr. Pittermann, waren ja das Opfer dieser Hofübergabe.

Herr Kollege Czettel! Sie haben vom nächsten Wahlkampf gesprochen. Ich möchte noch nicht vom nächsten Wahlkampf reden, aber Sie haben in die Debatte geworfen, daß wir den nächsten Wahlkampf nicht wie vergangene Wahlkämpfe führen werden, sondern daß Sie mit Ihrem Wirtschaftsprogramm kommen und wir darauf hinweisen werden, daß wir den Koren-Plan haben beziehungsweise ihn verwirklicht haben. Ich glaube, dann machen wir es dem österreichischen Volk auch wesentlich leichter, bei kommenden Wahlen die richtige Entscheidung zu treffen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky *(SPÖ)*: Hohes Haus! Als ich meine Rede hielt, war, glaube ich, die Presse ziemlich vollzählig anwesend. Herr Dr. Withalm, sie kann sich jetzt selbst ein Bild machen, zu welchen Mitteln Sie Zuflucht genommen haben. *(Abg. Dr. Haider: Zur Wahrheit!)* Den Damen und Herren der Volkspartei — vor der Presse fürchte ich mich nicht, die hat das genau verfolgt — muß ich doch aus dem Protokoll, das ich mir habe kommen lassen, die in Betracht kommenden Stellen vorlesen, und ich wäre sehr froh, wenn Herr Dr. Withalm, obwohl er sie genau kennt, doch zuhören würde.

Dr. Kreisky

Ich sagte: „Glauben Sie mir: Ihre Herren tun sich da sehr schwer. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Dr. Withalm, ihnen eine bessere Sprachregelung angedeihen zu lassen, statt daß Sie ihnen kleine Handbücher voll von Verleumdungen und Lügen über meine Person in die Hand drücken, die außerdem nicht einmal mit einem Impressum versehen sind, damit ich nicht die notwendigen gerichtlichen Schritte unternehmen kann.“

Darauf hat Herr Abgeordneter Dr. Withalm das gemacht, was ich schon im Landesgericht, als ich seinerzeit als Politischer eingeliefert wurde, auf einer aufgeklappten Pritsche gesehen habe: „Sagst du ja, bleibst du da, sagst du nein, gehst du heim.“ (*Beifall bei der SPÖ.*) Er hat also abgestritten.

Und jetzt möchte ich gerne sagen, wie er es abgestritten hat: „Abgeordneter Dr. Withalm: Wieso wagen Sie zu behaupten, daß das von mir kommt?“ — Es ist vielleicht eine etwas euphemistische Umschreibung gewesen. Wir sind halt der Meinung, daß in der Volkspartei alles von Dr. Withalm kommt. Er ist der oberste Chef des Generalsekretariats und auch der Propagandaabteilung und so weiter. Er sagte also: „Wieso wagen Sie zu behaupten, daß das von mir kommt? Beweisen Sie das!“ Darauf sagte ich: „Ich wage das zu behaupten, weil das aus dem Inhalt hervorgeht“, daß das von der ÖVP kommt. Abgeordneter Dr. Withalm machte einen Hinweis auf Nennung — ich sagte Ihnen schon, daß ich mich wundere, wie sehr Sie ihn als Wunderwaffe gegen uns — wahrscheinlich meinen Sie das — verwenden. Aber das macht nichts. Und dann rief er mir zu: „Eine Vermutung ist das nicht“, was ich gesagt habe, sondern „eine Verleumdung ist das!“, nämlich meine Behauptung, daß das von der Volkspartei ist. (*Abg. Dr. Withalm: Daß Verleumdungen drinnenstehen!*) Eine Verleumdung ist das, daß das von der ÖVP kommt. Reden Sie doch, Herr Dr. Withalm, nicht wie ein lächerlicher Winkeladvokat (*Heiterkeit*), das sind Sie doch nicht! Und jetzt geht es weiter, das hat er nämlich auch nicht verlesen, das gehört mit zur Winkeladvokatur. Ich sagte, als das Wort „Verleumdung“ fiel: „Also schön, ich nehme dieses Wort auf. Sie sagen, daß das, was ich hier ... gesagt habe, eine Verleumdung ist.“ Ich sagte weiter: „... an Stelle des gelben Teiles ‚Ein Jahr Regierung Klaus‘ ...“ Und dann haben Sie offenbar die Nerven verloren, denn Sie können ja nicht die Ironie, die darin lag, mißverstanden haben, und Sie sollen nicht das Haus für so naiv halten, daß es Ihnen das abnimmt.

Aber nun gehe ich weiter. Sie haben über andere Dinge auch gesprochen. Der große

Streit über das Investitionsprogramm. Hoffentlich kommt die Unterlage noch. Im Jahre 1952 ist in der Koalition eine sehr ernste Auseinandersetzung über folgende wichtige Frage ausgebrochen: Bundesminister Dr. Kamitz vertrat die Auffassung, daß nur konsumnahe Investitionen vorgenommen werden sollten, eine Ansicht, die von seinem Standpunkt durchaus begründet war. (*Abg. Machunze: Damals!*) Ich sagte ja: 1952. Wir haben eine historische Debatte begonnen. Er vertrat den Standpunkt, daß es nur konsumnahe Investitionen geben soll. Ich billige Ihnen gerne zu, daß das eine Wirtschaftsauffassung gewesen ist, die man vertreten konnte. (*Rufe bei der ÖVP: Damals aber nicht! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aber lassen Sie mich doch weiterreden!

Auf der anderen Seite stand eine andere Wirtschaftsauffassung, damals von Dipl.-Ing. Waldbrunner in der Regierung und von den Gewerkschaften vertreten, daß man, um aus Österreich einen modernen Industriestaat zu machen, sich zu langfristigen Investitionen entschließen müsse.

Es war dies damals eine hochstehende politische Auseinandersetzung, die auch in der Wahlbewegung eine dominierende Rolle spielte. (*Abg. Dr. Withalm: Die Arbeitslosenrate war auch dominierend!*) Wir hatten damals eine ernste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. (*Abg. Dr. Gruber: Und der Rentenklau? Das war Ihre „hochstehende“ Wahlkampagne!*) Jawohl! Es war das damals das ausgezeichnete Plakat der Sozialistischen Partei mit dem Raben und der Arbeitslosenkarte. (*Abg. Dr. Gruber: „Hochstehend“!*) Ja, das war ein gutes Plakat. Lieber Herr Doktor! Sie haben es notwendig, sich über die Wahlpropaganda zu beklagen; Sie, die Sie uns vorgeworfen haben, daß wir Österreich in ein kommunistisches Konzentrationslager verwandeln werden. (*Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Daraufhin sind wir in die Wahl gegangen. Diese Wahl hat der Sozialistischen Partei die stärkste Stimmenzahl gebracht. Die Sozialistische Partei wurde zur stimmenstärksten, allerdings durch das Wahlgesetz um ein Mandat schwächer. Als es dann zu den Regierungsverhandlungen kam, hat der Herr — damals noch Bundesparteiobmann — Raab den Versuch gemacht, eine Drei-Parteien-Koalition herzustellen. Das hat niemand ernst genommen, denn wir waren mitten in der Besatzungszeit. Es kam dann eine Zwei-Parteien-Koalition unter dem Bundeskanzler Raab, und da die Sozialisten die Wahlen gewonnen hatten — das konnte

Dr. Kreisky

niemand bestreiten: ich glaube, sechs Mandate mehr haben wir damals bekommen —, mußte man unseren wirtschaftspolitischen Ansichten Rechnung tragen. Dieses große Investitionsprogramm der Sozialistischen Partei, das ursprünglich zur Diskussion stand, sah gewiß vor, daß der Staat das finanziert, wozu er da ist, es sah aber auch die große und massive Investitionsfinanzierung aus den Marshallplan-Geldern für die verstaatlichte Industrie und die Aufnahme großer Kredite vor; jawohl, großer Kredite für den Ausbau der Energiewirtschaft in Österreich. (*Abg. Dr. Withalm: Sie verwechseln Äpfel mit Birnen! Alles durcheinander! — Gegenrufe bei Abgeordneten der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Es kam mir darauf an, aufzuzeigen, daß es damals auf allen Gebieten der Wirtschaft zu einer großen, breitangelegten Investition gekommen ist und daß so die Grundlagen eines modernen Industriestaates geschaffen wurden. Es kam mir darauf an, diese Epoche der österreichischen Wirtschaftsgeschichte zu schildern, um sie darzulegen. (*Abg. Dr. Withalm: Und sie für die SPÖ zu reklamieren!*) Ich war bei dem Versuch, es zu tun, äußerst zurückhaltend. Erst als Sie mir Raab und Kamitz zuriefen, habe ich den Namen Waldbrunner auch genannt. Vorher habe ich gesagt: Ich möchte Sie nicht überflüssigerweise reizen und Ihnen nicht den Namen des Mannes nennen, dem Sie damals ein „Königreich“ geschenkt haben. (*Abg. Dr. Withalm: Das ist wieder eine Verwechslung, das war wesentlich später!*) Nein! Das ist das, was ich zu diesem Thema sagen wollte. Sie sind bei dem Protokoll ja so ungenau, daß ich Ihnen sagen kann: Ich weiß, was ich gesagt habe, nur Sie sind da in Defensivstellung.

Jetzt gehen wir weiter. Ich habe damals erklärt, daß wir das Geld hatten und man uns sagte: Es gibt kein Geld. Aber wir haben mehr als das aufgebracht, was wir uns vorgenommen haben. Ich habe von der Modernisierung der Verkehrswege auf der Schiene und auf der Straße gesprochen. (*Ruf bei der ÖVP: Autobahn!*) Jawohl, von der Autobahn — das habe ich ausdrücklich gemeint. Ich könnte jetzt noch Beweise anführen, wie hart die Auseinandersetzung war, ich will das aber nicht mehr tun.

Damit kommen wir zu den Bauern. Meine Damen und Herren! Was ich in Wiener Neustadt gesagt habe, das finden Sie auch in unserem Wirtschaftsprogramm, das finden Sie in jedem modernen Wirtschaftsprogramm. Es ist nämlich so, daß der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt nicht steigt, sondern, da das Sozialprodukt sehr stark

wächst, eher fallend ist. Was wir Ihrer Agrarpolitik vorwerfen, ist, daß sie immer mehr Milliarden kostet und die kleinen und mittleren Bauern immer weniger davon behalten können. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das ist unsere Ansicht, und nichts anderes hat der Abgeordnete Czettel hier gesagt.

Dann habe ich noch etwas gesagt, und auch dazu bekenne ich mich, meine Herren von der Landwirtschaft. Ich habe gesagt: Wenn die Bauern haben wollen, daß wir für sie Verständnis haben sollen — das ist wirklich ausnahmsweise wichtig (*Abg. Doktor Withalm: Verständnis soll sowieso dafür da sein! — Ruf bei der ÖVP: „Kuhhandel“!*) —, Verständnis für ihre Forderungen, dafür, wo sie der Schuh drückt, dann müssen wir auch verlangen können, daß sie Verständnis dafür haben, wo uns der Schuh drückt. (*Abg. Dr. Withalm: Das haben die Bauern immer gehabt!*) Was machen Sie denn, meine Herren? Sie reden mit uns in diesen Tagen über die Verlängerung vor allem der für die Landwirtschaft bestimmten Gesetze und können gar nicht anders, als darauf einzugehen, wenn wir sagen: Uns interessiert etwas anderes auch!

Die hier versammelten Herren der Landwirtschaft wissen ganz genau, wieviel sie in der Koalitionszeit mit dem Argument durchgesetzt haben: Wenn die Sozi das kriegen, müssen wir das auch kriegen!, und wie oft sie sogar dabei von uns unterstützt wurden. Es war nicht immer sehr gut, daß wir da eine so leichte Hand gehabt haben, aber immerhin, es war so. (*Abg. Dr. Withalm: „Leichte Hand“ ist gut!*)

Ich nehme auch nicht zurück, daß ich das mit dem Namen „Kuhhandel“ bezeichnet habe, denn das ist eben eine Art Politik, die man heute überall in der Welt — Industriepolitik gegen Agrarpolitik — einen politischen Kuhhandel nennt. Sympathisch ist es nicht, aber so ist es immer gewesen.

Jetzt komme ich gleich zum Schluß. Ich bekenne mich auch dazu, daß ich den Bauern gesagt habe, daß es für sie schwerer sein wird, wenn sie durch dick und dünn mit der ÖVP gehen. Der Herr Abgeordnete Grießner, der nicht da ist, und der Herr Landwirtschaftsminister Schleinzer wissen ja, wie das aussieht und was sie sich anhören müssen, weil sie mit der ÖVP und ihrer Politik durch dick und dünn gehen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Withalm hat die Andeutung gemacht, daß wir in den Verhandlungen über die Verlängerung der Marktordnungsgesetze den Proporz verlangt haben. Nein, Herr Dr. Withalm! Den Proporz können wir nicht

Dr. Kreisky

verlangt haben, weil Sie den ins ÖIG-Gesetz hineingebracht haben. Der ist dort nämlich gesetzlich verankert. (*Abg. Dr. Withalm: Ja, für die Aufsichtsräte!*) Sie haben den Proporz hundertprozentig in dem ÖIG-Gesetz drinnen. Sie können nicht bestreiten, daß das so ist. (*Abg. Dr. Withalm: Jetzt sind Sie aber ausgerutscht! Sie kennen das Gesetz nicht! Sie wissen nicht, was in dem Gesetz steht! Das darf doch der Vorsitzende der Sozialistischen Partei wirklich nicht sagen!*) Die Aufsichtsräte sind nach dem Proporz zusammengesetzt. (*Abg. Dr. Withalm: Proporz für die Aufsichtsräte: Ich spreche doch vom Vorstand! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Moment, jetzt komme ich zum Vorstand.

Sie leugnen also nicht, daß Sie durchgesetzt haben, daß die Zusammensetzung dieser Einrichtung, der nach dem Aktiengesetz die letzte Entscheidung, nämlich die Entscheidung des Eigentümers, zukommt, nach dem politischen Proporz erfolgt. Ich stelle nichts anderes als das fest. (*Abg. Dr. Withalm: Das stimmt ja wieder nicht! Entschuldigen: Sie kennen das ÖIG-Gesetz nicht!*) O ja, ich kenne es sehr genau. (*Abg. Dr. Withalm: Nein!*) Nun, was denn? (*Abg. Doktor Withalm: Das stimmt nicht, was Sie sagen!*) Sie haben sich überall auf Grund der Mehrheit, die Sie im Haus haben, im Aufsichtsrat der ÖIG durch den Vorsitzenden das Dirimierungsrecht eingeräumt und auf diese Art die Mehrheit geschaffen. (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege, nicht nur in der ÖIG: in allen verstaatlichten Unternehmungen!*) Das sage ich ja. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das weiß ich deshalb sehr genau, Herr Dr. Withalm, weil wir uns vor ein paar Monaten lange genug mit einem Wortbruch Ihrer Seite zu beschäftigen hatten, indem Sie nämlich diese Mehrheit in einer, wie wir glauben, unkorrekten Weise ins Spiel gebracht haben. (*Abg. Dr. Withalm: Von einem Wortbruch ist keine Rede! Wir haben nichts vereinbart!*)

Was wir von Ihnen haben wollen, ist, daß Sie uns das, was Sie uns seinerzeit als Gentleman's Agreement zugesagt haben, nun etwas formeller zusagen, und zwar deshalb, weil wir mit diesem Gentleman's Agreement schlechte Erfahrungen gemacht haben. Wir wollen gar nichts anderes, als was Sie uns schon zugesagt haben, Herr Dr. Withalm; nur schreiben Sie uns das in einem Brief, dann werden wir halt etwas mehr Vertrauen dazu haben.

Es mag schon sein, Herr Dr. Withalm, daß wir in den Verhandlungen über diese verschiedenen Punkte des Regierungsprogramms

gesprochen haben. Nicht über alle. Sicherlich hätten wir einem Teil der Programmpunkte zugestimmt, wenn es eine Koalition gegeben hätte. Aber hier ist es ja nicht um die Programmpunkte gegangen, sondern um die Verwirklichung dieser Programmpunkte, und da sind wir in keiner Weise engagiert. Daß diese Punkte ihre Verwirklichung nicht gefunden haben, liegt ausschließlich in der Verantwortung dieser Regierung.

Übrigens, Herr Dr. Withalm: Wenn Sie im Zweifel sind, ob diese antisemitischen Flugblätter von ÖAAB-Funktionären in Niederösterreich verteilt wurden, kann ich Ihnen sofort eine Liste derjenigen vorlesen, die seinerzeit als Verteiler festgestellt wurden. (*Abg. Dr. Withalm: Nicht die Verteiler, das ist uninteressant, sondern die Produktion! — Abg. Dr. Pittermann: So uninteressant ist das nicht!*) Nein, ich kann Ihnen die Liste sofort geben, sie liegt dort auf dem Tisch. (*Zwischenrufe.*) Jetzt drehen Sie es schon wieder um.

In der Zwischenzeit habe ich das Ganze bekommen: unser Programm der Vollbeschäftigung, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Sozialistischen Partei aus dem Jahre 1952 und dann nach den Wahlen: „Wir haben uns durchgesetzt!“ (*Der Redner zeigt ein bedrucktes Blatt Papier.*) Das ist damals die eindeutige Feststellung gewesen.

So, und jetzt, damit diese Sitzung, diese Intervention meinerseits auch einen etwas fröhlichen Ausklang hat (*Abg. Dr. Haider: Das Ganze war heiter!*), möchte ich Sie bitten, Herr Dr. Withalm, mir mitzuteilen, wann einmal die Notariatskanzlei Dr. Withalm in Wolkersdorf offen und besetzt ist. Ich habe nämlich die Absicht, mich demnächst dorthin zu begeben und dort in Ihrer Notariatskanzlei einen Notariatsakt darüber zu errichten, daß ich alle meine Fabriken, die meiner Frau und meiner Kinder und der, die ich gehaßt und lieben soll, der ÖVP vermache. (*Heiterkeit und lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nur zu einer einzigen Sache möchte ich Stellung nehmen (*Abg. Dr. Pittermann: Zu den anderen möchten Sie nicht!*), die Kollege Dr. Kreisky jetzt erwähnt hat, und zwar zum ÖIG-Gesetz beziehungsweise zu der Proporzvereinbarung zwischen den Klubs der beiden Parteien.

Herr Kollege Dr. Kreisky! Ich mußte einige Male feststellen, daß Sie offensichtlich das ÖIG-Gesetz in den wesentlichen Be-

9096

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Dr. Withalm

stimmungen nicht kennen. Sie sprachen davon, daß der Proporz nach wie vor in dem Gesetz enthalten ist.

Ich stelle fest, es gibt einen Proporz in dem Gesetz nur bezüglich der Geschäftsführung der ÖIG beziehungsweise des Aufsichtsrates der ÖIG und bezüglich der Aufsichtsratsmitglieder der verstaatlichten Unternehmungen; nicht, was den Vorstand anbelangt. *(Abg. Dr. Kreisky: Genau das habe ich behauptet!)* Jetzt sind wir d'accord, aber zuvor waren Sie nicht d'accord in dieser Frage. Sie haben schlechthin behauptet, es gibt bei der ÖIG den Proporz.

Was das Gentleman's Agreement anbelangt, möchte ich sagen: Erstens wurde keines beschlossen. Es gibt nur die Vereinbarung, die vor zwei Jahren unterschrieben wurde, die Verlängerung der Marktordnungsgesetze betreffend, und das ÖIG-Gesetz. Hier gibt es sechs oder sieben Punkte. Wir haben damals erklärt: Wenn die Bestimmung, die wir damals festlegten — die Befristung wurde mit 31. Dezember 1968 festgesetzt —, abgelaufen sein sollte, sind wir willens, und zwar beide Vertragspartner, diese Vereinbarung unverändert weiter bis zum 30. Juni 1970 zu verlängern. Es gab kein Gentleman's Agreement. Es gibt auch nichts, was schriftlich festgehalten worden wäre, außer dieser Vereinbarung, sondern wir haben damals festgehalten — Herr Kollege Dr. Pittermann, wir saßen bei diesen Verhandlungen einander gegenüber —, daß wir — und ich habe vor einer Woche Gelegenheit gehabt, das Vertretern Ihrer Partei wieder zu erklären — nicht die Absicht haben, auf Grund der Möglichkeiten, die bestünden, weil wir in allen Aufsichtsräten der Unternehmungen und in der ÖIG die Mehrheit haben, von dieser Mehrheit in dem Sinn Gebrauch zu machen, daß wir jetzt womöglich alle sozialistischen Generaldirektoren abwählen. *(Abg. Haberl: Nur die Hälfte!)* Das war damals nicht nur eine Zusage unsererseits, also eine Absichtserklärung, sondern wir haben uns auch in diesen zwei Jahren daran gehalten. Wir haben immer erklärt: Für uns kann nur die Qualifikation entscheidend sein. *(Abg. Benya: Auch bei uns!)* Auch bei Ihnen, Herr Präsident Benya? Seien wir da etwas vorsichtig. *(Abg. Ing. Häuser: Auch bei Ihnen! — Abg. Weikhart: Seien wir vorsichtig haben und drüben!)* Ja, bitte, ich nehme Sie beim Wort. Dann wird es uns sehr leicht sein, die Vereinbarung wieder zu unterschreiben.

Ich halte aber folgendes noch fest, meine Damen und Herren. Wir haben damals erklärt: Wir stehen nicht an, Ihnen Positionen, die wir bisher innehatten, dann sofort abzu-

treten, wenn Sie den besser qualifizierten Mann für diesen Posten in Vorschlag bringen können.

Wir sind in der Lage, Ihnen dafür einen Beweis zu liefern. Wir haben seinerzeit bei Siemens & Halske, als ein Mann, den wir nominiert hatten, in Pension ging, sofort den Mann, der sicher der bestqualifizierte war und Ihrer Partei angehörte, genommen und haben auf diesen Generaldirektor, den wir gestellt hatten, verzichtet.

Ich glaube, das ist doch wirklich ein Nachweis dafür, daß wir es damit ernst genommen haben, wenn wir gesagt haben: Die Qualifikation ist das entscheidende. Und das bieten wir Ihnen genauso jetzt wieder an.

Im übrigen, Kollege Dr. Kreisky: Wenn Sie jetzt die Frage an mich gerichtet haben, und zwar an mich als Notar, ob die Möglichkeit des Abschlusses eines Notariatsaktes bestünde, wird es mich ganz besonders freuen, wenn meine Kanzlei Sie diesbezüglich bedienen kann. Ich muß allerdings sagen: Wenn Sie gemeint haben, Sie schließen jetzt humoristisch — ich weiß wirklich nicht, was der Anlaß für diese Ihre Aufforderung an mich gewesen ist, denn kein Mensch hat behauptet, daß Sie irgendwelche Fabriken besäßen. *(Abg. Weikhart: Aber in dieser Broschüre steht es!)* Herr Kollege Kreisky, das wissen Sie ganz genau: Wenn an mich irgendwo die Frage gerichtet wurde in Verhandlungen ... *(Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe leider keine Fabrikssirene hier zur Ruheherstellung. Ich bitte also, sich zu beruhigen. *(Zwischenruf des Abg. Moser.)*

Abgeordneter Dr. Withalm *(fortsetzend)*: Passen Sie doch auf, Herr Kollege Moser! Ich habe immer erklärt — und der Kollege Kreisky hat das nie bestritten, im Gegenteil, das weiß er ganz genau, daß ich das in meinen Versammlungen erklärt habe —, daß alle Gerüchte, die davon sprechen, daß Minister außer Dienst Kreisky Miteigentümer einer Fabrik im Burgenland, also der Austria-Felix, sei, nicht stimmen. Ich kenne die Dinge, weil wir doch damals, als wir gemeinsam Staatssekretäre waren, mit der Gründung dieser Firma zu tun hatten, und weiß, daß daran nicht ein einziges Wort wahr ist. Wenn Sie das, Herr Kollege Dr. Kreisky, trotzdem wirklich in Form eines Notariatsaktes festhalten wollen: Am kommenden Samstag, dem 2. November, findet in meiner Kanzlei mein Sprechtag statt. Die Kanzlei ist offen, es wird mich ganz besonders freuen, Sie als meinen Klienten begrüßen zu können. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident: Am Wort ist der Herr Finanzminister. *(Abg. Weikhart: Genauso waren Ihre Gerüchte: Billa ist Pittermann! Das waren Ihre Leute! — Abg. Dr. Gruber: Herr Staatssekretär Weikhart! Verbreiten Sie keine falschen Gerüchte im Parlament! — Abg. Dr. Pittermann: Das macht der Gruber! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Am Wort ist der Herr Finanzminister!

Bundesminister Dr. **Koren** *(fortsetzend):* Ich möchte nur einen kleinen Beitrag leisten, um etwas zu entwirren, was, wie ich fürchte, in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky vermischt wurde: einmal das zehnjährige Investitionsprogramm, das 1954 beschlossen worden ist, und zum zweiten die Investitionen aus dem ERP-Programm.

Ich darf daran erinnern, daß etwa im Jahre 1952 erstmals der damalige Finanzminister Kamitz den Gedanken des Ausbaus der Autobahn Salzburg—Wien in die Debatte geworfen hat, der zuerst sehr stark umstritten wurde *(Abg. Dr. Kreisky: Das war der Handelsminister Bock! Das ist ein Irrtum!)*, dann aber sich mehr und mehr durchzusetzen begann und nach den Wahlen im Jahre 1954 zu diesem zehnjährigen Investitionsprogramm führte. Das Ergebnis der Regierungsverhandlungen war, daß als Kompensationsobjekt für die notwendigen Mittel des Autobahnbaues ... *(Rufe bei der SPÖ: Waren Sie damals bei den Verhandlungen? — Abg. Dr. Withalm: Er muß ja nicht dabei sein! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Abgeordneter! Ich kann an Hand der Aktenlage diese Dinge unschwer feststellen.

Als Kompensationsobjekt wurden damals auch entsprechende Investitionen im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen und der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung mit einbezogen. Darauf entstand dieses zehnjährige Investitionsprogramm, das also ausschließlich Bundesinvestitionen im Autobahnbau und in diesen beiden öffentlichen Unternehmungen enthalten hat.

Daneben war ab 1948 das ERP-Programm im Gang. Dieses ERP-Programm bestand bekanntlich darin, daß der Gegenwert der amerikanischen Hilfslieferungen zum Teil für Investitionen in der österreichischen Wirtschaft verwendet werden konnte. Die Mittel wurden vom sogenannten ERP-Fonds verwaltet. In diesem ERP-Fonds wurde im

Jahre 1950 ein Investitionsprogramm für 1950/52 beschlossen, und in diesen ersten Jahren der ERP-Fonds-Gebahrung lag das Schwergewicht der Ausgaben dieses Fonds im Bereich der verstaatlichten Grundstoffindustrie und der E-Wirtschaft.

Als dieses erste Programm auslief, hat der damalige Finanzminister Kamitz moniert, daß es nun an der Zeit wäre, stärker zu konsumorientierten Investitionen im Rahmen des ERP-Programms überzugehen, was dann in der Folge — wenn man die ERP-Gebahrung der folgenden Jahre betrachtet, die aber immer abgesondert vom Budget geführt worden ist — auch zum Ausdruck kommt, weil in der Folgezeit die Mittelverteilung zwischen Grundindustrie und verarbeitender Industrie zugunsten der letzteren verändert wurde, was eindeutig auch den damals notwendigen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprach. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Staribacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist auf alle Fälle heute eine neue Methode in der Budgetdebatte, weil es, ich glaube, das erste Mal ist — ich gehöre dem Hohen Hause zwar noch nicht so lange an —, daß ein Regierungsbudget vom Finanzminister dreimal, vom Vizekanzler zweimal verteidigt wird. Soweit ich die Herren von der Regierungspartei gehört habe, hat sich der Kollege Machunze mit unserem Wirtschaftsprogramm befaßt — sehr erfreulich! —, und der Kollege Graf hat überhaupt sozusagen nur noch einmal nachgestoßen, um zu zeigen, daß die Österreichische Volkspartei zwei Sprecher stellen kann. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Nachstoßer von Beruf sind ja Sie!)* Das stört uns an und für sich gar nicht, meine Herren! Wir setzen uns ohnehin viel lieber mit der Regierung auseinander, weil sie Sachen behauptet, die man dann umso leichter widerlegen kann.

Sehr geehrter Herr Finanzminister! Ich habe schon in einem Zwischenruf, als geschrien wurde: Der Beirat hat ja auch dieses Defizit festgestellt!, versucht zu klären, daß Defizit nicht Defizit ist. *(Abg. Dr. Withalm: Daß 16 Milliarden nicht 16 Milliarden sind, haben Sie gesagt!)* Es ist aber nicht dasselbe! Ich werde noch — obwohl ich, wie Sie wissen, immer sehr kurz rede — darauf zurückkommen, daß Defizit nicht Defizit ist und daß man vor allem das, was Kreisky hier behauptet hat, nachweisen kann, und zwar hat der Herr Finanzminister selbst teilweise den Nachweis dazu erbracht.

9098

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Dr. Staribacher

Ich darf ihn erinnern: Zuerst die große Paukenschlag-Einleitung bei Ihnen in der ÖVP-Parteileitung — oder was das ist, ich kenne mich da nicht sehr genau aus, im Bundesparteirat —: Nächstes Jahr 16 Milliarden Schilling Defizit! (*Abg. Machunze: Jawohl, das hat der Beirat berechnet! — Abg. Dr. Pittermann: Für die war es neu!*) Die erste Frage bei uns war sofort: Wem sagt er das? Sind wir daran schuld oder ist der Schmitz und die ÖVP daran schuld? Aber das nur so nebenbei.

Diese 16 Milliarden Schilling Defizit, Herr Finanzminister, haben aufgebaut auf den seinerzeitigen Prognosen Ihres Vorgängers, auch mit 16 Milliarden, wo Sie bekanntlicherweise nicht einmal mit 2 Prozent inflationiert haben. (*Zwischenrufe.*) Ja, kenne ich! Ganz genau! Das haben wir doch zusammen verhandelt, wir wissen doch genau, wie es ist. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie wurden dann sofort auf 14,6 Milliarden Schilling korrigiert. Ziffernmäßig kann ich Ihnen nachweisen: 15,2, weil man doch die 2 Prozent Inflationsfaktor auf alle Fälle nehmen muß; 300 Millionen Schilling, die Ihnen der Kausel sofort nachgewiesen hat im Institut für Wirtschaftsforschung; die Einnahmen stimmen überhaupt nicht; 300 Millionen Schilling durch die erhöhten Personalausgaben, die auch nicht gestimmt haben, weil Sie bekanntlicherweise 4 Prozent inflationiert haben, auf der einen Seite bei den Ausgaben 2 Prozent, aber nicht einmal beim Gesamtdefizit, sodaß also das hier nicht gewesen ist.

Also, die 16 Milliarden waren einmal im Eimer. Punkt 1. Aber wir haben ja nichts dagegen, man kann ja jetzt noch weiter suchen, wie es weitergegangen ist.

Dann hat es der Herr Finanzminister mit einer Schocktherapie versucht — ganz zu Recht, er mußte ja bei Ihnen eine Schockwirkung auslösen, denn es kam ihm ja darauf an, sein Konzept durchzusetzen; wir werden im Laufe der Budgetdebatte noch nachweisen, daß ihm das leider nicht geglückt ist. Ich sage ausdrücklich deshalb „leider“, weil er ja ausgezogen ist, in Österreich eine Industrialisierungswelle auszulösen, und weil ihm das mit diesem Budget nicht gelingen wird. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, werden dafür die Verantwortung tragen, wenn Sie diesem Budget Ihre Zustimmung geben werden. Er hat also mit dieser Schocktherapie des 16-Milliarden-Defizits versucht, eine Wendung herbeizuführen. Es ist ihm gelungen, erstens einmal den Herrn Vizekanzler dazu zu bringen zu sagen: So darf es nicht sein wie im Vorjahr — wer redet, der fliegt! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Jetzt wird zuerst einmal verhandelt, und dann werden wir sehen, was herauskommt. — Uns kann er ja nicht hinausschmeißen. Das ist ja sein Pech, und es ist sein Pech, daß wir etwas erfahren haben. Mit dem vertraulichen Bericht, den Dr. Koren an das Komitee gegeben hat, hat diese furchtbare Malaise für Sie begonnen. Denn wenn wir diesen Bericht nicht hätten, wären wir in einer viel schlechteren Situation. Dann hätten wir den Koren-Plan, das aus dem Bericht herausgestrichene Endresultat, und könnten jetzt Ihren Herrn Finanzminister mit dem Staatssekretär nicht mehr konfrontieren und immer nachweisen, was er damals wollte und was er jetzt darf. Das ist ja Ihr Pech, vor diesem Problem stehen Sie momentan. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Er hat also das 2. Abgabenänderungsgesetz mit 3,4 Milliarden Erhöhungen durchgesetzt. (*Abg. Machunze: Hindels wollte auch etwas anderes als Staribacher!*) Auf die Pressekonferenz komme ich noch zurück, Herr Kollege! Aber ich kann es gleich vorwegnehmen. Sie haben im Zusammenhang mit der Pressekonferenz gefragt: Wie war das? Ich kann Ihnen das ganz genau erklären; der eine oder andere Herr von der Presse wird da sein und sich daran erinnern. (*Abg. Mitterer: Aber, Herr Dr. Staribacher, bei Ihnen ist es umgekehrt: Wer fliegt, der redet! — Heiterkeit.*) Nein, ganz falsch! Sie werden die Sozialistische Partei nie verstehen, Herr Kollege! In unserer Partei kann jeder reden und schreiben ... (*Abg. Glaser: Das ist nicht wahr!*) Hören Sie einmal zu! Bei uns kann jeder reden und schreiben, was er denkt und was er glaubt. (*Abg. Dr. Gruber: Er ist dann aber ein Wurschtel!*) Er darf nur nicht beleidigen, das ist der Punkt 1, und er soll auch nicht sehr angerührt sein. (*Abg. Glaser: Das geht jetzt auf den Kreisky!*) Das geht nicht auf Kreisky. (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege Staribacher! Darf man „Wurschtel“ sagen in der Sozialistischen Partei? — Abg. Dr. Kreisky: Das darf man schon!*) Ich würde gerne wissen, was Sie dazu sagen würden ... (*Ruf bei der ÖVP: Das geht auf den Dr. Nennung!*) Ich weiß ganz genau, an wen es geht, so blöd bin ich nicht, daß ich das nicht mitkriege. (*Heiterkeit.*)

Aber ich will Ihnen nur noch sagen: Wenn zum Beispiel Nennung — er ist ein guter Freund von mir, ich habe viel mit ihm debattiert und debattiere heute noch mit ihm ... (*Abg. Machunze: Vorsicht! Sie werden aus der Partei ausgeschlossen werden!*) Aber gar keine Spur, Herr Kollege, da wissen Sie eben nichts von der Sozialistischen Partei! Wir debattieren mit unseren Genossen und mit unseren Mitgliedern, wir debattieren ja mit allen Leuten, um ihnen auseinanderzusetzen, warum wir von einer bestimmten Sache überzeugt sind.

Dr. Staribacher

Warum ich dem Günther gesagt habe ... (*Abg. Machunze: Wenn sie nicht parieren, sind sie Wursteln!*) Aber das ist doch gar nicht wahr! Nein, in dem betreffenden Interview hat es gelautes: Wenn einer solche Kapriolen schlägt wie Nenning, dann ist er halt ein politischer Wurstel. Was würde geschehen, wenn in Ihrer Partei jemand so beleidigend gewesen wäre, nicht nur gegen den Parteiobmann, sondern auch gegen die Vertrauensmänner? Hören Sie, wie in unserer Partei unsere Vertrauensmänner verlangen, daß er hinausgeschmissen wird, und wie sich die Parteiführung, wie wir uns alle dafür einsetzen und sagen: Wir wollen mit Nenning bis zur letzten Konsequenz diskutieren, um uns zu überzeugen, ob er recht hat oder nicht. (*Abg. Dr. Withalm: Was ist die letzte Konsequenz?*) Die letzte Konsequenz ist, daß dann, wenn er sich von unseren Ideen und von unserem Programm so weit entfernt ... (*Abg. Dr. Gruber: Dann hat er Redeverbote!*) Aber hören Sie doch auf mit dem Redeverbot! Wenn er sich von unserem Programm schon so weit entfernt hat, daß er selbst das Gefühl hat, er könne nicht mehr in der Partei bleiben, dann wird er wahrscheinlich von selber austreten.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, Herr Abgeordneter Withalm und meine Herren, wenn Sie es unbedingt wissen wollen: Lesen Sie den Brief im „Forum“, den Dr. Skalnik geschrieben hat. Dann wissen Sie genau, welche Absicht Nenning hat und wie Skalnik das beurteilt. Daß Sie das freut, ist ganz selbstverständlich. Ich könnte stundenlang zitieren, das wissen Sie ganz genau, nur kostet das zuviel Zeit; wir wollen ja über das Budget reden. Sie werden mich nicht daran hindern, daß ich über das Budget rede, auch dann nicht, wenn Sie mich durch Zwischenrufe auf ein Nebengeleise bringen wollen.

Sie wissen ganz genau, daß wir diese Debatte mit Nenning durchführen werden, um zu sehen, wie sich das alles weiter entwickeln wird. Folgendes kann ich Ihnen schon versichern: Sie werden mit der ganzen Problematik keine Freude haben. Sie wissen, daß sich die Paulus-Gesellschaft von ihm getrennt hat. Sie wissen, daß sich nicht nur Sozialisten, sondern auch Leute wie Skalnik und andere von ihm trennen und ihm sagen: Lieber Günther Nenning, so kannst du das „Forum“ nicht führen, so kannst du eine seriöse Zeitung nicht führen. Wir sagen: So kannst du als Sozialist nicht handeln!

Wenn Sie mit Ihren Mitgliedern genauso umgehen, dann kann ich nur sagen: Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, so wie Sie hoffentlich auch nichts dagegen einzuwenden

haben, wenn wir in einer sachlichen Diskussion unsere Standpunkte klarstellen. Was würden Sie denn dazu sagen, wenn es hieße: Ja, Ihre Mitglieder, was braucht sich denn da überhaupt der Withalm den Kopf zu zerbrechen, sie wachsen ja in den schwarzen Pferch hinein wie das Vieh! — Was würden Ihre Mitglieder dazu sagen? Was würden Ihre Vertrauensleute dazu sagen?

Nenning habe ich geschrieben, weil er gemeint hatte, wir seien ein bisschen auseinandergekommen. Ich stelle fest: In diesem Punkt trennen mich Kontinente von Nenning! So kann man in einer Partei nicht argumentieren, das sage ich hier in aller Öffentlichkeit, auch wenn er mein Freund ist, und zwar nicht deswegen, weil das Kreisky oder Pittermann beleidigt, sondern deswegen, weil das unsere Vertrauensmänner beleidigt, und das ist die Sauerei! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege Staribacher! Was wollen Sie denn haben? Er ist auf dem Weg der Besserung, er ist ja trotz allem der „beste Bruno“, den wir haben! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Jetzt reden wir über das Budget, denn dieses steht zur Debatte. Das Wirtschaftsprogramm ist, ich möchte fast sagen, der letzte Strohalm für Withalm.

Herr Abgeordneter Machunze! Apropos Pressekonferenz! Dort wurde erklärt: Jetzt ist also das Programm anscheinend durch. Da haben wir gesagt: Meine Herren von der Presse! Jetzt werden Sie uns natürlich fragen: Wo bleibt die angekündigte und im „Volksblatt“ so deutlich zu lesen gewesene und von Ihnen so laut propagierte Theorie: Wartet nur! Die zornigen Nationalökonomien werden schon noch schauen, wenn die Ideologen über sie kommen werden! Von diesem Programm wird nichts übrigbleiben! — Ja, das war Pech! Es ist nämlich von den Ideologen nichts geändert worden, und deshalb habe ich dort gesagt: Der Kienzl hat über den Hindels gesiegt! Das bedeutete durchaus nicht, daß der eine dem anderen wirklich unterlegen ist, sondern es konnten die Ideologen in unserer Partei selbst davon überzeugt werden, daß unser Wirtschaftsprogramm in keinem wie immer gearteten Gegensatz zu unserem Parteiprogramm 1958 steht. Daher konnte man bei bestem Willen auf Ihrer Seite nicht hoffen, daß die Ideologie jetzt das Programm „zerreißen und zerfetzen“ wird. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Die Ideologen haben zugestimmt, weil sie ...!*) Herr Altstaatssekretär! (*Heiterkeit.*) Ich kann Ihnen sagen: Wir haben dieses Programm erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt. Ich kann Ihnen versichern: Wenn wir 1970 die Mehrheit kriegen, dann werden wir dieses Programm

Dr. Staribacher

auch durchführen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Utopie!*)

Nicht Kienzl oder Hindels — sondern Kienzl und Hindels! Das ist ja das Problem für Sie. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Aber lassen Sie mich jetzt zum Budget kommen. Wir können natürlich auch über die Ideologie weiterdebattieren, nur dauert das dann länger.

Ich verweise auf die 3,4 Milliarden im Abgabenänderungsgesetz, die 300 Millionen Erhöhung bei Post und Bahn, auf die 1,6 Milliarden an Einsparungen bei der Sozialversicherung. Sie haben die 700 Millionen Kreditkosten bekanntlich dadurch hereingebracht, daß Sie die Tilgung hinausgeschoben haben, sodaß die Kreditkosten erspart wurden. Sie haben, was das Entscheidende ist, beim Personal diese berühmte Transaktion gemacht; unsere Gewerkschaft hat das ja abgeschlossen. Ich gratuliere dem Herrn Kollegen Weisz immer wieder, er ist verhältnismäßig einer der besten Vertreter in dieser Richtung. (*Ruf bei der ÖVP: Eigenlob stinkt!*) Das ist kein Eigenlob. Ich beneide ihn um die Erfolge, die er erreichte; sie sind ja zweifelsohne sehr erfreulich. Es ist noch immer ein großer Vorteil gegenüber dem, was die Regierung zuerst machen wollte. Die bekannten Lohnbewegungen zweimal im Jahr waren ja überhaupt ein Wahnsinn! Darüber sind wir uns alle einig. Die ÖVP-Regierung hat ein bisserl davon korrigiert, was Schmitz zuerst im Alleingang gemacht hat. Damals war der Withalm noch nicht so, jetzt ist es ja schon besser.

Dazu kommt noch, daß Sie sagen: Ja, aber die Budgetprognose des Beirates! — Ich kann Ihnen versichern, Herr Abgeordneter Machunze, der Beirat hatte noch ein viel höheres Defizit errechnet. Der Beirat hat für das Jahr 1969 ein Budgetdefizit von 18,8 Milliarden errechnet gehabt. Ich verweise auf das 2. Abgabenänderungsgesetz mit 3,4 Milliarden, auf die 1,6 Milliarden Sozialversicherungseinsparung, und so kommen wir auf 13,8 Milliarden. Wenn ich ein bisserl demagogisch gewesen wäre, hätte ich gleich gesagt: Es waren nicht 16, sondern nur 13,8 Milliarden; aber das will ich nicht, denn Ihre Leute sitzen ja selbst im Beirat, und sie hätten dann immer Gelegenheit, das zu korrigieren. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dr. Kreisky hat heute vormittag gesagt, daß die Minister zuviel verlangt haben!*) Abwarten, Herr Kollege! Das alles werde ich Ihnen im Laufe der Debatte nachweisen. Ich komme zunächst dazu, eine Erklärung zu geben. Ich erinnere an unser Gutachten — falls Sie es noch nicht haben, Herr Kollege Machunze, stelle ich es Ihnen dann gerne zur Verfügung —, das der Beirat

ausgearbeitet hat. Präsident Sallinger ist hier, Herr Generalsekretär Mussil ist hier, Herr Landwirtschaftspräsident Wallner ist hier. (*Abg. Machunze: Sind jetzt die 16 Milliarden drin oder nicht?*) Nein! (*Abg. Machunze: Wieviel?*) Jetzt komme ich ja dazu. (*Rufe bei der ÖVP: Rastelli!*) Gar kein Rastelli, gar kein Rastelli! Es sind ganz andere Voraussetzungen, die zu dieser Vorschau führten, und diese haben mit den 16 Milliarden des Finanzministers, wie ich Ihnen schon in einem Zwischenruf gesagt habe, überhaupt nichts zu tun. (*Abg. Harwalik: Das ist Budgetsophismus!*) Herr Kollege! Das ist eine Schwierigkeit! Sie glauben es mir ja ohnedies nicht, aber fragen Sie die Herren von der Handelskammer, von der Landwirtschaftskammer, sie sitzen ja ebenfalls dabei! (*Abg. Machunze: Eben!*) Daher wissen sie ja ganz genau, wie es dazu gekommen ist. Das hat daher gar nichts mit Rastelli zu tun. Das ist keine Sophistik! Das ist vielmehr eine Budgetvorschau, die beim Finanzminister auf Ergebnisse aufbaut, die dann, wie wir sie bearbeitet haben, schon wieder veraltet waren. Unsere Ergebnisse bauten darauf auf — jetzt kommen wir schon dazu, warum wir Kritik an diesem Budget üben —, daß wir in diese Budgetvorschau und in unsere Vorschläge, die der Herr Finanzminister ja leider nicht verwirklicht hat — er würde es gerne tun, aber er kann und darf es nicht, das werden wir Ihnen ja noch nachweisen —, die Investitionen auf Grund des halben Eventualbudgets aufgenommen haben, daß wir die Ermessenskredite mit 2 Prozent inflationiert und daher erhöht haben und daß wir vor allem für die Elektrizitätsförderung 300 Millionen Schilling eingesetzt haben und auch die 200 Millionen Schilling aufgenommen haben, die ihm dadurch an Einnahmen zufließen, die dann die Elektrizitätswirtschaft nicht hat. Man hat also insgesamt 500 Millionen Schilling hineingesteckt. Wir glauben, daß das die Voraussetzung wäre — das meint der Beirat —, um die wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzutreiben. Koren glaubt es ja auch, aber er darf es nicht, und das ist sein Problem. (*Rufe bei der SPÖ: Withalm verbietet es!*) Damit habe ich versucht, diese Ziffern aufzuklären.

Nun kommt aber das Entscheidende, was meiner Meinung und unserer Meinung nach auf die Ausführungen bezüglich der Konjunktur und die Mitteilungen, die hier der Finanzminister gemacht hat und die Sie, Herr Kollege Machunze, und auch die anderen Herren gemacht haben, zu erwidern ist.

Sie sagen: Wir erwarten für nächstes Jahr eine reale Zunahme um zirka 5,5 Prozent des Bruttonationalproduktes und Preissteigerungen von rund 3 Prozent, das sind also rund

Dr. Staribacher

8 bis 8,5 Prozent. Diese Annahme hat Nemtschak in Besprechungen beim Bundeskanzler geäußert. Wir haben damals sofort eingewendet, er sollte nicht sagen, daß das die Prognose ist. Wir haben ihn gewarnt und ihm gesagt: Gehen Sie doch lieber davon aus, daß das eine Arbeitshypothese ist, da diese Annahme noch durch nichts erhärtet ist.

Der Herr Finanzminister sagt heute, diese Annahme sei erhärtet; nach seiner Auffassung und nach seiner Mitteilung müßte der Investitionstest bereits ergeben, daß eine größere Investitionstätigkeit der Privaten zu erwarten ist. Da muß man vorsichtig sein, Herr Finanzminister! Der Investitionstest liegt noch nicht vor. Der Investitionstest kommt frühestens im Dezember. Sie waren jahrzehntelang im Wirtschaftsforschungsinstitut. Sie dürfen nicht nach dem Sud und dem Kaffee gehen: „Es wird schon besser werden, es wird schon ein bisschen besser werden.“ Aber zuerst warten, bis die Ziffern vorliegen! Momentan sind sie noch nicht hier! (Abg. Machunze: *So wie bei dem „Nebelprogramm“, die 10 Prozent!*) Nein, nein, Moment! Auf das „Nebelprogramm“ werden wir schon noch zu reden kommen, Herr Kollege!

Was ist nun wirklich die Frage bei der Investitionsannahme des Herrn Finanzministers? Wir wissen, daß die Unternehmungen heuer ein gutes Jahr gehabt haben. Damit sie also jetzt die Gewinne nicht entsprechend stark ausweisen müssen, um sie nicht versteuern zu müssen, werden sie eben Investitionen tätigen. Das ist mit Sicherheit anzunehmen. Aber wir wissen genauso, daß diese Investitionen nicht dort gemacht werden, wo wir sie dringendst brauchen würden: in der Schwerindustrie. Der Investitionsstoß, der jetzt Ende des Jahres kommen wird, wird sich auf Büromaschinen, auf Ausrüstungen und so weiter erstrecken, aber leider der Schwerindustrie nichts bringen.

Im Budget selbst haben Sie ja eine Kürzung der Investitionen vorgenommen. Ich glaube, darüber gibt es gar nichts mehr zu reden. Aus Ihren Ausführungen ist klar und deutlich zu ersehen: Die gesamten Eigeninvestitionen des Bundes einschließlich der Investitionsförderung der Wirtschaft würden 1969 mit 16,3 Milliarden Schilling um 1,1 Milliarden Schilling höher sein als im Bundesvoranschlag des heurigen Jahres und damit den zusätzlichen Investitionsstoß des Eventualhaushaltes auch im kommenden Jahr fortsetzen. Das ist natürlich sophistisch, das ist wirklich sophistisch. Das nehme ich noch dem Abgeordneten Machunze ab, weil er sagen kann: Ich bin ein „Budgetist“, im Budget war das nicht

drin, daher brauche ich das nicht zu rechnen. Ihnen, Herr Minister, als Nationalökonom kann ich das nicht abnehmen, denn Sie wissen: Dazu kamen 1,1 Milliarden Schilling aus dem Eventualbudget, soweit diese Beträge nicht vom Herrn Minister Prader für Grundstückskäufe, das heißt für „Häuslkäufe“ verwendet werden, was wir Gott sei Dank gemeinsam verhindert haben. (Abg. Dr. Prader: *Das ist ein bisschen billig!*) Nein, nicht billig! Das war gar nicht billig, das war teuer. (Abg. Dr. Prader: *Das war ein billiges Argument!* — Abg. Czettel: *Im Eventualbudget war es drinnen: 1 Million Schilling!*) Das war auch kein billiges Argument, Herr Minister Dr. Prader, weil wir im Finanz- und Budgetausschuß, als das Eventualbudget zur Debatte gestanden ist, gesagt haben: Herr Finanzminister Koren, trachten wir ein richtiges System zu finden. Wir sind bereit, mit Ihnen mitzustimmen, wenn diese 1,1 Milliarden Schilling wirklich für Investitionen verwendet werden! (Abg. Weikhart: *So ist das!*) Sie haben daraufhin die Sitzung noch unterbrochen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei. Dann sind Sie gekommen und haben gesagt: Wir haben es leider schon aufgeteilt, wir können nichts mehr ändern. (Abg. Weikhart: *„Abstimmen, abstimmen“ hat man gesagt!*) Wir wissen jetzt auch, warum es aufgeteilt war.

Wenn Sie mir jetzt etwas nachweisen wollen, Herr Minister Prader, dann sagen Sie mir bitte, was dabei billig ist! Sagen Sie mir, wie dieser Kauf zu einem Investitionsanreiz hätte führen können oder einen Investitionsstoß für die österreichische Wirtschaft gebracht hätte! Das gelingt nicht einmal Ihnen; und Sie sind in dieser Beziehung ein Künstler. (Abg. Doktor Prader: *Natürlich!* — Abg. Czettel: *Gar nicht, ein Prader-Geschäft wollten Sie damit machen!*) Sie sind in dieser Beziehung ein Künstler. (Abg. Dr. Prader: *Sie waren gar nicht oben und kennen das gar nicht!*) Ach, da kommen Sie auf einen falschen Zweig, Herr Minister Prader! Das Investitionsbudget von 1,1 Milliarden Schilling war nicht dazu da, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, da oben ein Haus zu verkaufen, das vielleicht — das weiß ich nicht — dann fertiggebaut worden wäre, um dabei Bauarbeiter zu beschäftigen. Man hätte auch andere Investitionen in dieser Gegend fördern können, aber wirkliche Investitionen; doch es geht nicht an, Ihnen das Geld zukommen zu lassen! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: *So ist das nicht! Jetzt reden Sie anders als vorher!*) Nein, nein, ich rede gar nicht anders. (Abg. Dr. Prader: *Etwas anderes fällt Ihnen nicht ein!*) Im Finanzausschuß haben wir über diese Sache stundenlang gestritten. Dort haben wir sehr

Dr. Staribacher

konkrete Vorschläge gemacht, aber die sind leider abgelehnt worden. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Was den Gewerkschaftsbund betrifft, Herr Kollege Machunze — er ist jetzt nicht da —, muß ich sagen: Es geht nicht an, uns, die Funktionäre des Gewerkschaftsbundes, jetzt verantwortlich zu machen und zu sagen, wir wären für dieses und jenes schuld. Das trifft auch Sie, Herr Abgeordneter Withalm. Jetzt muß ich Sie als Abgeordneten ansprechen; wenn Sie da oben auf der Regierungsbank sitzen, sind Sie ja Vizekanzler. Als Abgeordneter sind Sie mir viel lieber, da können wir debattieren, da können wir reden. (*Abg. Dr. Withalm: Wir sind ja Volksvertreter!*) So ist es.

Sie wissen ganz genau, daß der Anteil der Landwirtschaft immer kleiner werden muß, und zwar relativ, aber wahrscheinlich, wenn wir eine starke Industrialisierungswelle erleben, auch absolut. In der Monarchie bestand die Bevölkerung Österreichs noch zu 45 Prozent aus Bauern beziehungsweise aus Personen, die in der Landwirtschaft tätig waren. Jetzt sind es 16 Prozent. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe muß immer weniger werden. Unser Konzept geht eben dahin, daß wir sagen: Dieses Wenigerwerden soll man nicht immer mit Ihrer verfehlten Agrarpolitik aufhalten. Das steht genau in unserem Programm, das können Sie nachlesen, das können Sie auch in den Bauernversammlungen sagen. Man soll den Bauern nicht sagen, daß das, was sie gemacht haben, Landflucht ist.

Ich kann mich daran erinnern, wie Sie den Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer angegriffen haben, weil diese gesagt haben: Die Landflucht ist kein Fluch, sondern eine natürliche Entwicklung. Ihr kann man nicht entgehen. Das weiß jeder Nationalökonom, das wissen wir. In England sind es 5 Prozent, in der Schweiz sind es 12 Prozent, in Deutschland sind es ... — vielleicht habe ich jetzt die Zahlen durcheinander; Sie wissen, ich spreche immer frei und kann das daher nicht so genau sagen. Jedenfalls ist heute überall der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerungszahl geringer.

Aber das, was wir wollen, ist ein höheres Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung; das ist entscheidend! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Das habe ich dem, was Kreisky gesagt hat, nicht entnommen!*)

Nun hat der Kollege Machunze gemeint, der Gewerkschaftsbund sei gegen die Absatzsicherung und so weiter. Ja, woher nimmt er

denn das? Wir arbeiten in allen zuständigen Institutionen — im Milchwirtschaftsfonds, im Viehverkehrsfonds, im Getreidefonds — mit und bemühen uns redlich, der Überschußproduktion Herr zu werden. Aber wir sagen Ihnen schon seit Jahren: Ihre Agrarpolitik führt ins Elend, führt zu einer Katastrophe. Ich gehe in die Versammlungen und sage unseren Arbeitern: Der Bauer kann es, wenn er seine Produkte nicht verkaufen kann, genauso wenig ertragen, wie ihr es nicht ertragen könnt, arbeitslos zu sein. Wir müssen daher eine Agrarpolitik machen, die es ermöglicht, daß er nur das produziert, was er auch wirklich verkaufen kann. Und das ist doch Ihr Problem. Das können Sie doch nicht uns, dem Gewerkschaftsbund, in die Schuhe schieben! Mit diesem Problem sind Sie nicht fertig geworden, meine Herren vom Bauernbund, und dieses Problem können Sie nicht lösen. Und wenn Sie das jetzt um 180 Grad umkehren und verlangen, daß wir die Absatzsicherung vornehmen sollen, wie es Kollege Machunze gemacht hat, dann muß ich sagen: Das ist wirklich sehr billig und liegt total daneben. Wir können daher nur sagen: In unserem Agrarprogramm steht alles klar und deutlich drinnen.

Und damit komme ich schon zu dem, was wir dem Herrn Finanzminister vorwerfen. Es ist ihm eben nicht geglückt, die Umstrukturierung im Budget vorzunehmen. Er hat selber erkannt, daß das dringend notwendig ist. Heute weiß die ganze Welt: Gesiegt hat der Bauernbund, aber noch lange nicht der Bauer. (*Abg. Dr. van Tongel: Die Fonds haben gesiegt! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Geh, geh!*) Gesiegt hat der Bauernbund, ja freilich. Sie haben die Gewähr, daß Hunderte Millionen Schilling mehr bereitgestellt werden, Sie haben aber auch die Sicherheit, daß diese Milliarden Schilling, die wir im Laufe der Jahre dafür schon ausgegeben haben, nicht dazu beigetragen haben, das Agrarproblem zu lösen, sondern die Produktion auf ein Niveau bringen, auf dem Sie nicht mehr wissen: Wohin mit dem Absatz?

Wir haben heuer 237.000 t Brotgetreide denaturiert und an die Schweine verfüttert. Ich sage immer: In einem Wahljahr macht mir das gar nichts, weil es mit Fuchsin denaturiert ist, das ist eine rote Farbe, damit kommt ein bißerl rote Farbe aufs Land. (*Abg. Dr. Withalm: Die Wirkung ist sehr gering, Herr Kollege!*) Aber Sie wissen sehr genau, daß es nächstes Jahr 260.000 t sein werden. Über die Milch brauche ich Ihnen nichts Genaues zu sagen. Ich habe das nur ein bißchen mit den Zahlen über Getreide ergänzt, denn vielleicht kennen Sie sich auf

Dr. Staribacher

diesem Gebiet nicht so genau aus. Sie wissen selber, was wir bei der Milch mitmachen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sie wissen, daß Österreich ein strukturelles Überschußgebiet für Milch und Rindfleisch ist, weil wir sehr viele Bergbauerngebiete haben!*) Sehr gut! Dann sagen Sie mir aber: Wie ist das mit dem strukturellen Überschußgebiet beim Weizen, wie ist das mit dem strukturellen Überschußgebiet ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dann müssen Sie offen sagen, daß jeder zweite gehen soll!*) Nein! Wir sagen das weder offen noch versteckt; wenn Sie in unserem Programm das Agrarkapitel nachlesen, dann werden Sie ganz genau finden, was wir darüber zu sagen haben. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist verschleiert!*) Das ist gar nicht verschleiert, nur Sie haben 20 Jahre hindurch den Bauern gesagt: Schuld sind die Sozi; ihr würdet noch viel mehr bekommen, aber die geben es nicht her! (*Beifall bei der SPÖ.*) Jetzt, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, sind Sie zweieinhalb Jahre lang allein schuld, und jetzt können Sie sich nicht mehr ausreden. Noch nie war die Situation der Bauern so kritisch wie jetzt, und noch nie war sie so ausweglos wie jetzt. Wir werden uns beim Agrarkapitel über dieses Problem noch sehr genau unterhalten. (*Abg. Kranebitter: Wir müssen alle froh sein, daß die Landwirtschaft zu 80 Prozent den Tisch des Volkes deckt! Wir haben keine Gewähr, daß nicht über Nacht einmal die Zufuhr von Lebensmitteln unterbunden sein wird!*)

Herr Kollege Kranebitter! Niemand sagt, daß wir nicht froh sind über diese Tatsache. Nur glaube ich, Sie und auch wir sind nicht froh, wenn wir 260.000 t Getreide den Schweinen verfüttern müssen. Dann legt man wieder eine sogenannte Notstandsreserve an, da muß wieder einmal der Prader einspringen. (*Abg. Kranebitter: Über Nacht könnte es anders sein!*) Herr Kollege, natürlich kann alles über Nacht anders sein. Aber das Problem ist doch, wie man diese Überschußproduktion bewältigt, denn wenn Sie sie nicht bewältigen, wenn Sie dieses Problem nicht lösen können ... (*Abg. Kern: Das Problem ist die Kostensteigerung, woran ihr schuld seid! — Abg. Dr. Pittermann: Bringt ihr es leichter an, wenn es teurer wird?*) Wir warnen Sie im Interesse der Bauern, denn sonst könnte die Entwicklung Sie überrollen; Sie machen ja diese Agrarpolitik, und Sie haben natürlich auch die Verantwortung dafür. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Beim Kapitel Landwirtschaft werden wir noch darüber reden. Ich muß zum Ende kommen. Sie kennen mein Prinzip: Ich rede nie länger als 20 Minuten, maximal eine halbe Stunde, denn so lange hört man einem noch zu.

Noch eine wichtige letzte Sache: Es hat niemand von uns von 200.000 Arbeitslosen geredet. Wir haben nur immer darauf hingewiesen ... (*Abg. Dr. Hauser: No na, kann ich nur sagen!*) Es hat niemand von uns von 200.000 Arbeitslosen gesprochen. Wir haben — da hat der Herr Finanzminister recht — als Beirat im September 1966 der Regierung ein Programm vorgelegt — auch wieder nicht die Sozi, sondern als Beirat —, das die Regierung nur teilweise und sehr unzulänglich durchgeführt hat; das ist gar keine Frage. Und das hat zum Teil dazu beigetragen, daß diese ganz schlechte Entwicklung trotz der Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes gekommen ist. Das ist heute unbestritten, das sagen Ihnen alle Nationalökonom. Bei der Lohnerhöhung haben Sie geschrien: Zugrunde gehen wir! Ich höre noch immer die Worte des Kollegen Mussil in meinem Ohr. Zuerst einmal ist dieser Nachfragestoß gekommen, dann wurden während der Rezession die Lager abgebaut, sie wurden wieder aufgefüllt. Das ist die zweite Periode gewesen. Jetzt muß der Investitionsstoß kommen, wobei es noch fraglich ist, ob dieser Investitionsstoß tatsächlich kommt. Daher würde ich sagen: Auf diesem Gebiete wird es noch einiges zu lösen geben. Wir glauben die Prognose noch nicht ganz — im Dezember werden wir es aber wissen —, auf alle Fälle aber wird es in der Schwerindustrie, wo dieser Investitionsstoß erfolgen soll, nicht dazu kommen.

Sie haben jetzt die Wachstumsgesetze erwähnt. Meine Herren! Auf Seite 185 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz finden Sie dazu eine Erklärung. Herr Finanzminister! Ich darf Ihre eigenen Erläuternden Bemerkungen nicht korrigieren. Ich möchte Sie nur submissen auf etwas aufmerksam machen. Auf Seite 185 steht unter „Körperschaftsteuer“ wörtlich:

„Das Aufkommen an Körperschaftsteuer wird im Jahre 1968 voraussichtlich 2200 Millionen Schilling betragen. Für das Jahr 1969 ist insbesondere auf Grund der aufkommensmindernden Auswirkung der sogenannten Wachstumsgesetze bestenfalls mit gleich hohen Einnahmen wie 1968 zu rechnen.“

Es freut uns, daß der Terminus „sogenannte Wachstumsgesetze“ übernommen worden ist, denn es waren ja keine Wachstumsgesetze. Sie haben nur viel gekostet. Das Wachstum ist leider ausgeblieben. Das haben wir Ihnen ja damals prophezeit, als diese Gesetze gemacht wurden. Heute haben wir ja den Beweis dafür: Steuerermäßigungen, ohne daß es zu diesem Wachstum gekommen ist. (*Abg. Dr. Bassetti: Das ist eine Behauptung! Beweise!*) Das ist keine Be-

Dr. Staribacher

hauptung, das ist leider nachgewiesen. Siehe Erläuternde Bemerkungen des Herrn Bundesministers für Finanzen. Da steht es doch. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Lanc: Oder sind es nur sogenannte Erläuternde Bemerkungen?*)

Nun komme ich zum Schluß und sage, um nicht wieder Geschichtslügen aufkommen zu lassen: Herr Finanzminister! Wir verhandeln über den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds und über die Investitionsbank. Wir verhandeln reell, sehr sachlich, sehr hart. Ich will jetzt gar nicht aufzeigen, wo die Schwierigkeiten liegen; viel weniger bei uns, viel mehr da oben. (*Der Redner weist auf Bankreihen der ÖVP.*) Ich brauche dazu nichts Besonderes zu sagen. Wir werden, wenn wir über die Gesetze reden, noch Einzelheiten zu studieren haben. Wir haben die Gesetze nicht verzögert, das stelle ich fest. (*Abg. Dr. Mussil: Weil Sie kein Verständnis haben, weil Sie nichts für den Mittelstand übrig haben!*)

Nein, Herr Abgeordneter Mussil! Man kann keine „Industriepolitik“ machen, wenn man eine Mittelstandspolitik machen will. Dann schreiben Sie gleich darüber „Mittelstandspolitik“ und nicht „Industriepolitik“. Darüber können wir auch reden. Dann muß nur Koren seinen Plan ganz eingraben. Denn er will ja Industriepolitik machen. Er kann sie aber eh nicht machen, weil Sie es ihn nicht lassen. (*Abg. Dr. Pittermann: Herr Dr. Mussil, eine sogenannte Industriepolitik!*)

Wir haben sehr hart verhandelt, das ist gar keine Frage. Und jetzt komme ich zu dem, was der Herr Abgeordnete Withalm gesagt hat. Das ist mir nämlich unter die Haut gegangen. (*Abg. Dr. Withalm: Ah, da schau her! Das freut mich aber!*) Mir geht viel von Ihnen unter die Haut. Ich sage es nur nicht immer gleich, aber jetzt habe ich Gelegenheit, das gleich zu sagen.

Sie meinen, es wird dort auch schon wieder der Proporz verlangt. Wir verlangen nicht den Proporz. Wir müssen eigentlich als Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer verlangen, daß wir dort die Mehrheit haben sollen, da wir glauben, die einzigen interessenslosen Vertreter zu sein. (*Abg. Dr. Withalm: Nein! Das ist mir neu!*) Wir haben das dort ganz offen erklärt. Wir wissen nur heute schon, daß wir bei dieser Parlamentsmehrheit sicher nicht durchkommen werden. Was wir daher verlangt haben, ist eineentsprechende Mitsprache des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer. (*Abg. Dr. Withalm: Die ist angeboten worden!*) Und wir haben Ihnen Fachleute genannt, von Ihrer Seite unbestrittene Fachleute. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zitt-*

mayr: ÖVPler!) Die haben wir leider nicht gefunden. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Seien Sie vorsichtig, Herr Collega, erkundigen Sie sich zuerst beim Kollegen Mussil. Das ist eine Schwierigkeit bei Ihrer Partei mit den Fachleuten. Denn als wir wirklich die Fachleute genannt haben, haben ja Ihre Herren — die Banken, die sich an der Investitionsbank beteiligen — gesagt: Das kommt ja gar nicht in Frage! Was erwartet uns dann in diesen Instituten?

Das können wir Ihnen sehr genau sagen: Wenn diese Investitionsbank gegründet wird, wenn dieser Entwicklungs- und Erneuerungsfonds gegründet wird, dann wollen wir damit Industriepolitik betreiben! (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn so ist es im Programm der Sozialisten gestanden, so hat es auch Minister Koren, damals Staatssekretär, verlangt; er hat es gar nicht abgeschrieiben, er ist auch selber daraufgekommen, ganz unabhängig voneinander, es ist im Raum geschwebt. Und das wollen wir durchsetzen. Ihre Herren wollen jetzt momentan zurückpfeifen und wollen uns sozusagen ausbooten. Es kommen zwar dann die Bankenvertreter, kann ich Ihnen versichern, Herr Abgeordneter Withalm, und sagen: „Wir waren es nicht! Wissen Sie, wir haben gar nichts gegen die Leute.“ Nur wenn sie dann bei Ihnen sind, sagen sie: „Das kommt ja gar nicht in Frage, daß der reinkommt!“ (*Abg. Dr. Mussil: Machen Sie keine Tratscherei, Herr Dr. Staribacher!*) Was soll ich nicht machen? (*Abg. Dr. Mussil: Das sind Bassenageschichten!*)

Herr Kollege Mussil! Ich frage Sie: Habe ich Ihnen bei einer Vorsprache beim Herrn Finanzminister, von der Sie gewußt haben und bei der wir unseren Fachmann nominiert haben, gesagt, wer das ist? Ja oder nein? (*Abg. Dr. Mussil: Damit hat das überhaupt nichts zu tun! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wieso nicht? (*Abg. Dr. Mussil: Sie wissen genau, wie ich damals meine Stellungnahme abgegeben habe!*) Jawohl, ich kenne Ihre Stellungnahme. (*Abg. Dr. Mussil: Aber darf ich Sie eines fragen: Woher haben Sie das, daß die Bankdirektoren dann hergehen und das sagen?*) Ich werde es Ihnen jetzt gleich sagen. Ich kann Ihnen jetzt, nachdem Sie mich herausfordern, die Bank nennen. (*Abg. Dr. Mussil: Bitte!*) Schoeller hat uns versichern lassen, daß er gegen diesen Mann keinen Widerspruch einlegen wird. (*Abg. Dr. Mussil: Wir werden sehen!*) Aha. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Und Sie haben gesagt, daran scheitert es.

Herr Kollege Mussil! Man kann mir alles in die Schuhe schieben, nur daß ich tratsche, Lügendgeschichten erzähle, das nicht. (*Zwi-*

Dr. Staribacher

schenruf des Abg. Dr. Mussil.) Nein, nein, Herr Kollege Mussil. Sie wissen ganz genau: Wenn ich etwas behaupte, kann ich es auch beweisen. Ich bin sehr vorsichtig mit meinen Behauptungen. Und nur nicht reizen, nur nicht reizen! Unser Klima soll sich nicht verschlechtern, denn wir haben ja nur mehr eineinhalb Jahre Zeit. Denn das ist ja der Jammer: Nach eineinhalb Jahren müssen wir — Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, Sozialistische Partei, auch wahrscheinlich die Österreichische Volkspartei, das streite ich gar nicht ab — letzten Endes versuchen, gutzumachen, was diese Regierung in diesen vier Jahren leider schlecht gemacht hat. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Melter das Wort.

Abgeordneter **Melter (FPÖ):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vertreter der Oppositionspartei darf ich wohl mit Recht feststellen, daß die letzten drei Stunden Debatte klar und eindeutig gezeigt haben, was hier auf beiden Seiten so sehr bedauert wird, nämlich das Eingehen einer Koalition, eine Scheidung aus eigenartigen, überraschenden Gründen, und die Tatsache, daß auch zwei Jahre oder mehr als zwei Jahre nach dieser Scheidung immer noch Schmutzwäsche gewaschen wird. Zum Teil werden Feststellungen getroffen, die früher der Öffentlichkeit sorgsam verschwiegen worden wären. Es werden Tatsachen mitgeteilt, die man früher oft nicht wahrhaben wollte.

Den Ausführungen gerade der Spitzenredner Dr. Kreisky und Dr. Withalm, aber auch des Abgeordneten Dr. Staribacher kann man entnehmen, daß sowohl in der Koalition als auch nach Beendigung der Koalition der Handel um Posten und Einflußbereiche immer weitergegangen ist. Dieser Handel lag nicht im Interesse der Öffentlichkeit, sondern, wie jetzt offenbar wird, allein im Interesse der Oppositionen, des parteipolitischen Einflusses. Daß dies natürlich für den Steuerzahler zu keinem günstigen Ergebnis führen konnte und weiterhin nicht führen kann, ist wohl ganz klar. Wenn es in erster Linie darum geht, für die eine oder andere Richtung mehr Vorteile herauszuholen, ist das jedenfalls zum Nachteil für die Gesamtheit.

Dies ist aber auch eine schlechte Basis für die Erstellung eines gesunden Budgets. Diesbezüglich kann man ja den Finanzminister bedauern, wenngleich man, daran anknüpfend, feststellen muß, daß er auch selber mitschuldig wird, wenn er sich durch Maßnahmen in der eigenen Partei, vielleicht aber auch von anderer Richtung, so weit beeinflussen läßt, daß

er manche ursprünglich aufgestellte Grundsätze vergißt oder ihnen bei weitem nicht mehr die Bedeutung beimißt, wie es ursprünglich der Fall war. Wir stellen hier also auch fest, daß auf politischer Ebene von einem Gentleman's Agreement nur so lange gesprochen wird, als es den Beteiligten zum Vorteil gereicht. Sobald sich der eine oder andere benachteiligt fühlt, verläßt er die Vereinbarung und benützt sie im Gegenteil dazu, sie dem politischen Gegner zum Vorwurf zu machen. Genau das stellen wir bei der Diskussion zwischen den Abgeordneten der Volkspartei und der Sozialistischen Partei fest. Wir stellen es aber auch fest hinsichtlich der Entwicklung des Budgets im Rahmen der Österreichischen Volkspartei.

Wenn wir uns etwa an die Pressekonferenz vom 15. Juli 1968 der ÖVP erinnern, so muß vor Augen geführt werden, daß damals der Herr Vizekanzler, Klubobmann und Generalsekretär Dr. Withalm seinen Klubkollegen und insbesondere auch seinen Regierungskollegen einen „Maulkorb“ umgehängt hat, indem er erklärte, daß jeder, der etwa vorzeitig zu Problemen der Budgetgestaltung Stellung nehmen, die persönlichen Konsequenzen ziehen müsse. Es wurde also diesen Leuten untersagt, Meinungsäußerungen von sich zu geben und etwa dafür zu werben, daß man ihrem Standpunkt mehr entsprechen solle.

Dieser „Maulkorb“ kann zweifellos nicht als Zeichen der Demokratie und der Reife bewertet werden und auch nicht als Zeichen der Zusammenarbeit innerhalb der ÖVP. Denn sonst wären derartige Drohungen — und es waren eindeutig Drohungen — zweifellos nicht notwendig gewesen. Es hätte genügt, darauf hinzuweisen, daß es im Interesse einer für die Allgemeinheit bestellten Bundesregierung gelegen wäre, sich zuerst selbst ein Konzept über die Gestaltung des Budgets zu erarbeiten und dann dieses Budget gemeinsam nach außen hin zu vertreten. So aber hat man vorzeitig den Mitgliedern der Bundesregierung untersagt, über die Bedürfnisse ihres Ressorts überhaupt nur zu sprechen und dafür Anhang zu gewinnen.

Aber im Zusammenhang mit diesem Pressegespräch ist noch eine Äußerung von besonderer Bedeutung. Herr Dr. Withalm hat damals laut Pressebericht wörtlich ausgeführt: „Ich schließe mich dieser Bürgschaft Dr. Korens an. Die Einsparungen werden auf Punkt und Beistrich durchgeführt werden. Die gleiche Erklärung kann ich auch für den Herrn Bundeskanzler abgeben.“

Herr Dr. Withalm hat also hier als Generalvertreter oder als Notar der Regierung gesprochen und festgestellt: Alle anderen werden

Melter

sich nach diesem Vertrag und nach diesen Ausführungen richten oder zu richten haben.

Wenn man nun den Budgetbericht des Finanzministers durchliest, so sieht man wenig von diesen Punkten und Beistrichen, die eingehalten werden sollen. In der Budgetrede hat der Herr Finanzminister ausgeführt, daß beim Personalaufwand 1067 Millionen Schilling eingespart werden sollen und bei den Ermessenskrediten insgesamt 2817 Millionen Schilling. Interessant ist dabei die Bemerkung, daß beim Personalaufwand außer dem generellen Abstrich von 2 Prozent auch die modifizierte Regelung der Beamtenbezüge eine Rolle spielt. Es ist dies eine etwas eigenartige und undurchsichtige Formulierung. Einerseits hat man heuer im Frühjahr behauptet, und zwar seitens der Regierungspartei, daß man bemüht sei und auch klargestellt habe, daß die wirtschaftliche Situation der Beamenschaft gebessert werden müsse und auch gebessert werde. Wenn man nun aber durch eine modifizierte Regelung der Beamtenbezüge mehr als 1 Milliarde Schilling einzusparen gedenkt, so ist dies doch eindeutig eine Feststellung, die darauf hinausläuft, daß man den Beamten gewisse Bezüge vor-enthalten wird. Denn die 2 Prozent Einsparung am Personalstand machen höchstens etwa 340 bis 350 Millionen Schilling aus, das andere entfällt auf die Modifizierungen. Wie diese aussehen, das ist die große Frage. Man muß damit rechnen, daß die immer noch schlechte Festsetzung der Anfangsbezüge im öffentlichen Dienst Neubewerbungen ausschließt, und es liegt auch die Vermutung nahe, daß durch diesen zwangsweisen Personalrückstand unter Umständen eine ordnungsgemäße Verwaltung in Frage gestellt wird. Es wird nämlich nichts ausgeführt über all-fällige Umschichtungen im Personalstand, von jenen Bereichen weg, in denen eine Unterbeschäftigung oder eine Fehlbeschäftigung vorliegt, in jene Bereiche, in denen die Beamten besser und nutzbringender eingesetzt werden könnten.

Bei den Ermessenskrediten fallen verschiedene Zahlen auf. Ich möchte sie hier nennen: Minderaufwand oder Einsparungen bei der Industrie 199 Millionen, bei Bauten und Technik 712 Millionen, bei Post- und Telegraphenanstalt 400 Millionen und bei den Bundesbahnen 224 Millionen.

Wenn hier von Einsparungen gesprochen wird, müßte man doch genauer ausführen, in welchen Bereichen diese Einsparungen konkret erfolgen. Pauschal müßte man bei diesen Zahlen ja zu der Auffassung gelangen, daß gerade in jenen Bereichen des Bundeshaushaltes Kürzungen durchgeführt werden, die unbedingt aufrechterhalten bleiben müssen, wenn man die Wirtschaft weiterhin beschäftigen will,

also wenn man Vorsorge treffen will, daß weiterhin möglichst Vollbeschäftigung erhalten bleibt.

Der Herr Abgeordnete Machunze hat unter anderem ausgeführt, daß die Frau Sozialminister durch Verbesserung etwa der Leistungen aus der Produktiven Arbeitslosenfürsorge einen wesentlichen Beitrag leistet, um im Winter bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Dazu muß man jedoch feststellen, daß die Leistungen der Produktiven Arbeitslosenfürsorge immer noch nicht ausreichen und so zielführend sind, wie man es erwarten können sollte. Hier fehlen unter anderem die Vorausplanungen über die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte auch während der Wintermonate, insbesondere im Baugewerbe. Dies wäre die beste Voraussetzung, sich ein Mehr an Fremdarbeitern zu ersparen und der einheimischen Bevölkerung bessere und längere Verdienstmöglichkeiten zu eröffnen.

In der Produktiven Arbeitslosenfürsorge muß man nun feststellen, daß wohl für die Mehrbelastungen auf dem Lohnsektor ein Ausgleich geboten wird, daß man jedoch keineswegs die grundsätzlichen Mehrbelastungen ausgleicht, die durch die Einrichtung und Erhaltung einer Baustelle im Winter erwachsen. Anders ausgedrückt: Wenn für eine Baustelle, die den Winter über weitergeführt werden soll, etwa 100.000 S mehr gegenüber dem Offert berechnet werden müssen, so werden aus der Produktiven Arbeitslosenfürsorge dafür als Ausgleich nur etwa 12.000 bis 15.000 S, im günstigsten Fall, bei entsprechendem Personaleinsatz, 20.000 S geboten.

Es ist natürlich ganz klar, daß insbesondere jetzt bei den sehr niedrigen Offerten mit geringen Gewinnmöglichkeiten die Baufirmen nicht imstande sind, bei diesem Angebot der Produktiven Arbeitslosenfürsorge die Baustelle den Winter über weiterzuführen.

Man muß also hier sagen: Es fehlt noch ziemlich einiges. Der Hauptgrund dafür liegt wohl darin, daß die Regierung beziehungsweise ihre Dienststellen nicht imstande sind, Bauvorhaben so frühzeitig auszuschreiben und zu vergeben, daß die Baufirmen wesentlich früher, als dies bisher üblich war, mit der Arbeit beginnen können und dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeitskräfte, die verfügbar sind, nutzbar zu machen.

Wir fragen auch den Herrn Finanzminister, was er im Detail zu tun gedenkt. Es werden hier nur pauschale Versprechungen abgegeben, es wird jedoch nicht erläutert, wie diese Versprechungen eingehalten werden sollen und wie man bei der Verteilung der Budgetmittel die Einhaltung dieser Versprechungen zu gewährleisten gedenkt. Insbesondere fragen

Melter

wir, wie man mit den Mitteln, die nun verfügbar sind, die Möglichkeit hat, jene Industriezweige so kräftig zu fördern, die am ehesten ertragreich sind und damit dazu beitragen können, die Finanzlage des Staates, aber auch die Finanzlage aller Erwerbstätigen zu verbessern. Es wurde in der Rede nicht ausgeführt, wo, auf welche Art und in welchem Umfang dieser Investitionseinsatz in den einzelnen Bereichen erfolgen soll.

Der Herr Bautenminister hat etwa in der letzten Fragestunde — oder war es heute? — ausgeführt, daß man sich bei bestimmten Vorhaben gewisse Zielvorstellungen zu eigen gemacht habe, Zielvorstellungen, die mit der Verwirklichung noch nichts zu tun hätten, denn diese hänge davon ab, welche Geldmittel einerseits im Budget bereitgestellt werden, andererseits davon, wie man etwa zusätzliche Mittel beschaffen könne. Zielvorstellungen bezüglich einer Investition sind sicherlich notwendig und zweckmäßig, sie gehören jedoch immer ergänzt durch die Vorstellungen, wie sie zeitgerecht und ordnungsgemäß finanziert werden sollen. Zu Zielvorstellungen gehört insbesondere auch eine zeitgerechte Planung und Kostenschätzung, auf daß es nicht zu weiteren Überraschungen kommt, wie etwa in letzter Zeit bei der Brenner-Autobahn. Denn derartige Fehlschätzungen und Fehlplanungen kommen sowohl den Steuerzahlern sehr teuer als auch allen jenen Bevölkerungsgruppen, die mit Recht auf Investitionen in anderen Bereichen warten, wo sie unter Umständen kostensparender und zweckmäßiger eingesetzt wären.

Wenn wir heute das Budget betrachten und die Voraussagen, die in pauschaler Natur bezüglich der Einsparungen gegeben werden, dann ergibt sich zwangsläufig die konkrete Frage: Was hat der Finanzminister im Budget 1968 bereits eingespart? Vor Monaten hörte man sehr lautstark verkünden, daß der Herr Abgeordnete Machunze als Vorsitzender eines Komitees, dem sogenannten Staubsauger-Komitee, Aufwendungen gefunden habe, die man einsparen könne, und zwar Aufwendungen in einem Gesamtumfang von rund 300 Millionen Schilling. Es wurde nichts darüber gesagt, wo und in welchen Positionen diese Einsparungen möglich wären, und bisher hat die Regierung auch verschwiegen, wo sie diese vom Herrn Abgeordneten Machunze entdeckten Einsparungsmöglichkeiten der Verwirklichung zugeführt hat. Ich frage die Bundesregierung, warum sie nicht einmal das tut, was ihre eigenen Abgeordneten als zweckmäßig und richtig festgestellt haben. Es wäre doch ein sehr dankbares Propagandathema, wenn man darauf hinweisen könnte: Wir haben selbst festgestellt, daß wir vor einem Jahr ein Budget beschlossen haben, das nach einem halben

Jahr die Möglichkeit eröffnet hat, gewisse Einsparungen in einer Größenordnung von 300 Millionen Schilling durchzuführen. Sagen Sie uns, wo diese 300 Millionen Schilling zu finden sind und wieviel davon die Bundesregierung bis heute eingespart hat. Das wäre wohl eine Voraussetzung für eine Vertrauenskundgebung in diese Regierung. Aber solange Sie nicht einmal dazu imstande sind, die Vorschläge aus Ihren eigenen Reihen zu akzeptieren und durchzuführen, so lange können Sie von einer Opposition nicht verlangen, daß sie Ihren Versprechungen Glauben schenkt und Ihrem Budget und dem, was Sie sich darunter vorstellen, die Zustimmung gibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich weise nunmehr die Regierungsvorlage dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

2. Punkt: Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (988 der Beilagen): Bundesgesetz über eine Amnestie aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestandes der Republik Österreich (Amnestie 1968) (1019 der Beilagen)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Wir gelangen nunmehr zu dem eingeschobenen Punkt, um den die heutige Tagesordnung ergänzt worden ist: Amnestie 1968.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Geischläger. Bitte.

Berichterstatter Dr. Geischläger: Herr Präsident! Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll eine Strafnachsicht für alle noch nicht vollstreckten Freiheitsstrafen gewährt werden, deren Gesamtausmaß drei Monate nicht übersteigt, sowie für alle Geldstrafen, bei denen die Ersatzfreiheitsstrafe dieses Ausmaß nicht übersteigt. Bei den sogenannten echten bedingten Verurteilungen nach § 13 des Jugendgerichtsgesetzes 1961 soll von der Verhängung einer Strafe endgültig abgesehen und die Verurteilung getilgt werden. Ferner ist eine Rechtsfolgen-nachsicht für Verurteilungen vorgesehen, in denen die ausgesprochene Freiheitsstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe oder die Summe dieser Strafen ein Jahr nicht übersteigt.

Schließlich enthält der Entwurf noch gewisse Begünstigungen der Tilgung, und zwar sollen Verurteilungen zu Freiheitsstrafen von insgesamt nicht mehr als drei Monaten auf Ansuchen sofort getilgt werden. Außerdem soll, wenn eine einzige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahr vorliegt, die gesetzliche Tilgungsfrist auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Dr. Geischlänger

Der Justizausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 24. Oktober 1968 der Beratung unterzogen. Hierbei gab der Ausschuß einhellig der Meinung Ausdruck, daß jedes Amnestiegesetz die Frage von Grenz- und Härtefällen aufwirft, die durch die gesetzliche Regelung nicht erfaßt werden können. In diesen Fällen ist nach Auffassung des Justizausschusses gegebenenfalls im Sinne der verfassungsmäßigen Zuständigkeit eine individuelle Antragstellung durch den Herrn Bundesminister für Justiz an den Herrn Bundespräsidenten zur Ausübung des Gnadenrechts möglich.

In der Debatte sprachen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Kleiner, Dr. Kranzlmayr, Dr. Broda, Dr. Hetzenauer, Dr. Tull und Guggenberger sowie der Herr Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit der dem Ausschußbericht beigedruckten Abänderung einstimmig angenommen.

Diese Abänderung betrifft den § 5, der nunmehr wie folgt zu lauten hat:

„Die Begünstigungen nach diesem Bundesgesetz finden keine Anwendung

a) auf Personen, die innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes öfter als einmal wegen vorsätzlich begangener strafbarer Handlungen, die auf der gleichen schädlichen Neigung beruhen, rechtskräftig verurteilt wurden;

b) auf Personen, die innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes öfter als zweimal wegen fahrlässig begangener strafbarer Handlungen, die auf der gleichen schädlichen Neigung beruhen, rechtskräftig verurteilt wurden;

c) auf Personen, gegen die die Unterbringung in einem Arbeitshaus rechtskräftig angeordnet wurde.“

Der Justizausschuß stellt nunmehr den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf mit der verlesenen Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und im Falle des Vorliegens von Wortmeldungen General- und Spezialdebatte unter einem abwickeln.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. — Kein Widerspruch; daher gehen wir in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger (FPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß wir Freiheitlichen

jetzt unseren Standpunkt hier im Hause eingehend darlegen müssen, da wir ja im Justizausschuß nicht vertreten sind.

Wir teilen die Bedenken, die in der Öffentlichkeit — nicht über die Tatsache der Amnestie, sondern über die Art der Durchführung — in verschiedensten Kreisen, nicht nur in der Presse, sondern vor allem in der Richterschaft, geäußert worden sind. Auf Grund dieser Bedenken haben wir einen Abänderungsantrag ausgearbeitet, den ich erläutern und in den wesentlichen Punkten vorlesen werde. Ich habe ihn dem Herrn Präsidenten bereits überreicht. Anschließend werde ich den Herrn Präsidenten bitten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß jede Amnestie — darüber sind sich, glaube ich, alle Laien wie Juristen im klaren — natürlich einen nicht unbedingt begrüßenswerten Eingriff in die Rechtspflege bedeutet. Sie schafft nicht nur Härten, sondern sie setzt natürlich auch Ungerechtigkeiten im größten Ausmaß. Eine Amnestie muß so beschaffen sein, daß diese Härten und Ungerechtigkeiten auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

Der Justizausschuß behalf sich notdürftig damit, daß er Empfehlungen an den Herrn Justizminister weitergegeben hat, man möge in Härtefällen durch individuelle Gnadenanträge an den Bundespräsidenten einigermaßen einen Ausgleich schaffen. Ich werde mir aber erlauben, Ihnen aus der Praxis der letzten Tage und Wochen die ganze Problematik der Amnestie, wie sie hier zur Diskussion steht, vor Augen zu führen und zu zeigen, wie wir hier — ich möchte sagen — mit einfachster Abänderung einem Paragraphen der Amnestie praktisch jene rechtspolitische Fülle hätten geben können, die Voraussetzung dafür ist, daß eine Amnestie auch von den übrigen Teilen der Bevölkerung — nicht nur von den Betroffenen — nicht als eine Erschweris und Ungerechtigkeit empfunden wird.

Vielleicht darf ich zuerst etwas Allgemeines sagen. Wir hatten in der Geschichte Österreichs verschiedentlich Amnestien: 1928 im Zusammenhang mit dem Jubeltag anläßlich des zehnjährigen Bestandes der Republik, 1955 anläßlich der zehnten Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung, 1965 gab es eine Amnestie anläßlich des 20jährigen und nun, 1968, haben wir eine anläßlich des 50jährigen Bestandes der Republik. In dieser Aufeinanderfolge von Amnestien liegt an und für sich bereits die erste Problematik begründet. Man mag zu den Amnestien stehen, wie immer man will, aber es darf nicht dazu führen, daß der Rechtsbrecher schon von vornherein

Zeillinger

weiß: Ich habe in drei, vier Jahren — das kann er sich ausrechnen — die nächste Amnestie zu erwarten. Ich muß mich also nur darauf einstellen, muß dementsprechend auch meine Vorsorgen bei Gericht treffen, und jeder, der damit zu tun hat, weiß, wie leicht es ist, ein Verfahren solchen Terminen anzupassen. Er kann also mit Sicherheit damit rechnen, daß er unter eine Amnestie fällt.

Wenn wir die bisherige Praxis beibehalten — und wir Freiheitlichen möchten ganz allgemein davor warnen, daß das Tradition wird —, dann müßte die nächste Amnestie 1970 anläßlich des 25. Jahrestages der Befreiung sein, 1975 dann wieder anläßlich 30 Jahre Befreiung, 1978: 60 Jahre Österreich, und damit hätten wir praktisch die Rechtsverfolgung der Kleinkriminalität zur Farce gemacht.

Davor warnen alle mit Recht, und auch wir Freiheitlichen glauben, daß die rasche Aufeinanderfolge der Amnestien von 1968 auf 1965 eine überaus unerfreuliche Begleiterscheinung der heutigen Amnestie gewesen ist, zumal die jetzige Amnestie, wenn man also weitergehen wollte, umfassender als die Amnestien der Vergangenheit ist.

Wir Volksvertreter dürfen uns nicht der Meinung hingeben, daß Amnestien in der Bevölkerung etwas besonders Populäres wären. Die Zahl derer, die das Gesetz nicht übertreten, ist natürlich wesentlich größer, und diese Leute überlegen, daß praktisch — das ist ja der Schwerpunkt dieser Amnestie — hier der Staat schwerwiegende, auch finanzielle Geschenke an die Gesetzesübertreter macht, während der Staat beispielsweise Beamte, die mit besonderem Fleiß und Eifer dem Staate dienen, anläßlich des 50. Geburtstages der Republik nicht irgendwie mit einer Anerkennung auszeichnen kann.

Die genauen Kosten der Amnestie sind nicht bekannt; die Zahlen gehen auseinander. Die Verlautbarung mit dem geringsten Betrag, von der ich erfuhr, sprach von 30 Millionen Schilling. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 30 und 50 Millionen Schilling.

Ich muß gleich einen schwerwiegenden Fehler kritisieren. Seit dem Frühjahr ist bekannt, daß eine Amnestie kommt. Sie ist bereits im Juni oder Juli zur Begutachtung ausgeschickt worden. Mit anderen Worten: Jeder Rechtskundige, jeder Anwalt und auch jeder Rechtsbrecher wußte, eine Strafe darf nicht mehr bezahlt werden; die Amnestie kommt im Herbst, und jeder wäre ein Narr, der die Strafe bezahlen würde, denn anläßlich des 50jährigen Jubiläums erfolgt eine Befreiung von der Zahlung. Seit Monaten spricht man in den Kreisen der Strafrechtspfleger

nur davon, daß Geldstrafen nicht mehr bezahlt werden sollen, weil die Amnestie zu erwarten ist.

Daher gibt es zwar im Moment noch nicht überschaubare, aber jedenfalls erhebliche finanzielle Auswirkungen. Sie müssen bedenken, daß natürlich 6,5 Millionen Österreicher oder noch mehr mit etwas gemischten Gefühlen die Tatsache betrachten, daß in ernstester finanzieller Situation dem wenn auch kleinen Kreis von Gesetzesübertretern dieses große finanzielle Zugeständnis gemacht wird, während beispielsweise auf der anderen Seite den treu dienenden Beamten nicht die notwendige Anerkennung und Auszeichnung gegeben werden kann.

Wo liegt nun die Schwierigkeit, wo liegt die Kritik an der zur Diskussion stehenden Amnestie? Sie ist darauf ausgerichtet, wie der Berichterstatter bereits dargelegt hat, daß derjenige amnestiert wird, der vor dem 12. November, also vor dem Geburtstag der Republik, verurteilt worden ist und dessen Strafe bzw. bei einer Geldstrafe die Ersatzstrafe nicht mehr als drei Monate ausmacht. Also wenn er 50.000 S oder zwei Monate bekommt, braucht er die Strafe nicht abzusetzen beziehungsweise die Geldstrafe nicht zu bezahlen.

Nun ist die Tatsache, daß ein Urteil vor dem 12. November ergeht, von vielen Zufällen abhängig. Ich möchte gleich allgemein sagen, daß wir Freiheitlichen natürlich den besonderen Anlaßfall, den 50. Geburtstag der Republik, durchaus bejahen. Man würde aber diesem besonderen Anlaßfall bedeutend gerechter werden, wenn man bei dieser Amnestie nach objektiveren Kriterien vorgehe und wenn es weniger im Ermessen des Richters läge. Ich muß aber gleich sagen: Ich unterstelle keinem Richter, daß er nun irgendwie, weil ihn ein Angeklagter ärgert, als Verhandlungstermin den 13. November nimmt. Aber überlegen Sie einmal die Zufälle!

Ich darf den krassesten Fall, der mir in meiner politischen Tätigkeit vorgestern untergekommen ist, erzählen: Es hat mich jemand angerufen und um Intervention gebeten, weil sein Klient — es war ein Anwalt — das Pech hat, einen Richter zu haben, der ein Rheuma-leiden hat und der bis 15. November auf Krankenurlaub ist. Man kann dem Richter den Akt nicht abnehmen: Niemand kann seinem Richter entzogen werden. Der Richter hat die Verhandlung bereits für den 16. oder 18. November ausgeschrieben. Das heißt: Hätte der Mann Glück gehabt und wäre er buchstabengemäß zu einem gesunden Richter gekommen, dann würde er jetzt verurteilt werden und würde selbstverständlich unter die Amnestie fallen. Weil er aber das Pech hat, daß der Richter ein

Zeillinger

Rheumatiker ist, der gerade jetzt auf Kur fahren mußte, fällt er nicht unter die Amnestie.

Ich glaube, daß dieses ein Beispiel allein schon die ganze Problematik der Amnestie, nämlich des Aufbaues der Amnestie, aufzeigt. Vielleicht gelingt es mir doch auch, die Abgeordneten der beiden anderen Parteien davon zu überzeugen, daß wir grundsätzlich an dem Gedanken der Amnestie festhalten, daß aber eine Lösung gesucht werden sollte, die der Gerechtigkeit am nächsten kommt und die bisher ausgesprochene Kritik soweit als möglich ausschaltet.

Weitere Zufälle: Der Fall ist klar, wenn der den Fehler gemacht hat und geständig war. Man muß einmal überlegen: Wir erziehen den kleinen österreichischen Rechtsbrecher dazu, daß er nicht gestehen darf.

Oder es ist bei der Polizei ein Beamter, der den Akt rasch erledigt. Der Rechtsbrecher wird vor dem 12. November verurteilt, er fällt unter die Amnestie. Der andere hat einen Polizeibeamten, der viele Akten zu erledigen hat. Der Akt kommt erst nach dem 12. November zum Richter. Dieser Rechtsbrecher fällt nicht unter die Amnestie.

Oder was den Staatsanwalt betrifft: Wenn jemand das Glück hat, in Wien angeklagt zu werden, wird er viel leichter amnestiert als in Salzburg, wo das Pech ist, daß die Staatsanwälte überlastet sind und oft monatelang die einlangenden Akten nicht erledigen können. Die Akten liegen dort stoßweise. Ein Anwalt gibt seit Wochen dem anderen die Tür in die Hand und geht zum Staatsanwalt, der die Fälle gar nicht bearbeiten kann, und sagt: Ich bitte Sie, machen Sie mir schnell einen Strafantrag; wir nehmen jede Strafe unter drei Monaten an, wir fallen unter die Amnestie. — Wer diese Beziehung zum Staatsanwalt nicht hat, fällt nicht unter die Amnestie.

Also allein die Tatsache, daß man seit Juli weiß, wie man es machen muß, schafft schon Ungerechtigkeiten, auch die Tatsache, daß es vom Zufall abhängt, ob der Polizeibeamte schnell handelt, ob der Staatsanwalt Zeit hat, ob der Richter nicht gerade auf Urlaub ist. Alles das sind die Kriterien, die dann dafür den Ausschlag geben, ob jemand der Amnestie anläßlich des 50. Geburtstages der Republik teilhaftig wird oder nicht.

Ich kann Ihnen einen weiteren Fall erzählen. Die letzte Verhandlung stand auf des Messers Schneide. Es wurde ein Beweisantrag der Verteidigung gestellt. Der Richter hatte die Verhandlung vertagt und dann plötzlich über Antrag der Verteidigung doch noch einmal eröffnet, weil der Verteidiger daraufgekommen ist, daß es besser ist, jetzt, vor dem

12. November, einen Schuldspruch zu bekommen als eine Vertagung bis nach dem 12. November, wo die Verhandlung vielleicht mit Freispruch enden kann. Aber das Risiko kann ein verantwortungsbewußter Anwalt gegenüber seinem Mandanten nicht eingehen. Er nimmt lieber das Risiko einer Verurteilung auf sich, als daß er einen Vertagungsantrag stellt, ein neues Beweismittel vorbringt. Vielleicht wird der Mandant freigesprochen, vielleicht wird er aber am 15. November verurteilt und dann nicht mehr amnestiert.

Also ich glaube, das ist ein in der Geschichte der österreichischen Strafrechtspflege bisher noch nicht dagewesener, tiefgehender und ungerechter Eingriff, der — darüber müssen wir uns im klaren sein — nicht nur von den Anwälten, sondern auch von allen Richtern und von allen Staatsanwälten in dieser Form kritisiert wird.

Die Meinungen darüber, ob eine Amnestie überhaupt gut oder schlecht ist, gehen auseinander. Wir sind hier mit Ihnen einer Meinung, indem wir sagen: 50 Jahre Republik ist ein Anlaß, den man gebührend begehen soll, aber man soll beim Geben gerecht sein. Man soll nicht so geben, daß von vornherein der Großteil derjenigen, für die eine Amnestie gemacht wird, das Gefühl der Ungerechtigkeit vermittelt bekommt.

Ich darf Ihnen ein anderes krasses Beispiel anführen. Ich sage gleich, ich konstruiere es, aber es wird sicher vorkommen. Eine Tat wird von einem Erwachsenen und von einem Jugendlichen gemeinsam begangen. Beim Erwachsenen wird ein Strafantrag gestellt, es wird ruckzuck ein schnelles Verfahren durchgeführt, er bekommt zwei Monate, und der Fall ist erledigt. Die Jugendsenate treten sehr selten zusammen. Der Jugendliche kommt bestimmt, wenn es gerade jetzt in diesen Wochen ist, nach dem 12. November dran. Der Erwachsene fällt unter die Amnestie, der Jugendliche nicht. Sie haben dieselbe Tat gemeinsam begangen. Aber der Jugendliche fällt, weil er auf den Jugendsenat warten muß, nicht unter die Amnestie, der Erwachsene schon. Beim selben Delikt werden also die beiden Täter verschieden behandelt.

Ich könnte eine Fülle von weiteren Fällen erzählen: Zwei stehen vor dem Richter. Der eine gesteht und wird sofort verurteilt. Der andere leugnet, was sein gutes Recht ist. Die Verhandlung wird vertagt. Der, der gestanden hat — wenn er klug ist, gesteht er auch die Unwahrheit —, wird verurteilt, wird aber amnestiert; dem passiert gar nichts. Der andere, der um sein Recht kämpft, und das sollte er eigentlich, das ist das Recht jedes Staatsbürgers, das ihm nicht geschmälert

Zeillinger

werden darf, dem aber auch nicht das Gefühl gegeben werden soll, daß er ein erhöhtes Risiko eingeht, dieser andere, der also um sein Recht weiterkämpft und nach dem 12. November verurteilt wird, wird nicht amnestiert.

Ich glaube, Sie alle haben bereits die Problematik dieser Regierungsvorlage und dieser Amnestie erkannt. Ich darf daher nun den Vorschlag, den wir Freiheitlichen erst heute machen können, da wir nicht im Justizausschuß vertreten sind, Ihnen zur Diskussion stellen und Sie, meine Damen und Herren, einladen, diesen Antrag zu prüfen und ihn zu unterstützen.

Wir stellen den Amnestiegedanken nicht auf den zufälligen Tag der Verurteilung ab, sondern auf den Tag der Tat. Wenn die Tat bis zu einem bestimmten Tag begangen wurde, dann soll der Betreffende amnestiert werden. Es hängt also nicht davon ab, ob er im Kreisgericht Ried, wo der Richter nicht viel zu tun hat, rasch verurteilt wird, oder in Salzburg, wo die Richter überlastet sind, erst in zwei Monaten, sondern davon: Wenn er bis zum Stichtag die Tat begangen hat und dafür — genauso wie hier — nicht mehr als drei Monate Strafe bekommt, dann soll er der Amnestie teilhaftig werden.

Nun war — ich möchte es gleich sagen — der Gedanke naheliegend, als Stichtag den 12. November zu nehmen. Es bestehen dagegen natürlich auch Bedenken. Da könnte von jetzt an bis zum 12. November in einem gewissen Rahmen jeder straffrei alles machen. Wenn ich einen Zorn auf jemanden habe, gehe ich schnell hin, gebe ihm links und rechts eine Ohrfeige und weiß, ich werde amnestiert. Daher geht der Antrag der Freiheitlichen dahin, als Stichtag den heutigen Tag, den 30. Oktober, zu nehmen. Damit haben wir die absolute Überraschung, da ist keiner — ich möchte sagen, auch keiner meiner Berufskollegen — darauf eingestellt, das ist neu, unter Umständen gehen alle Interventionen ins Leere, und es besteht absolute Gerechtigkeit.

Wer bis zum 30. Oktober eine Tat begangen hat, die vom Gericht mit nicht mehr als drei Monaten — genauso wie es in der Amnestie steht — oder mit einer Wertersatzstrafe von nicht mehr als drei Monaten bestraft wird, soll dieser Amnestie teilhaftig werden.

Ich darf hier mit Genehmigung des Herrn Präsidenten den Abänderungsantrag der Abgeordneten Zeillinger und Genossen zu der gegenständlichen Regierungsvorlage vorlesen.

§ 1 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Allen Personen, die wegen einer oder mehrerer vor dem 30. Oktober 1968 be-

gangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer Freiheitsstrafe, Geldstrafe (Verfallsersatz-, Wertersatzstrafe) oder zu einer Freiheits- und einer Geldstrafe (Verfallsersatz-, Wertersatzstrafe) rechtskräftig verurteilt worden sind oder noch verurteilt werden, sind diese Strafen — soweit sie noch nicht vollstreckt und nachgesehen sind — nachzusehen, sofern die verhängte Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe oder die Summe dieser Strafen drei Monate nicht übersteigt.“

Es ist also praktisch genau derselbe Gedanke, wie er in der vom Ausschuß empfohlenen Vorlage enthalten ist, nur mit dem Unterschied, daß wir vorschlagen, es nicht darauf abzustellen, wer vor dem 12. November verurteilt wird. Ersparen Sie doch den Gerichten, aber auch den Anwälten und den kleinen Angeklagten das beschämende Türschnallendrücken, das jetzt bereits eingesetzt hat und einsetzen muß, denn es muß jeder, der eine Chance hat, für seinen Klienten eine unter die Amnestie fallende Strafe zu bekommen, so lange beim Richter intervenieren, bis er einen Termin vor dem 12. November bekommt. Ersparen Sie uns diese, ich möchte sagen, unwürdige Form von Auswirkungen der Amnestie, stellen wir das ganze doch auf den 30. Oktober ab: Wer bis zum heutigen Tag eine strafbare Handlung genau in dem Rahmen, der zur vorgetragenen Amnestie hier aufgezeigt wird, im betreffenden Ausmaß und nicht mehr begangen hat, der sollte, auch wenn er aus irgendwelchen Gründen erst in zwei Monaten abgeurteilt wird, unter die Amnestie fallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glauben Sie mir, bei aller Objektivität, die ich jedem Richter, Staatsanwalt und Polizeibeamten zubillige: sie sind auch Menschen. Er hat schon eine Flut von Akten liegen, und es hängt von seinem Wohlwollen ab, ob er nun den Fall einer Person, die er für würdig hält, erledigt oder sagt: Der hat mich geärgert, der hat gelehrt, bei dem setze ich die Verhandlung für den 14. November an, und vorbei ist die Amnestie. Auf ihn fällt das Urteil, wie es vorgesehen ist.

Wir sollten die Menschen, die mit der Strafrechtspflege zu tun haben, gar nicht zu einer solchen Handlungsweise verleiten, die natürlich naheliegend ist, denn welchen Akt er oben auf legt und welchen Akt er erledigt, dabei kann und wird ihm selbstverständlich niemand ein Wort dreinreden.

Die weiteren Vorschläge im Antrag sind alle auf diesen einen Grundgedanken ausgerichtet. Es entfällt also Absatz 2 ersatzlos, und der Absatz 3 erhält die Bezeichnung

Zeillinger

Absatz 2. Es wird alles im weiteren Antrag auf diesen Grundgedanken einer Amnestie für strafbare Handlungen, die vor dem 30. Oktober begangen wurden, abgestimmt.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie noch einmal bitten und einladen: Prüfen Sie diesen Vorschlag! Bei objektiver Beurteilung werden Sie ebenfalls zur Erkenntnis kommen, daß die von den Freiheitlichen hier in diesem Abänderungsantrag vorgeschlagenen Gesichtspunkte richtig sind und damit auch die Amnestie ihrer Aufgabe gerechter wird. Denn die Amnestie schafft natürlich schon die Ungerechtigkeit, daß der, der gerade jetzt eine Tat begangen hat, dafür nicht bestraft wird. Wir können nicht verhindern, daß seit Wochen — nachdem das ja schon in allen Zeitungen gestanden ist — manche Verurteilten den Richter nur mehr anlachen, weil sie genau wissen, daß ihnen überhaupt nichts passiert. Das ist das Unangenehme, wenn monatelang über eine Amnestie diskutiert wird. Das ist aber weder im Falle der Regierungsvorlage noch im Falle des Abänderungsvorschlages, den wir gemacht haben, vermeidbar. Diese Unebenheiten einer Amnestie werden wir nie beseitigen können, aber es ist entscheidend, daß es vom Zufall abhängt — ich wiederhole noch einmal: etwa vom Rheumazustand des Richters —, ob einer nun seine drei Monate absitzen muß oder nicht, oder von der Tatsache, daß einer das Pech hat, noch jugendlich zu sein und Jugendgerichtsverhandlungen natürlich viel seltener sind als Einzelrichterverhandlungen, sodaß er erst in der zweiten Novemberhälfte drankommt und daher schlechter behandelt wird als der Nicht-Jugendliche, der ihn zur Tat verführt hat.

Allein daraus sehen Sie schon, daß wir eine gerechtere Form der Lösung finden müssen. Ich glaube, daß wir damit auch die Ungerechtigkeit vermeiden, daß diese Amnestie letzten Endes eine Belohnung für die Drückeberger und Nichtzahler ist, da derjenige, der es verstanden hat, sich mit allen möglichen ärztlichen Bestätigungen vom Haftantritt zu drücken, und derjenige, der über Empfehlung die Strafe nicht bezahlt hat, durch die Amnestie belohnt wird.

Ich las hier mehrmals die Zahl 85.000 Betroffene. Ich muß offen gestehen, Herr Justizminister, mir kommt diese Zahl zu gering vor, wenn ich an die Tilgungen denke. Die Zahl 85.000 kann sich höchstens auf jene beziehen, die durch die Amnestie nicht in Haft gehen und die Strafe nicht antreten müssen. Wenn wir die Tilgung, die im § 4 enthalten ist, ebenfalls einbeziehen, so kommen wir auf eine Zahl, die sicher mehrere Hundert-

tausend umfaßt. Ich schätze, zu den 85.000 kommen noch 120.000, 130.000 Tilgungsfälle dazu, es ist also schon ein Personenkreis von etwa 200.000. Das ist jetzt eine von mir angenommene, aber ich glaube doch die Mindestzahl derer, die unter das Gesetz fallen.

Es ist ein großes Entgegenkommen des Abgeordnetenhauses, das dem besonderen Umstand, daß die Republik 50 Jahre alt wird, in irgendeiner Form Rechnung trägt.

Wir werden dem nie entgehen können, daß die Öffentlichkeit über die Form verschiedener Ansicht sein wird, wahrscheinlich werden wir Abgeordnete auch nicht alle der gleichen Meinung sein. Es ist schon ein relativ großer Personenkreis, dem hier ein weitgehendes und entscheidendes Entgegenkommen erwiesen wird.

Sie können die Rechtsfolgennachsicht ansehen, die ja nicht nur im Wahlrecht besteht, sondern auch in der Beamteneigenschaft: Es kann also vom Zufall abhängen, ob einer seinen Posten verliert, was ja viel schwerer wiegt, als die drei Monate Haft, die er bekommt. Er verliert seine Stelle als Beamter, und es hängt vom Zufall ab, ob der Richter Rheumatismus hat oder nicht. Ist der Richter gesund und willig, verurteilt er ihn noch vor dem 12. November. Wenn der Richter Rheumatismus hat und derzeit auf Krankenurlaub ist, wird der Mann später verurteilt, bekommt keine Amnestie und auch keine Rechtsfolgennachsicht. Diese geht bis zu einem Jahr, umfaßt also schon wesentlich mehr Strafen; er kann also, wenn er am 11. November zehn Monate bekommt, Beamter bleiben, wenn er am 13. November zehn Monate bekommt, dann kann er nicht Beamter bleiben. Ich glaube, daß es ungerecht wäre, von solchen Zufälligkeiten die Existenzfragen nicht von einigen, sondern von Tausenden Menschen abhängig zu machen, denn die Rechtsfolgennachsicht, die ja bei Strafen bis zu einem Jahr geht, umfaßt zweifellos Tausende Verurteilungen. Ich glaube, daß es nicht zu verantworten wäre, das von Zufällen bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft oder beim Gericht abhängig zu machen.

Ich möchte abschließend noch darauf hinweisen, daß wir Freiheitlichen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben, daß für Disziplinarstrafen von der Regierung im Verordnungswege ebenfalls eine Amnestie vorbereitet worden ist, denn sehr oft wiegt die Disziplinarstrafe ja schwerer als die geringfügige Gerichtsstrafe.

Bedauern — wir urgieren die Behandlung dieser Frage — müssen wir, daß auf dem großen Gebiete der Verwaltungsstrafen keine

Zeillinger

Amnestie vorgesehen ist. Da dies aus Kompetenzgründen ja nicht für den ganzen Bereich möglich ist, wäre es erfreulich, wenn eine Amnestie auch für die übrigen Bereiche empfohlen worden wäre.

Wenn jemand wegen eines Autounfalles eine kleine Geldstrafe bekommt, wird er, wenn er das Glück hat, sie vom Gericht zu bekommen, amnestiert; hat er das Pech, sie als Verwaltungsstrafe zu bekommen, dann wird er nicht amnestiert. Man soll also kein kleines Verwaltungsdelikt begehen, sondern es ist so, wie ein Jurist geschrieben hat: Fahren Sie lieber einen Menschen auf dem Zebrastreifen nieder, dann kommen Sie vor Gericht und werden amnestiert. Wenn Sie aber ein kleines Verwaltungsdelikt begehen, dann wird das nicht amnestiert, und Sie müssen 1000, 2000, 3000 S Strafe bezahlen oder sogar die von der Verwaltung verhängte Haft absitzen! — Wir haben allein jährlich rund 40.000 Verkehrsdelikte bei den Gerichten, ein Mehrfaches davon bei der Verwaltung, das heißt also, daß sicher 150.000 Menschen mit Gericht und Verwaltung allein wegen Verkehrsdelikten zu tun haben. Es kann sich derjenige glücklich preisen, der das Delikt so groß gestaltet, daß er zu Gericht kommt, er wird amnestiert. Ein Pech hat derjenige, der vorsichtiger gefahren ist, der von der Verwaltungsbehörde abgeurteilt wird, er wird nicht amnestiert.

Wir bedauern auch diese Ungerechtigkeit, daß unter Umständen bei einem Unfall derjenige, der weniger Schuld hat, von der Verwaltungsbehörde tatsächlich bestraft wird, während derjenige, der die Hauptschuld trägt, vor Gericht kommt und amnestiert wird. Sie sehen, daß hier Ungerechtigkeiten vorhanden sind, die es meiner Ansicht nach schon notwendig gemacht hätten, hier eine Änderung durchzuführen.

Ich muß noch einmal um Entschuldigung bitten, wir hatten keine Möglichkeit, das im Justizausschuß früher zu vertreten. Es war ja nichts Unbekanntes, nachdem ja in allen Fachzeitschriften, wie ich es vorgebracht habe, schon angeregt worden ist, die Amnestie so zu gestalten. Wir haben auch noch den Gedanken — ich bitte die Sprecher der beiden anderen Parteien, sich ebenfalls dazu zu äußern, noch ist es nicht zu spät — einer Verwaltungsamnestie aufgegriffen. Ich darf immer wieder daran erinnern, es handelt sich um einen Grundsatz, und man sollte gerade die Rechtsbrecher an die Grundsätze unseres Rechtes gewöhnen, an die Gleichheit vor dem Gesetz. Allein dieses Dutzend Beispiele, die ich hier vorgebracht habe, zeigt, daß wir nun, wenn wir die Amnestie in der vorgetragenen Form beschließen, den Gleichheitsgrundsatz schwer-

stens verletzen, und zwar deswegen, weil wir den weniger Schuldigen schwerer bestrafen und mehr zur Verantwortung ziehen als denjenigen, den ein größeres Verschulden trifft.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir in der Öffentlichkeit stark kritisiert werden, weil die Sittlichkeitsdelikte in der Amnestie enthalten sind. Aber wenn es gelingt, die anderen Ungerechtigkeiten dieser Amnestie doch noch durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses in letzter Minute zu ändern, dann wäre das eine ausgesprochen begrüßenswerte Entscheidung. (*Abg. Melter übergibt dem Redner einen Zettel mit der Aufschrift: „Länger reden“.*)

Ich darf, um diesem Zettel zu entsprechen, in der Zwischenzeit den Abänderungsantrag verlesen. (*Zwischenruf.*) Ich bin gerne bereit. Sie können den Zettel haben, Herr Kollege. Ich bitte um Entschuldigung, wenn das, was ich nun tue, langweilig ist, aber ich vollziehe nicht meinen Wunsch, sondern den Wunsch anderer.

§ 1 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 1 (1) Allen Personen, die wegen einer oder mehrerer vor dem 30. Oktober 1968 begangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer Freiheitsstrafe, zu einer Geldstrafe (Verfallsersatz-, Wertersatzstrafe) oder zu einer Freiheits- und einer Geldstrafe (Verfallsersatz-, Wertersatzstrafe) rechtskräftig verurteilt worden sind oder noch verurteilt werden, sind diese Strafen — soweit sie noch nicht vollstreckt oder nachgesehen sind — nachzusehen, sofern die verhängte Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe oder die Summe dieser Strafen drei Monate nicht übersteigt.“

Die anderen folgenden Änderungen sind formelle Abänderungen, und zwar:

In § 1 wird der Absatz 2 ersatzlos gestrichen. Die Absätze 3 bis 4 erhalten die Bezeichnung 2 bis 3.

Zu § 1 Abs. 2 unseres Abänderungsantrages:

Der neue Absatz 2 erhält bis zum 2. Beistrich (in der Fassung des alten Absatzes 3) folgenden Wortlaut:

„(2) Bei mehreren gegen eine Person ergangenen oder noch ergehenden Straf-erkenntnissen wegen in Absatz 1 bezeichneter gerichtlich strafbarer Handlungen sind die darin verhängten Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen,“

Und dann geht wieder der Text der Regierungsvorlage weiter.

Zu § 1 Abs. 3 unseres Abänderungsantrages:

Im neuen Absatz 3 erhält der 1. Satz folgenden Wortlaut:

9114

Nationalrat XI. GP. — 114. Sitzung — 30. Oktober 1968

Zeillinger

„(3) Die nachgesehene Strafe gilt als an dem Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes verbüßt, bei späteren Verurteilungen als dem Tage, an dem das Urteil in Rechtskraft wächst.“

Zu § 2 Abs. 1 unseres Abänderungsantrages:

In § 2 Abs. 1 erhält der 1. Satz bis zum 2. Beistrich folgenden Wortlaut:

„§ 2 (1) Wurde oder wird eine Person wegen einer oder mehrerer vor dem 30. Oktober 1968 begangener gerichtlich strafbarer Handlungen rechtskräftig schuldig gesprochen, wurde oder wird aber der Ausspruch über die Strafe vorläufig für eine Probezeit aufgeschoben (§ 13 Abs. 1 des Jugendgerichtsgesetzes 1961, BGBl. Nr. 278),“

Also auch hier die Anpassung: statt dem 12. November die Hereinnahme des 30. Oktober.

Auch § 2 Abs. 1 und 2 muß angepaßt werden:

In § 2 Abs. 1 werden am Schluß die Worte „§ 1 Abs. 2 gilt entsprechend“ ersatzlos gestrichen.

In § 2 Abs. 2 erhält der letzte Satz folgenden Wortlaut:

„Die festgesetzte Strafe steht einer wegen einer vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes begangenen gerichtlich strafbaren Handlung rechtskräftig verhängten Strafe gleich.“

In § 3 Abs. 1 erhält der 1. Satz bis zum 2. Beistrich den folgenden Wortlaut:

„§ 3 (1) Allen Personen, die wegen einer oder mehrerer vor dem 30. Oktober 1968 begangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer Freiheitsstrafe, zu einer Geldstrafe (Verfallsersatz-, — Wertersatzstrafe) oder zu einer Freiheits- und zu einer Geldstrafe (Verfallsersatz-, — Wertersatzstrafe) rechtskräftig verurteilt worden sind oder noch verurteilt werden,“

Zu § 3 Abs. 1 unseres Abänderungsantrages:

In § 3 Abs. 1 werden am Schluß die Worte „§ 1 Abs. 2 gilt entsprechend“ ersatzlos gestrichen.

Zu § 3 Abs. 2 unseres Abänderungsantrages:

In § 3 Abs. 2 erhält der 1. Satz den folgenden Wortlaut:

„(2) Bei mehreren gegen eine Person ergangenen oder noch ergehenden Straferkenntnissen wegen in Absatz 1 bezeichneter gerichtlich strafbarer Handlungen sind die darin verhängten Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen zusammenzurechnen.“

Zu § 4 Abs. 1 unseres Abänderungsantrages:

In § 4 Abs. 1 sind am Schluß die Worte „§ 1 Abs. 2 gilt entsprechend“ ersatzlos zu streichen.

Zu § 4 Abs. 2 unseres Abänderungsantrages:

In § 4 Abs. 2 erhält der 1. Satz den folgenden Wortlaut:

„(2) Bei mehreren gegen eine Person ergangenen oder noch ergehenden Straferkenntnissen wegen in Absatz 1 bezeichneter gerichtlich strafbarer Handlungen sind die darin rechtskräftig verhängten Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen zusammenzurechnen.“

Zu § 4 Abs. 3 unseres Abänderungsantrages:

In § 4 Abs. 3 sind am Schluß die Worte „§ 1 Abs. 2 gilt entsprechend“ ersatzlos zu streichen.

(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Peter: Soll er weiterreden oder nicht? — Abg. Czettel: Ist das ein Gentleman's Agreement?)

Ich hoffe, daß meine Ausführungen vielleicht doch noch auf einen fruchtbaren Boden gefallen sind, und bitte Sie um Unterstützung unseres Antrages. (Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der soeben vom Herrn Abgeordneten Zeillinger vortragene Abänderungsantrag der Abgeordneten Zeillinger und Genossen ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. Wer diesen Abänderungsantrag unterstützt, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Das ist nicht genügend unterstützt, der Antrag steht daher nicht zur Debatte. (Abg. Peter: Eine Entscheidung wider die Vernunft!)

Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Dr. Kleiner das Wort.

Abgeordneter Dr. Kleiner (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich muß mit tiefem Bedauern feststellen, daß der Herr Abgeordnete Zeillinger mit geradezu kalter Pedanterie bezüglich vielleicht möglicher Einzelfälle von Härten zur Frage der Amnestie, nicht nur der gegenständlichen, sondern der Amnestie überhaupt, Stellung genommen hat. Das halte ich schon grundsätzlich für sehr bedauerlich, weil dabei sehr stark die Ablehnung des Instituts, der Möglichkeit der Amnestie überhaupt hervorgeklungen ist. Das ist etwas, was ich und sicherlich auch alle meine Freunde in meiner Fraktion, aber, ich bin überzeugt, auch die Fraktion auf der rechten Seite des Hauses, prinzipiell ablehnen.

Dr. Kleiner

Herr Kollege Zeillinger! Sie haben Ihre Rede mit der Berufung auf Bedenken in der Presse und in der Richterschaft begonnen. Wir haben auch die Zeitungen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, gelesen. Wenn Sie sich auf die Pressemeinungen, die sich so wie Sie gegen die Amnestie aussprechen, stützen, dann muß ich sagen, daß in den mir bekannt gewordenen Erzeugnissen dieser Art ein Geist zutage tritt, der nichts mit den modernen Grundsätzen der Rechtspflege und mit Bemühungen um einen modernen Strafvollzug, mit Bemühungen um eine Strafrechtsreform zu tun hat.

Wenn Sie sagen, daß jede Amnestie ein Eingriff in die Rechtsprechung ist, dann geht das doch sicher fehl. Daß jede Amnestie Härtefälle in sich birgt — Herr Zeillinger: Bei welcher Rechtswohlthat, wenn sie der Gesetzgeber oder die Verwaltung durchführt, gibt es nicht Härtefälle? Das ist uns durchaus bekannt. Wir haben in den Ausschlußberatungen auch darauf hingewiesen, daß solche Härtefälle entstehen können. Auch die Erläuternden Bemerkungen haben davon gesprochen und verweisen darauf, daß es dem Bundesminister für Justiz möglich ist, durch eine Initiative, durch einen Vorschlag beim Bundespräsidenten zur Behebung solcher Härtefälle das Notwendige zu tun. Also welcher Grund besteht eigentlich, sich gegen eine Amnestie so auszusprechen, wie Sie es getan haben? Welcher Grund besteht (*Abg. Zeillinger: Die Überzeugung!*), sich mit einem geradezu unmöglichen Abänderungsantrag noch in letzter Minute gegen diese Amnestie zu stellen?

Was den Abänderungsantrag, der ja die Unterstützung nicht gefunden hat, betrifft, möchte ich sagen: Es wäre meiner Ansicht nach ein Gebot politischer Fairneß, diesen oder einen solchen Antrag den Vertretern der anderen Fraktionen doch auch vorher zur Kenntnis zu bringen. Denn nach so raschen Darstellungen kann man ja dem, was damit gemeint ist, kaum genügend folgen, und es ist daher auch nicht recht möglich, dazu Stellung zu nehmen.

Ich kann bei der Stellungnahme mit Ihnen nicht auf der gleichen Ebene diskutieren. Ich habe leider keine Anwaltserfahrung, ich habe auch außer der Erfahrung bei den Arbeitsgerichten keine Gerichtserfahrung. Ich kann bei der Stellungnahme zu den Fragen der Amnestie und dem, was damit zusammenhängt, nicht von Anwaltserfahrungen ausgehen, aber ich glaube, daß ich berechtigterweise vom Standpunkt der Menschlichkeit zur Amnestie Stellung nehmen kann, und das will ich auch tun. Natürlich ist mir das

Wesen und das, was rechtlich, auch verfahrensrechtlich, damit zusammenhängt, nicht gerade unbekannt. Aber mit der Sicherheit, mit der Sie hier in den Beispielsfällen herumgewühlt haben, kann ich das natürlich nicht tun.

Zu den Beispielsfällen möchte ich überhaupt von vornherein sagen: Soll eine Amnestie, derer, wie behauptet wird, aller Voraussicht nach 85.000 Menschen teilhaftig werden können, soll eine solche Amnestie unterbleiben wegen möglicher Härtefälle, die vielleicht nicht einmal in die Hunderte gehen? (*Abg. Zeillinger: Nein, sie soll nur gerecht sein!*) Nein, Sie haben gegen die Amnestie im Grunde genommen nichts anderes einzuwenden gehabt als die Härtefälle; und Härtefälle gibt es eben überall. Aber es kommt auf das Verhältnis der Härtefälle zur Zahl der sonstigen Fälle an, also derer, die der Amnestie teilhaftig werden können, und dieses Verhältnis ist nicht dazu angetan, daß man etwa die Amnestie ablehnt. (*Abg. Zeillinger: Nicht ablehnen, sondern abändern, habe ich gesagt! Sie haben nicht zugehört! Sie zitieren die ganze Zeit etwas, was ich nicht gesagt habe!*)

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Gesetzgeber, der in den Strafgesetzen die Unrechtsfolgen für strafbare Handlungen setzt, auch gelegentlich Gnade gewähren soll. (*Abg. Zeillinger: Sehr unfair sind Ihre Ausführungen!*) Das ist meiner Ansicht nach der Geist, aus dem heraus man Amnestien erlassen soll, und wir sind auch bereit, uns für diese Amnestie, so wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen ist, einzusetzen.

Der Zeitraum seit der letzten Amnestie im Jahre 1965 ist sicherlich für eine Amnestie verhältnismäßig gering. Aber, Herr Kollege Zeillinger, der Anlaß, aus dem die Amnestie gewährt wird, ist doch sicherlich ausreichend und richtig. An dem Tag, an dem die Republik ihren 50. Jahrestag begeht, an einem solchen Tag werden es alle Österreicher verstehen, daß eine Amnestie gewährt wird, die wohlabgewogen ist, bei der es vielleicht einzelne Härtefälle geben wird, die aber doch als richtig anerkannt werden wird.

Sie haben das Gegenteil behauptet, Sie haben behauptet, daß die Bevölkerung die Amnestie nicht verstehen wird und daß sie sie auch als ungerecht betrachtet. Wenn man hinausgeht und die Amnestie so darstellt, wie Sie das getan haben, dann ist es schon möglich, daß eine solche Verwirrung der Geister stattfinden wird. Ich bin überzeugt davon, daß Menschen, die vom Geist der Sittlichkeit und der Menschlichkeit aus-

Dr. Kleiner

gehen, es als begrüßenswert betrachten werden, wenn eine Amnestie erlassen wird. Und gerade der Festtag der Republik ist ein geeigneter Anlaß, Amnestien zu erlassen.

Wenn Sie in der Geschichte der Republik ein wenig zurückblättern, dann werden Sie finden, daß gerade am Tag der Gründung der Republik eine Amnestie erlassen wurde. Es hat sich also die Republik mit einer Gnaden-erweisung eingeführt, und ich möchte in dem Zusammenhang überhaupt auf den Anlaß ein wenig eingehen. Die Würdigung dieses Tages, des 50. Jahrestages der Gründung der Republik wird ja noch gebührend erfolgen. Aber erlauben Sie mir einige Feststellungen über die große historische Bedeutung der Herauslösung der Republik aus der Monarchie im Zusammenhang mit dem heute vor sich gehenden Gesetzesakt zu machen.

Dieser Übergang von der Monarchie zur Republik war nicht nur der Bruch mit einer bisherigen Staatsform, die Ablösung einer jahrhundertealten Gewalt, es war auch die Anbahnung einer neuen Zeit, neuer Verhältnisse und einer neuen Gedankenwelt. Im Bereich dieser neuen Gedankenwelt hat es neue soziale Auffassungen, neue kulturelle Auffassungen, neue geistige Stellungnahmen zur Zeit gegeben. Aber vor allem war es auch die Zeit, in der man eine andere Einstellung zum Strafrecht und zum Strafvollzug gefunden hat. Es war auch die Zeit, in der maßgebliche Bemühungen um eine Strafrechtsreform unternommen wurden.

Natürlich wird man Amnestien zu bestimmten Zeiten in Betracht ziehen. Aber man wird mit der Amnestie doch immer etwas bewirken wollen, jedenfalls keine Geschenke an Menschen, die strafbare Handlungen begangen haben. Wenn in einer Bilderzeitschrift unter dem Titel „Fest für 85.000 Ganoven“ gesagt wird, es sehe so aus, als ob beim Republikjubiläum den meisten Grund zum Feiern 85.000 Ganoven haben werden, und wenn man sich dabei auch noch darauf beruft, daß das die bissige Bemerkung eines hohen oberösterreichischen Richters ist, dann muß ich sagen, daß das ein ziemlicher Kleingeist ist, der aus solchen Äußerungen hervorleuchtet. Es ist durchaus möglich, daß ein Richter so über eine Amnestie oder über die gegenständliche Amnestie urteilt. Aber sicherlich wird die Mehrzahl, die über-große Mehrheit der Richter und der in der Rechtspflege tätigen Personen die Amnestie nicht nur begrüßen, sondern als ein notwendiges Mittel betrachten, um gelegentlich auch zu erkennen zu geben, daß der Staat auch bereit

ist, Nachsicht zu üben, und daß er mit dieser Nachsicht auch eine gewisse kriminalpolitische Wirkung erzielen will.

Ich bin der Meinung, daß eine Amnestie ein hervorragendes Mittel der Generalprävention ist, daß sie ein hervorragendes Mittel zur Besserung, zur Resozialisierung von straffällig gewordenen Menschen ist, und auf ein solches Mittel kann ein Rechtsstaat, kann ein Staat, der das Bestreben hat, seiner Bevölkerung gerecht zu werden, nicht verzichten.

Äußerungen wie diese in der erwähnten Bildzeitschrift sind meiner Ansicht nach bedrückend und beschämend und gehen an den Beweggründen für eine Amnestie absolut vorbei.

Darf ich an die Amnestie 1928 erinnern. Das war das Jahr nach dem Ihnen allen bekannten und in Erinnerung stehenden Jahr 1927. In diesem Jahr wurde in der Zeit der Regierung Seipel eine umfassende Amnestie erlassen. Im § 3 des Amnestiegesetzes 1928 heißt es, daß allen Personen, die wegen einer oder mehrerer im Zusammenhang mit den Unruhen vom 15., 16. und 17. Juli 1927 an diesen Tagen begangener gerichtlich strafbarer Handlungen rechtskräftig verurteilt worden sind, die Strafe nachgelassen ist. Meine Damen und Herren! Das ist für mich und meine Behauptung, daß der Beweggrund für eine Amnestie ein menschlicher, ein sittlicher ist, von außerordentlicher Bedeutung. Denn derselbe Bundeskanzler Dr. Seipel, der ein Jahr zuvor, offenbar im Affekt, in Ansehung der Ereignisse das leider berühmt gewordene Wort „keine Milde“ ausgesprochen hat, hat ein Jahr später unter seiner Kanzlerschaft eine Amnestie für alle jene zustandegebracht, die an den Unruhen vom 15., 16. und 17. Juli 1927 teilgenommen haben. Das ist die Besinnung auf die Menschlichkeit, und das ist der Leitgedanke bei einer Amnestie.

Ein ähnlicher Leitgedanke ist es ja schließlich auch, der für diese Amnestie maßgebend war, die der Gegenstand dieser Regierungsvorlage ist.

Meine Damen und Herren! Was soll denn das heißen: „Fest für 85.000 Ganoven“? Herr Dr. Zeillinger hat sehr viel Zeit dafür aufgewendet, Beispiele anzuführen, welchen Leuten und unter welchen Schwierigkeiten und Möglichkeiten Amnestien erteilt werden.

Strafnachsicht wird nach dem Amnestiegesetz, nach der Regierungsvorlage, jenen für strafbare Handlungen gewährt, bei denen das Urteil auf eine höchstens dreimonatige Freiheitsstrafe lautet; Rechtsfolgennachsicht bei strafbaren Handlungen, die zu einer nicht höheren Verurteilung als zu einem

Dr. Kleiner

Jahr Kerker geführt haben; dann haben wir Bestimmungen über die Tilgung von Verurteilungen. In der Mehrzahl der Fälle sind es doch sicherlich kleine Rechtsbrecher, sicherlich zahlreiche jugendliche Rechtsbrecher, sicherlich in großer Zahl Erstverurteilte. Ja bei wem ist denn die Aussicht auf Resozialisierung, auf Nichtrückfälligkeit größer als bei solchen Personen, die in ihrer großen Zahl vermutlich unter diese Amnestie fallen werden? Ich bin überzeugt davon, daß es gute 80 Prozent von den für diese Amnestie in Betracht kommenden Menschen sein werden, die ihrer teilhaftig werden, die aber keine großen Verbrechen begangen haben. Die über große Mehrzahl wird eine fahrlässige Handlung begangen haben. Eine große Zahl von diesen Personen wird beruflich tätige Menschen umfassen, die irgendwie übersehen haben, die notwendige Achtsamkeit zu üben, oder die aus einem sonstigen nicht verweiflichen Grund einer Strafe verfallen sind. Das ist ja auch ein sehr starkes soziales Motiv, das für diese Amnestie spricht, daher wollen wir uns rückhaltlos dafür einsetzen und lehnen Erwägungen von der Art, wie sie uns Herr Dr. Zeillinger vorgesetzt hat, prinzipiell ab.

Ich möchte behaupten, daß wir uns mit der Behandlung dieser Regierungsvorlage wieder in einer großen Stunde des Parlaments befinden. Die Verabschiedung der Vorlage ist zweifellos ein würdiger Akt, der zur Besserung der der Amnestie teilhaftig Gewordenen, zur Vertiefung der Beziehungen unserer Staatsbürger zu ihrer Republik und zur Festigung ihrer republikanisch-demokratischen Gesinnung maßgeblich beitragen wird. Deshalb stimmen wir dieser Vorlage freudig zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Guggenberger das Wort.

Abgeordneter **Guggenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Zeillinger hat eigentlich wieder so deutlich zum Ausdruck gebracht, wie groß die Meinungsverschiedenheiten über eine Amnestie sein können. Gestatten Sie mir, da mein Vorgänger um etliche 50 Jahre zurückgegangen ist, darauf hinzuweisen, daß die Mutter der Amnestien im Jahre 403, nach dem Ende der Schreckensherrschaft der 30 Tyrannen in Athen, nach Wiederherstellung der Demokratie *(Abg. Peter: Wie lange dauert die Rede? — Abg. Dr. Gorbach: 15 Minuten! — Abg. Peter: Wir sind noch beim Jahre 403!)*, beschlossen wurde, und zwar wurde dem Eid der Heliasten — das

waren die 5000 Geschwornen — eine Klausel hinzugefügt, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ich will nicht an vergangenes Unrecht erinnern, auch will ich nicht anstiften, daß sich andere daran erinnern, im Gegenteil: Ich will meine Stimme den bestehenden Gesetzen gemäß abgeben.“

Ich glaube, daß in dieser Mutter der Amnestie jenes demokratische Grundelement einer humanen, toleranten Gesinnung enthalten ist, das sich über die Jahrtausende hinweg bis heute erhalten hat.

Aber die Auseinandersetzungen über den Wert einer Amnestie oder den Unwert einer Amnestie sind seitdem nicht verstummt. Ich glaube, es ist schon richtig, wenn man aus dem Tagesgeschehen heraus doch auch die historische Entwicklung so mancher Dinge näher betrachtet. Hat doch Kant seinerzeit in seinen „metaphysischen Gründen der Rechtslehre“ behauptet, daß die Zulässigkeit jeglichen Begnadigungsrechtes bestritten ist und daß es das schlüpfrigste aller Rechte des Souveräns sei — und auch wir sind in diesem Falle Souverän. Auch heute noch finden wir arge Bedenken gegen die Beseitigung des Strafanspruchs des Staates durch eine Amnestie, und sie werden sicherlich von sehr ernst zu nehmenden Seiten vorgebracht.

Diese 50 Jahre junge Republik hat sich bewährt. Es ist sicherlich kein staatspolitischer Grund, daß wir diese Amnestie heute beschließen, sondern zweifellos ein Anlaß zum Gedenken der 50 Jahre alten Republik. Aber das Problem der Amnestie liegt eben darin, daß zwischen Gnade und Gerechtigkeit ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht. Ich glaube, daß der Ruf des Herrn Abgeordneten Zeillinger nach mehr Gerechtigkeit eben in dieser Problematik begründet ist, denn eine völlig gerechte Amnestie kann es faktisch nicht geben.

Wir haben aber nicht nur Stimmen gehört, daß die Amnestie zuwenig großzügig sei, wir haben aus den Zitaten meines Vorredners gehört, daß man sie auch als zu großzügig bezeichnet. Zur Amnestie 1955 hat ein sicher sehr prominenter Abgeordneter dieses Hauses — er wurde später Justizminister — folgendes gesagt: „Amnestien werden umfangreich sein, wenn sie selten efließen, und werden enger sein, wenn sie häufig efließen.“

Es ist klar, weil wir gerade seit dem Jahre 1955 eine große Anzahl von Amnestien gehabt haben, daß daher — wie ein anderer Abgeordneter festgestellt hat — in den Menschen, im Staate ein Gefühl der Rechtsunsicherheit entsteht, wenn in regelmäßigen Abständen Gerichtsurteile außer Kraft gesetzt werden.

Guggenberger

Ich glaube, daß gerade der vorliegende Gesetzentwurf all diesem Für und Wider für eine Amnestie Rechnung getragen hat.

Ich möchte auch sagen, daß es aus diesem Grund nicht möglich war, anderen Anregungen, die im Begutachtungsverfahren dem Justizministerium vorgetragen wurden, Folge zu leisten. Zum Beispiel regten der Arbeiterkammertag und die Rechtsanwaltskammer an, eine Einstellungsamnestie zu beschließen. Wir haben darüber auch im Justizausschuß so wie unsere Vorgänger in anderen Ausschüssen sehr ernsthaft diskutiert und sind zu der Erkenntnis gekommen, daß die Einstellung laufender Strafverfahren ein äußerst heikles rechtspolitisches Problem darstellt, über das ich, glaube ich, hier nicht näher zu sprechen brauche. Trotzdem ist die Amnestie, weil sie die kleineren Delikte erfaßt, an Umfang hinsichtlich der betroffenen Personen sehr bedeutend. Es sind hier schon Zahlen genannt worden, und ich darf dann noch kurz darauf zurückkommen.

Die vom Justizausschuß einstimmig beantragte Abänderung des § 5 der Regierungsvorlage bringt ja auch eine Erleichterung, da nun differenziert wird zwischen den vorsätzlich und fahrlässig begangenen strafbaren Handlungen. Damit wurde vor allem jener Personenkreis in die Amnestie mit einbezogen, der innerhalb der letzten drei Jahre nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, einmal, sondern zweimal auf der gleichen schädlichen Neigung beruhende Fahrlässigkeitsdelikte aufzuweisen hat. Diese Änderung soll aber keineswegs einer gewissen Unbekümmertheit entgegenkommen, sondern es sollen dadurch jene Mitbürger Berücksichtigung finden, deren berufliche Belastung solche Fahrlässigkeitsdelikte leichter zur Folge haben kann.

In den Tageszeitungen und auch in den Ausführungen des Kollegen Zeillinger konnte man haarsträubende Kuriositäten feststellen, die sich bei einem logischen Durchdenken der Amnestie zweifellos ergeben könnten. Es soll nicht bestritten werden, daß rein theoretisch, aber vielleicht in Einzelfällen auch in der Praxis, solche Dinge in Erscheinung treten können, und ich bestreite auch nicht das, was Abgeordneter Zeillinger gesagt hat, der es vermißt hat, daß die Verwaltungsstrafen amnestiert werden können. Aber ein Studium des Artikels 93 unserer Bundesverfassung ergibt doch, daß der Bundesgesetzgeber nur zur Erlassung einer Amnestie für gerichtlich strafbare Handlungen, nicht aber für solche aus dem Verwaltungsstrafrecht ermächtigt ist. Wir müßten also, um der Anregung des Herrn Abgeordneten Zeillinger Folge leisten zu können, zunächst eine Verfassungsänderung

durchführen, durch welche dieses Hohe Haus ermächtigt wird, auch eine Amnestie für Verwaltungsstrafen zu erlassen. Es ist klar, daß es in der Bevölkerung nicht so leicht verstanden wird, wenn heute eine gerichtliche Geldstrafe, sagen wir in der Höhe von 300 S, amnestiert wird und eine Verwaltungsstrafe in der gleichen Höhe eben nicht der Amnestie anheimfallen kann. Über diese Probleme läßt sich eben trefflich streiten, aber auch in der Vergangenheit — allein in der Zweiten Republik haben sich vier Justizausschüsse mit diesen Problemen beschäftigt — hat die Erfahrung erwiesen, daß eine Amnestie für Verwaltungsstrafen praktisch nicht möglich ist.

Alle diese Widersprüche entstammen dem von mir schon vorhin erwähnten Gegensatz, der zwischen Gnade und Gerechtigkeit besteht.

Darüber hinaus bringt aber auch aus diesem Grunde die Amnestie selbst Härtefälle, denn die Amnestie hat einen Stichtag, und alles, was vorher ist, wird erfaßt, und was nachher ist, kann eben nicht mehr erfaßt werden. Man könnte das nur damit bereinigen, daß man einfach eine Amnestie auf unbeschränkte Zeit erläßt. Ich darf hier nur darauf hinweisen, daß die Abänderung des § 1, die Abgeordneter Zeillinger anregte, dazu führen würde, daß zum Beispiel eine strafbare Handlung, die heute, am 30. Oktober, begangen wird und welche aus verschiedenen Gründen — wegen Beweisverfahren und so weiter — im November 1969 dann durch ein Urteil erledigt wird, im Dezember 1969, also ein Jahr nach dem Zeitpunkt der Amnestie, noch unter diese Amnestie aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der Republik fallen würde. Aber es wurde schon darauf hingewiesen: In extremen Härtefällen besteht selbstverständlich die Möglichkeit — der Ausschuß hat es in seinen Bericht ausdrücklich aufgenommen —, daß der Herr Bundesminister für Justiz an den Herrn Bundespräsidenten einen entsprechenden Antrag auf Ausübung des Gnadenrechtes stellt.

Ich bin daher überzeugt, daß trotz der da und dort aufgetauchten Kritik und trotz der Ablehnung des Abänderungsantrages des Abgeordneten Zeillinger diese dem Hohen Haus vorgelegte Amnestie dem Anlaß des 50. Geburtstages unserer Republik gerecht wird. Vielen Tausenden betroffenen Mitbürgern soll sie zum Bewußtsein bringen, daß die große Gemeinschaft des Bundesvolkes, die zu repräsentieren wir hier die Ehre haben, ihrer an diesem Gedenktag auch gedacht hat.

Die Zahl derer, die davon betroffen wurden, hat man hier schon kurz erwähnt. Jedenfalls

Guggenberger

können wir sagen, daß einschließlich der Nachsicht der Rechtsfolgen und der möglichen Tilgung, aber auch der abgekürzten Tilgungen, die Zahl von 200.000, wie sie Abgeordneter Zeillinger genannt hat, durchaus erreicht werden dürfte.

Alle diese Mitbürger werden mit dem Jubiläumstag in dieser oder jener Form Erleichterungen erfahren, wie sie die Amnestie eben vorsieht, Erleichterungen, die da und dort vielleicht sogar entscheidend für den künftigen Berufs- und Lebensweg des einzelnen sein können.

Andererseits darf man aber nicht übersehen, daß eine Amnestie eben nur einen außergewöhnlichen, einmaligen generellen Gnadenakt darstellt und keineswegs eine Außerkraftsetzung oder gar Milderung unserer strafrechtlichen Ordnung an sich bedeutet oder etwa für die Zukunft bedeuten kann. Wenn einer unserer Mitbürger also in Zukunft vor der Entscheidung steht, die strafrechtlichen Normen unserer Republik zu verletzen oder nicht, so darf sein Verhalten keineswegs von der Hoffnung auf eine neuerliche Amnestie beeinflusst werden. Im Gegenteil — und diesen Appell richte ich an alle Bürger unseres Landes —: Die Amnestie ist ein Gnadenakt, sie soll bereits Geschehenes mit dem Mantel des Vergessens zudecken, aber sie soll niemanden dazu ermutigen, es mit der Einhaltung der Gesetze der Republik leicht zu nehmen. Wir, die Bürger dieses Landes, sollten uns das Miteinanderleben leichter machen, und ein wichtiger Beitrag dazu ist und bleibt die Einhaltung der Gesetze, die sich diese Gemeinschaft selbst gegeben hat, und ein solches Verhalten, daß ein Konflikt mit den strafrechtlichen Normen nicht entstehen kann.

Wenn also das Wort „Amnestie“ in seiner ursprünglichen und bis heute fortdauernden Bedeutung „nicht gedenken — vergessen“ bedeutet, so steht sie trotzdem nicht im Widerspruch zu einem Tag des Gedenkens und des Erinnerns. Sie ist nicht nur ein kleiner Beitrag zum allgemeinen Frieden im Inneren, sondern wird sicher vielen Bürgern auch den persönlichen inneren Frieden wiederherstellen, wenn ihr Konflikt mit der großen Gemeinschaft aus der Welt geschafft wird.

Wir wissen vom österreichischen Volk, daß es für diese Amnestie Verständnis aufbringt, und hoffen, daß es den Gedenktag unserer Republik auch zu einer Amnestie im eigenen Lebenskreis benützt. Wir alle sollten uns an diesem Tage bewußt sein, daß diese große Gemeinschaft nur dann funktionsfähig ist, wenn in ihr der Geist der Toleranz und der Humanität ständig wach bleibt.

Dies sollten aber auch alle diejenigen bedenken, denen die Begünstigungen der Amnestie zuteil werden und denen damit der Weg in die große Gemeinschaft wieder erleichtert wird. Wir dürfen auch von diesen vielen Zehntausenden Mitbürgern erwarten, daß dies für sie mehr ist als ein Nichtantreten der Strafe, als ein Nichtzahlen der Geldstrafe, als eine leere Strafkarte, daß es für sie ein Ansporn sein soll, in diesem gemeinsamen Staatswesen, in unserer demokratischen Republik Österreich, ohne künftige Konflikte mit den Gesetzen ihren Mann zu stellen.

In Dankbarkeit gegenüber den Gründern unserer Republik, aber auch gegenüber dem ganzen Bundesvolk, das mit vielen Opfern, mit viel Fleiß und Arbeit unser Vaterland zu einem fruchtbaren und freundlichen Garten inmitten einer stürmischen Welt gestaltet hat, geben wir Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei dem Amnestiegesetz 1968 gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzesentwurf mit der vom Ausschuß beschlossenen Abänderung in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

3. Punkt: Bericht des Justizausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Justiz über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen aus der Strafhaft für das Jahr 1967 (917 der Beilagen)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Wir kommen nun zum ursprünglich 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für Justiz über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen aus der Strafhaft für das Jahr 1967.

Anstelle des Berichterstatters Dr. Kranzlmayr wird der Obmann des Justizausschusses, Herr Dr. Hauser, berichten.

Berichterstatter Dr. Hauser: Hohes Haus! Ich darf in Vertretung des Herrn Berichterstatters berichten.

Auf Grund einer EntschlieÙung des Nationalrates aus dem Jahre 1960 legt das Bundesministerium für Justiz alljährlich Erfahrungsberichte über die bedingte Entlassung vor, berichtet also darüber, wie die Gerichte die neuen Bestimmungen über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen handhaben.

Dr. Hauser

Aus dem jetzigen Bericht ergibt sich, daß die jährliche Zahl der bedingten Entlassungen seit dem Inkrafttreten des Strafrechtsänderungsgesetzes 1960 im Durchschnitt nur noch 425 beträgt.

Im Jahr 1967 haben die Gerichte nur in drei Fällen von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Strafgefangenen bedingt zu entlassen. In 20 solchen Fällen wurde eine bedingte Entlassung abgelehnt. Auch die Zahl der wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilten Strafgefangenen, die 1967 bedingt entlassen wurden, zeigt ein Absinken. Im vorigen Jahr waren nur 44 solcher Fälle zu verzeichnen. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Ich darf namens des Justizausschusses den Antrag stellen, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Justiz über die bedingte Entlassung von Strafgefangenen aus der Straftat für das Jahr 1967 zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministers für Justiz einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1966, betreffend Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungs-freien Dienstzeiten (893 der Beilagen)

Präsident Wallner: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1966, betreffend Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungsfreien Dienstzeiten.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Linsbauer. Ich bitte ihn, über den Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter Linsbauer: Herr Präsident! Hohes Haus! Auf Grund einer im Zusammenhang mit dem Bundesfinanzgesetz 1967 gefaßten Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1966 über die Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungsfreien Dienstzeiten

hat die Bundesregierung am 29. Juni 1967 im Nationalrat den obgenannten Bericht eingebracht.

Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß für die Nachversicherung der versicherungsfreien Zeiten, die bei reichsdeutschen Dienststellen im Gebiet der Republik Österreich zurückgelegt wurden, eine endgültige gesetzliche Regelung erforderlich ist. Diese Regelung wird nach Inkrafttreten des am 22. Dezember 1966 unterzeichneten Abkommens über Soziale Sicherheit mit der Bundesrepublik Deutschland in das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz aufgenommen werden. Für die Nachversicherung der versicherungsfreien Zeiten, die bei reichsdeutschen Dienststellen außerhalb der Republik Österreich zurückgelegt wurden, erübrigt sich eine solche gesetzliche Regelung, weil diese Zeiten, soweit sie nicht die Bundesrepublik Deutschland als nachversichert anerkennt, nach den Bestimmungen des Auslandsrenten-Übernahmegesetzes in der österreichischen Pensionsversicherung berücksichtigt werden.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 5. Juni 1968 der Vorberatung unterzogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt daher den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1966, betreffend Nachversicherung der bei reichsdeutschen Dienststellen zurückgelegten rentenversicherungsfreien Dienstzeiten, zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht der Bundesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung zu den in der Sitzung des Nationalrates vom 12. April 1967 angenommenen Entschlüssen betreffend Ratifizierung der Übereinkommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation (894 der Beilagen)

Präsident Wallner: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung zu den in der Sitzung des Nationalrates vom 12. April 1967 angenom-

Präsident Wallner

menen Entschlüssen betreffend Ratifizierung der Übereinkommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation.

Berichterstatler ist Herr Abgeordneter Vollmann. Ich bitte ihn, über den Gegenstand zu berichten.

Berichterstatler **Vollmann**: Hohes Haus! Auf Grund der vom Nationalrat in seiner Sitzung am 12. April 1967 angenommenen Entschlüssen, womit die Bundesregierung aufgefordert wird, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 49. Tagung im Jahre 1965 beschlossenen Übereinkommen (Nr. 123) über das Mindestalter für die Zulassung zu Untertagearbeiten in Bergwerken und (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken dem Nationalrat ehestens zur Ratifikation vorzulegen, hat diese am 6. November 1967 den obgenannten Bericht im Nationalrat eingebracht.

Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Oberste Bergbehörde, den Entwurf einer entsprechenden Novelle zur Allgemeinen Bergpolizeiverordnung ausarbeiten und dem gesetzlich vorgesehenen Begutachtungsverfahren zuleiten wird. Nach Inkrafttreten dieser Novelle werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung Regierungsvorlagen betreffend die Ratifizierung der beiden eingangs erwähnten Übereinkommen vorzubereiten und nach Beschlußfassung des Ministerrates hierüber von der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen sein.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat diesen Bericht in seiner Sitzung vom 5. Juni 1968 der Vorberatung unterzogen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Melter, Ing. Häuser und Moser sowie Frau Bundesminister für soziale Verwaltung Grete Rehor beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Namens des Ausschusses stelle ich daher den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen.

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir gelangen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht der Bundesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung zur Entschlüsselung des Nationalrates vom 28. Juni 1967, betreffend die kassenärztliche Betreuung der nicht unter Nr. 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum österreichisch-deutschen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 fallenden Personen (895 der Beilagen)

Präsident Wallner: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung zur Entschlüsselung des Nationalrates vom 28. Juni 1967, betreffend die kassenärztliche Betreuung der nicht unter Nr. 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum österreichisch-deutschen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 fallenden Personen.

Berichterstatler ist Herr Abgeordneter Kern. Ich bitte ihn, über den Gegenstand zu berichten.

Berichterstatler **Kern**: Hohes Haus! Der Nationalrat hat in seiner Entschlüsselung vom 28. Juni 1967 den Bundesminister für soziale Verwaltung aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Bundesrepublik Deutschland ehestens den Tag festzustellen, von dem an die Bestimmungen der Artikel 15 Abs. 4 und Artikel 23 Abs. 5 des am 22. Dezember 1966 unterzeichneten österreichisch-deutschen Abkommens über Soziale Sicherheit im Sinne des Schlußprotokolls Z. 8 lit. d uneingeschränkt gelten.

Im Bericht vom 23. Oktober 1967 hat der Bundesminister für soziale Verwaltung mitgeteilt, daß beim Zustandekommen der Nr. 8 des Schlußprotokolls zum erwähnten Abkommen österreichischerseits auf die nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz gegebene Rechtslage Bedacht zu nehmen war. Darnach werden die Beziehungen der Träger der Sozialversicherung und ihrer Verbände zu den freiberuflich tätigen Ärzten, Dentisten und so weiter durch privatrechtliche Verträge geregelt. Durch diese Verträge ist die ausreichende Versorgung der Versicherten und ihrer anspruchsberechtigten Angehörigen mit den gesetzlich und satzungsmäßig vorgesehenen Leistungen sicherzustellen. Die Beziehungen zwischen den Trägern der Krankenversicherung und den freiberuflich tätigen Ärzten werden durch Gesamtverträge geregelt, die für die Träger der Krankenversicherung durch den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger mit den örtlich zuständigen Ärztekammern abzuschließen sind.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 5. Juni 1968 der Vorberatung unterzogen

Kern

und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Pfeffer, Melter und Pansi sowie Frau Bundesminister für soziale Verwaltung Grete Rehor beteiligten, mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung, betreffend die kassenärztliche Betreuung der nicht unter Nr. 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum österreichisch-deutschen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 fallenden Personen, zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt hier ebenfalls nicht vor. Wir gelangen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung betreffend den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten zusammenfassenden Bericht über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966 (896 der Beilagen)

Präsident Wallner: Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung betreffend den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten zusammenfassenden Bericht über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Titze. Ich bitte ihn, über den Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter Titze: Hohes Haus! Auf Grund des § 16 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1956 haben die Arbeitsinspektorate alljährlich dem Bundesministerium für soziale Verwaltung Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen auf dem Gebiete des Dienstnehmerschutzes zu erstatten.

Der Bericht für das Jahr 1966 liegt nun vor. 1966 haben die Arbeitsinspektoren in 106.446 Betrieben, das sind 76,15 Prozent aller Betriebe, die bei den Arbeitsinspektoraten für Inspektionen vorgemerkt sind, Inspektionen vorgenommen. Durch diese Maßnahmen konnten für 1.301.492 Dienstnehmer Angelegenheiten des Dienstnehmerschutzes wahr-

genommen werden. Insgesamt wurden 1966 181.450 Amtshandlungen durch die Arbeitsinspektoren durchgeführt.

Schon im vorangegangenen Bericht konnte festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitsunfälle leicht zurückgegangen ist. Diese Tendenz ist auch in diesem Bericht feststellbar. Auch bei den tödlich verlaufenen Unfällen hat sich insgesamt eine kleine Verringerung ergeben. Demgegenüber ist jedoch eine erhebliche Zunahme bei den Berufskrankheiten eingetreten.

Wie der Einleitung zu diesem Bericht zu entnehmen ist, standen 1966 203 Arbeitsinspektoren gegenüber 209 im vorangegangenen Jahr in Verwendung.

Der Bericht gibt weiterhin Auskunft über die Erhebung im Genehmigungsverfahren, über Unfallserhebungen, über Heimarbeit, über Mutterschutz und über die gesamte Außen diensttätigkeit der Arbeitsinspektoren.

Ziffer II dieses Berichtes befaßt sich mit der Organisation des Arbeitsinspektionsdienstes.

In Ziffer III wird ausführlich über die Unfälle und Berufskrankheiten unter Anführung von Zahlen bezüglich der Ursachen berichtet.

Unter Ziffer IV des Berichtes sind alle jene Betriebszweige angeführt, die im Berichtszeitraum inspiziert wurden, wobei auch die Zahl der Betriebe und die Zahl der dort Beschäftigten ersichtlich ist.

In Ziffer V werden die gesetzlichen Vorschriften aufgezählt.

Der Bericht der Arbeitsinspektorate über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1966 läßt die Bemühungen der Arbeitsinspektion erkennen, den ihr auf dem Gebiete des Dienstnehmerschutzes obliegenden Aufgaben nach besten Kräften zu entsprechen.

Der gegenständliche Bericht wurde vom Ausschuß für soziale Verwaltung in seiner Sitzung vom 5. Juni 1968 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Steinhuber, Altenburger und Ing. Häuser sowie Frau Bundesminister für soziale Verwaltung Grete Rehor beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Namens des Ausschusses für soziale Verwaltung stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesministerium für soziale Verwaltung vorgelegten zusammenfassenden Bericht über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966 zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident **Wallner**: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. — Ein Einwand hiegegen wird nicht erhoben.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Franz Pichler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Franz **Pichler** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate interessiert nicht nur besonders die Arbeitnehmer in den Betrieben, sondern dies ist eine Angelegenheit, die schlechthin für die Gesundheit und das Leben vieler Menschen entscheidend ist, also eine Angelegenheit, die den Österreicher schlechthin interessieren müßte. Ich glaube, die Behandlung dieses Berichtes müßte sogar ausreichend sein, die Kollegen auf Seiten der Österreichischen Volkspartei, die sich in angestrengten Gesprächsrunden unterhalten, doch zu veranlassen (*Abg. Dr. Gruber: Ihre sind nicht da!*), diese Gespräche außerhalb des Saales zu verlegen. Ich halte es für notwendig, dieses Thema einer Behandlung zuzuführen, die ihm gebührt. Es ist sicherlich eine Einstellungssache, wie man sich zur Behandlung dieses Themas stellt.

In dem Bericht der Arbeitsinspektorate wurde darauf verwiesen, mit welchen Problemen sich die Arbeitsinspektorate auseinanderzusetzen haben. Jahr für Jahr ist dieser Bericht ein Wertmesser dafür, wieweit es gelungen ist, das Leben und die Gesundheit der Menschen in den Betrieben tatsächlich zu schützen.

Wenn in dem Bericht erwähnt wurde, welche große Anzahl von Inspektionen durchgeführt wurde, wenn davon gesprochen wurde, welche Feststellungen dabei gemacht wurden, so klingt immer wieder ein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate und der Unfallhäufigkeit im Arbeitsleben auf. Wenn wir daher die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate nicht nur nach der Zahl der Inspektionen beurteilen, sondern auch davon ausgehen, welchen Einfluß diese Tätigkeit auf die Unfallhäufigkeit, auf die Unfallzahlen genommen hat, dann kann man daraus doch entnehmen, daß die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate und in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der Unfallversicherungsanstalt — ich verweise auf die Aufklärungsarbeit, die durch diese Institute mit Unterstützung von Funktionären und Betriebsräten geleistet wurde — dazu beigetragen haben, die Unfallzahlen sehr wesentlich zu senken. Während wir im Jahre 1965 nach den Mitteilungen der Unfallversicherungsanstalt eine Rekordhöhe von insgesamt 173.000 Arbeitsunfällen hatten, ist im Jahre 1966 diese Zahl

auf 164.853 abgesunken. Diese Zahlen spiegeln sich auch in dem Bericht der Arbeitsinspektorate wider.

Wir ersuchen aber auch aus dem Bericht, wie wichtig trotz aller Aufklärungen die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate ist. Wenn wir nur einen Bereich herausgreifen, nämlich den Bereich des Mutterschutzes, so können wir dem Bericht entnehmen, daß praktisch jeder sechste überprüfte Fall einen Grund zum Einschreiten, einen Grund zur Beanstandung durch das Arbeitsinspektorat ergeben hat. Allein diese Zahlen zeigen, wie wirksam der Einsatz der Arbeitsinspektorate ist.

Wenn wir uns andererseits mit den Unfallhäufigkeiten in den verschiedensten Berufsgruppen auseinandersetzen und hier Vergleiche anstellen, dann ist auch daraus zu ersehen, daß die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate nicht unwirksam geblieben ist.

Wir haben dem Bericht aber auch entnommen, daß die Häufigkeit der Berufserkrankungen gerade im letzten Berichtszeitraum sehr wesentlich angestiegen ist. Die Zunahme der Fälle von Berufskrankheiten wurde vor allem auf die Reihenuntersuchungen der Unfallversicherungsanstalt zurückgeführt, das heißt, daß durch diese Reihenuntersuchungen erst festgestellt werden konnte, wie groß die Zahl jener ist, die durch ihren Beruf in ihrem Gehörvermögen geschädigt wurden.

Wenn wir die Ursache der Todesfälle betrachten, die mit dem Berufsleben zusammenhängen, und aus den kurzen Ausführungen die Tragik entnehmen, die sich bei diesen tödlichen Arbeitsunfällen abspielt, wenn wir wissen, welche Tragik es für die Angehörigen und Hinterbliebenen ist, dann ist es umso höher zu werten, wenn dem Tod am Arbeitsplatz Einhalt geboten wird.

Wir wissen, daß die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate mit vielerlei Schwierigkeiten verbunden ist. Der Kampf geht gegen den Unverstand, aber auch gegen den Leichtsinn, gegen Voreingenommenheiten, gegen falsch verstandene Sparsamkeit und gegen Einsichtslosigkeit. Hier ist die Wirkung der Arbeitsinspektorate umso höher zu werten, als der Kampf gegen alle diese Umstände doch immer wieder erfolgreich geführt werden konnte, obwohl den Arbeitsinspektoraten leider ständig zuwenig Menschen zur Verfügung stehen.

Wir haben bereits bei der Debatte zum Bericht über das Jahr 1965 festgestellt, daß die Zahl der in den Arbeitsinspektoraten tätigen viel zu gering ist, daß diese Zahl vermehrt werden müßte, daß vor allem die Zahl jener, die die Betriebe zu Inspektionen, zu Begutachtungen besuchen, vermehrt werden müßte.

Franz Pichler

Auf Grund des neuen Berichtes müssen wir feststellen, daß sich die Zahl der bei den Arbeitsinspektoraten Beschäftigten weiterhin vermindert hat.

Ich glaube, hier ist ein Appell an alle Stellen angebracht, diese Zahl auf jene Höhe zu bringen, die unbedingt notwendig ist, damit dieser Dienst im Interesse der österreichischen Wirtschaft und der Volksgesundheit durchgeführt werden kann.

Unser Ersuchen ergeht an die Frau Minister, doch jene Voraussetzungen zu schaffen, die den Dienst bei den Arbeitsinspektoraten wieder anziehender machen, die es ermöglichen, bei den Arbeitsinspektoraten die notwendige Zahl von Menschen einsetzen zu können.

Wie schwierig der Einsatz ist, geht aus der Aufstellung über die Besuche der Betriebe hervor. Während es den Arbeitsinspektoraten in den verschiedensten Aufsichtsbezirken doch möglich gewesen ist, eine sehr, sehr große Zahl von Betrieben einmal im Jahr zu besuchen, ist die Zahl der Betriebe, die zweimal besucht werden konnten, schon sehr, sehr gering. Die Zahl der Betriebe, die dreimal besucht werden konnten, ist überhaupt kaum mehr nennenswert, und in einzelnen Fällen konnten überhaupt keine Betriebe besucht werden.

Wir glauben nun, daß ein zweimaliger Besuch von Betrieben absolut angebracht und notwendig wäre, weil schon allein die Tatsache, daß die Betriebe von den Arbeitsinspektoraten besucht werden, Einfluß darauf hat, die Unfallverhütungsvorschriften besser einzuhalten und sich an die Anweisungen der Dienstnehmerschutzverordnungen zu halten.

Wir glauben daher, daß es ein besonderes Anliegen sein müßte, diese Besuche zu ermöglichen. Der Besuch wird aber sicherlich nur dann zweimal oder mehrfach möglich sein, wenn den Arbeitsinspektoraten die notwendige Anzahl von Fachkräften zur Verfügung steht.

Wir wollen daher allen jenen, die durch ihre Tätigkeit in den Arbeitsinspektoraten dazu beigetragen haben, die Volksgesundheit zu schützen und zu erhalten, unseren Dank aussprechen. Wir wollen mit diesem Dank die Bitte verbinden, diesen Menschen im Interesse der gesamten österreichischen Wirtschaft und der Volksgesundheit jene Unterstützung zu leihen, die sie bei der Ausübung ihres Dienstes unbedingt brauchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident Wallner: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Mittwoch, den 13. November 1968, um 10 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (940 der Beilagen): Bundesverfassungsgesetz über die Änderung von Teilstrecken der Landesgrenze zwischen dem Land Burgenland und dem Land Steiermark (1001 der Beilagen);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (830 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk-GesmbH. (1009 der Beilagen);

3. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (881 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen samt Protokoll (1020 der Beilagen);

4. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (865 der Beilagen): Bundesgesetz über die Grundsätze betreffend die fachlichen Anstellungserfordernisse für die von den Ländern, Gemeinden oder von Gemeindeverbänden anzustellenden Kindergärtnerinnen, Erzieher an Horten und Erzieher an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind (1005 der Beilagen);

5. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (878 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Verleihung des Doktorates unter den Auspizien des Bundespräsidenten neuerlich abgeändert wird (1006 der Beilagen);

6. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (880 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 neuerlich abgeändert wird (1007 der Beilagen);

7. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (939 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem zum Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen für das Geschäftsjahr 1969 eine Sonderregelung getroffen wird (1008 der Beilagen);

Präsident Wallner

8. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (882 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Tierärztekammergesetz abgeändert und ergänzt wird (1018 der Beilagen);

9. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (852 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Auswirkungen der Anlage und des Betriebes des Flughafens Salzburg auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland (1016 der Beilagen);

10. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (853 der Beilagen): Internationaler Fernmeldevertrag samt Schlußprotokoll und Zusatzprotokollen (1017 der Beilagen);

11. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (551 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend das Aufsuchen und die Entgegennahme von Bestellungen (1021 der Beilagen);

12. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, DDr. Pittermann, Dr. van Tongel und Genossen (71/A) betreffend Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1968 (1002 der Beilagen);

13. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, DDr. Pittermann, Dr. van Tongel und Genossen (72/A) betreffend die Novellierung des Wählerevidenzgesetzes vom 28. November 1960, BGBl. Nr. 243/1960 (1003 der Beilagen);

14. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, DDr. Pittermann, Dr. van Tongel und Genossen (73/A) betreffend die Novellierung der Nationalrats-Wahlordnung 1959, BGBl. Nr. 71, in der durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 99/1962 abgeänderten Fassung in der Form der Kundmachung der Bundesregierung vom 17. Juli 1962 über die Wiederverlautbarung der Nationalrats-Wahlordnung (1004 der Beilagen).

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 35 Minuten